



Arbeiterkampf

Jg.9 Nr. 159 6.8.79 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 2,-



Gute Erlernerungen an den heißen Herbst 1969: „Wilder“ Streik bei Hoesch in Dortmund

Nach den Ferien – 'wilde Streiks' für Nachschlag?

Während die Abschlüsse bei den letzten Lohnrunden der Kollegenschaft im Schnitt ganze 4 Prozent mehr (b r u i c a) brachten, kletterten die Verbraucherpreise selbst nach offiziellen Angaben im Juli um 4,6%. Die Tendenz ist hier weiter steigend, sodass Arbeiter und Angestellte am Ende des Jahres ein deutliches Einkommensminus im Vergleich zum Vorjahr haben werden. Logisch, daß diese Entwicklung in den Betrieben und Büros nicht widerspruchsfrei hingenommen wird, sondern die Forderungen nach einem angemessenen Lohn-Nachschlag immer lauter werden. Die Führer der DGB-Gewerkschaften haben sich nicht nur scharf gegen die Forderungen im Einzelnen gewandt, sondern jede Diskussion über Teuerungszulagen und Aktionen zu ihrer Durchsetzung als „systematische Beunruhigung der Basis“ (und als „Wasser auf die Mühlen der DKP“),

DGB-Chef Vetter) bezeichnet.

Anstatt ihrer bezahlten Funktion nachzukommen (eigentlich im Sinne des erklärten Mitgliederwillens tätig zu werden) haben sich die DGB-Oberen mit den Spitzenverbänden des Großkapitals Ende Juli zur „Kooperierten Aktion“ getroffen. Wie man hört, unterstützt die Begegnung den Willen zur „Loyalität und Kooperation“ (Welt der Arbeit, 26.7.).

Für die Arbeiterschaft in den Betrieben und Büros wird es nunmehr Zeit, die Dinge in die eigenen Hände zu nehmen – und sich in eigenständigen Aktionen das zu holen, was ihnen die „offizielle“ Tarifpolitik ihrer Gewerkschaften nicht zu bringen vermag: **Teuerungsausgleich!**

Breite Aktivitäten zum Antikriegstag

Nie wieder Krieg! Für reale Abrüstung!

Der Antikriegstag, der 1. September (49. Jahrestag des 2. Weltkriegs mit dem deutschen Überfall auf Polen), wird in diesem Jahr ein wichtiger Schwerpunkt des Kampfes gegen Aufrüstung und Kriegsgefahr.

– Das 'Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit', in dem vor allem die DKP eine Rolle spielt, hat seine Aktivitäten, die in den vergangenen Jahren regelmäßig im Mai stattfanden, in diesem Jahr auf den Antikriegstag konzentriert. Im Zentrum steht eine Demonstration am 1. September in Bonn, zu der das Komitee bundesweit aufruft.

– Neu ist, daß zum diesjährigen Antikriegstag vielfältige Aktivitäten auch von den Gewerkschaften ausgehen, die in den vergangenen Jahren in der Antikriegsbewegung kaum eine Rolle gespielt hatten. Geplant sind vom DGB u.a.: – Eine zentrale Großveranstaltung mit DGB-Chef Vetter in Dortmund am 1. September unter dem Motto „Nie wieder Krieg! Abrüstung – Gewinn für uns!“. – Eine Kundgebung in Hamburg am 1.9. in der Innenstadt. – Eine Demonstration in Köln am 31.8. – Fackelzug und Kundgebung am 31.8. in Nürnberg. – Eine zentrale Veranstaltung am 1.9. in München. – Zahlreiche Kundgebungen und Kranzniederlegungen an KZ-Gedenkstätten.

– Neben seinem unzweifelhaft positiven Aspekt scheint das starke Engagement des DGB in diesem Jahr auch mit der Strategie der SPD zusammenzuhängen, stärker in die demokratischen und pazifistischen Massenbewegungen einzugreifen, um den Einfluß der DKP und linker Organisationen zurückzudrängen.

– Unter den weiteren örtlichen Aktivitäten ist besonders eine Podiumsdiskussion am 31.8. in Hamburg zu nennen, die unter dem Motto 'Frauen zum Bund? – Nein danke!' steht. Es diskutieren u.a. Vertreterinnen der ASF (SPD), der DFI (DKP-nah), der Bunten Liste, des DGB und der feministischen Frauenzeitung „Courage“ – in dieser Breite ein Versuch, der unbedingt Schule machen sollte.

Der KB ruft zur Teilnahme an den Aktivitäten zum Antikriegstag auf. Wir grenzen uns dabei von dem „Entspannungs“-Märchen ab, das einheitlich vom DGB und vom 'Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit' vertreten wird. 20 Jahre „Entspannung“, „Abrüstungskonferenzen“ und Verträge sind die Begleitmusik zu einer Aufrüstung, vor allem auf dem Gebiet der Atomwaffen, gewesen, die in der Geschichte beispiellos ist. Nicht Fortsetzung von scheinheiliger „Entspannung“ und realer Aufrüstung ist das Gebot, sondern die Forderung nach wirklichen Abrüstungsmaßnahmen.

Savak – Skandal

Iranischen Studenten droht Ausweisung und Organisationsverbot

Seit Mitte Juli hat es in der BRD Aktionen iranischer Studenten gegen 15 vermutlich ehemalige SAVAK-Spitzel gegeben. Die Polizei reagierte mit der Verhaftung von mindestens 27 Iranern (darunter vor allem Mitglieder der CIS, die mit der vaterländischen „KPD“ eng zusammenarbeitet); einige Festgenommene wurden inzwischen wieder freigelassen. Nach mehreren Iranern wird noch gefahndet. Was uns als Linke besonders zu interessieren hat, ist die Kampagne, die an diesen Verhören aufgegriffen wird: Von der „Frankfurter Rundschau“ – „FR“ – bis zur „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ – „FAZ“ – und bis zu Strauß wird jetzt die Ausweisung der Verhafteten gefordert. Die „FAZ“ fordert das Verbot iranischer Gruppen, darunter CISNU und CIS. Den in Bremen Verhafteten wird die „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ vorgeworfen; möglicherweise wird eine Sammelklage von der Bundesanwaltschaft erhoben. Mag es in der Linken auch einige Verwirrung um die „Verhöre“ geben, so sollten wir doch nicht vergessen, daß die meisten Berichte in der Presse reichlich Schauermärchen erzählen, an denen in der Regel nur die Tatsache der „Verhöre“ stimmt (abgesehen davon, haben ein paar Beschimpfungen und Prügel Spitzeln noch nie geschadet). Ebenfalls sollten wir nicht vergessen, daß es keine Verhöre zu geben braucht, wenn die Bundesregierung verhindert hätte, daß der SAVAK überhaupt ein etwa 600 Personen umfassendes Spitzelnetz in der BRD aufbauen konnte, und sich nach dem Sturz des Schah-Regimes dafür eingesetzt hätte, daß die Aktivitäten der SAVAK in der BRD aufgehellt werden. Aber dazu hat die Bundesregierung gar kein Interesse, zumal dadurch auch die Zusammenarbeit von SAVAK und Verfassungsschutz aufgedeckt worden wäre!

Ende Juni war eine Liste mit 348 Namen von SAVAK-Spitzeln aus der BRD und Österreich von einem unabhängigen „Veröffentlichungskomitee“ herausgegeben und im Juli ver-

teilt worden. Diese Liste wurde bislang in der Teheraner SAVAK-Zentrale zurückgehalten, sie ist auch bei weitem nicht vollständig. Die Liste enthält die Namen von Spitzeln in linken iranischen Organisationen in der BRD, deren Agentenführern, Beobachtungszielen und monatlichen Gehältern.

Nach der Veröffentlichung dieser Liste fanden in mehreren Städten in der BRD – Frankfurt, Bremen, Aachen, Konstanz, Freiburg, Krefeld, Hamburg, Kiel, Hannover, Berlin, Gießen, Mainz und Stuttgart – die „Verhöre“ statt. Ebenfalls wurde bekannt, daß in München schon am 20. Februar ein „Verhör“ stattgefunden hatte. Vor allem wurden die festgehaltenen Studenten danach befragt, ob sie zu Zeiten des Schah-Regimes für die SAVAK gearbeitet hätten. Teilweise wurden sie fotografiert und ihnen die Pässe abgenommen. In Bremen wurde ein Student aufgefordert, nach Hamburg zu fahren, um sich vom dortigen Generalkonsulat bestätigen zu lassen, daß er keine Verbindung zur SAVAK gehabt habe. Vier der fünf festgehaltenen Frankfurter Studenten gestanden die Zusammenarbeit und blieben später – wohl zum Schrecken der Staatsanwaltschaft – auch in deren Vernehmungen bei ihren Aussagen („FR“, 19.7.)! Es ist also nicht so, wie die „Hamburger Morgenpost“ vom 23.7. heizte, daß „iranische Bürger (...) seit Wochen in Todesangst leben“, weil „eine Terrorbande mit dem Namen 'Khomeini-Revolution-Tribunal'“ sie mit Prügeln und Morddrohungen verfolgt. Diejenigen, die jetzt in Angst leben, werden in der Regel sehr wohl wissen, warum. Mühsen nicht vielmehr die iranischen Mitten in der BRD Angst haben, weil die Spitzel, die jahrelang ihre Genossen dem Schah-Regime verrieten und der Verfolgung im Iran aussetzten, immer noch völlig ungeschoren sind?

zwei in Frankfurt, acht in Hamburg, fünf in Bremen, vier in Niedersachsen, zwei in Kiel, drei in Berlin, drei in Nordrhein-Westfalen. Bis auf die Verhafteten in Hamburg und Bremen wurden sie wieder freigelassen. Vorgeworfen wird ihnen in den meisten Fällen „Verdacht der Bedrohung, der Nötigung, der gefährlichen Körperverletzung und der versuchten Verschleppung“. Die Bremer Staatsanwaltschaft erhob Anklage wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ und sandte die Akten an die Bundesanwaltschaft.

In Hamburg wurde bei der Verhaftung der acht CIS-Mitglieder ein kleiner Aufruhr geübt: 85 Bullen der Staatsschutzabteilung, des MIBK (Mobilen Einsatzkommandos) und der Bereitschaftspolizei verhafteten die Iraner gleichzeitig um sieben Uhr morgens an fünf verschiedenen Orten. In Frankfurt und Offenbach wurden über die Festnahmen hinaus die Wohnungen von sechs Genossen durchsucht, in Bremen wurden elf Wohnungen durchsucht, wobei ein völlig unbeteiligter Iraner von einem Bullen geschlagen wurde. Fortsetzung Seite 3



Vorgehen gegen die Linke

In den Tagen nach den Verhören wurden 27 Iraner verhaftet, darunter

Schwamm drüber?



Blick in die Welt

Zu den ETA-Bomben in Madrid

Bei Bombenanschlägen in Madrid kamen am vergangenen Sonntag (29.7.) fünf Menschen ums Leben, über 100 wurden verletzt. Die Bomben, die von starker Sprengkraft waren, explodierten in den Gepäckabteilungen des Flughafens und zweier Bahnhöfen. Für die Bombenanschläge erklärte sich der politisch-militärische ETA-Flügel (ETA/pm) verantwortlich. Es ist das erste Mal — abgesehen von der kürzlichen Bombenserie an der spanischen Mittelmeerküste, für die auch ETA/pm verantwortlich war, bei der aber kein Mensch ernsthaft zu Schaden kam — daß von dieser Organisation Anschläge an derartigen Orten durchgeführt werden.

ETA/pm beschuldigt die Polizei, für die getöteten Menschen verantwortlich zu sein, da rechtzeitig, d. h. eine Stunde vorher, eine telefonische Warnung über die baskische Nachrichtenagentur durchgegeben worden war. (Dies wird auch von der Nachrichtenagentur bestätigt.) In einer Erklärung sagt ETA/pm, das Zögern der Innenbehörde und der Polizei, das Nicht-Räumen der angegebenen Stellen und damit der Tod der betroffenen Menschen sei bewußt in Kauf genommen worden, um dem Ansehen von ETA/pm zu schaden. Die verantwortlichen Stellen in Madrid behaupten, sie hätten die Warnung erst 20 Minuten vor dem Hochgehen der Bomben erhalten, im übrigen gingen in Madrid täglich bis zu 20 Fehlalarme ein.

ETA/pm begründete ihre Bomben mit ihrer Forderung nach Freilassung von über hundert baskischen politischen Gefangenen (überwiegend ETA-Mitglieder), die seit etwa einem Jahr im Gefängnis von Soria inhaftiert sind und dort übelsten Schikanen (Verweigerung von Besuchen, Einzelhaft bis hin zu zahlreichen Folterungen) ausgesetzt sind („El País“, 31.7.79).

Daß die Bomben von Madrid auch in den Reihen des politischen Bündnisses um ETA/pm (der Wahlkoalition „Euzkadiko Ezkerra“) für reichliche Verwirrung gesorgt haben, zeigt ein Interview mit dem parlamentarischen Vertreter von „Euzkadiko Ezkerra“, J. M. Bandres (übrigens macht die politische Partei EIA wie auch das genannte Wahlbündnis keinen Hehl aus der engen Verbindung zu ETA/pm).

Man muß wissen, daß die politischen Kräfte um ETA/pm das gerade im Parlament verabschiedete baskische Autonomiestatut ausdrücklich als akzeptablen Kompromiß begrüßt haben. ETA/pm hatte zuvor eine Kampagne durchgeführt unter der Parole: „Mit dem Statut müssen die Gefangenen freigelassen werden“. Die Äußerungen von Bandres zeigen, daß er nach den Bomben von Madrid die Welt nicht mehr versteht: „Ich müßte in der Organisation sein, die sich für die Aktion verantwortlich erklärt hat, um die letzten Gründe für ihre Entscheidung zu kennen, und das bin ich nicht (...), aber ich habe den Eindruck, daß sie den Kampf für das Statut vom Kampf für die Gefangenen getrennt hat. Ich weiß nicht, ob es um einen Strategiewechsel oder um einen schweren politischen Fehler geht, aber was mir offensichtlich erscheint, ist, daß diese Attentate nicht nur nicht den Kampf für das Statut unterstützen, sondern daß sie sogar dem Kampf bezüglich der Gefangenen von Soria Schaden zufügen“ („El País“, 31.7.79).

Das baskische Autonomiestatut

Am 18. Juli wurde das baskische Autonomiestatut im spanischen Parlament verabschiedet. Die Kompromißformulierungen waren in langen Verhandlungen zwischen der Regie-

rungspartei UCD und dem national-konservativen baskischen PNV auf der Grundlage eines Statutenentwurfs des baskischen Generalrats ausgearbeitet worden. Der Kompromiß wurde von allen Parteien im Baskenland mit Ausnahme von „Herri Batasuna“ (dem politischen Bündnis um den anderen ETA-Flügel gleich ETA/militär) mit unterschiedlichen Beurteilungen im einzelnen als „akzeptabel“ gekennzeichnet. ETA militär lehnt das Autonomiestatut ab und hatte in einem Pressekomunique ausdrücklich die Weiterführung des offensiven bewaffneten Kampfes gegen alle spanischen Einrichtungen in Euskadi angekündigt („El País“, 25.7.79). Vier spanische Polizisten waren nach dieser Ankündigung am selben Wochenende (29.7.) von ETA/m-Kommandos erschossen worden. Kritisiert wird vom ETA/m-Flügel, daß das Recht auf Selbstbestimmung im Statut nicht erwähnt sei, daß die Provinz Navarra nicht eindeutig als ein Teil von Euskadi begriffen werde, daß es bedeutende Einschränkungen auf dem Gebiet der öffentlichen Ordnung (Forderung nach Abzug der spanischen Polizei), auf dem Gebiet der Bildung und des Schutzes sowie eine nicht ausreichende Verteidigung der baskischen Sprache im Statut gebe („El País“, 19.7.). Das Statut verleihe lediglich den „Weg der Konsolidierung der Reform a la Suarez“. Im übrigen sei das Statut auf dem Weg von Geheimverhandlungen zwischen der Regierungspartei und der Partei der nationalen baskischen Bourgeoisie zustande gekommen. „Herri Batasuna/ETA militär will für ein weitergehendes Statut kämpfen, das speziell eine eigene baskische Polizei beinhaltet, die ausschließlich von der baskischen autonomen Regierung abhängt.“

Spanien-Kommission

China wiederholt Kriegsdrohungen gegen Vietnam

Erneut hat China mit einer Wiederaufnahme seines Angriffs auf Vietnam gedroht. Diesmal war es der Stellvertretende Ministerpräsident Geng Biao, der (in einem Gespräch mit österreichischen Journalisten) drohte: „Wenn Hanoi mit seinen Grenzverletzungen fortfährt, werden wir ihm noch eine Lektion erteilen müssen“. China sei in den Verhandlungen mit Vietnam bisher „sehr geduldig“ gewesen, aber wenn Vietnam seine „aggressive Politik“ fortsetze, werde ein neuer Krieg „unvermeidlich“ (nach „El manifesto“, 27.7.).

Wie die französische Nachrichtenagentur AFP berichtet, berichtet sich Vietnam intensiv auf die Ab-

wehr einer neuen chinesischen Aggression vor. „Dutzende von Armee-lastwagen transportieren täglich junge Rekruten in die Grenzgebiete. Truppenteile und schwere Artillerie werden aus dem Süden nach dem Norden verlegt, offenbar vor allem, um die Hauptstadt Hanoi zu schützen“.

Es werde für möglich gehalten, daß die Chinesen bei ihrer nächsten Aggression versuchen könnten, über Nordlaos auf Hanoi vorzustoßen (nach „Die Neue“, 1.8.). China hat bereits angedroht, daß es seine nächste Aggression örtlich und zeitlich nicht begrenzen wolle (vergl. AK 158).

Türkei Faschistischer Terror im Knast

Von Genossen der türkischen Organisation Devrimci Yol wurde uns ein Bericht mit der Bitte um Veröffentlichung übergeben. Dieser Bericht schildert die Zustände des Knastes in Mamak, in der Nähe Ankaras.

Das Gefängnis in Mamak ist überfüllt, aber nicht nur Genossen sind in diesem Gefängnis, sondern auch verhaftete Faschisten. In den gemeinsamen Zellen kommt es immer häufiger zu Überfällen der Faschisten, die oft mit den Gefängniswachen gemeinsam verübt werden. Eine linksliberale Tageszeitung forderte in einem Artikel die Trennung der Faschisten von den Linken. Die Militärleitung lehnte die Forderung mit der Begründung ab, „daß das nur dazu führen würde, daß die Gefangenen in zwei Lager gespalten werden.“ Die Situation in diesem Gefängnis erinnert an die 12.März-Periode, in der das Militär herrschte und in den Gefängnissen gefoltert und getötet wurde.

Wie wir wissen wurde nach dem faschistischen Mord an Maras das Kriegsgesetz verhängt, um „weitere Gewalttätigkeiten zu verhindern“. Wie dieses Kriegsgesetz seit seiner Verhängung durchgeführt wird, wie die Grundrechte und Freiheiten mit Füßen getreten werden, wie die fortschrittlichen Massen unterdrückt und gefoltert werden, ist eine inzwischen bekannte Tatsache. Während der faschistische Terror täglich zunimmt und die Verantwortlichen frei herumlaufen, werden die fortschrittlichen, revolutionären Arbeiter, all diejenigen, die sich wehren, ins Gefängnis gesteckt. Diese Menschen aber erleben nicht nur draußen, sondern auch in den Gefängnissen große Unrechlichkeiten. Man versucht mit unmenschlichen Methoden (ähnlich wie 1971/72) sie einzuschüchtern. In Ankara, im Militärgefängnis Mamak, herrscht totaler Terror. Die Regierung und die Kriegsführung versucht die Öffentlichkeit über die tatsächlichen Zustände nicht zu informieren.

Die Ereignisse in Mamak: Der Gemeindevorsteher der CHP Tuzlucaoyr, der wegen „Lesen einer verbotenen Zeitschrift“ verhaftet wurde, ist im Gefängnis krepiert, weil er trotz Krankheit nicht in ein Krankenhaus eingeliefert wurde.

Die gefangenen Genossen dürfen weder rauchen, noch lesen oder

Radio hören, noch etwas in der Kantine kaufen. Vier Menschen mussten in einem Bett schlafen. Im Essen findet man häufig Ungeziefer, sogar Mäuse. Es gibt nicht einmal Trinkwasser. Die Zellen werden nicht gelüftet. Bisher starben unter diesen Umständen drei Genossen.

— Besucher müssen für eine fünfminütige Besuchszeit zehn Stunden warten.

— Gefängniswachen üben Selbstjustiz gegen die Genossen.

— Auf der anderen Seite haben die faschistischen Mörder jede Bewegungsfreiheit. Ihnen werden durch Offiziere tägliche Besuche ermöglicht.

— Der Kriegrechtskommandant hat von sich aus die fünfzehntägige Inhaftierungszeit auf dreißig Tage erhöht.

— Der TÖB-DER Generalsekretär (die Lehrgewerkschaft) wurde als verantwortlicher Redakteur einer Zeitung, die niemals erschienen ist, verhaftet. Obwohl das Kriegsgesetzgericht ihn freisprach, hat der Kriegrechtskommandant ihn eigenmächtig für weitere 15 Tage in der Haft belassen.

— Viele Revolutionäre, die seit Monaten aus Lächerlichkeiten und frei erfundenen Gründen in Haft sind, werden nicht vor Gericht gestellt.

— Das Vorstandsmitglied der Jugendorganisation DEV-Gene ist seit Monaten in Zellenhaft. Es gibt keinen Anklagepunkt, auch nicht im Zusammenhang mit dem Kriegsgesetz. Auch er wird nicht vor Gericht gebracht.

— Die Studentenvertretung einer Universität in Ankara, an der über 10.000 Studenten studieren, wurde als „geheime Organisation“ tituliert. Alle Mitglieder der gewählten Studentenvertretung sind verhaftet. Sie befinden sich seit drei Monaten in Zellenhaft, werden aber nicht vor Gericht gestellt.

— Die Genossen werden nachts mit verbundenen Augen abgeführt und gefoltert. Aus diesen Gründen befinden sich die Genossen seit dem 27. Juni im Gefängnis Mamak im Hungerstreik.

Solidarität mit den Genossen im Gefängnis Mamak und überall in der Türkei!

Türkei-Kommission

Interview mit ETA (politiko-militar)

Interview mit „Liberation“.

Nachdruck aus der „TAZ“ vom 3.8.

LIBE: Der unglücklicherweise blutige Anschlag von Madrid hat uns so sehr überrascht, als ETA (p-m) bis jetzt eigentlich niemals in diesen Typ blinder Gewalt verfallen war.

ETA (p-m): Wir hatten gedacht, alles unternommen zu haben, damit die Sachen nicht in dieser Weise ablaufen können. Wir waren mehr als überrascht...

LIBE: Das ändert nichts an den 5 Toten.

ETA (p-m): Ja Tote, klar ... (Pause) ... obwohl wir eigentlich genauso vorgegangen waren, wie anlässlich der ersten Phase, der Anti-Tourismus-Aktionen: Die 11 Bomben an der Mittelmeerküste. Wir haben dieselben Medienkanäle benutzt: Um Punkt 12 Uhr hat ein Telefonanruf bei der Agentur „Euzkadik Press“ in Zarauz den Alarm ausgelöst. Der Agenturdienst hat dann gleichzeitig eine andere, nationale Agentur (EFE) verständigt, wie auch den Zivilgouverneur von San Sebastian. In diesem Augenblick blieb den Behörden genau eine Stunde und 10 Minuten, um die drei angegebenen Orte evakuieren zu lassen. Wir haben im Nachhinein diese Details auf die Minute genau überprüft.

LIBE: Warum wurde Madrid gewählt und diese drei Orte, die ganz speziell einen starken Publikumsverkehr aufweisen?

ETA (p-m): Wir haben diese Wahl deshalb getroffen, weil die Bahnhöfe Chamartin und Atocha genauso wie der Flughafen von Barajas über ein Lautsprecher-System und außerdem über ein ständiges großes Polizeiaufgebot verfügen, was eine sehr schnelle Evakuierung erleichtert hätte. In einem Interview mit „Radio Nacional“ hat einer der Bahnhofsvorsteher erklärt, daß er kurz vor der Explosion im Gebäude plötzlich heftige Unruhe bei den Polizeikräften bemerkt hätte. Die Polizei wußte also Bescheid, hat aber nichts gemacht...

LIBE: Das war immerhin eine der Möglichkeiten. Habt ihr die überhaupt nicht in Betracht gezogen? ETA (p-m): Wir haben daran nicht geglaubt, das ist wahr. Wir werden von nun an weitaus stärkere Sicherheitsmaßnahmen einbauen, damit so etwas nicht wiederholt. Aber ich



Auf der geheimen Pressekonferenz zwei Mitglieder des politisch-militärischen Flügels der baskischen ETA

wiederhole es noch einmal: eine ganze Anzahl von technischen Mitteln, die dieses Drama hätten verhindern können, sind bewußt nicht eingesetzt worden (erregt).

LIBE: Wer ist nach Eurer Meinung also verantwortlich?

ETA (p-m): Der Zivilgouverneur von Madrid, Roson. Und für die ETA ist er bereits zum Tode verurteilt: Er hat 5 Menschenleben obstruktion, persönlichen Zielen geopfert.

LIBE: Ist das Eure Analyse?

ETA (p-m): Die Grundfrage bleibt das Statut von Gernika. Wir haben einfach einen politischen Hauptaspekt nicht beachtet: Die tiefe Spaltung in der Regierungspartei über eine Frage. Einige, um Suarez herum, sehen den Autonomiestatus als unabdingbar an, um ihre Macht in Spanien aufrecht zu erhalten. Der andere Block dagegen weist das zurück. Diese Position ist in der Minderheit. Masfin Villa, Cisneros und Roson zäh-

len zum Lager der Unbeweglichen. Der zuletzt genannte Polizeichef von Madrid wollte die Gelegenheit nutzen, die sich ihm bot, um zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: zugleich die Autorität von Suarez zu untergraben, indem sie zeigten, daß das Statut den Terrorismus nicht verhindert und der öffentlichen Meinung zu beweisen, daß die ETA und ihre Aktionen einer bündigen Gewalttätigkeit entgegenstehen. Das Schweigen von Roson in diesen tragischen Stunden am Sonntag erklärt sich durch sein schändliches, doppeltes Kalkül. Unser Irrtum war es, an die Einheit der Regierungspartei gegenüber dem baskischen Problem und dem Autonomiestatus zu glauben.

LIBE: Hat dieser Irrtum Auswirkungen in der Organisation?

ETA (p-m): Nein, er hat unsere Homogenität und unsere Entschiedenheit nicht beeinträchtigt.

Nichts mehr als ein Schauprozeß?

Am 4. Juni 1979 wurde in der süd-türkischen Stadt Adana die größte Massengerichtsverhandlung in der Geschichte der Türkei vor dem Kriegsgesetzgericht eröffnet. 803 Angeklagte stehen aufgrund des faschistischen Terrorangriffs im Dezember letzten Jahres in der Stadt Maras vor Gericht. Damals waren hunderte von Menschen ermordet und mehr als 900 Gebäude durch Plünderung und Brandstiftung zerstört.

Der Angriff der Faschisten gehörte in die Strategie der Spannung, mit der die Faschisten ein für sie günstiges Klima des Umsturzes herbeiführen wollten. Die sozialdemokratische Regierung Ecevit verhängte danach mit den Stimmen der Faschisten das Kriegsgesetz über 13 Provinzen. Die faschistische „Nationale Bewegungspartei“ (MHP) und ihre Terrororganisation „Graue Wölfe“ blieben weiterhin unbehelligt. Der Militärstaatsanwalt verlangte für

304 der 803 Angeklagten die Todesstrafe. Die Anstifter zu diesem Massaker, die Führer der neofaschistischen MHP, befinden sich jedoch nicht unter den Angeklagten.

Einige der „Grauen Wölfe“ unter den Angeklagten wurden bereits vorzeitig wegen Mangels an Beweisen auf freien Fuß gesetzt.

Bei diesem Prozeß wird man die Skepsis, daß es sich hier um einen Schauprozeß gegen die Faschisten zur Aufrechterhaltung des demokratischen Alibis der sozialdemokratischen Regierung handelt, nicht los. Die effektivste Maßnahme, das Verbot der faschistischen MHP, und die Verhaftung der faschistischen Kader, ist nicht erwogen worden. Es bleibt abzuwarten, ob der Prozeß dazu genutzt wird, die faschistischen Machenschaften aufzudecken. (Informationen aus „Balkan Bulletin Info Türk“ v. Juni 1979)

Türkei-Kommission

SAVAK in der BRD

- der Großzügigkeit von gestern folgt die Untätigkeit von heute

In der Hetzkampagne gegen die CISNU und gegen die Verbote von ehemaligen SAVAK-Spitzeln gingen die Forderungen, sich um die SAVAK in der BRD und die Zusammenarbeit von SAVAK und Verfassungsschutz zu kümmern, ziemlich unter.

So forderte der ehemalige Hamburger Justizsenator Ulrich Klug/FDP die deutschen Strafverfolgungsbehörden auf, gegen in der Bundesrepublik lebende ehemalige SAVAK-Mitarbeiter Ermittlungsverfahren einzuleiten. Es kämen unter anderem die Tatbestände der Verschleppung oder der Beihilfe zum Mord in Betracht. Ein solches Vorgehen - u. a. unter Heranziehung von Amnesty-International-Materialien - sei höchste Zeit, um dem „hoffentlich täuschenden Eindruck“, auf einem Auge blind zu sein, vorzubeugen (FR, 28.7.). Nun ist es ja gerade dieses blinde Auge, was die iranischen Genossen und die islamische Studentenvereinigung bewogen hat, selbst einen Schritt zur Aufdeckung der SAVAK-Aktivitäten zu machen.

Die Juso forderten Bundesinnenminister Gerhard Baum auf, zu Berichten über eine Zusammenarbeit Verfassungsschutz-SAVAK Stellung zu nehmen. Dieses tat auch die Redaktion der Fernsehshow „Monitor“. Trotz intensiver Bemühungen erhielt sie nur Absagen - von Innenminister Baum, dem parlamentarischen Staatssekretär von Schäfer, dem Staatssekretär Fröhlich, die alle „in Urlaub“ waren, dem Staatssekretär Hartkopf und dem NRW-Innenminister Burkhard Hirsch, die nicht zuständig seien, dem Regierungssprecher Bölling, der „wenig Neigung zu einer Stellungnahme“ verspürte, wie auch vom derzeitigen Präsidenten des Verfassungsschutzes, Meyer.

In der Monitor-Sendung vom 31. 7. 79 wurde die Arbeit der SAVAK in der BRD aufs Korn genommen, indem ein Agentenfürher, der jahrelang im iranischen Konsulat in München tätig war, interviewt wurde: „Den hauptamtlichen Agenten (die ohne Ausnahme Angehörige des Diplomatischen Dienstes waren, Ann. AK) war es verboten, selbst Nachrichten zu gewinnen. Diese Nach-

richtengewinnung wurde durch die Quellen gemacht... Quellen waren die Studenten, die man für diese Tätigkeit der Nachrichtengewinnung angeworben hat... Es wurde durch 2 Wege gemacht: einmal wurde den aktiven Studenten, die nach Teheran kamen, die Ausreise verweigert. Man sprach mit ihnen, und wenn man Motive fand zur Mitarbeit, hat man ihnen das vorgeschlagen... Dann hat man sich durch die enge Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern vom Konsulat und von der Botschaft Studenten ausgesucht, die wegen Geldmangel oder anderer Motive die Zusammenarbeit mit SAVAK annahm. Ihr Auftrag war die Nachrichtengewinnung... von den Aktivitäten der iranischen Studenten. Es gab Versammlungen... Sie gingen dort rein... sie haben uns das Protokoll geschrieben, was dort geschehen ist, wer dort gesprochen hat und welche Leute teilgenommen haben.“ Weitere Beobachtungsziele waren u.a. die Deutsche Welle, iranische Redaktion, das Studio Bonn des iranischen Fernsehens und Praktikanten in Münchner Atomenergieunternehmen. „Die Zusammenarbeit mit der deutschen Stelle, besser gesagt, mit dem Verfassungsschutz, verlief meiner Meinung nach gut. Sie wußten, daß SAVAK in Bonn tätig ist, daß SAVAK in verschiedenen Städten wie München, Frankfurt, Köln, Berlin und Hamburg tätig ist. Es gab Verbindungsmänner vom Verfassungsschutz, die mit den hauptamtlichen Agenten immer Kontakt hatten. Man hat diese Behörde ab und zu mal, wenn es nötig war um die Adressen der Studenten gebeten, wo sie wohnen, oder um die Personalien, wenn wir diese Personalien nicht von Teheran kriegen konnten, und solche Sachen natürlich.“ „Haben Sie dem deutschen Verfassungsschutz oder den Landesämtern für Verfassungsschutz auch Materialien geliefert?“ „Ja, ab und zu mal, z.B. bei den Hauptversammlungen von CISNU haben wir immer ein Protokoll gemacht und an den Verfassungsschutz geschickt.“ „Haben Sie noch weitere Unterstützung geleistet, z. B. Hinweise gegeben?“ „Ja, Hinweise gegeben haben wir nicht, sondern umgekehrt, wir haben manchmal den Namen bekommen oder die Adresse von Teilnehmern von Versammlungen der CISNU oder vielleicht auch bei der Teilnahme an verschiedenen Besetzungen der iranischen Botschaft und Konsulate.“ Der stellvertretende iranische Ministerpräsident und Regierungssprecher Tabatabai durchsuchte Ende April dieses Jahres im Auftrag der neuen Regierung die Geheimdienstzentrale in Bonn. Er fand ein ganzes Arsenal von technisch perfekten Spionagewerkzeugen. Z. B. Aktenanschen, durch deren Verschluss SAVAK-Spitzel unbemerkt die Demonstrationen und Versammlungen oppositioneller Perser fotografieren konnten. Oder Spezialgeräte zur Herstellung von Schlüsselabdrücken. Nach den Kopien wurden in Teheran Nachschlüssel angefertigt, um heimlich die Wohnungen von Schah-Gegnern in der Bundesrepublik zu durchsuchen. Oder Fotoapparate mit Spezialobjektiven, die noch aus einer Entfernung von über 1000 m scharfe Bilder lieferten. Über einen Sender hielt SAVAK Kontakt zur Zentrale in Teheran. Seit langem bestand der Verdacht, daß dieses umfangreiche Agentennetz nur mit Kenntnis deutscher Behörden so ungehemmt arbeiten konnte. Dazu wurde Tabatabai befragt:

„Bei dem letzten Aufenthalt in der Bundesrepublik haben Sie eine Bemerkung gemacht, daß Sie nämlich Unterlagen hätten, die beweisen, daß der deutsche Verfassungsschutz mit dem SAVAK zusammengearbeitet hat. Stehen Sie noch dazu?“ „Natürlich stehe ich noch dazu. Ich kann sagen, es war unmöglich, daß der SAVAK in der Bundesrepublik arbeiten könnte ohne Kenntnis des Verfassungsschutzes. Das ist das Minimum. Wir haben bei der Untersuchung der SAVAK-Abteilung in der iranischen Botschaft in Bonn Dinge erfahren und Geräte gesehen, Sensorenstationen entdeckt und Empfangsstationen gesehen, die ohne Kenntnis der Bundesregierung, ohne Kenntnis der Bundespost und ohne Kenntnis des Verfassungsschutzes nicht aufgebaut werden könnten.“

Wir fordern die sofortige Freilassung der inhaftierten Iraner und die Veröffentlichung der Unterlagen über die Tätigkeit von SAVAK und Verfassungsschutz gegen die iranische Exilopposition! ...

Nahost-Kommission



Anti-Schah-Prozesse: Allein oder alle?

Seit Juni 1979 finden vor dem Amtsgericht Hamburg die sog. „Anti-Schah-Prozesse“ statt, in denen sich herausgegriffene oder vermutete Teilnehmer der Anti-Schah-Demonstrationen vom Dezember 1978 wegen „Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte“ und ähnlichen Vorwürfen zu verteidigen haben.

Zur Erinnerung: die damaligen Demonstrationen in Hamburg folgten zeitlich auf die Demonstration vom 25.11.1978 in Frankfurt, bei der die Polizei größere Auseinandersetzungen mit den Demonstranten hatte, und die den Vorwand für eine massive Pressehetze gegen alle Anti-Schah-Demonstrationen gab.

Im Verlaufe dieser Demonstrationen waren hunderte von Demonstranten und Passanten in die Fänge der polizeilichen Greiftrupps geraten und teilweise bis in die späten Abendstunden widerrechtlich festgehalten worden.

Die Pressefotos, die von eingezogenen Beamten in ihrer Arbeit behandelt worden sind - einer der Journalisten wurde von übergriffigen Beamten von einem Baum geholt -, haben sich gezwungen, in einem offenen Brief an den Innenminister gegen die Übergriffe der Beamten zu protestieren.

Die Polizeiführung hat sich jetzt offenbar zum Ziel gesetzt, den damaligen rechtswidrigen Einsatz unter allen Umständen von der Justiz legitimieren zu lassen; hierauf deutet jedenfalls das hin, was bis heute über die polizeiliche Vorbereitung der Demonstrationenprozesse vor dem Gericht bekannt geworden ist: die Polizeizeugnisse werden von Führungsbeamten auf ihre Zeugnismussage vorbereitet, so daß dabei zum Teil direkte Zensur ihrer Wahrnehmungen herauskommt.

Der Polizeieinsatz wird also bis in den Gerichtssaal hinein fortgesetzt, und zwar auf die „saubere“ Art, ohne Knüppel und chemical mace, sondern mit Zeugenbetreuung und Falschaussage.

Eingemeißelt geklappt hat bisher die juristische Verteidigung der Angeklagten. Von den bisher begonnenen Verfahren endeten drei mit Freisprüchen, einige sind ausgesetzt, einige endeten mit Verurteilungen.

Erfreulicherweise ist es gelungen, die polizeiliche Manipulation der Ermittlungsergebnisse zu beweisen und damit der Polizei zumindest insoweit auch eine Niederlage beizubringen. Wir sind zuversichtlich, daß die noch ausstehenden Verfahren das Desaster der sogenannten „Ermittlungen“ vollständig klar werden lassen, und daß die meisten der noch Angeklagten freigesprochen werden müssen.

Völlig im Argen liegt aber die politische Auswertung der Prozesse und die Solidarität der Linken mit den Angeklagten.

Damals waren zig-tausende in die Innenstädte gegangen, um ihren Protest gegen das Schah-Regime zu dokumentieren, heute kommen noch nicht einmal 10 oder 20 Zuschauer zu den Terminen, in denen sich einige von diesen zig-tausenden zu verantworten haben.

Offenbar herrscht bei den meisten der damaligen Demonstranten die Meinung vor, daß der Schah jetzt gestürzt und damit das Ziel des Kampfes vom Dezember 1978 er-

reicht ist. Was dabei auf der Strecke bleibt, ist die Aufgabe, den Widerstand auch im eigenen Land zu organisieren, und zwar gegen die Leute, die damals den Schah unterstützten und unsere Demonstrationen kriminalisiert haben.

Die Demonstrations-Prozesse haben bisher weitgehend unbemerkt von der Presse und den Medien stattgefunden (ausgenommen einem NDR-Kommentar).

Gemessen an dem, was sich über die Verfahren sagen ließe, und was die Linke aufdecken muß, ist dies eine mittlere politische Katastrophe: letztlich geht es in diesen Prozessen darum, ob man sich nach einer Demonstration überhaupt noch gegen eine Anklage wegen „Widerstand“ oder „Körperverletzung“ verteidigen

kann, wenn damit gerechnet werden muß, daß Polizeibeamte Berichte anfertigen lassen?, die bis ins kleinste Detail aufeinander abgestimmt sind. So gesehen ist das Thema der gegenwärtig laufenden Verfahren nicht Dezember 1978, sondern die Demonstrationenfreiheit und das Recht auf einen Prozeß, dessen Ergebnis nicht von der Polizeiführung im vornherein festgelegt wird.

In diesem Sinne sollten sich alle, die damals mitdemonstriert haben, heute dafür einsetzen, daß eine breite Solidaritätskampagne mit den Angeklagten entwickelt wird, die der Polizeiführung ein für allemal klarmacht, daß wir für Grenzen setzen können.

IKAH

Einstellung der Prozesse gegen Schah-Gegner!

Anti-Schah-Demonstrationsprozesse: wir haben von Justizsenator Frank Dahrendorf gefordert, Weisung für die Einstellung aller dieser Strafverfahren zu geben.

In einem Strafprozeß vor dem Amtsgericht Hamburg sagte am Freitag, dem 22.8.1979 ein Polizeibeamter namens Teilkamp als Zeuge aus, er habe den dienstlichen Auftrag erhalten, die Polizeibeamten zu versammeln und zu beraten, die als Zeugen gegen anlässlich der Anti-Schah-Demonstrationen im Dezember 1978 festgenommene Personen in Betracht kämen. Teilkamp und zwei Polizeibeamte berichteten zögernd, wie diese „Beratung“ ausgesehen hat. So sei in dem ca. 1/2-stündigen Gespräch auch von der Taktik und den Verhaltensweisen der Verteidiger die Rede gewesen, auf die der Polizeizeuge sich einstellen sollte. So sei es die Taktik der Verteidiger in Demonstrationsprozessen, eine Fülle von unwichtigen Detailfragen zu stellen, um dadurch eine Verunsicherung des Zeugen zu erreichen und so seine Glaubwürdigkeit zu beeinträchtigen. Als Gegenmittel empfahl der Zeugenbetreuer den Beamten, sich in „unwesentlichen“ Punkten nicht festzulegen, z.B. keine Entfernungangaben zu machen oder Teilnehmerzahlen nicht anzugeben. Auch für nach Ansicht des Betreuers Wesentliches hatte er Ratschläge zur Hand: Die Zeugen hätten das Recht und die Pflicht, sich für ihre Aussage im Prozeß durch vorherige Einsicht in die Polizeiberichte vorzubereiten.

Auffallend an diesen Berichten in allen Anti-Schah-Prozessen ist wiederum die trügerische Überstimulierung der Berichte mehrerer Beamter in Formulierungen, Satzfolge, Umfang und sogar Fehlen wie bei Hausnummern oder Eigennamen, die zwingend darauf schließen lassen, daß die Berichte von den Polizeizeugen zusammengefaßt und abgestimmt worden sind. Offensichtlich um die Ergebnisse dieser Gemeinschaftsarbeiten nicht in Frage zu stellen, hat es die Ermittlungsbehörde in fast allen Verfahren unterlassen, die Zeugen einzeln zu vernahmen, bevor die Anklagen gefertigt wurden. Dem Unterlassen ordnungsgemäßer Ermittlungen nach den Maßstäben der Strafprozeßordnung steht gegenüber ein administrativer Aufwand bei einer Betreuung von Polizeizeugen, die von keiner gerichtlichen Vorschrift gedeckt ist.

Unglaublich ist dieser polizeiliche Eingriff in bestimmte Strafprozesse. Was die Prozeßbetriebligen darüber am 22.8.1979 erfahren, ist dahingehend zusammenzufassen und zu bewerten:

1. Polizeiliche Zeugenbetreuung wird nicht nur gezielt für bestimmte Prozeß-

arten, sondern nach Beginn bestimmter Ermittlungen für konkrete Strafverfahren eingerichtet und durchgeführt.

2. Die Polizeizeugen als einzige Belastungszeugen werden auf erwartete Verteidigerverhalten vorbereitet in Form des Durchspielens möglicher Fragen an die Zeugen und dabei negativ ausgerichtet. Es wird in den Köpfen des Feindbild „Verteidiger in Demonstrationsprozessen“ und damit eine von vornherein befangene Einstellung der Zeugen gegenüber denen, die von „diesen“ Verteidigern vertreten werden, produziert.

3. Gegenüber den Zeugen nimmt der Betreuer eine Wartung darüber vorweg, was als Gegenstand gerichtlicher Aufklärung im Prozeß für wesentlich und unwesentlich gehalten wird. Entsprechend der Wertung wird den Zeugen geraten, sich entgegen ihrem möglichen Erinnerungsvorgang in Aussagen nicht festzulegen. An dieser Stelle geht Zeugenbetreuung aus dem ungesetzlichen in den kriminellen Bereich über.

Die weitgehenden Schranken der dem Polizeizeugen erteilten Aussagegenehmigung tun ihr Übriges. Auch dadurch wird der Aussagestoff in kaum überprüfbarer Weise durch die Behörde eingeschränkt und der Zeuge in eine Position gebracht, in der es ihm kaum möglich ist, unbefangenen und distanziert über vergangene Ereignisse auszusagen.

Die Polizei hat bei der Zeugenbetreuung kein gutes Gewissen. Als der Zeugenbetreuer Teilkamp selbst als Zeuge befragt und geladen worden war, führte sein Gang zum Gericht erst einmal über den Umweg zum Leiter der Rechtsabteilung der Hamburger Polizei und von dort zum langjährigen Zeugenbetreuer Stöhlmeier.

Wir sind der Auffassung, daß angesichts einer derartigen Determinierung eines bestimmten Komplexes von Strafverfahren durch die Polizei der staatliche Strafanspruch in diesen und anderen Verfahren zurückzutreten hat. Prozessuale Garantien zugunsten der Beschuldigten sind irreparabel verletzt. Die Justiz wäre zum Handlanger polizeilicher Verfolgungsinteressen verkommen, wenn sie nichts anderes täte, als ein derart gesteuertes Ermittlungsmaterial zu reproduzieren. Deshalb haben wir mit der Unterbreitung der Tatsachen den für eine unter Wahrung rechtsstaatlicher Garantien funktionierenden Rechtspflege in der Hansestadt verantwortlichen Justizsenator als oberster Dienstherr der Staatsanwaltschaft aufgefordert, Weisung zur Einstellung aller anhängigen Anti-Schah-Demonstrationsprozesse zu erteilen.

Parteifreies Bündnis kandidiert wieder zum Gemeinderat

Auf einer Vollversammlung des Parteifreien Bündnisses Eugen Eberle (PFB) wurden die insgesamt 60 Kandidaten für die kommenden Gemeinderatswahlen in Stuttgart vorgeschlagen und vorgestellt. Die programmatische Ausrichtung dieses Bündnisses läßt sich am besten in der Zusammensetzung der Kandidaten erkennen. Unter ihnen sind: 24 Frauen, teilweise langjährige Kämpferinnen für die Gleichberechtigung der Frau; acht Betriebs- und Personalräte, darunter zwei Spitzenkandidaten der oppositionellen Betriebsratsliste bei Daimler-Benz, Willi Hoss und Herrmann Mühleisen, beide aus dem DGB ausgeschlossen; Mitarbeiter verschiedener Bürgerinitiativen; Mitglieder der Naturfreund Jugend, des Sozialistischen Zentrums/SB und der Sozialistischen Jugend/Die Falken, darunter ein Bundesvorstandsmitglied der Falken; Mitarbeiter von Gesundheits- und Lehrgruppen; Vertreter der „alten“ Arbeiterbewegung, Hausfrauen, Kulturschaffende, Ärzte, Rentner, Theologen, Hochschulangehörige usw. usw.

Nun doch noch grün-bunte Einheit in Münster

Nach langem Hin und Her, grünem Machtpoker und allgemeiner Verwirrung ist nun doch noch eine gemeinsame grün-bunte Liste zur Kommunalwahl am 30.9. zustande gekommen. Das war erst möglich, nachdem die Münsteraner Buntten ihre Kompromißbereitschaft bis zur Grenze des Akzeptablen demonstriert hatten und die skrupellos erpresserische GAZ-Mehrheit sich endgültig zurückgezogen hatte. Immerhin ist der jetzt erreichte Konsens für alle Beteiligten einigermaßen zufriedenstellend: für die Initiative für eine BUNTE/ALTERNATIVE LISTE, die GLU, die Mehrheit der AUD, eine Minderheit der GAZ, sowie die „KPD“ und das Komitee für Demokratie und Sozialismus. Die Wählergemein-

Insgesamt also eine echte bunte Liste!

Das PFB besteht seit acht Jahren. Wesentlicher Initiator und auch heute noch tragende Person ist Eugen Eberle. Bis zum Verbot war er Mitglied der KPD und für sie seit Bestehen der BRD Mitglied im Gemeinderat. Lange Jahre war er Betriebsratsvorsitzender bei Bosch. Nach dem Verbot der KPD kandidierte er mit verschiedenen Gruppierungen weiter zum Gemeinderat und wurde auch immer gewählt. Und seit acht Jahren existiert nun das Parteifreie Bündnis, für das er ebenfalls in den Gemeinderat einzog. Bei den letzten Wahlen errang er 80.000 Stimmen, vor allem im traditionellen Arbeiterbereich, in dem sein Name seit seiner Betriebsratszeit einen „guten Ruf“ hat.

Zur Vorbereitung der Kommunalwahlen sind bisher Veranstaltungen durchgeführt worden oder sind in Planung: zum Thema Gesundheitswesen, über „Grenzen Stuttgarter Theaterarbeit“ mit Claus Peymann (dem in die Schußlinie der CDU geratenen Intendanten des Stuttgarter Schauspielhaus-

schaft trägt den Namen GRÜNE ALTERNATIVE LISTE (Untertitel: Initiative für Demokratie und Umweltschutz), hat eine demokratische Satzung ohne Unvereinbarkeitsbeschlüsse verabschiedet und einen Vorstand aus drei Grünen, drei Buntten und einer „fraktionslosen“ gewählt.

Am 15.8. sollen das Programm verabschiedet und die Kandidaten gewählt werden. Die noch verbleibenden knapp zwei Monate bis zur Wahl werden von allen Beteiligten vollen Einsatz verlangen, weil neben dem Wahlkampf noch eine Reihe bürokratischer Anforderungen bei der Einreichung der Liste erfüllt werden müssen. Dennoch sollte auch für Münster gelten: 5% sind möglich!

KB-Sympathisanten Münster

ses), über Jugendpolizei, Betriebsrat und über Zusammenhänge von Betrieb und Kommune (gerade in Stuttgart ein wichtiges Thema, da diese Stadt zum erheblichen Teil von Daimler-Benz „lebt“). Im September ist ein großes Fest unter dem Titel „Politik, Kultur und Emanzipation“ geplant, womit der Wahlkampf eröffnet werden soll.

Das PFB sieht seine eigene Aufgabe vor allem in der Vermittlung zwischen dem Kampf von Bürgerinitiativen und Arbeitervertretern und dem, was innerhalb des Parlaments für diesen Kampf zu erreichen ist. Als Ziel hat es sich die Zusammenfassung und Vertretung der Interessen aller in dieser Gesellschaft unterdrückten und diskriminierten Teile der Bevölkerung gesetzt und lehnt entschieden die Orientierung auf nur eine Frage (Ökologie, Umweltschutz) ab.

Verhandlungen hat es für eine gemeinsame Kandidatur auch mit den Grünen gegeben. Diese scheiterten jedoch bisher daran, daß die Grünen die klar auch auf eine ökonomische Verbesserung der Lage der werktätigen Bevölkerung ausgerichteten Forderungen nicht akzeptieren wollten (Ökologie geht vor Ökonomie) und daran, daß Eugen Eberle auch heute noch als Kommunist auftritt, was die Grünen auch nicht akzeptieren wollen. Gerade in diesem Fall zeigt sich der konservativ/reaktionäre Charakter dieser Forderung, denn es kann nicht einmal ins Feld geführt werden, daß Kommunisten die Wähler „verschrecken“.

(Information nach: der „Anschlag“, Zeitung des Sozialistischen Zentrums/SB (Stuttgart) und einem Telefongespräch mit einem Mitarbeiter des PFB).

Werden in Bayern die Weichen gestellt?

Am 7.10. soll in Bayern, von der Zeitung der AUD „die Unabhängigen“ bereits groß angekündigt, der Landesverband einer einheitlichen grünen Partei gegründet werden. AUD und GAZ, die bereits den bayerischen Landtagswahlkampf und die Europawahlen gemeinsam als „Die Grünen“ bestritten hatten, wollen ihre eigenständigen Strukturen aufgeben und in diesem neuen Landesverband aufgehen. Programmatisch soll am 7.10. nach dieser Planung zwar noch alles offengelassen werden, aber eine Satzung soll verabschiedet werden. Bayern könnte (soll?) zum Modell für andere Bundesländer werden; auch in Baden-Württemberg wollen sich die Grünen gleich als Partei (bzw. als Landesverband derselben) gründen, sicherlich mit demselben Namen und derselben Satzung wie die Bayern. Da Gruhl (GAZ) und Haußleiter (AUD) immer wieder die Notwendigkeit der Partei für eine Bundestagswahlbeteiligung herausstellen, scheint ihr Fahrplan der folgenden zu sein: In verschiedenen Bundesländern werden sich die Grünen dann lieber ins gewünschte Nest setzen, als langwierige Einigungsverhandlungen mit der Bunte über sich ergehen zu lassen. Am Ende sollen sich alle diejenigen, die an der grün-bunten Einheit interessiert sind, doch bitte nicht an organisatorischen Fragen festbeißen (die Partei wird ja

durch's Bundeswahlgesetz vorgeschrieben), sondern in die grüne Partei eintreten, die ja „programmatisch offen“ ist (aber mit festen Strukturen).

Die GLU Niedersachsen hat sich diesem Fahrplan bereits widersetzt, indem sie auf ihrem letzten Parteitag die dringende Empfehlung ausgesprochen hat, nicht vor Beginn des nächsten Jahres mit dem Gründen anzufangen. Auch in Bayern scheint nun nicht alles reibungslos zu verlaufen. In vielen Basisinitiativen regt sich Mißtrauen, ob da nicht schon wieder wie bei der GAZ-Gründung eine abgehobene, basisfeindliche und undemokratische Sache aus der Taufe gehoben wird. Andererseits möchten auch Kräfte innerhalb der bayerischen Grünen nicht von Anfang an Glaubwürdigkeit und Kredit bei den BIs verspielen und sind an Gesprächen interessiert (siehe auch die Äußerungen des stellvertretenden bayerischen GAZ-Vorsitzenden Bueb). Informell ist es inzwischen zu Kontakten zwischen Vertretern der Grünen und bunten Sympathisanten in Bayern gekommen. Besprochen wurde ein gemeinsamer grün-bunter Kongreß in Bayern, möglichst vor der beabsichtigten Parteigründung. Eine solche Initiative wäre zu begrüßen. Denn wenn die Buntten, Alternativen, BI's usw. erst einmal in der Situation sind, daß sie im ganzen Land grünen Parteigründungen hinterherrennen müssen, hätte die Idee der grün-bunten Einheit schon einen Knacks mitbekommen, der nur schwer zu reparieren sein wird.

Aus: „Neue Westfälische Zeitung“ (30.7.79)

In die Knie gingen am Sonnabend Kandidaten und Kandidatinnen der „Buntten Liste“, um sich als Schutzputzer Wahlkampfgeiler zu erweisen. Mit dieser Aktion wollten die Wählergruppe vor allem auf die finanziellen Behinderungen durch das kommunale Wahlgesetz hinweisen. Wichtigster Hebel für die Kandidatur kleinerer Wählergruppen sei, so wird betont, daß keine Wahlkampfkosten rückentstattet werden. Während die „etablierten Parteien“ bei kommunalen Wahlkämpfen z.B. auf Gelder von zurückliegenden Landtags- oder Bundestagswahlen zurückgreifen können, teile diese „finanzielle Si-



Aus: „Neue Westfälische Zeitung“ (30.7.79)

In die Knie gingen am Sonnabend Kandidaten und Kandidatinnen der „Buntten Liste“, um sich als Schutzputzer Wahlkampfgeiler zu erweisen. Mit dieser Aktion wollten die Wählergruppe vor allem auf die finanziellen Behinderungen durch das kommunale Wahlgesetz hinweisen. Wichtigster Hebel für die Kandidatur kleinerer Wählergruppen sei, so wird betont, daß keine Wahlkampfkosten rückentstattet werden. Während die „etablierten Parteien“ bei kommunalen Wahlkämpfen z.B. auf Gelder von zurückliegenden Landtags- oder Bundestagswahlen zurückgreifen können, teile diese „finanzielle Sicherheit für Wählergruppen weg, die auf kommunaler Ebene antreten“, erklärte ein Sprecher der „Buntten“. Eine weitere Behinderung sei die Tatsache, daß nach dem Parteiengesetz (Paragraph 2) nur Spenden für Parteien, die zu überregionalen Wahlen antreten, steuerabzugsfähig sind. Beste Antwort ist ihrer Meinung nach ein phantastischer Wahlkampf, der neben der Plakatwerbung neue Aktionsformen umfaßt, um die „Buntten“ bekannt zu machen. Die Schutzputzaktion (pro Paar 1 DM) sollte ein Anfang sein. Unser Bild: die Gymnasiallehrerin Sabina Landwehr aus Heepen und die Schiedsrichter Gernot Schulte/Friedrich Borowky, die auch Kandidatinnen ihrer Wählergruppe ist, beim Schutzputzen.



Frauenpartei in Gründung

Nach dem Arbeitstreffen der an einer Frauenpartei Interessierten zu Pfingsten wenden sich die Frauen jetzt mit einem Rundschreiben an die Frauenpresse und Frauenbewegung. Schon gegen Ende des Arbeitstreffens zu Pfingsten war deutlich geworden, daß Programmatik, Mitgliedschaft usw. in einer solchen Frauenpartei nicht einfach im kleinen Kreis beschlossen werden kann, sondern daß ein Diskussionsprozeß unter Frauengruppen, -zentren usw. eingeleitet werden muß.

Die Frauen verschicken nun eine Präambel und ein Kurzprogramm. Sie rufen auf zu Gründungsspenden (Konto „Frauenpartei“ Nr. 530 07955 bei der Landesbank GZ Kiel), fordern aber auch zu weiteren Vorschlägen auf. Daß die Frauenpartei den Frauen nicht fertig vorgesetzt werden soll, zeigt auch, daß die Geschichte zur Zeit unter dem Namen »Frauenpartei in Gründung« läuft.

In der Präambel des Programms werden die allgemeinpolitischen Vorstellungen und die Begründung für die Bildung einer Frauenpartei gegeben: »Wir Frauen gründen eine Frauenpartei, weil wir die bestehenden Herrschaftsstrukturen, die auf Macht und Unterdrückung beruhen, aufbrechen wollen«. Den verantwortlichen politischen Gruppen und Parteien wird vorgeworfen, die im Grundgesetz der BRD enthaltenen Forderungen nach »demokratischer Mitbestimmung, sozialer Gleichberechtigung, persönlicher Unabhängigkeit und mitmenschlicher Solidarität« nicht verwirklicht zu haben.

Die Frauenpartei will deutlich machen, »daß Mann und Frau ... den gleichen Anspruch und das gleiche Recht auf ein Leben als Persönlichkeit haben. Wir greifen das Rollenbild an, daß die Gesellschaft seit Jahrhunderten Frauen und Männern zugewiesen hat...«. Die Frauen betonen aber auch »Unserer Kritik richtet sich nicht gegen die Männer als solche, sondern allein gegen ihre ... Vormachtstellung. Wir setzen uns für die Gleichberechtigung der Frau ebenso ein wie für die Emanzipation des Mannes aus seiner entmenslichenden Vereinsamung und Selbstfremdung«. Sie wollen »für morgen nicht eine weibliche, sondern eine menschliche Gesellschaft«.

Außerdem wird in der Präambel der grundsätzliche Verzicht auf Gewalt und Herrschaftsausübung festgeschrieben, dies auch als Forderung an den bestehenden Staat verstanden. Daher setzen sich die Frauen für eine aktive Friedenspolitik ein sowie für die Selbstbestimmung aller Staaten und Völker. Sie fordern einen »sinnvollen und verantwortlichen Umgang mit Natur und Umwelt«, d.h. keine Inbetriebnahme und kein Bau von AKW's; stattdessen Förderung der Alternativ-Energie-Forschung.

Den Weg zu einer Gesellschaft in ihrem Sinne stellen sich die Frauen in Form von »schrittweisen, aber grundlegenden Reformen... im Rahmen und zur tatsächlichen Verwirklichung der bestehenden Grundrechte...« vor.

Der Forderungskatalog enthält u.a. auch die Forderung nach Berufstätigkeit und Kindererziehung für beide Geschlechter; die Umverteilung von Einkommen, Steuern und Arbeit müsse so erfolgen, daß der »Widerspruch zwischen bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlter Hausarbeit und Kindererziehung ... aufgehoben werde«. In diesem Sinne werden auch mehr Ganztagschulen, ein Abbau der rollenfixierten Erziehung in den Schulen und Kindergärten, sowie ein Verbot der geschlechtsspezifischen Werbung gefordert.

Gefordert wird die Streichung des § 218 und »als Übergang Modellberatungskliniken in jedem Bundesland nach dem Bremer Modell«; außerdem die Einrichtung von Frauenhäusern in jedem Kreis, ohne den diskriminierenden § 72 BSHG. Für Arbeits- und Ausbildungsplätze wird eine Quotierung verlangt. Es bleibt allerdings offen, ob das für alle Tätigkeiten gelten soll. Die Arbeitsschutzbestimmungen dürfen nicht zugunsten der Chancen von Frauen geändert werden: »Gleiche ... Bestimmungen für Frauen und Männer!«.

Umstritten ist nach wie vor, ob Männer in einer solchen Partei mitmachen dürfen. Wer sich in die Diskussion einschalten will, kann sich an »Frauenpartei in Gründung«, Haselkamp 26, 2300 Kiel 1, wenden.

Eine Genozin aus Flensburg

Freiburg: Erfolgreiche Aktionseinheit für Informationsfreiheit

Ein Gerücht aus „gewöhnlich gut informierten Kreisen“ besagt folgendes: Bei einem Treffen zwischen dem Heidelberger Oberbürgermeister (OB) Zundel und dem Freiburger OB Keidel, die nicht nur die letzten drei Buchstaben ihrer Namen gemeinsam haben, sondern auch als starke SPD-Rechtsausleger gelten, prahlte Zundel damit, daß die Heidelberger Innenstadt jetzt endlich „sauber“ sei, frei von Informationsständen und Strassensensibilisten. Keidel wollte sich daraufhin nicht lumpen lassen, ließ sich von Zundel das Know-how vermitteln und legte los.

Fest steht jedenfalls, daß im Mai der stark rechtstextige SPD-Bürgermeister Kiefer die Höchstzahl der Stadtstände von 12 auf 6 beschränkte. Dagegen bildete sich dann eine Aktionseinheit, in der sich schnell 30 Gruppen, Organisationen und Initiativen zusammenschlossen. Das Spektrum reicht von amnesty, terre des hommes, CAJ über diverse antirassistische Gruppen - darunter der Initiator der AE, die Aktion Dritte Welt - über die Bunte Liste bis hin zu „KPD“ und KB.

Der KBW, der früher aufgrund seiner Stärke in Freiburg Aktionseinheiten immer zum Platzen gebracht hatte, mochte sich nur zu einer „Unterstützung des Anliegens der AE“ durchringen und blieb nach einiger Zeit weg. Die DKP erschien trotz mehrmaliger Zusagen bisher noch nicht, wahrscheinlich bereitet

die berüchtigte „These 41“ Schwierigkeiten. Immerhin konnte das DKP-nahe „Bürgerkomitee zur Verteidigung der Grundrechte“ für eine Mitarbeit gewonnen werden.

Die AE gab bisher zwei Informationsflugblätter heraus, sammelte mehrere tausend Unterschriften, gab eine Anzeige in der „Badischen Zeitung“ auf, die sogar von örtlicher DGB-Prominenz unterschrieben wurde. Das große Orchester der Musikhochschule spielte an einem Samstag zur Unterstützung der AE in der Innenstadt und protestierte damit gleichzeitig gegen die Einschränkungen der Stadt für Straßenmusikanten. Prompt ermittelt jetzt die Polizei gegen den Dirigenten und die Musiker des Orchesters! Auch die Freiburger SPD hat sich in die Auseinandersetzung eingeschaltet und ein Flugblatt gegen die Einschränkung verteilt, in dem freilich die SPD-Mitgliedschaft von Bürgermeister Kiefer nicht erwähnt wird, aber immerhin. Schließlich berichtete auch die Badische Zeitung noch recht positiv über die AE. Als Folge dieses Drucks sah sich Kiefer zu einigen Rückzähren veranlaßt: Erst erhöhte er die Zahl der möglichen Stadtstände wieder auf 9, kürzlich behauptete er gegenüber einem Südwestfunkreporter gar, daß jetzt wieder 11 Stände zugelassen seien. Die AE fordert jedoch nach wie vor die Aufhebung sämtlicher Einschränkungen und will weiterarbeiten.

Zur Buntten Liste

Leider hatte sich schon zu Beginn der AE der Bunte-Liste-Vertreter nicht gerade Freunde damit gemacht, als er die Streichung einer Flugblattpassage forderte, in der positiv über das Engagement des SPD-Stadtrates Landsberg berichtet wurde. Dies schüre Illusionen in die SPD und schade den Buntten. Als dann die Bunte Liste auch einen Vertreter bei der geplanten Podiumveranstaltung forderte, lehnte die AE-Mehrheit dies mit der formalen Begründung ab, dann müsse man ja auch die DKP (die gar nicht mitmacht) und auch den KBW aufordern. Die Buli könnte ja im Rahmen der offenen Diskussion reden. Die Veranstaltung scheiterte dann allerdings daran, daß die bürgerlichen Parteien kein Interesse für eine solche Diskussion zeigten. Als die Buli im Rahmen der Aktion des Orchesters auch Unterschriften für die Zulassung sammelte, behaupteten dann sogar einige AE-Aktivisten, die Bunte Liste wolle das ganze „für sich vereinnahmen“.

Bedauerlich, wo das Anliegen der gemeinsamen Aktion immerhin die freie Agitation in der Stadt für die gesamte Linke ist. Angesichts solcher Vorbehalte sollte die Buli aber besser für solche Aktivitäten vorher in der AE werben.

Ein Freiburger Genosse

Hamburg-Eimsbüttel: SPD kontra Bunte Liste

Im Bezirksparlament von Hamburg-Eimsbüttel arbeiten seit gut einem Jahr zwei Frauen als Abgeordnete der Bunte Liste. Während die SPD anfangs noch zu punktueller Zusammenarbeit und Diskussion mit den beiden BuLi-Abgeordneten bereit war, hat sie seit einigen Monaten – offensichtlich auf Anweisung aus den SPD-Chefetagen – ihre Taktik radikal geändert: Initiativen der Bunte Liste werden grundsätzlich abgelehnt, meist ohne jede Diskussion; Redebeiträge der BuLi-Abgeordneten werden systematisch gestört. Auf diesen radikalen Konfrontationskurs scheint nahezu die gesamte SPD-Fraktion in Eimsbüttel, einschließlich der meisten „Linken“, eingeschwenkt zu sein.

Drei Initiativen aus der Arbeit der Bunte Liste in Eimsbüttel sollen hier, stellvertretend für ähnliche Auseinandersetzungen, dargestellt werden.

1. Vergabe öffentlicher Aufträge

Die SPD brachte einen Antrag ein, daß bei der Vergabe öffentlicher Aufträge berücksichtigt werden solle, „inwieweit die Firmen berechtigten Arbeitnehmerinteressen Rechnung tragen“. Im Einzelnen wurden im Antrag folgende Kriterien genannt:

1. Es muß ein Betriebsrat vorhanden sein (sofern der Betrieb von der Größe her die Voraussetzungen dafür erfüllt);
2. Frauen sollen gleichen Lohn für gleiche Arbeit erhalten;
3. Tarifvertragsliche und gesetzliche Arbeitnehmerrechte und Schutzvorschriften müssen eingehalten sein;
4. Der betriebl. Betrieb soll Berufsausbildung betreiben;
5. Er soll Schwerbehinderte in der gesetzlich vorgeschriebenen Zahl beschäftigen.

Insofern war dieser Antrag durchaus positiv zu werten. Der „Pferdefuß“ war jedoch, daß die Erfüllung der Kriterien 1 bis 5 durch eine Erklärung des Betriebsrates als gegeben angesehen werden sollte. Diesem Punkt des SPD-Antrags widersprach die Bunte Liste. Sie argumentierte: Der Betriebsrat ist schon vom Gesetzestext her auf das „Betriebswohl“ verpflichtet. Von einem Betriebsrat ist nicht zu erwarten, daß er dem Bestehen der Kriterien 1 bis 5 widerspricht, da dies den Betrieb um öffentliche Aufträge bringen und somit möglicherweise Arbeitsplätze gefährden würde. Insbesondere hinsichtlich der komplizierten Kriterien 2 und 3 wird der SPD-Antrag also zur Farce, da damit zu rechnen ist, daß in aller Regel die Betriebsräte ihren Arbeitgeber gezwungenermaßen die nötige Bestätigung ausstellen werden. Dies wiederum, so argumentierte die Bunte Liste, würde die Position der Beschäftigten und des Betriebsrates bei zukünftigen Auseinandersetzungen um die Einhaltung von Tarifverträgen, Schutzbestimmungen usw. erheblich verschlechtern, da sich der Kapitalist dann auf die vorliegende Bestätigung des Betriebsrates berufen könnte.

Die Bunte Liste forderte daher die SPD auf, ihren Antrag zu ändern. Statt einer Bestätigung des Betriebsrates sollte nach Meinung der Bunte Liste eine „Kontrolle und Überprüfung durch die Gewerkschaften und ihre Gremien“ gefordert werden. Die SPD lehnte jedoch jede Diskussion darüber ab und beharrte auf ihrem Text. In dieser Form waren aber die beiden BuLi-Frauen nicht bereit, dem Antrag zuzustimmen, da sie einen solchen Beschluß ohne eine Kontrolle als unsinnig ansahen. Damit schien rein rechnerisch der SPD-Antrag in der Bezirksver-

sammlung gescheitert, da CDU und FDP geschlossen gegen den Antrag waren. Offenbar war ein solches Scheitern der SPD immer noch lieber als das Eingehen auf einen vernünftigen und konstruktiven Vorschlag der Bunte Liste. Getröstet wurde dieser SPD-Antrag dann letztlich von der CDU, die einen ihrer Abgeordneten zuhause ließ, so daß er mit 20 zu 19 Stimmen die Bezirksversammlung (BV) passierte.

2. Aussperrungsverbot

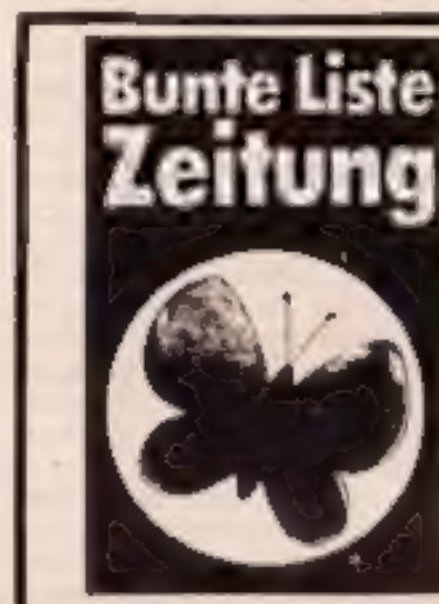
Ebenfalls am 28.6. stand in der Eimsbütteler BV ein Antrag der Bunte Liste zur Diskussion: „Die Bezirksversammlung Eimsbüttel fordert die Hamburger Bürgerschaft auf, die Aussperrung im Land Hamburg zu verbieten“. Die Aussperrung als Kampfmittel der Kapitalisten, ist im Bundesland Hessen verboten. Verfassungsrechtlich wäre ein solches Verbot auch in Hamburg möglich. Das Verbot der Aussperrung setzt sich immer stärker als Forderung in den Gewerkschaften durch. Der BuLi-Antrag hätte also, könnte man annehmen, in der BV ein „Selbstgänger“ sein müssen, da sich die SPD angeblich den gewerkschaftlichen Forderungen und Interessen besonders verbunden fühlt. Trotzdem fiel der BuLi-Antrag dem Konfrontationskurs der SPD zum Opfer. Nur einer der 20 SPD-Abgeordneten stimmte dem Antrag zu! Ihre Ablehnung begründete die SPD-Fraktion mit der Behauptung, daß dieser Antrag nicht in die BV gehöre. Man sollte eigentlich meinen, daß die Eimsbütteler SPD derartige Sorgen um die Kompetenz der BV getrost der CDU überlassen könnte, wenn es ihr ernst damit wäre, öffentlichen Druck für ein Aussperrungsverbot zu schaffen. Gerade diesen Druck auf ihre Parteifreunde

im Hamburger Rathaus scheint die SPD aber nicht zu wollen.

3. Nazi-Schmierereien

Bewohner Eimsbüttels hatten sich bei der Bunte Liste beschwert, daß immer häufiger nazistische Schmierereien auf Mauern, Parkbänken, Bushaltestellen usw. auftauchen, die oft wochenlang nicht entfernt werden; zudem sei es schwierig, gegen solche Schmierereien Anzeige zu erstatten, da z.T. die Polizei sich weigert, die Anzeigen aufzunehmen („Das wandert doch in den Papierkorb“). Besonders übel fallen die zahlreichen ausländerfeindlichen Schmierereien auf („Türken raus“, „Türken in die Gaskammer!“), die eine unzumutbare Provokation für die ausländischen Kollegen und ihre Familien darstellen.

Die Bunte Liste formulierte daher zur BV am 28.6. einen Antrag, der die „zuständigen Ermittlungsbehörden“ dazu verpflichten sollte, die BV regelmäßig „über den Stand der Strafmittlungen zu unterrichten“.



Neu:

Juli/August Ausgabe

- Sevensogift in Hamburg
- Interview mit Umweltschutznator Curilla
- Dumpfes Grollen aus dem Untergrund - City 8-Bahn
- Frauen
- und vieles mehr

Preis: 50 Pfennige

„Dann müssen wir eben Bürgerinitiativen gründen“

— Bericht von einer Bürgerversammlung in der oberschwäbischen Provinz —

Die folgende Reportage schickte uns ein Mitglied der „Unabhängigen Liste“ aus Bad Schussenried. Es ist die Entstehungsgeschichte einer Bürgerbewegung gegen die etablierten Parteien, die ihren Ausgangspunkt in der Jugendbewegung hat. Man könnte fast sagen: Die Jugend drängt nach vorn und rüttelt mit ihren Ideen auch andere Teile der Bewohner dieser Kleinstadt auf. Es zeigt sich anschaulich, daß auch unter scheinbar ungünstigen Bedingungen (erzkonservatives Hinterland) Möglichkeiten für eine fortschrittliche Politik bestehen.

„BAD SCHUSSENRIED ist ein kleines, verschlafenes Nest im Herzen Oberschwabens. Die 4.700 Wahlberechtigten, traditionell erzkatholisch und brave Untertanen, wählen zu 70 - 80 % die CDU. In diesem politischen Umfeld agiert seit März dieses Jahres eine „Unabhängige Liste“ (UL), die sich überwiegend auf Leute aus der früheren örtlichen Jugendbewegung stützt (ein selbstverwaltetes JZ wurde von der Stadt nach monatelangem Kampf im Frühjahr 1978 geschlossen) und links bis radikal-demokratische Positionen vertritt. Die UL, die seit März monatlich mit einer durch Spenden aus der Bevölkerung finanzierten und an alle Haushaltungen kostenlos verteilten Zeitung, dem „Schussenblättle“, in die lokalpolitische Diskussion eingreift, initiierte im April eine Unterschriftenversammlung zur Einberufung einer Bürgerversammlung durch den Gemeinderat. Der Grund: seit zweieinhalb Jahren hatte keine mehr stattgefunden, obwohl etwa genauso lange eine Sanierungsplanung läuft, der 13 überwiegend gut erhaltene Gebäude im Ortskern zum Opfer fallen sollen. Diese Unterschriftenversammlung brachte binnen Monatsfrist ganz überraschend das nach der Gemeindeordnung erforderliche Quorum von 10 % der wahlberechtigten Bürger. Letztlich unterschrieben 670 Menschen (13 %), obwohl die Stadtverwaltung und alle Gemeinderatsfraktionen öffentlich zum Nichtunterschriften aufgefordert hatten.

Der Gemeinderat mußte dem Antrag also stattgeben, obwohl Bürgermeister Kohler vor der entscheidenden Abstimmung im Rat nochmals unmissverständlich erklärte, seiner Meinung nach dürfe vor Gemeinderatswahlen eigentlich keine Bürgerversammlung stattfinden. Er müsse

sich aber wohl oder übel der geltenden Rechtslage beugen.

Am 9. Juli stieg das große Ereignis mit der Tagesordnung „Stadt-sanierung und Bürgerbeteiligung“ in der Stadthalle. Diese drohte aus allen Nähten zu platzen. Knapp 800 Menschen waren da, fast jeder seine Wahlberechtigung!

Auf dem Podium präsentierten sich neben dem Versammlungsleiter, Bürgermeister Kohler, fast alle 22 Stadträte, die sich auf der vorangegangenen Ratssitzung selbst einen Maulkorb verordnet hatten – aus Sorge vor der „Profiteurensucht“ macher „Kollegen“. Eigentlich Grund für das selbstverordnete Schweigen dürfte aber eher die Angst gewesen sein, selber auf kritische Fragen antworten zu müssen, ohne sich in die Nesseln zu setzen. Diese unangenehme Aufgabe sollte lieber der Bürgermeister allein übernehmen. Er sollte für die aufgebrachtsten Bürger den Sündenbock abgeben. Doch die Taktik der schweigsamen Stadträte ging an diesem Abend nicht ganz auf.

Der Bürgermeister besaß gleich zum Auftakt noch einmal die Freiheit, sein Bedauern über die erzwungene Bürgerversammlung auszusprechen. Er gerate durch diese Versammlung so kurz vor der Kommunalwahl in Gefahr, „da die Verwaltung gebotene Neutralität zu verletzen“. Zur Sanierung sagte er praktisch nichts. Er „stehe mit leeren Händen da“, solange die Planung gänzlich unverbindlich und noch nicht entscheidungsfähig sei. Deshalb verstehe er auch die Aufregung in der Bevölkerung nicht. Doch dann präsentierte er, wohl um der Kritik an der über die Köpfe der Leute hinweggehenden Planung zu begegnen, ein Modell für einen „Sanierungsausschuß“, der vom Gemeinderat umgehend eingesetzt werden sollte und dem auch Vertreter diverser örtlicher Organisationen (Gewerbe- und Handelsverein, Sportvereine etc.) und Institutionen (Schulen, Kirchengemeinde, Polizei) aber keine Sanierungsbedürftigen und nichtorganisierten Bürger angehören sollten. Dieser „bürgerchaftliche Ausschuß“ könne den Gemeinderat dann bei der weiteren Planung beraten, „womit der geforderten Bürgerbeteiligung ja wohl Genüge geleistet sei“.

Der Bürgermeister zwanzigminütige Auftritte wurde mit dünnem „Höflichkeitsschall“ bedacht. Der erste Diskussionsredner war ein Vertreter der UL. Er wies zunächst da-

rauf hin, daß seine Kritik nicht der Person des Bürgermeisters, sondern der politischen Entscheidungsinstanz Gemeinderat gilt: „Die schweigsamen Stadträte verstecken sich heute Abend hinter dem Bürgermeister!“ Dann attackierte er die Beschwichtigungstaktik des Bürgermeisters, der so tue, „als ob die Sanierungsplanung, die bereits 50.000 DM gekostet hat, ganz unverbindlich sei“. Anschließend wies er Punkt für Punkt nach, welche Gebäude die Stadt bereits „unverbindlich“ aufgekauft hat unter Ausschluss der Öffentlichkeit. „Sie brauchen nicht zu glauben, uns für dumm verkaufen zu können. Wenn die Mitglieder auf der Straße erfahren, daß ihre Häuser abgerissen werden sollen, Sie aber so tun, als ob die Information der Bürger über die Sanierungsplanung bisher umfassend gelautet ist, dann halte ich das für eine Unverschämtheit.“

Der starke Beifall im Saal bestätigte den Diskussionsredner. Kohler kam ins Schwitzen: „Nach geltendem Recht ist die Bürgerbeteiligung korrekt abgefahren.“ Die weitere Diskussion – fast eine Stunde lang ohne UL-Beteiligung – wurde heftiger und könnte gar nicht besser gelaufen sein. Da standen die sogenannten Durchschnittsbürger auf und sagten dem Bürgermeister respektlos ihre Meinung: „Sie regieren über die Köpfe des Kleinen Mannes hinweg!“ „Das Gemeindemitteilungsblatt verkauft den Bürger für dumm. Die einzige Informationsquelle ist für uns das „Schussenblättle“. Wir wollen bei so wichtigen Planungen wie der Ortsanerkennung von Anfang an mitbestimmen!“ „Sie haben Angst vor der Öffentlichkeit, hätten gerne Untertanen, die kuscheln!“

Durchweg bekamen alle Redebeiträge aus dem Publikum starken Beifall, meist eisiges Schweigen oder Gelächter bei den besonders faden-scheinigen Ausführungen des Bürgermeisters. Kohler verteidigte die bisherige Politik des Gemeinderats und drückte sich um konkrete Antworten. Und dann stand ein Bürger auf und rief unter tosendem Beifall ins Mikrofon: „Ja wenn das so ist, dann müssen wir Bürger eben aktiv werden und unsere Interessen selber in die Hand nehmen. Dann gründen wir eben Bürgerinitiativen.“ Der fast außer sich geratene Kohler klaffte zurück. „Dann gründen Sie halt Bürgerinitiativen, wenn Sie glauben, Ihre Interessen können zu kurz!“

Wir von der UL brauchten nur sporadisch in die Diskussion eingreifen, weil die ganze Geschichte auch

so in unserem Sinne verlief. Das „Schussenblättle“, in dem wir vor der Bürgerversammlung ganz ausführlich unsere Position zur Sanierung dargelegt hatten und in dem wir eine sofortige Mitbestimmung der Bürger gefordert hatten, zahlte sich aus. Die meisten Bürger haben sich vom „Schussenblättle“ zu ihren Fragen inspirieren lassen.

Gegen Ende der fast dreistündigen Diskussion leistet sich Kohler noch einen schweren Fehler. Er entzog einem Redner von der UL das Wort. Ohrenbetäubende Buhrufe und gelende Pfiffe signalisierten dem Bürgermeister, was die Bürger von dieser Art Meinungsunterdrückung halten.

Ganz zum Schluß versuchte sich der Bürgermeister noch in Basisdemokratie. Er wollte die anwesenden Bürger über seinen Sanierungsausschuß abstimmen lassen. Vertreter der UL unterbreiteten einen Alternativvorschlag. Sie plädierten für einen offenen Sanierungsarbeitskreis, in dem alle interessierten Bürger mitarbeiten und mitbestimmen können. Das ging dem Schultes (schwäbisch: Bürgermeister) zu weit. Ein fast halbstündiges Hick-Hack zwischen Bürgermeister und UL-Leuten begann. Kohler stellte sich dumm, wollte das UL-Modell nicht kapieren. Gegen 22.45 Uhr brach er die Diskussion ab und stellte seinen Vorschlag zur Abstimmung. Von den noch gut 600 anwesenden Menschen votierten aber höchstens 40 für seinen Ausschuß! Der Rest enthielt sich, weil Kohler den Alternativvorschlag gar nicht erst zur Abstimmung

stellte. Kohler war frustriert, der Saal risslos. Als ein UL-Vertreter den Bürgermeister auf den unklaren Abstimmungsmodus hinwies und um Wiederholung der Abstimmung mit klaren Alternativen ersuchte, weigerte sich der Bürgermeister und brach die Versammlung gänzlich ab.

Trotz dieses abrupten Kades und der allgemeinen Ratlosigkeit aufgrund der verkorkten Schlußabstimmung, waren wir von der UL über den Verlauf des Abends sehr zufrieden. So many standen Verwaltung und Gemeinderat noch nie unter Druck. Die Bürger müßten inzwischen allem, was ihnen „von denen da oben“ ersährt wird. Der Wille, selber aktiv zu werden, Druck auf Parlament und Verwaltung auszuüben, wurde von mehreren Diskussionsrednern artikuliert. Diesen Wunsch nach Selbstbestimmung zu fördern, wird weitere Aufgabe der UL sein. Zeit dafür wird genügend bestehen. Denn die für den 28. Oktober angesetzte Kommunalwahl wird um rund ein Jahr verschoben. Die UL wird dadurch gezwungen, ihre im Hinblick auf den Oktober-Wahltermin angelegten Aktivitäten seitlich enorm zu strecken. Das dürfte zwar einige personelle und nicht zuletzt finanziellen Probleme schaffen (z.B. jeden Monat ein kostenloses „Schussenblättle“, hilft uns selber aber auch, das kommunalpolitische Engagement als kontinuierlich zu begreifen und wegzukommen von der BRD – weit nicht seltenen Konstellation eines „alternativen Wahlvereins“. Eine bunte oder grüne Wahlbeteiligung als Selbstzweck lehnen wir ab.“

Erfolgreicher Diskussionsabend

Trotz des Federbeginns nahmen knapp 40 Interessierte an einem kleinen Diskussionsabend teil, den Lüneburger „Sympathisanten der Bunte und Alternativen Listen“ organisiert hatten. Es ging um einen Meinungs- und Informationsaustausch über die Kanzlerkandidatur von F.J. Strauß einerseits und um die Frage des Wahlverhaltens der Linken 1980 (Bunte Liste oder SPD?) andererseits.

Ein Schwerpunkt der Diskussion war die Frage der SPD-Einschätzung („kleineres Übel“) und die Diskussion um mögliche Maßnahmen gegen die Integrationsstrategie dieser Partei.

Ein weiterer Schwerpunkt entwickelte sich um die Frage, ob sich

grün/bunte Initiativen nicht auf die Beteiligung an Kommunalwahlen beschränken sollten, da nur so eine Verbindung zur Basis und zur dezentralen Aktion möglich sei.

Erfreulicherweise trugen sich über die Hälfte der Anwesenden in eine Liste ein, um nach der Sommerpause beim Aufbau einer Bunte Liste in Lüneburg zur Kommunalwahl (1980) und Bundestagswahl miteinbezogen zu werden. Ein Vertreter des Lüneburger GLU-Vorstandes erklärte, daß er an einer Diskussion und Zusammenarbeit mit „Bunten Initiativen“ interessiert sei.

KB/Gruppe Lüneburg

„KPD“ — Störfaktor in den alternativen Listen

Vor einem Jahr unternahm Ch. Semler, Vorsitzender der „KPD“, den Versuch, den „strategischen Stellenwert“ alternativer Wahlbündnisse für die Politik der „KPD“ zu bestimmen. Demnach betrachtet die „KPD“ solche Wahlbündnisse als Teil ihrer „langfristigen Perspektive“, nämlich der Herstellung einer „demokratisch-antihegemonistischen Einheitsfront“. „Antihegemonistisch“ bedeutet dabei Kampf gegen die Sowjetunion. Zur politischen Stoßrichtung der „KPD“ in alternativen Wahlbündnissen führte Semler aus: „Hinsichtlich unserer Programmatik haben wir es als unsere wichtigste Aufgabe angesehen, einseitige grüne Plattformen zu kritisieren, den Kampf für die wirtschaftlichen Forderungen und die demokratischen Rechte des Volkes zu verankern, diese Forderungen gegen die politische Unterdrückung in beiden Teilen Deutschlands zu orientieren, gegen parlamentarische Illusionen zu kämpfen, und dafür einzutreten, daß die Wahlkämpfe der alternativen Listen sich an den Kämpfen, den Forderungen und Bedürfnissen der werktätigen Massen ausrichten“ („Rote Fahne“ 26.7.78).

Diese von Semler angegebene politische Stoßrichtung ließ immerhin noch eine positive Rolle der „KPD“ bei der Unterstützung fortschrittlicher Programmpunkte zu. In der Praxis war es allerdings schon damals so, daß die „KPD“ ihre Energie in erster Linie darauf verwendete, Parolen gegen die DDR, gegen AKWs in der DDR u.ä. in die Programme zu drücken – wobei ihr jedoch insgesamt kaum Erfolgserlebnisse beschieden waren. Lediglich in der Westberliner AL boten sich der „KPD“ aufgrund ihrer zahlenmäßigen Dominanz Chancen für die Durchsetzung einer derartigen Programmatik. Die „KPD“ schreckte allerdings vor dem Ausspielen dieser Dominanz letztlich zurück, da sie (wohl zu Recht) andernfalls ein Platzen des Bündnisses befürchtete. Obwohl diese Zurückhaltung im eigenen Interesse der „KPD“ geboten war, hat die Taktik in der Westberliner AL offenbar heftige Auseinandersetzungen in der „KPD“-Führung ausgelöst.

Das Ergebnis ist eine deutliche Verschärfung des „KPD“-Kurses. In einer Diskussionsgrundlage des ZK der KPD wird bemängelt, daß es in der „KPD“ zu Erscheinungen der „Anpassung an die vorherrschenden ideologischen Strömungen“ gekommen sei, daß man in der Bündnispolitik zu einer „Politik des Machbaren“ gekommen sei, statt sich an der „Gesamtstrategie“ zu orientieren. „Innerhalb der Partei halten wir daher den Sozialdemokratismus und linken Reformismus für die Hauptgefahr“. Die Taktik der „KPD“ in Wahlbündnissen etc. wird dementsprechend wesentlich schärfer definiert als Ch. Semler dies vor einem Jahr getan hatte: „In der demokratischen Bewegung sind vor allem diejenigen Kettenglieder zu ergreifen, die eine ideologische Beeinflussung, einen Zusammenschluß und eine Polarisierung im Sinne des Eintretens für demokratische Rechte in beiden Teilen unseres Landes, für nationale Unabhängigkeit und Einheit und für den Widerstand gegen den sowjetischen Hegemonismus im nationalen, europäischen und internationalen Maßstab ermöglichen. Dies – vor allem die antihegemonistische Position – ist unser wesentlicher Beitrag zur demokratischen Bewegung. Diese Position er möglicht keine friedliche Koexistenz mit der staatsbürokratischen Verfassung des demokratischen Kampfes und der proletarischen Manipulation (als „prosojetisch“ wird in der Sprachregelung der „KPD“ in erster Linie der KB verstanden) von Antilperialismus, Antifaschismus und Antisozialismus sowie deren Zutreibern bzw. Verbündeten. Unser ideologisches und politisches Eingreifen in die demokratischen Bewegungen muß daher strategisch so definiert werden, daß es der Förderung dieser Linienkämpfe in solchen Bewegungen und Zusammenschlüssen dient“. („Diskussionsvorlage des ZK der KPD“, in „Theorie und Praxis“, 2/79).

Die Hauptaussagen dieser Passage sind: 1. Die „KPD“ betrachtet die Durchsetzung antisowjetischer („antihegemonistischer“) Parolen als das zentrale Ziel ihrer Arbeit in demokratischen Bündnissen. 2. Die „KPD“ will zukünftig offensiv für dieses Ziel kämpfen und von sich aus die Auseinandersetzung darum provozieren. Das würde, in die Tat umgesetzt, eine radikale Wende der „KPD“-Taktik bedeuten, die bisher

dem Streit um ihre „antihegemonistischen“ Thesen lieber ausgewichen ist, um sich nicht von vornherein zu isolieren. Das hat dazu geführt, daß die „KPD“ bisher zwar relativ oft in demokratischen Bündnissen präsent war, aber ohne dort ihre speziellen („antihegemonistischen“) Inhalte platzieren zu können. Die neue Taktik hingegen läuft faktisch auf die Preisgabe von Bündnismöglichkeiten hinaus.

So stellte sich die „KPD“ bereits bei den Vorgesprächen zum Frankfurter „Rock gegen Rechts“ selbst ins Abseits, indem sie die Aktion in ein „Rock gegen die DDR“ umfunktionierte wollte – mit der Begründung, für den Neonazismus in der BRD sei die DDR verantwortlich, und die Gefahr eines neuen Faschismus komme heute sowieso nicht von rechts, sondern von der DKP.

Auch in der alternativen Wahlbewegung zeigt der Taktikwechsel der „KPD“ erste Folgen. Auffallende Beispiele dafür sind die Europa-Wahlen und die Wahldiskussion in Bremen.

In der „Roten Fahne“ vom 31.5.79 erklärte der „Ständige Ausschuss“ höchstes Gremium der „KPD“, daß die „KPD“ die „Grünen“ bei den Europa-Wahlen nicht unterstützen werde. Dies wurde nicht etwa mit dem Charakter dieser Wahlen begründet (Die „KPD“ ist bekanntlich für das „Vereinigte Europa“) und auch nicht mit rechten Tendenzen bei den „Grünen“. Ganz im Gegenteil! **T i o t s „Gemeinsamkeit im Kampf für Umweltschutz und demokratische Rechte“** gebe es a u ß e r n politisch allzu tiefe Differenzen, nämlich „in der z e n t r a l e n Frage des notwendigen europäischen Zusammenschlusses gegen die Supermächte, besonders gegen den sowjetischen Hegemonismus“. D e s h a l b seien die „Grünen“ nicht wählbar.

So betrachtet könnte die „KPD“ zukünftig keine einzige alternative Liste mehr unterstützen, da kaum Aussichten bestehen, daß sich die „KPD“ irgendwo mit ihrer „antihegemonistischen“ Linie durchsetzen wird. Nun könnte es allerdings sein, daß die „KPD“ bei Kommunalwahlen gar so strenge Maßstäbe auch zukünftig nicht anlegen will. Zumindest für die Bundestagswahlen hat die Entscheidung des „Ständigen Ausschusses der KPD“ aber ein deutliches Signal gesetzt. In diesem Sinne schrieb die „Rote Fahne“ am 19.7. denn auch, eine alternative Wahlliste dürfe „gerade zu den Bundestagswahlen nicht in politischer Abtönung bei zentralen Fragen der Auseinandersetzung zwischen den bürgerlichen Gruppierungen verharren, wie das bei Landtags- und Kommunalwahlen in gewissen Grenzen immerhin noch möglich ist“. Sie müsse sich vielmehr zur Frage der Demokratie und Unabhängigkeit „für Ost- und Westeuropa“ und zum „Kampf gegen die Supermächte“ („besonders den Sozialimperialismus“) klar äußern – natürlich im Sinne der „KPD“. Auf dieser Basis, so ist zu vermuten, könnte die „KPD“ allenfalls mit ein paar ganz rechten „Grünen“ (aus der „nationalrevolutionären“ Ecke z.B.) ins Geschäft kommen.

Bei der Wahldiskussion in Bremen konzentrierte sich die Taktik der „KPD“ denn auch darauf, die durch die Bildung einer rechten „Grünen Liste“ „ohnehin angeschlagene alternative Wahlbewegung weiter zu schwächen und zu lähmen, um letzten Endes das Auftreten einer eigenständigen alternativen Liste zu den Wahlen im Herbst zu verhindern.

Als sich nach der Bildung der rechten Liste Resignation in der Linken ausbreitete, zog sich die „KPD“ zurück und erklärte, das Projekt einer Alternativen Liste sei gescheitert.

Als trotzdem die Wahldiskussion wieder in Schwung kam, war plötzlich auch die „KPD“ wieder da. Ihre Linie: Prinzipiell unterstütze die „KPD“ eine Alternative Liste, nur möge man sich damit doch nicht „überheßen“. So widersetzte sich die „KPD“ auf der Gründungsversammlung der AL Bremen am 25.5. dem Gründungsbeschuß (vergeblich) und versuchte (letztlich auch ohne Erfolg) zumindest die Beschlußfassung über eine Gründungserklärung und über eine konkrete Wahlbeteiligung auf die linke Bank zu schieben. Diese Manöver schwächten selbstverständlich die Verhandlungsposition der AL gegenüber den rechten „Grünen“, die gerade zu dieser Zeit bundesweit einem starken Einigungsdruck ausgesetzt waren.

Nachdem die Manöver der „KPD“ gescheitert waren, schied die „KPD“ einzulernen. Am 12.7. meldete die „Rote Fahne“, Bremen: **Alternative Liste kandidiert. Tragfähiger Kompromiß erzielt**. Zwei Wochen später jedoch hieß es, die AL Bremen sei „gescheitert“ und „ohne Basis“. („Rote Fahne“, 26.7.). Jens Scheer („KPD“) trat von der bereits beschlossenen Kandidatenliste der AL zurück, und die „KPD“ versuchte (allerdings erfolglos), den Beschluß der AL zur Wahlbeteiligung doch noch umzustößeln. Die „Rote Fahne“ vom 26.7. behauptete: „Allein die Mausechelpolitiker des KB betreiben gegenwärtig mit aller Macht eine Kandidatur der AL“. Diese Behauptung erwies sich freilich als Bumerang.

Die (erfolglose) Taktik der „KPD“ in der Bremer Wahldiskussion zielte letztlich darauf ab, für die rechten „Grünen“ freie Bahn zu schaffen. Wenn dies auch mißlungen ist, so kann sich die „KPD“ doch als Verdienst anrechnen, daß durch die von ihr inszenierten „Machtkämpfe“ um die AL und in der AL die alternative Wahlbewegung Bremens spürbar geschwächt wurde. Die in Bremen von der „KPD“ verfolgte provokatorische Taktik könnte zukünftig durchaus modellhaft für ihr Vorgehen in anderen Städten werden. Wenn die „KPD“ schon nicht in der Lage ist, alternative Wahlbündnisse inhaltlich zu beeinflussen, so hat sie doch vielerorts noch die Kraft, sie zu schwächen und zu behindern. Sie baut dabei auf das liberale Selbstverständnis einer Linken, die sich lieber angeekelt vom Schauplatz derartiger „Machtkämpfe“ abwendet, statt die Provokateure vor die Tür zu setzen.

Im Sinne einer Schwächung der alternativen Wahlbewegung liegt es auch, wenn die „KPD“, mit super-„linken“ Phrasen, die Bedeutung der Wahlergebnisse und der politischen Arbeit im Parlament herunterzuspie-

len versucht. Die Bedeutung der alternativen Wahlbewegung liegt gerade darin, daß sie nicht nur einen beliebigen „Zusammenschluß“ darstellt, sondern daß sie für die bürgerlichen Parteien zu einer echten Opposition auch im Parlament zu werden droht, also das bürgerliche Parteienmonopol in Frage stellt. Die „KPD“ mag ihre Störmanöver noch so super-„links“ als „klare Absage an jegliche parlamentarischen Illusionen“ ausgeben („Rote Fahne“, 12.7.79) – tatsächlich zielt sie damit gerade darauf ab, der alternativen Wahlbewegung ihre für die Herrschenden bedrohlichste Seite zu nehmen. Für die Bundestagswahlen 1980 hat die „KPD“ in ihrer zentralen Stellungnahme schon jetzt die Behauptung aufgestellt, ein mögliches alternatives Wahlbündnis werde mit Sicherheit die „5%-Hürde“ nicht schaffen, also auch keine Abgeordneten ins Parlament schicken könnten („Rote Fahne“, 19.7.79). Sich darauf zu einzulassen, käme für die alternative Wahlbewegung einer Kapitulation gleich, bevor der Kampf überhaupt begonnen hat.

Aus den Äußerungen und Verhaltensweisen der „KPD“ ergibt sich für die Bundestags-Wahldiskussion folgende Prognose:

Die „KPD“ geht (wohl zu recht) davon aus, daß sich bei der Diskussion zu den Bundestagswahlen die „zentralen Fragen“ (vor allem Außenpolitik, Frage der Abrüstung, Haltung zur Sowjetunion usw.) nicht ausklammern lassen. Im Gegenteil ist damit zu rechnen, daß jedes denkbare demokratische Wahlbündnis sich zu diesen Fragen in einer Weise äußern wird, die total der „antihegemonistischen“ Linie der „KPD“ widerspricht.

Die „KPD“ ist daher an einer Mitarbeit in einem solchen demokratischen Wahlbündnis nicht interessiert. Da sie die Chancen eines solchen Wahlbündnisses zudem nicht

besonders hoch einschätzt, stellt sich für die „KPD“ die Frage eines eigenständigen „antihegemonistischen“ Wahlbündnisses nach der Devise „Klein aber fein“ – in Perspektive gemeinsam mit MLD, KBW und Teilen der „Komitees“ ehemaliger KBW'er.

Unabhängig von der Frage einer eigenen Kandidatur zielt aktuell die Taktik der „KPD“ darauf ab, die alternative Wahldiskussion negativ zu beeinflussen. Den derzeitigen Schwerpunkt bildet dabei ihr Versuch, eine gemeinsame Stoßrichtung der alternativen Wahlbewegung gegen den CDU/CSU-Kandidaten Strauß zu verhindern. Strauß soll nach Willen der „KPD“ geschockt werden, weil sie in ihm einen „wachstamen und weitsichtigen Politiker“ im Sinne ihres „antihegemonistischen Kampfes“ sieht.

Es muß auch befürchtet werden, daß die „KPD“ (eventuell gemeinsam mit Teilen der Ex-KBW-„Komitees“) nach Bremer Muster Provokationen unternimmt, die insbesondere die linken Teile der Wahlbewegung gegenüber den rechten „Grünen“ schwächen könnten.

Nach den bisherigen Erfahrungen wird sich die „KPD“ bei dieser Taktik vorzugsweise einer super-„linken“ Phrasologie bedienen und eine entsprechende Bündnispolitik gegenüber „Spontis“, Wahlboykott-Anhängern usw. versuchen. Während die „KPD“ selbst die Zusammenarbeit mit CDU'ern anstrebt (wie auf der berüchtigten „Lissabonner Konferenz“ im Mai 78 bereits praktiziert) und sich programmatisch zur „Einheitsfront mit Teilen der Monopolbourgeoisie“ (gegen den „Sozialimperialismus“) bekennt, wird sie mit Phrasen über „parlamentarische Illusionen“ oder „Ablenkung vom Kampf gegen die SPD“ auf Dummfang gehen.

„Nazi-Umtriebe?“ — „Alles KGB-gesteuert!“

„Der KGB oder andere kommunistische Geheimdienste veranlassen – wie inzwischen unwiderlegbar bewiesen ist – Hakenkreuzschmierereien auf jüdischen Friedhöfen bei uns DKP und SED schulen Subversanten, die rechtsradikale Mini-Organisationen gründen und mit stupiden neonazistischen Sprüchen für weithin sichtbares öffentliches Ärgernis sorgen. Ein paar kommunistische Hetzblätter zunächst und anschließend auch offizielle SPD-Organen übernehmen es, Verbindungslinien zwischen diesen Umtrieben und Namen wie Springer, Löwenthal und Strauß zu konstruieren“. So tönt im neuesten „Deutschland-Magazin“ CSU-Chef Strauß zum Thema „angeblichen Wiederaufleben des Rechtsradikalismus“.

Vom Tenor her völlig gleichlautend heißt es zum selben Thema in der Juli-Ausgabe der NPD-offiziellen „Deutschen Stimme“, „daß der gegenwärtige Neonazi-Rummel von Provokateuren und Dummköpfen angelegt wurde, um dem deutschen Volk Schaden zuzufügen und neue Vorwände zu seiner Erpressung zu liefern, wie das schon einmal 1959 der Fall war. Damals hatte das sowjetische KGB und der Verfassungsschutz seine Hand im Spiel“.

Seit ziemlich genau 20 Jahren verbreiten die CDU/CSU und die Nazis selbst immer wieder diese Lüge von den „KGB-gesteuerten Nazi-Umtrieben“.

Das erste Mal tauchte diese Geschichte 1959 auf, als ein Hakenkreuz an die Kölner Synagoge geschmiert worden war. Adenauer persönlich beschuldigte damals den sowjetischen Geheimdienst KGB. In der Folgezeit wurde zwar ein Kommunist verhaftet, nach Monaten aber ohne irgend-

ter Nollau in seinen Memoiren: „Das Amt (= Verfassungsschutz – Anm. AK) untersuchte den Fall. Noch ehe wir fertig waren, behauptete Gehlens Organisation (der Bundesnachrichtendienst – Anm. AK), die Hakenkreuze seien von der illegalen KPD geschmiert worden. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben nichts, was geeignet war, diese Information zu bestätigen. Meine Organisation hatte in der KPD Dutzende von geheimen Vertrauensleuten. Ich ließ alle befragen. Keiner kannte Anweisungen der Partei, Hakenkreuze zu malen“.

Seit damals aber wird diese Legende gehandelt und gehört zum festen Inventar der rechten Demagogie. Von der „Deutschen Wochen-Zeitung“ bis zur Springer-Presse findet sie sich genauso wie im „Sturm“ (Herbst 77), der Zeitung der „Hansa“-Bande, die SDAI-Mitglieder beim Malen von Hakenkreuzen gesehen haben wollte. Der Strauß-Intimus und frischgebakene bayerische Innenminister Tandler erklärte kürzlich, ihm seien zwar keine Beweise für die Verfassungswidrigkeit der „Wehrsportgruppe Hoffmann“ bekannt; es sei aber „überlegenswert“, ob nicht die DDR diese Gruppe finanzierte! („FDI“, 1.7.79). Es gibt in der Tat einiges an Nazi-Prominenz, das offenbar in der BRD bessere Möglichkeiten für seine Umtriebe vorzufinden glaubt als in der DDR: Sowohl Schönborn als auch Hoffmann kamen Anfang der 50er Jahre aus der DDR. Auch die Nazis Rahl (NSDAP-Westberlin) und Priem (NS-Kampfgruppe Priem, heute ebenfalls Westberlin), kommen beide aus der DDR – sie saßen dort wegen rechter Umtriebe im Knast und wurden von der Bundesregierung freigekauft.

CDU und Nazis — Keine Berührungspunkte?

Ebenso wie die Nazi-Gruppen selbst in der Sicht der Herren Strauß, Tandler und Geistesverwandter eine Erfindung des KGB sind, um „Deutsch-

land“ zu schaden, so sind auch alle Meldungen über Verbindungen der CDU/CSU zu Nazis nur eine Erfindung „linker Fanstiker“.

Doch eines vermochte die Rechtsradikalismus-Propaganda nicht umzufräsen: In den Unionsparteien gibt es weder programmatische noch personelle Berührungspunkte zu den Neonazis. – So Strauß im „Deutschland-Magazin“.

Es ist also alles falsch, was bisher zu diesem Thema gesagt wurde:

- daß CDU- und CSU-Mitglieder regelmäßig im „Hilfskomitee südliches Afrika“ mit NPD-Leuten konferieren;
- daß im rechten „VDA“ CDU- wie NPD-Leute ihre Hände im Spiel haben;
- daß in der „Deutschlandstiftung“ bis vor wenigen Jahren rege Kontakte zu Neonazis bestanden;
- daß es Wahlabsprachen zwischen CDU-Mitgliedern und NPD gegeben hat;
- daß Strauß in seiner Sonthofener Rede ein politisches Programm verkündet hat, das einen Vergleich mit den Nazis nahelegt.

Wie Strauß heute schon mit Antifaschisten umspringt, die diese Tatsachen veröffentlichen, macht das Beispiel des „Pressedienst Demokratische Initiative“ (PDI) deutlich, den Strauß mit höchstschmierlichem Segen als „kommunistische Tarnorganisation“, seine Mitglieder als „Untergrundkommunisten“ diffamiert darf.

Zum richtigen Zeitpunkt hat der PDI ein neues Buch auf den Markt gebracht, das am Beispiel Bayern und der Strauß-CSU „Berührungspunkte“ zwischen CDU/CSU und Nazis zusammenträgt.

PDI-Taschenbuch 2: „Rechtstendenzen in der Bundesrepublik – eine notwendige Auseinandersetzung“, 6,60 DM.

Antifa-Kommission Hamburg

Widersprüche im DGB zu Strauß

Die DGB-Spitze setzt ihren Kurs der Anpassung an einen Kanzlerkandidaten fort. Allen Ernstes ließ DGB-Pressesprecher Preussner am 19.7. gegenüber der Presse verkünden, daß die Materialien des CSU-Generalsekretärs Stoiber zur Spaltung der Gewerkschaften nicht der Meinung von Strauß entsprächen; Dieser habe sich „internen Kreis ... eindeutig gegen die Pläne seines Generalsekretärs Edmund Stoiber“ ausgesprochen („Süddeutsche Zeitung“ — „SZ“, 20.7.79). Prompt kam das Dementi der CSU-Landesleitung. Berichte, daß Strauß für die Einheitsgewerkschaft sei, seien „in jeder Hinsicht falsch“. Die CSU vertritt in ihrem Grundsatzprogramm „gewerkschaftliche Pluralität“ und lasse sich nicht „das Recht und die Pflicht absprechen, wichtige gesellschaftspolitische Themen zu diskutieren“ (ebenda).

In den Einzelgewerkschaften des DGB deutet sich allerdings eine Differenzierung an, die Ausdruck starker Unterschiede in der Beurteilung eines Kanzlerkandidaten Strauß sind und zeigen, wie notwendig diese Diskussion in den Gewerkschaften ist, die nicht den DGB-Oberen überlassen werden darf.

Am schärfsten tritt dieser Widerspruch zur Zeit in der IG Metall auf. Deren Vorsitzender Loderer gehört zu denen, die wiederholt ihre untertänigste „Loyalität“ gegenüber einem „demokratisch gewählten Kanzler Strauß“ betonen (siehe AK 158). Ganz im Gegensatz zu Loderer führt die jüngste Ausgabe der IGM-Zeitung „metall“ (vom 18.7.79) eine scharfe Abgrenzung von Strauß und bietet ihren Mitgliedern eine ausgezeichnete Übersicht und Charakterisierung über Taten und Vorstellungen des F.J. Strauß. Dies wiederum hat Loderer zu einer vorsichtigen Distanzierung von der „metall“, deren Mitherausgeber er ist, veranlaßt. Die IG Metall wolle Strauß „weder dämonisieren, noch emporklimmen“, die Attacken in der „metall“ gegen Strauß seien zwar heftig, jedoch wolle er „Äußerungen der IG Metall-Zeitung nicht reglementieren oder zensurieren, er werde jedoch mit den Redakteuren „reden“ („Frankfurter Rundschau“ — „FR“, 20.7.79). Hier droht also der Versuch, daß die IGM-Spitze in Übereinstimmung mit den maßgeblichen DGB-Führern versucht, eine fortschrittlichen Gewerkschaftszeitung, einen

Maulkorb umzubinden, ganz im Sinne der SPD-Parole, Strauß nicht zu „dämonisieren“ (Herbert Wehner), sprich: die Gefahren, die von einem Kanzler Strauß in diesem Falle für die Arbeiterbewegung und die Gewerkschaften drohen, nicht anzugreifen. Hier ist ein Zündstoff in den Gewerkschaften angelegt.

„metall“: Strauß — „Kandidat des großen Geldes“

„Und wenn wir hinkommen und räumen so auf, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner es mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen“. Dieses Strauß-Zitat aus der berühmten Sonthofener Rede ziert die Titelseite der „metall“ vom 18.7.79. Ansonsten ist der Titel ganz in schwarz gehalten. „Es liegt nicht daran, daß uns zu Strauß nichts mehr eingefallen wäre. Warum dieses Titelbild so schwarz ausgefallen ist, hat seine Ursache in sich selbst“, heißt es in einer redaktionellen Erklärung. Nachdem die Redaktion auf ihre ständigen Bemühungen verwiesen hat, Strauß und seine Praktiken zu entlarven, betont sie am Schluß: „Kreide fressen nützt nichts — allen Abwiegern zur Mahnung. Metall bleibt in der Tradition, gegenüber Strauß recht zu haben. Darum auf den Seiten 10 bis 13 in dieser Ausgabe eine weitere Analyse darüber, warum der Mann für alle Arbeitnehmer in diesem Lande so gefährlich ist.“

Diese wohlthuende Stellungnahme der „metall“-Redaktion wird fortgesetzt in dem erwähnten Artikel. Unter der Überschrift der „Kandidat des großen Geldes“ wird zunächst dargestellt, wie die „metall“ dazu beigetragen hat, die Gewerkschaften der CSU zu enttarnen und was diese Pläne aussagen (s. AK 156). Die „metall“ verteidigt die zentralen Aussagen der „Stoiber-Papiere“, indem sie sagt, Strauß wolle schon „Zwangsarbeitskammern, wenn er dort das Sagen hätte, er würde gerne den DGB unterwandern, wenn ihm die nötigen Arbeiterbataillone zur Verfügung ständen. Er würde gern den DGB fraktionieren, wenn er sich fraktionieren ließe und die CSU die Oberfraktion würde. Er würde gerne eine eigene Staatsgewerkschaft gründen, wenn sie

wie in Chile das Monopol hätte. Und er würde natürlich auch mit dem CGB etwas Großes anfangen, wenn er nicht so erbarmungswürdig klein wäre. Nein, die fünf Punkte sind Spielmaterial, wichtiges Spielmaterial, das nur einem Zweck dient: Es soll den Deutschen Gewerkschaftsbund erpressen, so wie sich die Christlich Demokratische Union erpressen ließ“. „Doch hier haben sich einige Herren verrecknet. Strauß konnte die CDU erpressen — doch mit dem DGB funktioniert dieses Spielchen nicht. Schon gar nicht mit der CSU-Chaoten-Parole: „Vor jeder Diskussion um eine vierte Partei sollte zuerst eine Diskussion über eine zweite, dritte und vierte Gewerkschaft geführt werden“. Die CDU konnte man mit solchen Parolen einseifen, die deutsche Einheitsgewerkschaft nicht.“

GHK: „Es ist Zeit zum Aufstehen“

In der Augustausgabe der „Holzarbeiterzeitung“ (Gewerkschaft Holz und Kunststoff) nimmt die Redaktion kritisch zu den Diskussionen im DGB Stellung. Da heißt es: „Aber dieser Ruck nach rechts, den Strauß ausgelöst hat, trifft nicht nur die Union, sondern drängt die übrigen Parteien in die gleiche Richtung. Auch die Gewerkschaften werden wohl von diesem Trend nicht verschont bleiben. Das gilt selbst dann, wenn die CSU-Pläne zur Gründung einer eigenen Gewerkschaft nicht realisiert werden.“

Zu den Stoiber-Papieren schreibt die GHK: „Selbstbeschuldigungen mancher verantwortlicher Kollegen, daß das seien Vernachlässigungen ... von denen der CSU-Parteilich nicht wissen, bringen uns nichts. Denn die ver-gessen offenbar, daß die Parole „Strauß ist unser Programm“ nach wie vor gilt ... Der Streit, der von den Gewerkschaften weder gewünscht noch gar veranlaßt wurde, muß um unserer Organisation willen durch-gestanden werden. Denn das wollen wir mal abwarten was kommt! oder lassen wir's mal laufen? ist keine Politik. Es ist Zeit zum Aufstehen.“

Kommunisten, Betriebs- & Gewerkschaft

„Sozialistische Dreckwerfer“



„Sozialistische Dreckwerfer“, pöbeln die CSU im „Bayernkurier“ gegen die Gewerkschaftszeitung „Metall“, weil F.J. Strauß „diffamiert“ worden sei.

Hier nun von den Diffamierungen des Vorsitzenden einige „Kostproben“, die „das Schämme fürchten lassen“ („Bayernkurier“):

Auf der Titelseite von „Metall“ prangte in dicken gotischen Lettern über einem Bild von Strauß der Titel „Sein Kampf“ — „eine eindeutige Anlehnung an den Buchtitel „Mein Kampf““, wie die „FAZ“ sehr intelligent feststellte.

Das „Sozialdemokrat-Magazin“ hat in seiner Juli-Ausgabe einen Autokleber angeboten, auf dem Hitler von einer Wolke auf die Um-nisse der BRD herabblickt und den Satz „Strauß will Kanzler werden“ mit einem selbstzufriedenen „Sauer“ kommentiert.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Lutz soll nach der Nominierung von Strauß geschrieben haben: „Habemus Satan“ („Wir haben einen Teufel“) — in Anlehnung an den entsprechenden Ausruf nach einer Papstwahl).

Der „Bayernkurier“ nennt diese Äußerungen einen „Niedergang des politischen Stils“ und bescheinigt Lutz bitter „unzulängliche Latein-kenntnisse“.

Auf einem Schweinfurter Kinder-fest hatten die „Falken“ kürzlich eine Schießbude aufgebaut. Auf die Zielscheibe eines Pfeilwurfspiels war ein Aufkleber mit einer Strauß-Karikatur und der Aufschrift „Wollt ihr den?“ geklebt. In der „FAZ“ (26.7.) wurden aus den Wurfpielen gar „lan-zenartige Wurfgeschosse“. Die Schweinfurter CSU sprach von einem „Angriff auf die Menschenwürde“ („SZ“, 20.7.).

Gekränkt zeigte sich der „Bayernkurier“ auch über eine Karikatur in der „tz“ aus München, die die „Grenzen des Geschmacks“ verletzt habe: Strauß als Wolf, der Kreide gefressen hat, klopft bei den Geiß-lein (Wähler) an: „Aufmachen! Ich bin eure liberale, tolerante, elastische und gelenkige Mutti!“. Laut „FAZ“ ist der CSU noch eine Diffamierung durch die Lappen gegangen. In einer Gewerkschaftszeitung „wurde Strauß als Schwein gezeichnet, vor dessen Kopf Knochen mit der Aufschrift „Arbeitnehmer“ liegen“. („FAZ“, 26.7.).

Antifa-Kommision Hamburg



„Aufmachen! Ich bin eure liberale, tolerante, elastische und gelenkige Mutti!“

Strauß — Ein Faschist!

Unter diesem Motto stand unser Infor-stand, den wir von der Frankfurter KB-Frauengruppe am 28.7. in der Innenstadt durchführten.

Auf einer großen Stellwand waren mehrere Wandzeitungen zu lesen, die auch ein interessiertes Publikum fan-den: »Die Worte des Vorsitzenden F.J. Strauß — eine über die Nazi-Vergangenheit von Strauß, eine über die Ketten der Skandale, in die er verwickelt war, eine zu den Vorstellungen der CSU, wie die Gewerkschaften zerschlagen werden sollen, sowie eine mit der Überschrift »Ungeboresenes Leben woll'n sie retten, geborenes legen sie in Ketten«. Damit wollten wir vor allem gegen den menschen-feindlichen Zynismus und die Verhöhn-

ung der Frauenrechte protestieren, die sich in dem Zitat eines CSU'lers ausdrückt, Abtreibung sei »organisierter Massenmord wie Auschwitz!«

Die Reaktionen waren ziemlich gemischt. Einerseits haben wir gut verkauft, z.B. unsere Frauenbroschüre (Dokumentation: Frauen und Faschismus), und auch einige AK's; die Flugblätter »Strauß — ein Faschist« waren schnell verteilt. Wir machten auch die positive Erfahrung, daß eine Menge Leute, die erstmal von ihrer äußeren Erscheinung her nicht zur »Szene« gerechnet werden können, die Aufkleber »Strauß — Nein Danke« kauften und die es gut fanden, daß wir so an die Öffentlichkeit gehen.

Andererseits gab es deutliche und

manchmal erschreckende Ablehnung zu spüren, wobei der Spruch »Geht doch rüber« noch zu den harmlosesten gehörte. Der Tenor aller dieser Annahmen war: Hoffentlich kommt endlich der Strauß ran, damit sowas wie ihr nicht mehr auf der Straße steht!

Teilweise bildeten sich auch erregte Diskussionen zwischen Gegnern und Anhängern von Strauß vor dem Stell-schild — ein Zeichen dafür jedenfalls, daß das Thema Strauß auf lebhaftes breites Interesse stößt. Von daher hat uns der Vormittag auch allen viel Spaß gemacht.

KB-Frauengruppe Frankfurt

Strauß droht H. Broder mit Prozeß

Daß die CSU/CDU und ihr Umkreis (zu erinnern ist an Ziesel/Deutsch-land-Stiftung!) und natürlich CSU-Chef Strauß selbst nicht gern an die Nazi-Vergangenheit erinnert werden, schon gar nicht, wenn sie selbst etwas damit zu tun haben sollen, ist be-kannt. Strauß beispielsweise war seine Namens-Schreibung mit dem Doppel-S erst unlängst einen Prozeß gegen den »Arbeiterkampf« wert. Nun geht es um ein Strauß-Zitat, das seit 1969 (als es die »Frank-furter Rundschau« zum erstenmal brachte) bekannt und mehrfach in verschiedenen Büchern, Zeitschriften usw. — nachgedruckt wurde. »Ein Volk, das diese wirtschaftlichen Leistungen vollbracht hat, hat ein Recht darauf, von Auschwitz nichts

mehr hören zu wollen«. Diese auf-schlußreiche Äußerung zur Vergan-genheits-Bewältigung fand auch der jüdische Journalist Henryk M. Broder in seinem 1978 erschienenen Buch »Deutschland erwacht — Die neuen Nazis« (Lamur-Verlag) zitiertenswert. Kein Mensch käme auf den Gedan-ken, das Auschwitz-Zitat n i c h t Strauß zuzutrauen — dieser jedoch ließ seinen Anwalt in Aktion treten, der vom Lamur-Verlag ultimativ die Original-Quelle des Strauß-Ausspru-ches zu erfahren verlangte. (Übrigens auch noch die eines anderen, ähn-lichen Zitats von Strauß, das Broder ebenfalls abgedruckt hatte). Die CSU droht, der »Rechtstreier« werde in Richtung »gerichtliche Ausean-dersetzung« fortgesetzt werden. („Zeit“, 3.8.).

Strauß statt Striptease

Fast 500 Mitglieder hat die CDU durch die Wahl von Franz Josef Strauß zum Kanzlerkandidaten der Union verloren. Immerhin, wäre man geneigt zu sagen...

...wenn nicht während der gleichen Zeit 800 Neuzugänge bei der CDU zu verzeichnen gewesen wären; unter dem Strich also ein Plus von 300! Das ergab jedenfalls laut »Welt« (23.7.) eine Umfrage der »Bild«-Zeitung bei den CDU-Landesverbänden.

Eine interessante Vergleichszahl: Als die CDU auf ihrem Kieler Partei-tag Striptease-Tänzerinnen mit nack-tem Busen auftreten ließ, traten 200 Mitglieder aus. Von Eintritten ist nichts bekannt.

Strauß



NEIN DANKE!

NEU:

Aus dem Inhalt:
Skandale und Affären
pflastern seinen Weg.
Strauß und
die Internationale
des Terrors.

100 S.
DM
7,50

Sonthofener Rede
und
Anti-DGB-Papier
im Wortlaut

Interview mit Ossip K. Flechtheim (Unterstützer der Grünen bei den Europawahlen)

Frage: Herr Professor Flechtheim, worin sehen Sie die Gründe dafür, daß der extremste rechte Exponent in der CDU/CSU, Strauß, als Kanzlerkandidat aufgestellt wurde?

Flechtheim: Ich glaube, die Antwort muß wohl vielschichtig sein. Um zunächst einmal von dem Äußeren und vielleicht Sekundären auszugehen: Zunächst haben wohl innerparteiliche Probleme eine große Rolle gespielt. Herr Strauß hat immer wieder mit Spaltung der CDU/CSU gedroht, damit, daß er die CSU von der CDU ganz lösen wird, daß er sie auf die Bundesrepublik außerhalb Bayerns erstrecken wird, daß er eventuell mit anderen rechten Gruppierungen, Parteien usw. zusammengehen wird. Ich nehme an, daß eine ganze Reihe von auch gemäßigteren Leuten in der CDU sich gesagt haben: Der Strauß ist im Grunde, hier so etwas wie eine neue, relativ große und einflussreiche Partei rechts von uns aufzubauen, und wir kommen dann in eine schwierige Lage, weil wir dann eingeklemmt sind zwischen dieser Rechtspartei und der SPD, und außerdem natürlich noch als gemäßigte Rechtspartei oder Partei der rechten Mitte mit der FDP konkurrieren müssen.

Aus rein parteipolitischen Erwägungen, parteigegensätzlichen Erwägungen heraus muß Strauß in irgendeiner Form besänftigt – appeased sagt man – befriedet werden. Nun kann man sagen, daß es überhaupt in den Parteien gar nicht so selten ist, daß die Führung eher rechts als links „angesiedelt“ ist. Wenn Sie etwa die FDP nehmen: Genscher ist ja auch kein Mann der Linken, ja auch eher der Rechten als der Mitte, und Schmidt ist sicherlich kein Mann der Linken oder auch nur der Mitte, sondern eher der Rechten, so daß es also auch von daher gar nicht so ungewöhnlich ist, daß in einer Partei jemand, der ziemlich weit rechts steht, sich durchsetzt und Führer und Kanzlerkandidat wird.

Ich kann mir auch vorstellen, daß eine ganz andere Erwägung bei einigen mitgespielt hat, nämlich die: Das ist eine Gelegenheit, den Strauß endlich mal loszuwerden. Wenn der jetzt aufgestellt wird, und – wofür ja einiges spricht – nicht gewählt wird, dann ist das eine solche Blamage, eine solche Niederlage, daß wir ihn in der Bundesrepublik außerhalb Bayerns los sind.

Männer wie Albrecht und Kohl sagen sich vielleicht, dann ist bei der überhöhten Wahl 1984 das Feld frei, und dann kann einer von uns endlich mal den Sieg davontragen.

Erwägungen mögen auch eine Rolle gespielt haben, daß Strauß, wenn er Kanzler würde, nicht so „radikal“, so extrem auftreten würde, daß er aus der „staatsmännischen Position“ heraus zur Mäßigung gezwungen würde. Man würde ihn also in gewisser Beziehung „einbinden“, er würde einen Rechtskurs steuern, aber keinen Katastrophenkurs, keinen wilden Kurs, d.h. einen maßvollen

Le gespielt haben, daß Strauß, wenn er Kanzler würde, nicht so „radikal“, so extrem auftreten würde, daß er aus der „staatsmännischen Position“ heraus zur Mäßigung gezwungen würde. Man würde ihn also in gewisser Beziehung „einbinden“, er würde einen Rechtskurs steuern, aber keinen Katastrophenkurs, keinen wilden Kurs, d.h. einen maßvollen Rechtskurs. All das erinnert in fataler Weise an die Situation 1933, wo ja auch sehr viele Konservative, Deutsche, aber auch Reichswehr, Schwerindustrie usw. dafür waren, Hitler zum Reichskanzler zu machen, weil sie sich sagten: Auf der einen Seite bringt er uns die Unterstützung der Massen, auf der anderen wird er aber als Reichskanzler von seinen wildesten Vorstellungen loskommen, und wird umgeben von den anderen gemäßigteren Konservativen schon eine relativ vernünftige, – d.h. natürlich konservative Politik, aber keine Katastrophenpolitik betreiben. Solche Erwägungen mögen durchaus eine Rolle spielen, wobei ich betonen möchte, daß die Situation heute anders ist. Strauß ist kein Hitler. Strauß würde sicherlich nicht wieder einen Zwei-Fronten-Krieg riskieren. Ich glaube, daß er einfach mehr Finger-spitzengefühl und Einsicht in internationale Machtverhältnisse hat. Er würde sich hüten, die Sowjetunion frontal anzugreifen. Er würde also nicht wie Hitler eine Vabanque-Politik spielen. Daß er freilich aus der gesamten Situation heraus auch unter Umständen große Risiken eingehen und ein gefährliches Spiel spielen könnte, halte ich für möglich, das heißt also, daß diese Vorstellung von der Einbindung auch wieder problematisch ist.

Es gab einmal dieses Wort von dem damaligen amerikanischen Außenminister Dulles: Sich am Rande des Krieges bewegen. Und das könnte ich mir bei Strauß auch vorstellen: verstärkte Aufrüstung, eventuell gewisse Konflikte riskieren; immer in der Erwartung, wir werden schon im letzten Moment zu einer für uns vorteilhafteren Einigung

kommen – was aber auch schiefgehen kann.

Noch ein Punkt: Auch in der CDU besteht wohl, nicht nur auf dem rechten Flügel, die Vorstellung, wir gehen schweren Zeiten entgegen, gewisse soziale und sonstige Konflikte sind nicht zu vermeiden, wir haben nicht mehr dieses Wirtschaftswachstum vor uns, wir müssen also das, was wir haben, so verteilen, daß die Arbeiter und die Gewerkschaften nicht zu viel davon abbekommen, daß die Rentabilität und Profitabilität des Kapitals gewahrt bleibt. Dazu brauchen wir aber einen starken Mann, der auch mal einen Konflikt mit den Gewerkschaften wagt und der auf der anderen Seite auch wieder eine gewisse Massenunterstützung hat, der mindestens sagen kann, in Bayern stehen nicht nur die Oberschichten, sondern auch viele Arbeiter hinter mir, aber ich habe auch Sympathien in gewissen Kreisen in der Bundesrepublik. Also wieder die Vorstellung eines echten Rechtskurses, der auch über die – ich würde sagen – maßvoll konservative Politik der jetzigen Regierung noch hinausgehen würde. Aber das heißt nicht, und das möchte ich betonen, daß, wie vielleicht der eine oder andere meint, mit Strauß sozusagen ein neuer Hitler da ist, eine neue faschistische Diktatur mit Auswärtswirtschaft und Herausforderung der ganzen Welt.

Frage: Sie nannten eben zu Anfang hauptsächlich parteipolitische Gründe für die Nominierung von Strauß als Kanzlerkandidaten. Nun hat Strauß ja in seiner Sonntagsrede sich als den Mann für die Krise vorgestellt. Meines Erachtens gibt es heute aktuell kaum Anzeichen für eine handfeste Krise, die von heute auf morgen – oder von einem Jahr auf andere – vor der Tür stehen würde. Die Stellung der SPD/FDP ist relativ konstant. Meinen Sie, daß sich hinter der Nominierung von Strauß als Kanzlerkandidaten die Vorbereitung auf handfestere Krisensituationen verbergen?

Flechtheim: Ich kann mir vorstellen, daß man sich sagt, wenn alles gut geht, kommen wir so einigermaßen um die Runde, aber wir müssen damit rechnen, daß in Folge der Rohstoffverknappung, der Ölkrise usw. sich die Wirtschaftslage sich in ein, zwei, drei Jahren wieder verschlechtern wird (auch die Gewerkschaften sprechen gelegentlich von zwei Millionen oder zweieinhalb Millionen Arbeitslosen in den 80er Jahren), und da brauchen wir eben einen entschlossenen Mann wie Strauß, nicht einen Zauderer wie Kohl.

Frage: Welche Chancen räumen Sie dem Kanzlerkandidaten Strauß ein?

Flechtheim: Das ist eine Frage, die ich eigentlich nicht beantworten kann; aber man könnte davon ausgehen: 50 zu 50. Das soll heißen, daß also wirklich die beiden Gruppierungen ganz nahe aneinander kommen werden. Wenn Sie mich festlegen wollen: 49 zu 51. Also es

Frage: Welche Chancen räumen Sie dem Kanzlerkandidaten Strauß ein?

Flechtheim: Das ist eine Frage, die ich eigentlich nicht beantworten kann; aber man könnte davon ausgehen: 50 zu 50. Das soll heißen, daß also wirklich die beiden Gruppierungen ganz nahe aneinander kommen werden. Wenn Sie mich festlegen wollen: 49 zu 51. Also es scheint mir im Augenblick so, als wenn Schmidt und die sozialliberale Koalition – das sagen ja auch wohl die mit Vorsicht zu genießenden Meinungsbefragungen – noch immer ein gewisses Übergewicht hat. Wenn die Wirtschaftslage oder die sonstige Lage sich nicht sehr verschlechtert, kann ich mir vorstellen, daß der nüchternere, der hanseatische, der norddeutsche Schmidt gegenüber dem Bajuwaren Strauß doch die größere Anziehungskraft hat, schon deshalb, weil ja die Nicht-Bajuwaren, die Norddeutschen (wie sagt Strauß: die Nordlichter?) in der Bundesrepublik einfach zahlenmäßig erheblich überwiegen. Es leben – ich weiß nicht wieviel – drei oder viermal so viel Leute in Nordrhein-Westfalen wie in Bayern.

Frage: Sie vertrauen also nicht darauf, daß sich viele Wähler auch der CDU empört von einem Kanzlerkandidaten Strauß abwenden werden, sondern Sie halten es durchaus für möglich, daß Strauß innerhalb des nächsten Jahres eine gewisse Anziehungskraft entwickeln könnte?

Flechtheim: Ja, ich glaube nicht, daß es einen Erdbeben geben wird. Es werden vielleicht mehr Wähler als früher sich der Stimme enthalten; es werden sicherlich einige bisherige CDU-Wähler FDP wählen. Ich kann mir vorstellen, daß sogar aus den Kreisen der christlichen Sozial-Ausschüsse der eine oder andere Arbeiter auch SPD wählt, aber ich glaube nicht an einen Erdbeben.

Frage: Welche Auswirkung könnte diese Kandidatur auf das Parteienspektrum haben? Ist die FDP bei-

spielsweise von der Fünf-Prozent-Klausel bedroht?

Flechtheim: Ja, aber zunächst ein paar Worte über das Parteienspektrum überhaupt:

Diese Kandidatur führt sicherlich – und wir sehen das ja bereits in den allerersten Anfängen – zu einer gewissen Polarisierung. Der Eindruck entsteht, daß die CDU/CSU noch mehr als bisher von der Mitte weg nach rechts rückt, und selbst wenn die anderen Parteien ihre jetzige Position halten, erweitert sich dadurch der Abstand, ohne daß das nun dramatische Ausmaße annehmen muß.

Andererseits folgt wohl aus der Kandidatur von Strauß, daß es nicht zu einer Vierten Partei auf der Rechten kommen wird, und auch nicht zu einer Spaltung der CDU und CSU, daß also insofern das bisherige Parteiensystem sogar in gewisser Beziehung bewahrt und erhalten wird; was vielleicht für manche auch ein Grund war, sich schließlich doch nicht gegen Strauß auszusprechen.

Nun sehe ich eine Möglichkeit darin, daß die FDP unter der Fünf-Prozent-Grenze bleibt. Es sieht im Augenblick nicht sehr danach aus, weil wahrscheinlich eher einige Wähler – wie ich schon sagte – von der CDU zur FDP gehen werden, ohne daß viele Wähler von der FDP zur CDU/CSU gehen werden. Die FDP-Wähler in Bayern – es sind ja nicht sehr viele – haben alte Vorbehalte gegen Strauß, und in Norddeutschland wird er die meisten FDP-Wähler kaum anziehen.

Möglicherweise wird aber die FDP an der Fünf-Prozent-Klausel scheitern, und dann wäre die Frage etwa die, ob wir nicht zu einem Zweiparteien-System kämen, wobei ich es dann für wahrscheinlicher halte, daß die CDU/CSU mehr Stimmen bekommt als die SPD (was ja wohl bisher bei allen, mit Ausnahme der Wahl von 1972, wohl immer der Fall gewesen ist; 1972 hat die SPD 46 % bei den Zweitstimmen bekommen und bei den Erststimmen sogar 49 % – ein Traumergebnis), und ich sehe – um jetzt, wenn Sie wollen, schon zur nächsten Frage zu kommen (Anmerkung AK: Die nächste Frage lautet: Welche Möglichkeiten sehen Sie, einen Wahlsieg Strauß zu verhindern?) – hier ein sehr großes Problem.

Ich würde ganz nüchtern sagen: Es gibt schon einen Unterschied zwischen einer Strauß-Regierung und einer Schmidt-Regierung, auch wenn die eine nicht die Katastrophe bedeutet und die andere nicht die sozialistische klassenlose Gesellschaft. Es gibt schon einen Unterschied, und man sollte schon nicht alles, aber einiges tun, um den Wahlsieg der CDU zu verhindern, und das heißt wohl auch, in dieser Situation dafür eintreten, daß die FDP doch wieder ins Parlament kommt, weil das Risiko, wenn nur SPD und CDU einander gegenüberstehen, doch sehr groß ist.

Es gibt schon einen Unterschied, und man sollte schon nicht alles, aber einiges tun, um den Wahlsieg der CDU zu verhindern, und das heißt wohl auch, in dieser Situation dafür eintreten, daß die FDP doch wieder ins Parlament kommt, weil das Risiko, wenn nur SPD und CDU einander gegenüberstehen, doch sehr groß ist.

Es käme also darauf an, die Fünf-Prozent-Klausel in diesem Fall unschädlich zu machen. Da ist mir durch den Kopf gegangen – das klingt wahrscheinlich sehr unrealistisch, vielleicht sogar verwegen – ob man nicht die beiden Gruppierungen, die im Augenblick von der Fünf-Prozent-Klausel besonders bedroht sind – nämlich die FDP und die Grünen – in irgendeiner Form zusammenspannen könnte. – Wenn FDP und Grüne zusammengehen würden, würden sie sicher über die fünf Prozent hinauskommen und wären dann beide auch im Parlament vertreten; dann könnte die FDP ihre Koalitionspolitik mit der SPD fortführen, und die Grünen könnten von Fall zu Fall unter Umständen kritische Solidarität mit der Koalition bei einer Bedrohung seitens der CDU/CSU üben.

Frage: Sie sagten eben, daß sich bei der Gegenüberstellung von CDU/CSU und SPD mit der Nominierung von Strauß der Abstand, der politische Abstand zwischen diesen beiden Parteien vergrößern würde. Halten Sie es nicht auch für möglich, daß durch die Nominierung von Strauß das politische Klima in der BRD insgesamt nach rechts sich verschiebt, also die SPD mitgezogen wird, so daß der Abstand sich eventuell doch gar nicht vergrößert?

Flechtheim: Ja, auch das ist durchaus denkbar. Die SPD sieht ja in Strauß sicher irgendwie eine Bedrohung, nicht nur, daß sie mal wieder den Regierungssessel verliert, sondern auch im Sinne – und das ist durchaus ernst zu nehmen – einer weiteren Entwicklung in Richtung auf ein autoritäres System, auf weiteren Abbau der Demokratie. Sie wird

sicherlich aus diesem Grunde fast alles tun, um den Wahlsieg von Strauß zu verhindern, und das heißt wohl auch, sehr stark um die Wähler in der Mitte – oder um die gemäßigt rechten Wähler – sich bemühen. Das heißt aber auch, daß etwa, wenn Strauß der SPD vorwirft, sie sei sozialistisch, die SPD dann sagt: Nein, sozialistisch sind wir ja gar nicht. Wir sind sozial und demokratisch, meinetwegen auch noch christlich und freiheitlich, das seid ihr ja auch, nur wir sind es besser, oder wie vor Jahren einmal der gute Willy Brandt gesagt hat: Wir sind ja alle eine große Familie und wir wollen doch diese Familienstreitigkeiten zwar ernst nehmen, aber nicht übertreiben, und deswegen können eigentlich Wähler, die vielleicht in mancher Beziehung von Strauß angezogen sind, eigentlich auch Schmidt wählen, der nun auch – das hat Brandt damals auch mal über Adenauer gesagt – dasselbe, aber besser. Wobei besser natürlich heißt, daß es doch etwas anders gemacht wird.

Aber ich weiß nicht, ob die SPD das so durchhalten kann. Es gibt ja immerhin in der SPD einige linke Kräfte (links jetzt im weiten Sinn, ich würde auch Eppler dazu zählen), die einen gewissen Auftrieb bekommen und die wahrscheinlich während des Wahlkampfes sagen werden: Wir müssen uns auch gegenüber Strauß profilieren. Wenn Strauß etwa als großer Anwalt des raschen Ausbaus der Atomenergie auftritt, können wir nicht sagen, wir bauen die Atomenergie noch besser und noch rascher aus; wir müssen da schon gewisse Alternativen offen halten.

Frage: Sie hatten eben eine gemeinsame Kandidatur von FDP und Grünen erwogen (oder laut gedacht). Nun gibt es innerhalb der Grünen, oder besser gesagt der alternativen Szene, verschiedene politische Schwerpunkte, verschiedene Richtungen. Meinen Sie bei der Kandidatur FDP/Grüne die Grünen, oder sehen Sie auch Möglichkeiten für eine Einigung in der alternativen Szene?

Flechtheim: Ich würde natürlich eine Einigung begrüßen. Es hat ja eine gewisse Einigung stattgefunden. Ich selber war auf dem Parteitag damals in Frankfurt, wo verschiedene Gruppen sich zusammengeschlossen haben zu dieser gemeinsamen Europa-Liste. Das sind wohl auch die Leute, die – ich glaube, inzwischen hat schon wieder eine Tagung stattgefunden – wahrscheinlich auch für die Bundestagswahlen eine gemeinsame Wahl-liste vorbereiten.

Ich würde es begrüßen, wenn weitere Gruppen, Grüne oder auch unabhängige sozialistische Gruppen sich dieser Kombination anschließen würde, so daß sie möglichst stark würde. Aber selbst dann fürchte ich, daß der Durchschnittswähler sagen wird: Ja, ob die über die fünf Prozent „überkommen“, das ist doch zweifelhaft. Sie haben jetzt 3,2 Prozent bekommen. Nehmen wir mal an, sie haben sehr viel Glück, dann kommen sie hängige sozialistische Gruppen sich dieser Kombination anschließen würde, so daß sie möglichst stark würde. Aber selbst dann fürchte ich, daß der Durchschnittswähler sagen wird: Ja, ob die über die fünf Prozent „überkommen“, das ist doch zweifelhaft. Sie haben jetzt 3,2 Prozent bekommen. Nehmen wir mal an, sie haben sehr viel Glück, dann kommen sie auf 4,7 oder auf 4,9 Prozent, und dann ist doch alles letzten Endes für die Katz.

Das ist freilich nicht richtig: Ein

solches Wahlergebnis hat doch eine gewisse Bedeutung; aber zunächst unmittelbar rein parlamentarisch gesehen, würden sie ja nicht zum Zuge kommen. Deswegen würde ich zu erwägen geben, ob nicht jene Grünen, (es gibt daneben ja Grüne, die wollen als solche gar nicht kandidieren) die sich wirklich ernsthaft über eine Aufstellung von Listen Gedanken machen, ob die nicht in irgendeiner Form – das müßte man technisch im Einzelnen noch untersuchen – dazu kommen können, eine Lösung zu finden, wobei sie einerseits – was ich ungeheuer wichtig halte – ihre Unabhängigkeit behalten, herausstellen, betonen; aber andererseits doch nicht so sehr auf Kosten der sozialliberalen Koalition, dieser vielmehr sogar indirekt eine gewisse Unterstützung geben.

Eine Möglichkeit wäre da, das ist nicht viel, aber immerhin etwas, daß die Grünen die Erststimmen in den Bundestagskreisen, wo es skeptische sozialdemokratische oder freidemokratische Kandidaten gibt (also Linke in der einen oder anderen Form, die sich für die Bürgerrechte, gegen die Atomenergie ausgesprochen haben), diesem Kandidaten geben, so daß der unter Umständen dadurch mehr Stimmen bekommen kann als der entsprechende CDU/CSU-Kandidat. Er ist ja dann schon mal als Person gewählt. Aber das wird ja dann verrechnet, und wichtiger ist natürlich die Abgabe der zweiten Stimme. Und da ist die Frage, ob nicht die FDP und die Grünen eine Vereinbarung schließen können, daß sie für diese Wahl eine gemeinsame zweite Liste aufstellen, etwa im Verhältnis 2:1. Dabei müßte man wahrscheinlich davon ausgehen, daß heute die FDP ungefähr doppelt soviel Wähler hat wie die Grünen. Diese Liste hätte dann eine sehr gute Chance, weit über die Fünf-Prozent-Klausel an Stimmen zu bekommen. Dann würden, sagen wir mal an die 40 FDP-Abgeordnete in den Bundestag kommen, und sagen wir mal 20 Grüne, oder 18 Grüne. Damit würde die CDU/CSU so gut wie sicher in der Minderheit bleiben.

Die Schwierigkeit ist sicherlich, den Wählern der FDP einerseits, der Grünen andererseits, klarzumachen, wieso zwei Gruppen, die auch politisch soweit auseinander liegen, zusammengehen können – gerade in Deutschland, wo man ja aus jeder politischen Frage auch eine große Weltanschauungsfrage macht. In anderen Ländern wäre es vielleicht einfacher zu sagen, man kann politisch konträrer Auffassung sein, man kann aber doch unter Umständen rein wahltechnisch zusammengehen, wenn man sich eben nicht als Todfeind versteht. Man kann das nicht mit der NPD machen oder mit einer kommunistischen Partei, die auf die Alleindiktatur ausgeht, aber wenn die Grünen so wie die FDP sagen, wir stehen auf dem Boden des Grundgesetzes, wir sind der Auffassung, daß wir ein Mehrparteiensystem haben werden, wir akzeptieren das – dann, wenn man sich eben nicht als Todfeind versteht, Man kann das nicht mit der NPD machen oder mit einer kommunistischen Partei, die auf die Alleindiktatur ausgeht, aber wenn die Grünen so wie die FDP sagen, wir stehen auf dem Boden des Grundgesetzes, wir sind der Auffassung, daß wir ein Mehrparteiensystem haben werden, wir akzeptieren das – dann ist nicht einzusehen, warum man

Fortsetzung auf Seite 9

Studien zur Gesellschaftstheorie

Ossip K. Flechtheim

Von Marx bis Kolakowski

Sozialismus oder Untergang in der Barbarei?

EVA
Europäische Verlagsgesellschaft

Fortsetzung von Seite 8

nicht hier ein solches Zweckbündnis machen kann, was ja auch nicht bedeutet, daß etwa die Abgeordneten nachher in einer Fraktion bleiben. Sobald sie gewählt sind, gehen sie wieder auseinander, die FDP hat ihre Fraktion und die Grünen haben ihre Fraktion.

Frage: Da habe ich eine Nachfrage: Bekanntlich unterstützen FDP-Mitglieder – soweit sie an Regierungen beteiligt sind – z.B. den sogenannten Radikalerlaß. Andererseits ist es möglich, daß bei den Grünen sich Leute finden, die von solch einem Erlaß betroffen sind, d.h. da spielt das Problem der Abgrenzungspolitik eine Rolle. Halten Sie – das im Hinterkopf – eine Kandidatur auf der Grundlage der Gleichberechtigung zwischen FDP und Grünen für möglich?

Flechtheim: Ja Gleichberechtigung unter Berücksichtigung der Tatsache, daß wohl – soweit man das sehen kann – im Augenblick die FDP ein größeres Wählerpotential hat, daß man also die Listen so aufstellt, daß, wie ich schon sagte, etwa auf zwei FDP-Abgeordnete ein Grüner käme. Es stimmt ja, daß die FDP da ungeheure Misserfolge begangen hat, sie ist aber in letzter Zeit davon abgerückt. Es gibt ja eine Reihe von Parteibeschlüssen, gerade auch bei der FDP (die Regierung hält sich leider nicht immer daran), die jetzt wieder relativ liberal lauten, gegen den Radikalerlaß und ähnliche Dinge. Einige Landesverbände, wie Berlin und Hamburg, haben sich da jetzt eindeutig im Sinne einer liberaleren Politik festgelegt.

Frage: Welche programmatischen Schwerpunkte sollte sich eine grüne Liste im Bundestagswahlkampf setzen?

Flechtheim: Etwa in Anknüpfung an das, was bereits gesagt worden ist: anläßlich der Europa-Wahl: Abrüstung scheint mir sehr wichtig, als erstes müssen wir versuchen, aus diesem Rüstungswettlauf herauszukommen, der ja früher oder später doch mit einem tödlichen Kriege enden muß, d.h. also auch weiter Entspannungspolitik; Umweltschutz, mit all den ungeheuren Problemen, die das aufwirft, alternative Lebensformen, Deregulierung der Industrie, Verzicht oder Minimierung der Kernenergie; dann scheint wichtig, Verzicht oder Minimierung der Kernenergie; dann scheint wichtig der Schutz der Grundrechte und weitere Demokratisierung. Ausbau der Mitbestimmung und ähnliche Dinge; Justizreform einschließlich Annullierung des Kontaktsperregesetzes, des Radikalerlasses usw.; Sozialreform, Ausbau der Sozialgesetzgebung, Stärkung der Gewerkschaften, vielleicht als Endziel: Aufhebung des Auspassungsrechts; Angleichung, Egalisierung in dem Sinne, daß die zu bringenden Opfer in erster Linie von den Wohlhabenden und Großverdienenden gebracht werden, bis in die mittleren Schichten hinein, und daß nicht wie bisher die Unteren noch mit herangezogen werden, sondern im Gegenteil ihr Status möglichst noch etwas angehoben wird; also dieser ganze Komplex der Sozialleistungen und dann als letztes, aber durchaus nicht unwichtig, eine ganz andere Haltung zur Dritten Welt, d.h. echter internationaler Lastenausgleich. Ein Weltplan zur Bewältigung von Not, Elend und Hunger in der Dritten Welt.

Diese Frage (nach einer Alternativen Liste) kann ich heute nicht beantworten. Eine unabhängige Alternativliste kann nicht von vornherein ausgeschlossen werden. Die Entscheidung wird von der Lage 1980 abhängig zu machen sein. Wir können heute noch nicht übersehen, welches die wirtschaftlichen oder politischen Bedingungen für eine erfolgversprechende linke Strategie in mehr als einem Jahr sein werden.

Interview mit Prof. Jürgen Seiffert

Prof. J. Seiffert lehrt an der Uni Hannover Politik. Er gilt als Verfassungsexperte. Zu seinen Veröffentlichungen gehört eine Untersuchung zu F.J. Strauß. J. Seiffert wurde wegen seiner Aktivitäten für den SDS aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen.

Frage: Wie beurteilen Sie die Strauß-Kandidatur im Hinblick auf das Wahlverhalten gegenüber der SPD?

Seiffert: Das sogenannte Wählerpotential der SPD bröckelt ab, und Schmidt hat alles getan, daß es abbröckelt. Insofern kann er zufrieden sein, daß Strauß für die SPD Wählerpotential mobilisiert. Strauß ist, wenn man so will, die stärkste Wahllokomotive für die Sozialdemokratische Partei. Auf der anderen Seite muß ich sagen, daß Schmidt diesen Kandidaten Strauß selbst mitproduziert hat. Wer wie Schmidt die beste CDU-Politik macht, die es je gab, und die Liberalen innerhalb der CDU an den Rand gerippt hat, der mußte damit rechnen, daß ein Rechtsaußen innerhalb der Unionsparteien damit auch einmal zum Zuge kommt.

Frage: Wird es Ihrer Meinung nach durch die Strauß-Kandidatur zu einem SPD-Wahlkampf kommen, der keinerlei Zugeständnisse an die SPD-Skeptiker von links und die Umweltschützer machen muß?

S.: Ich möchte eigentlich zunächst sagen, daß ich der SPD schon seit Jahren, seit Jahrzehnten keine sozialistische Position zumeist, sondern von ihr und da untereinander ich mich von den Jungsozialisten, von ihr allenfalls das erwarte, was man die Rolle einer demokratischen Partei nennen kann, da sie eine wichtige Funktion in der Abwehr von Tendenzen zum autoritären Staat, in der Abwehr von faschistoiden Tendenzen spielen kann. Leider Gottes hat die SPD diese Abwehrfunktion von autoritären Tendenzen nicht immer wahrgenommen, sie ist nicht das demokratische Schutzschild, was sie ihren ganzen Programmen nach immer sein will. Sie produziert Exekutivmacht, Exekutivstaat. Und trotzdem erwarten doch viele Wähler von der SPD, daß sie diese Abwehrrolle, diese Abwehrfunktion gegenüber dem autoritären Staat wahrnimmt.

Nun würde ich sagen, daß man Strauß nicht verteideln, auch nicht demonstrieren darf – ich habe die Spiegel-Affäre analysiert, ich habe mich in der Frühzeit viel mit den „Gaulle“-Affäre analysiert, ich habe mich in der Frühzeit viel mit den Affären von F. Strauß auseinandergesetzt, aber ich würde nicht sagen, daß Strauß ein Hitler ist. Diese Überzeichnungen sind ganz sicher falsch. Treffender wäre zu sagen: F.J. Strauß ist ein deutscher De Gaulle mit schlechten Manieren. Das soll jetzt nicht ne Bogatellisierung der Gefahren sein, die ein deutscher Gaullismus e la Strauß für die BRD mit sich bringt. Die französische Linke ist heute noch nicht über die Probleme hinweggekommen, die ein De Gaulle dort geschaffen hat und dort ist die demokratische Linke insgesamt viel viel stärker, dort gab es eine Widerstandsbewegung, die für die ganze demokratische Bewegung eine große Rolle spielte. Obwohl Frankreich eine Verfassung hat, die weit rechts vom Grundgesetz steht, ist die Verfassungsrealität in Frankreich viel demokratischer als in der Bundesrepublik. Insofern könnte Strauß, ein Gaullismus e la Strauß in der BRD, d.h. die Aufrichtung eines autoritären Staates und der Versuch, mit Mitteln des Strafrechts Gegenpositionen zu zerlegen, für die BRD eine Verschärfung der Restauration bedeuten, die sich viele heute nicht vorstellen.

Frage: Sie haben vorher von der demokratischen Rolle der SPD gesprochen, die sie nicht mehr wahrnimmt oder nicht mehr in dem Maß wahrnimmt, wie es möglich wäre. Welche Rolle hat sie jetzt in dieser Situation?

S.: Das gegenwärtige Problem besteht darin, daß die Kanzlerkandidatur von Strauß einem Mann wie Schmidt die Möglichkeit gibt, sich als einzigen, wenn man so will, als letzten Schutzschild vor dieser M. N. bedrohlichen Alternative darzustellen. Das halte ich für das zentrale Problem, wenn es nicht gelingt, daß diese Position, daß nur eine einzige Figur alleine als Alternative dasteht, aufgeweicht wird. Derwegen sagen ja viele Leute, die Grünen sollten kandidieren, so z.B. Peter Brückner.

Ich halte das nun allerdings für falsch! Ich halte es für richtig, daß das Potential, das die Alternativen mobilisieren können, mobilisiert wird. Und zwar gegen Strauß. Aber nicht so, daß H. Schmidt sagen kann, ich bin der einzige, der Schutz gewährt gegen Strauß. Ich halte es für richtiger, wenn die Alternativen, einschließlich der Grünen, deutlich machen würden, daß ihr eigentliches Feld die außerparlamentarische Bewegung ist, d.h. was man mit Rock

gegen Rechts veranstaltet hat in Frankfurt, wenn man das bspw. in München, in Stuttgart, im Ruhrgebiet, in Hamburg fortsetzt, und mit einer politischen Frontstellung gegen Strauß verbindet. Das halte ich für einen ganz wichtigen Akzent, daß man zeigt: hier, wir führen in der uns eigenen Weise außerparlamentarische Demonstrationen oder Aktionen durch, um zu zeigen, wir sind da. Aber ich halte es für falsch, sich auf dem Gebiet in eine Schlacht zu begeben, wo man eigentlich nur eine Niederlage einstecken kann.

Frage: Daraus geht ja noch nicht hervor, warum die Buntten und Grünen nicht kandidieren sollten. Steckt dahinter das Gedanke, daß die SPD vielleicht doch schädlich sein könnte?

S.: Der erste Punkt ist, daß ich es nicht für ausgemacht halte, daß Strauß nicht doch u.U. die Wahl gewinnen kann. Und das halte ich, wie gesagt, doch für ein so ernstes Problem, daß man nicht die Hand dafür reichen darf, daß so etwas produziert wird.

Der zweite Punkt ist der, daß vielleicht nicht alle diejenigen, die jetzt Grüne gewählt haben, so sehen wie ich, aber doch ein sehr großer Teil, und deswegen eine Kandidatur von den Grünen wahrscheinlich in eine Polarisierung hineinkommt, die den Grünen keinen Gewinn bringt.

Ich analysiere Landtagswahlen immer sehr genau. Wenn man hier Hamburg und Niedersachsen nimmt, dann haben die Grünen gerade hier, weil es keine so scharfe Polarisierung gab, Erfolge errungen. In Hessen, wo die Alternative Dreyer/Börner stand – und die Alternative gleicht sehr ähnlich der Alternative Strauß/Schmidt – haben viele Grüne und viele, die längst nicht mehr denken, SPD zu wählen, doch noch SPD gewählt. Weil sie sagten, ein Ministerpräsident Dreyer bedeutet für die Bundesrepublik eine Schwenkung. In Berlin wieder, da war diese Polarisierung nicht da, da es völlig wurscht war, ob Stöbe oder Weitzsäcker an die Regierung kommen – da konnten sich die Alternativen durchsetzen. Und abseits hat das Bundeswahl. Das Ergebnis der Europawahlen, wo über 3,3 % die Grünen gewählt haben, verschlechtert man notwendig, wenn man sich zur Wahl stellen würde, weil ein Großteil derjenigen, die jetzt Grüne gewählt haben, da nicht Grüne wählen werden. Und die höhere Wahlbeteiligung – es werden dann ja wahrscheinlich wieder 90 – 92 % sein bei der nächsten Bundestagswahl, bei der Polarisierung – würde dazu führen, daß man prozentual gemessen an den gültigen Stimmen nicht mehr das augenblicklich erreichte Ergebnis bewahren kann. Wenn man das einmal vor Augen hält, dann muß man sich doch überlegen: kommt es eigentlich darauf an, daß man sich in jeder, auch in der denkbar schlechtesten Situation zur Wahl stellt? Sollte man nicht sagen, in dieser Sonderituation stellen wir uns nicht zur Wahl, bereiten uns aber auf die nächsten und die davor liegenden Wahlen, bspw. die Landtagswahlen in NRW, umso kräftiger vor.

Frage: Sie sagen, daß die Grünen und Buntten Listen ohnehin kaum Stimmen bei den Bundestagswahlen zu erwarten hätten und trotzdem äußern sie die Befürchtung, daß sie bei einer Kandidatur einen Straußsieg mitproduzieren könnten. Zur Hemenwahl wäre noch anzumerken, daß dort die Kämpfe zwischen den Grünen das Wahlergebnis mitverursacht haben.

S.: Ich bin nicht der Ansicht, daß es daran gelegen hat. Für Hessen war es bei der Alternative Dreyer/Börner absolut falsch, sich zur Wahl zu stellen. Da haben auch Sozialisten den Bogen überspannt. Diese Wahlbeteiligung wirkt sich heute noch in Hessen bei den Grünen aus. Bei der Europawahl war das Ergebnis der Grünen in Hessen denkbar schlecht, d.h., es hat nicht zur Konstituierung einer Alternativliste geführt.

Wenn wir jetzt aber Schleswig-Holstein nehmen: Dort hält sich ja Ministerpräsident Stoltenberg im Grunde eigentlich nur an der Macht gegen eine Stimmenmehrheit – wenn alle Stimmen zusammengekommen würden, die gegen ihn abgegeben wurden, dann wäre Stoltenberg nicht mehr Ministerpräsident. Und dieselbe Spekulation stellt ein Strauß an, wenn er sagt, Stimmenzerpflünderung kann dazu führen (und es können ja manchmal 400.000 Stimmen den Ausschlag geben), daß ich mich durchsetzen kann. Ich bin der Auf-

fassung, ein Strauß hätte sich nicht zur Wahl gestellt, als Kanzlerkandidat, wenn er nicht mit solchen Komponenten rechnen würde. Derwegen sage ich, die Sache ist schon ernst genug, und meine, daß es jetzt wirklich darauf ankommt, daß man im Grunde der politischen Rechten in der BRD eine Wahlbeteiligung beifügt. Zugespielt gesagt, Strauß muß eine Wahlbeteiligung hinnehmen, wie das Goldwater in den Vereinigten Staaten mit der Rechten hinnehmen mußte, damit in der Bundesrepublik diese äußerste Rechte endlich einmal so geschlagen wird, daß sie sich nicht mehr erholen kann. Das wäre ein wirklicher Erfolg: wenn Strauß wenige Prozente weniger als Kohl und Barzel bekommen würde, das wäre eine Niederlage der politischen Rechten. Und dann kommen bei uns in der Bundesrepublik die politischen Auseinandersetzungen wieder in anderer Weise in Fluß, als es es gegenwärtig sind. Dann könnten sich bspw. in der CDU u.U. liberale Typen, liberale Figuren durchsetzen, (nehmen wir mal einen Rommel, der sicher auch Mängel hat, aber im Augenblick als Fahne einer solchen anderen CDU gehandelt wird). Das würde auch automatisch wieder Rückwirkungen auf die politische Linke in der BRD haben.

Frage: Was hat das für eine Konsequenz? Also, im Endeffekt doch diesmal wieder SPD wählen?

S.: Es bleibt gar nichts anderes übrig. Ich wähle dann nicht SPD, weil ich irgendwie existenziell mit dieser Partei verbunden bin, oder weltanschaulich verbunden oder sonstwie; sondern ich wähle sie, weil die Mehrheit der Bevölkerung, wie ich hoffe, bei dieser Stimmabgabe gegen Strauß stimmen will und gegen den autoritären Staat. Und da muß man sie unterstützen, und da muß man die politische Rechte in der BRD im Grunde schlagen. Es wäre was anderes, wenn er absolut sicher wäre, daß eine Alternativliste zum Zuge kommt. Aber das ist so unsicher und so unwahrscheinlich – meine Prognose ist, daß sie eigentlich unter 2 % liegen müssen, wahrscheinlich noch weit darunter.

Frage: Aber bei dieser Polarisierung kann die SPD-Führung an sich denken.

S.: Aber bei dieser Polarisierung kann die SPD-Führung es sich ohne Hindernisse erlauben, auf wesentliche Kritiken, wie zur Frage der Kernenergie, einfach nicht einzugehen. Schmidt hegt z.B. keinerlei Befürchtung, daß er mit seiner Haltung zur Energiefrage Wählerverluste einbüßen könnte.

S.: Derwegen bin ich der Ansicht: bei Kommunalwahlen, bei der Landtagswahl in NRW und bei anderen Wahlen kann man sich wieder zur Wahl stellen. Bei dieser Wahl aber kann es darum gehen, ob hier Weichen in eine andere Richtung gestellt werden, oder nicht. Und wie verheerend eine solche Wahl manchmal ausgehen kann, das sieht man daran, daß Hindenburg 1925 von der politischen Rechten gewählt wurde, auch gegen eine Stimmenmehrheit von Linken, Sozialdemokraten, bis hin zu Liberalen. Und es war, so schrieb damals die Frankfurter Zeitung, eine Niederlage der Republik. Wenn Hindenburg sich 1925 nicht hätte durchsetzen können als Reichspräsident, als Kaiserersatz, dann wäre vielleicht auch die deutsche Geschichte anders verlaufen.

Frage: Es wäre ja möglich, daß die Buntten und Grünen einen antireaktionären Wahlkampf führen gegen Strauß und Stimmen mobilisieren von Leuten, die sonst nicht mehr wählen würden. Das wäre eine zusätzliche Kraft gegen Franz Strauß und eine Alternative gegen die SPD-Rechte, die zur Zeit die Politik machen kann, die sie will.

S.: Ich würde gerade umgekehrt sagen. Die SPD-Rechte würde sagen, wenn sich die Grünen und die Alternativen zur Wahl stellen und gegenüber der Europawahl von 3,3 auf 1,7 oder 1,6 Prozentpunkte herabsinken. Seht ihr, das grüne Problem

schaffen wir. In dem Moment, wo wir sagen, wir stellen uns aus diesen politischen Gründen nicht zur Wahl, bleibt der SPD-Rechten dieses Argument nicht. Sondern man kann sogar sagen, wir rufen diesmal, obwohl uns das zuwider ist, zu einer Anti-Strauß-Stimme auf, stellen uns aber nicht zur Wahl, führen außerparlamentarisch einen Wahlkampf gegen Strauß und die, das scheint mir das entscheidende, durch ihn repräsentierte politische Position, d.h. die Position des autoritären Staates, die Position der Unterdrückung von Minderheiten, von Gegenpositionen, die Einbeziehung von Strafrecht in politische Unterdrückung, die sich im Augenblick nur andeutet, aber die, wenn man sich die 1. Phase der politischen Restauration, der Kommunistenverfolgung ansieht, noch große Steigerungen zuläßt und die ein F. Strauß zu handhaben weiß. Und noch eins: er ist nicht gehemmt durch einen Bundesrat, d.h. da stehen CDU-Mehrheit im Bundesrat und CDU-Mehrheit im Bundesrat zusammen. Auch das Bundesverfassungsgericht würde kaum ein Hemmnis sein. Ich könnte mir vorstellen, daß sich auch sehr schnell in den Medien ein völliger Wandel durchsetzen würde, d.h., daß wir auf der Mattscheibe ein Privatfernsehen haben würden, wie es Albrecht in Niedersachsen durchführen will, und das könnte in der politischen Landschaft u.U. noch was ändern.

Ich halte Strauß von seiner Politik her für gefährlicher als Albrecht, und auch gefährlicher für die Linke, weil Strauß immer wieder gezeigt hat, daß er an bestimmten Punkten keine Schloßhemmungen hat. Daß er Minderheiten eigentlich nicht achtet. Bei Albrecht kann man das nicht in der Weise sagen, zumindest gibt es diese Affären, die wir von Strauß her kennen, nicht. Albrecht wäre für die SPD, auch weil er evangelisch ist, für den norddeutschen Raum ein sehr gefährlicher Gegenkandidat, eine entsprechende Gegenfigur zur Figur Schmidt. Strauß mag, das ist das entscheidende Problem sogar für das Jahr 1980 eine Niederlage einkalkulieren. Vielleicht spekuliert er dann auf 1984, auf eine Demoralisierung der SPD, die von Schmidt ja in hervorragender Weise betrieben wurde. Und keiner weiß, welche Wirtschaftskrisen, welche anderen Krisen noch eintreten. Und Strauß ist in der Lage, das halte ich für das Problem, Niederlagen einzustecken. Derwegen kommt es für mich ganz zentral darauf an, daß die Straußsche Politik bei einer Wahl eine Niederlage einstecken muß, wie sie Goldwater einstecken mußte in den Vereinigten Staaten. Wenn das erreicht ist, dann kann linke Politik in der BRD wieder zum Zuge kommen, dann kann der Rechtsruck, der sich für die BRD für die nächsten einhalb Jahre ganz klar abzeichnet, (alle Parteien sind noch rechts gerückt, auch die SPD), wieder zurückgebracht werden. Und derwegen plädiere ich jetzt so ganz entschieden dafür, daß man von den Alternativen und Grünen sich nicht in einer Polarisierung zur Wahl stellt, sondern sagt: Wir führen auf dem Gebiet die Auseinandersetzung, wo wir es stark sind, in Fragen der Basismobilisierung, in Fragen des außerparlamentarischen Kampfes, und zeigen dabei der SPD, daß Schmidt nicht der einzige Abwehrschild gegen F.J. Strauß ist. Das scheint mir der zentrale Punkt zu sein.

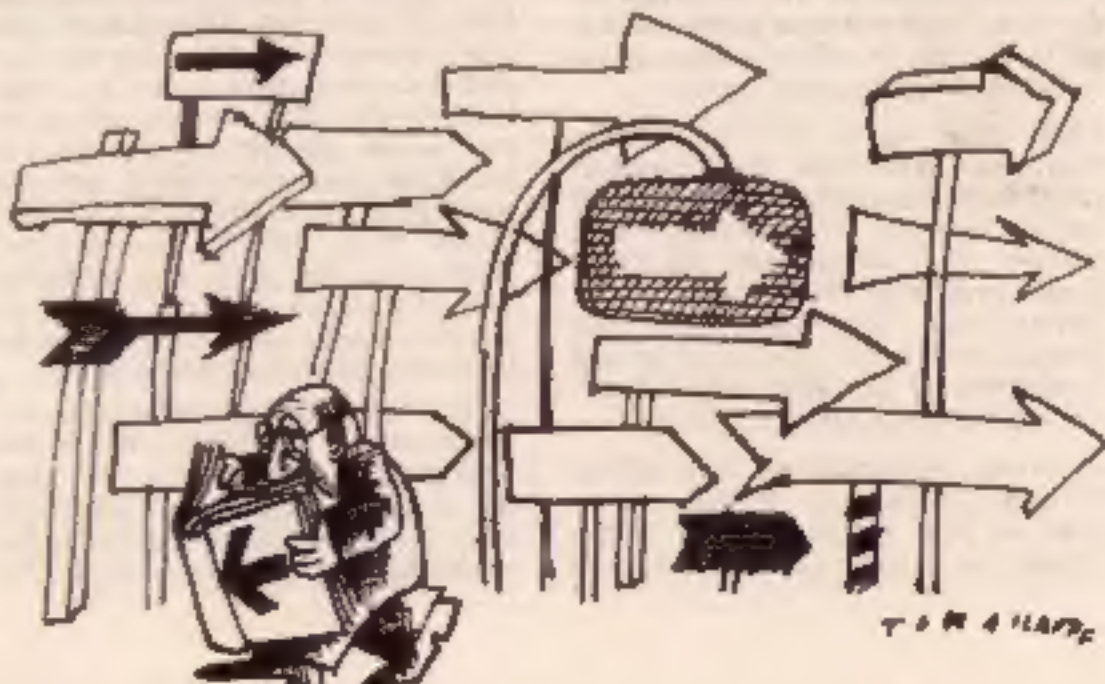
Frage: Es ist doch das Kalkül in der SPD-Politik, daß sie als kleineres Übel Stimmen an sich bindet. Aber als Alternative wird das wohl auf Dauer nicht reichen.

S.: Ich bin der Ansicht, daß die Mehrheit der Wähler, die man ja immer für dumm hält, immer mehr kapiert, daß diese Schaukelpolitik sich nicht auszahlt. Daß man so eine linke Fahne hißt, wie mit Eppler oder Brandt, die noch bestimmte Leute bindet, und auf der anderen Seite rechte Politik dabei rauspringt. Das ist eigentlich ein großer Erfolg.

IMPRESSUM

ARBEITERKAMPF
Herausgeber, Druck und Verlag: Verlag J. Reents, Lerchenstraße 76, 2000 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20; Redaktion Hamburg 43 53 46; V.i.S.d.P. H. Eckhoff/Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 55,- im Abfr. sonst Pöschel Hamburg, 240595-203; Einzelpreis DM 2,-; erscheint 14-tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Auflage dieser Ausgabe: 10.000

Einem Teil dieser Auflage ist Prospektmaterial beigelegt.



Jakob Moneta:

Strauß als Kanzlerkandidat: Das größere Übel bekämpfen, um das kleinere zu beseitigen

Die Führungskrise der CDU hat mit der Ersetzung von Kohl durch Strauß ihr vorläufiges Ende gefunden. Was dieser Wechsel bedeutet, drückt die ideologische Werkstätte des Großkapitals, die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ („FAZ“, 20.7.79) so aus: „Die Nominierung von Strauß hat nur dann Sinn, wenn Strauß den Kurs in der Wirtschafts-, Finanz- und auch in der Sozialpolitik markiert“. Die Volkspartei CDU, die versuchte, die Volkspartei SPD mit der „neuen sozialen Frage“ von „links“ zu überholen, um ihr Wählerstimmen abzugeben, ist damit gestorben.

Die „FAZ“ hämmert den Kritikern von Strauß in der Union ein, daß er nicht die „Sozialpolitik Geißlers betreiben kann“. Denn „Strauß strebt eine niedrige Staatsquote an... Das schließt eine ohnehin nicht finanzierbare Expansion der Sozialausgaben aus.“ Vielfach bleibe es verborgen, schreibt die „FAZ“, daß es beim Streit um Personen „auch um unterschiedliche politische Auffassungen geht, insbesondere in der Sozial- und Gesellschaftspolitik“. So verfechte Geißler die Partnerschaftsrente, „die weder realisierbar, noch finanzierbar“ sei. Geißlers Nachfolger als Sozialminister in Mainz trete „mit überhöhten Rechnungen“ für die Herabsetzung der Altersgrenze ein und Norbert Blum werbe für „seinen Traum eines Sabbatjahres.“

Der soziale Plunder soll weg

Der Wirtschaftsrat der CDU, der Generalstab des deutschen Kapitals, kann sich solchen sozialen Plunder nicht mehr leisten. Er setzt auf Strauß, weil er weiß, daß die sich häufenden und vertiefenden Wirtschaftskrisen dazu zwingen, den „Sozialstaat“ zu demonstrieren, wenn man die kapitalistische Profitwirtschaft erhalten will.

Hierbei mag der CDU-Wirtschaftsrat durchaus in Rechnung stellen, daß Strauß es nicht im ersten Anlauf schafft, Bundeskanzler zu werden. Aber die zu erwartende Polarisierung mit Strauß als CDU/CSU-Kandidat treibt Helmut Schmidt den letzten sozialdemokratischen Arbeiter, aber auch ein Großteil des linken Wählerpotentials zu. Das garantiert die Stabilität des Systems bis zum Augenblick einer sehr ernsthaften Krise. Dann kann man die Sozialdemokraten an die Wand drücken und ihnen den sozialen Offenbarungseid abfordern (wie 1930). Da sie ihn nicht leisten können ohne ihren Kredit in der Arbeiterklasse völlig zu verlieren, gibt man ihnen dann den Eiseltritt und schickt den Ersatzmann Strauß auf

das politische Spielfeld. Das aber ist nicht einfach ein Wechsel im parlamentarischen Spiel, denn Strauß wird die Regeln von Grund auf ändern.

- Strauß hat mit der Drohung der Spaltung die CDU erpreßt und sich ihr aufzuzwingen.
- Strauß versucht mit der Drohung der Spaltung die Gewerkschaften zu erpressen, um ihnen „parteiliche Neutralität“ aufzuzwingen. Sie sollen stillhalten, wenn er erklärt, daß „angesichts der faktisch erreichten Mitbestimmung die Gewerkschaften gegen sich selbst streiken“, wenn sie in der Stahlindustrie einen Arbeitskampf führen. Sie sollen stillhalten, wenn er ihnen „die Vergiftung des Klimas, die Verschärfung der politischen Atmosphäre, die volkswirtschaftlichen Verluste“ und natürlich auch den „gesellschaftspolitischen Rückschlag“ in die Schuhe schiebt.

Gewerkschaften als Sündenbock

Für die Sünden des Kapitalismus hat Strauß die Gewerkschaften als Sündenbock ausersehen. Da aber die Führung der meisten Gewerkschaften und Helmut Schmidt sich scheuen, den Zusammenhang zwischen Krise und kapitalistischer Wirtschaftsförderung aufzudecken, weil das in der BRD tabuisiert ist, ist die Gefahr groß, daß die Demagogie von Strauß verflingt.

- Schon jetzt ist es ihm gelungen, den selbständigen Mittelstand, den die Großkonzerne immer härter bedrängen und der darum auf gewerkschaftliche Forderungen besonders empfindlich reagiert, auf seine Seite zu bringen.

- In den Reihen der Angestellten, deren Arbeitsplätze in der Krise besonders gefährdet sind, die keine festgefügte Tradition von gewerkschaftlichem und Klassenbewußtsein haben, liegt ebenfalls ein Potential, das Strauß gewinnen könnte — wenn die Arbeiterbewegung keinen aktiven Kampf gegen die Krise führt.

- Einen Gefahrenherd bildet auch die „Entideologisierung“ der unorganisierten und ungelerten Arbeiterklasse. Die geistlose Anpassung des größten Teils der Führung der westdeutschen Arbeiterklasse an die „soziale Marktwirtschaft“, an den „Sozialstaat“, das Aufgeben jeder sozialistischen Vision, hat erheblich zur politischen und moralischen Entwaffnung der Arbeiterklasse beigetragen.

- Nicht zuletzt aber zeigt der Kniefall der im DGB organisierten Führung der Christlichen Arbeitnehmer-schaft vor Strauß, wie rasch gewerkschaftliche Grundsätze parteipolitisch werden.

- Nicht zuletzt aber zeigt der Kniefall der im DGB organisierten Führung der Christlichen Arbeitnehmer-schaft vor Strauß, wie rasch gewerkschaftliche Grundsätze parteipolitisch werden.

Wenn Strauß Bundeskanzler wird ...

Sollte Strauß irgendwann Bundeskanzler werden, so wird er nicht dumm genug sein, sich gleich den stärksten Gegner, die Gewerkschaften, vor die Brust zu nehmen. Er wird die Arbeiterklasse, die immerhin in den letzten beiden Jahren erhebliche Kampfbereitschaft gezeigt hat, nicht sofort frontal angehen. Er wird in altbewährter Salamiaktik auf der Linken beginnen. Hierbei braucht er nur das ganze Arsenal antidemokratischer Gesetze, Notverordnungen, Überwachungsinstrumente, das die SPD/FDP-Regierung „zur Verteidigung der Demokratie“ geschaffen hat, einzusetzen. Dann wird er sich schleichend vorwärtsstücken, mit Verordnungen über Streikposten, Reglementierung von Streiks, einem Verbandsgesetz, das die Gewerkschaften knebelt, ohne sie zu verbieten!

Das Programm von Strauß? Was die „FAZ“ für die Großbürger offenerzigt schreibt, sieht natürlich ganz anders aus als das, was die von Arbeitern meistgelesene „Bild“-Zeitung verbreitet. Dort wurde ein äußerst volkstümliches Fünf-Punkte-Programm von Strauß veröffentlicht:

1. Die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung. Natürlich nicht durch die 35-Stunden-Woche, sondern indem man Energie „zu vernünftigen Preisen“ in Atomkraftwerken erzeugt.
2. Finanzielle Sicherung des sozialen Netzes, bevor es weiter ausgedehnt wird. Wie das geschehen soll, sagt Punkt drei:

3. Erhöhung der Geburtenraten. Mehr Kinder sichern die Renten der Alten. Das bedeutet natürlich Erleichterung der Schwangerschaftsunterbrechung, die vom CSU-nahen Erzbischoflichen Ordinariat in München ein „brutaler Massenmord“ genannt wird. (Die Millionen lebender Kinder, die Jahr für Jahr in der Welt verhungern, zählen nicht als Massenmord, aber die Ungeborenen, die ihre Mütter sich weigern, in das irdische Jammerthal zu setzen, werden als Ermordete abgestempelt).
4. Steuernenkung. Der Staat darf den Bürgern nicht noch tiefer in die Taschen greifen. Was konnte populärer sein, vor allem, wenn man nicht sagt, was er nicht in die Taschen greifen soll?

5. Frieden. Abrüstung muß gefördert werden!

Der Mann, der als Bundesverteidigungsminister den Deutschen versprochen hat:

5. Frieden. Abrüstung muß gefördert werden!

Der Mann, der als Bundesverteidigungsminister den Rüstungshaushalt, nicht zuletzt durch die Ausgaben für

die Starfighter, gewaltig in die Höhe getrieben hat, tritt hier als Abrüster auf. Strauß, der über die Wiederaufbereitungsanlagen die Hand aufs Plutonium legen will, den Stoff, aus dem die Atombomben gemacht werden, mit denen er die Frage der deutschen Einheit und der Revision der Oder-Neiße-Grenze (die er immer noch nicht anerkennt) mit ebensoviel bedrohlicher Erpressung aufgreifen könnte, wie er die CDU erpreßt hat und die Gewerkschaften zu erpressen versucht, tritt als Friedensengel auf! Aber Krieg als Programmpunkt (wie Hitler in „Mein Kampf“) ist trotz der offenen Drohungen der Strauß-nahen Presse, man müsse die Rohstoffe für die imperialistischen Staaten auch mit Gewalt sichern, nicht populär.

Wer bahnt ihm den Weg?

Daß der Weg für Strauß durch die Politik von Helmut Schmidt gebahnt wurde, ist unbestreitbar. Die ideologische Entwaffnung der Arbeiterklasse, die Große Koalition von 1966, in die Strauß als Minister eintrat, konnte, obwohl er politisch am Ende war, die Notstandsgesetze, die Berufsverbote, die Einschränkung demokratischer Rechte, der Ausbau des Überwachungsapparates, all das sind Stationen, die Strauß den „Marsch nach Bonn“ erleichtern. Ebenso die Tatsache, daß die SPD mit Helmut Schmidt einen „Macher“ an die Spitze gestellt hat, dem der Macher Strauß heute mit Aussicht auf Erfolg entgegenzutreten kann. Das im Wahlkampf nicht auszuprechen, bedeutet, die Wähler zu betrügen.

Drei Möglichkeiten

Wer aber das kleinere Übel — die rechte SPD-Führung — beseitigen will, muß zuerst das größere Übel Strauß bekämpfen. Hierfür gibt es drei politisch sinnvolle Möglichkeiten:

1. Eine „Sozialistische Arbeiterpartei“, die mit einem antikapitalistischen (und antistalinistischen) Programm konkrete Antworten auf die brennenden Tagesfragen gibt und aufzeigt, wie man den Übergang von ihnen zu „Sozialismus und Freiheit“ findet. Eine solche Partei gibt es nicht.

2. Ein sozialistisches Wahlbündnis, das von verschiedenen linken Gruppierungen auf programmatischer Grundlage geschlossen wird. Das könnte heute noch keine Alternative für breite Teile der Arbeiterklasse darstellen. Es würde nur die Bedeutung haben, eine Fahne aufzupflanzen, die in Zukunft zu einem Sammel-punkt enttäuschter sozialistischer Ar-

Das könnte heute noch keine Alternative für breite Teile der Arbeiterklasse darstellen. Es würde nur die Bedeutung haben, eine Fahne aufzupflanzen, die in Zukunft zu einem Sammel-punkt enttäuschter sozialistischer Ar-

beitender werden könnte. Um den Kontakt zu den linken Sozialdemokraten nicht zu verlieren, deren Verbindungen tief in die Arbeiterklasse hineinreichen, müßte ein solches Wahlbündnis sinnvollerweise empfehlen, die Zweitstimme der SPD zu geben. Das würde deutlich machen, daß man sehr wohl zu unterscheiden weiß zwischen der CDU/CSU als Partei des Großkapitals und der SPD als Zweitergebilde einer bürgerlichen Volkspartei mit Arbeiteranhang.

3. Aber könnte die Linke einen eigenständigen mobilisierenden Wahlkampf führen zur „kritischen Wahlunterstützung“ der SPD. Sie dürfte nicht die Fehler der SPD verschweigen, sie müßte versuchen, den Klassenkonflikt, der in diesen Wahlen verborgen liegt, herauszuarbeiten und vor allem die arbeitende Jugend mobilisieren — wie es ihr mit „Rock gegen Rechts“ so eindrucksvoll gelungen ist. Ein solcher Wahlkampf hat Chancen, auch Helmut Schmidt durch den linken SPD-Flügel unter Druck zu setzen.

„Grüne Liste“ — Nein danke

Was ein Marxist auf keinen Fall tun kann, ist die Unterstützung einer „grünen“ Wahlliste. Denn diese repräsentiert nichts anderes als eine dritte „Volkspartei“, die ebenso wenig wie die SPD Erklärungsmuster für die Krise liefert, die kein bewußtes antikapitalistisches Programm und kein sozialistisches Ziel hat. All das ist für die Arbeiterklasse nicht aufklärend, sondern nur verwirrend!

Sicherlich wird der Einwand kommen, daß eine kritische Unterstützung der SPD in welcher Form auch immer bedeutet, das kleinere Übel zu wählen. Hierauf muß man zweierlei antworten: 1. Ist nicht ersichtlich, warum man das größere Übel wählen sollte. 2. aber richtet sich der Vorwurf, den man in der Weimarer Republik der SPD machte, das kleinere Übel zu wählen, auf ihr Bündnis mit bürgerlichen Parteien, womit sie die Klassenschranke überschritten hat!

Niemand aber hat bisher Arbeiter, die SPD wählen, vorgeworfen, sie würden damit die Klassenschranke überschreiten (außer den Wahnsinnigen, die jene famose Sozialfaschismus-Theorie erfanden).

Sich von der Illusion der „permanenten Reform“ im kapitalistischen System zu lösen, ist für die Arbeiterklasse ein schmerzhafter Prozeß, der durch viele Brüche und Krisen hindurchgeht. Eine richtige Politik der Linken kann ihn beschleunigen, eine falsche in die Katastrophe führen.

Interview mit Norbert Cobabus (Ffm — Deutsche Bibliothek)

Frage: Was für Erwartungen setzt du in die Kanzlerkandidatur von Strauß?

Antwort: Ich finde die Kanzlerkandidatur gar nicht so überraschend, denn seit der Entwicklung von Kruth und vor dem Hintergrund der Rechtsentwicklung in der BRD war abzusehen, daß sich Strauß zum Kanzler mausern wird, und daß er auch die Rechtsentwicklung die sich in der Union, in der CSU sowieso, abzeichnet, für sich auszunutzen kann.

Ich würde sagen, daß man allerdings jetzt nicht den Fehler machen sollte, ihn gegen Schmidt auszuspielen, so daß man wieder das kleinere Übel in der SPD sieht.

Die Frage ist aber eigentlich die, wie man sich als Gewerkschafter gegen die Tendenzen sowohl von der CDU/CSU als auch von der SPD wehren kann, und wie man gegen die Angriffe auf die Arbeiterbewegung die Arbeiterklasse autonom stärkt.

Frage: Wie würde sich aus Deiner Sicht als Betriebsrat und Gewerkschafter die Kanzlerkandidatur Strauß konkret auf die Arbeiterschaft auswirken? Ich denke hier auch an bereits gedruckte Positionen z.B. von Vetter, man könne sich auch mit Strauß arrangieren oder auch an das Stoiber-Papier bezüglich einer Christlich-reaktionären Gewerkschaft.

Antwort: Interessant ist, daß sich historische Parallelen aufbauen, wenn man an die Äußerung von Vetter denkt, die er nach der Strauß-Kandi-

datur gemacht hat, wenn man an das Arrangement denkt, das jetzt Strauß und Vetter nach dem Stoiber-Angriff machen werden. Vor 1933 war ja so etwas ähnliches auch mal gewesen, daß die Gewerkschaft dort von offizieller Seite den Weg zum Kollaps gegangen ist. Mir scheint es aber typisch zu sein, daß nämlich die gewerkschaftliche Bürokratie letztendlich, wenn es hart auf hart kommt, auf der anderen Seite der Barrikade steht, eben auf der Seite der Kapitalisten und dann auch gegen ihre eigene Klasse loszuschlagen würde. Brecht hat mal gesagt, „die Bürokraten würden sich dann eben eine neue Basis suchen“. Sie sehen dabei aber gerade nicht, daß sie hierbei aufgegeben werden.

Was Vetter hier macht, ist völlig klar: Er geht ein Arrangement ein, was insoweit eine neue Qualität darstellt, als die Funktion des Ordnungsfaktors, die die Gewerkschaft ja immer schon gespielt hat und jetzt in der Krise zunehmend spielt, hier sehr stark potenziert wird und auch dazu führen wird, daß die Restriktionen zunehmen, die ja in den einzelnen Gewerkschaften mit den Ausschlüssen nicht mehr nur auf der Ebene der Unvereinbarkeitsbeschlüsse laufen.

Ich stelle mir vor, daß die Stoiber-Überlegungen zunächst einmal eine Drohgebärde ein Warningschuss sind, der noch gar nicht soweit gereift ist, jetzt tatsächlich diese christliche Gewerkschaft zu gründen, sondern der

die DGB-Gewerkschaften disziplinieren, und zumindest seitens der Bürokratie, umfunktionieren soll.

Ich glaube, daß die Schwierigkeiten, in die Arbeiterbewegung hineinzukommen, mit einer christlichen Gewerkschaft doch größer sind, als die taktischen Manöver innerhalb der CDU und CSU. Ich vermute jedoch, daß persönliche Korruption und solche Dinge schon befürchten lassen, daß einschneidende Veränderungen hin zu restriktiven Maßnahmen auf die Arbeiter zukommen können. Es wird notwendig sein, daß man das Bewußtsein schärft und klar macht, wie man sich autonom gegen diese bürokratischen Eingriffe zur Wehr setzt. Es wird bis in die Reihen der normalen SPD-Mitglieder in der Gewerkschaft gehen, diese zu disziplinieren.

Frage: Du gehst also weiter davon aus, daß die Gewerkschaften auch zukünftig die Rolle der Ordnungsmacht spielen und nicht, wie einige Stimmen meinen, jetzt wo Strauß an den Drücker kommt, werden die Gewerkschaften wieder kämpferischer?

Antwort: Nein, einfach deswegen, weil meine Überzeugung aus der ganzen Geschichte der Gewerkschaftsbewegung immer war, daß von dem Augenblick an, wo sich ein bürokratischer Apparat gebildet hat, der ja auch in dem Augenblick immer schon von den Kapitalisten bestochen wurde, er notwendigerweise immer auf der anderen Seite der Bar-

rikade steht und das drückt sich besonders deutlich in der Krise aus. Genau wie der Noske bei der SPD den Bluthund gespielt hat, gibt es auch die Gewerkschafter, die den Bluthund spielen. Und das wird kommen.

Frage: Unter welchen Vorzeichen müßte deiner Ansicht nach der Wahlkampf derjenigen, die sich einer Konsequenz, einer linken Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit verpflichtet fühlen, stehen?

Antwort: Es ist wichtig, anhand der Kandidatur von Strauß deutlich zu machen, wie die Rechtsentwicklung weiter zunimmt, und daß, falls Strauß rankäme, die neonazistischen Bewegungen, die ja im letzten Jahr schon Auftrieb gewonnen haben, dann noch verstärkten Aufwind bekämen. Sicher stärker als unter Schmidt bei der SPD. Aber auf der anderen Seite würde ich sagen, wenn man sich gerade die Schmidt-Regierung ansieht, so funktioniert sie eigentlich fürs Kapital vorzüglich, was Straußens Regierungsprogramm im Interesse der Herrschenden anbieten kann, wird sich kaum davon unterscheiden.

Ich sehe die Hauptaufgabe darin, daß man die Arbeiterbewegung fördern muß, daß sie autonom wird, ihre Abhängigkeit zur SPD verliert. Also auf der einen Seite gegen Strauß, aber andererseits genauso gegen Schmidt; d.h. also gegen CDU/CSU und SPD.

Welche Alternative gibt es zur Zeit für die Arbeiterbewegung? Eine un-

abhängige Arbeiterpartei, die die Klasseninteressen der Arbeiter vertritt, haben wir z.Z. nicht. Es gibt aber autonome Bewegungen einerseits in den Betrieben und andererseits im Bereich der Reproduktionsverhältnisse und der Umweltbedingungen. Dabei denke ich weniger an ein Konglomerat von Grünen wie bei der Europawahl oder in Bayern und Schleswig-Holstein, sondern mehr an Ansätze wie in Hamburg und Berlin. Wenn sich eine Umorientierung nicht möglich ist, muß man in irgendeiner Form zum Wahlboykott aufrufen und sich darauf verlassen, den Kampf in den Betrieben selbst zu führen. Und das, wie ich schon sagte, ein bißchen stärker unter Einbeziehung der ganzen Umweltproblematiken, der Reproduktionssektoren, wo sich die ganze Scheiße in den letzten zwei Jahrzehnten immer mehr verschlimmert hat und auf eine Krise, auf einen Knall zusteuert.

Frage: Ob, und wenn ja, wie sieht Du Möglichkeiten für betriebliche Aktionen gegen die Strauß-Kandidatur?

Antwort: Betriebliche Aktionen gegen die Strauß-Kandidatur würde ich schon für sinnvoll halten. Es darf aber nicht nur gegen die Person Strauß gehen, sondern v.a. gegen das Konzept, die Gewerkschaftsbürokratie zur verschärften Disziplinierung von Ansätzen autonomer Bewegungen zu veranlassen.

Nachrichten vom Widerstand

Neueste Beschlüsse zur internationalen Demo in Bonn

Am 21./22. Juli fand ein erneutes Treffen des Koordinationsausschusses für die geplante Großdemonstration am 14. Oktober in Bonn statt. An diesem Treffen beteiligten sich Vertreter aus mehr als 35 Bürgerinitiativen, darunter u.a. Vertreter der BLU Hamburg, des AK gegen Atomenergie Göttingen, des BBU, der BAK und der badisch-eisassischen Bürgerinitiativen. Es wurde vereinbart, daß die Demonstration die Form eines Sternmarsches annehmen soll. Die Route der verschiedenen Demonstrationzüge wird direkt bis an die Bannmeile führen. Anschließend wird es eine Großkundgebung mit viel Kultur und einigen Redebeiträgen geben. So wird ein Vertreter der Demo-Leitung etwas zum Stand des westdeutschen Atomprogramms sagen. Ein Vertreter des AK-Leben im DGB wird zur Frage Atomenergie und Arbeitsplatz Stellung nehmen. Andere Themen, die angesprochen werden sollen, sind: Kriminalisierung von AKW-Gegnern und internationale Kampfkampfrichtungen der Anti-AKW-Bewegung.

Schon eine Woche vor der Demonstration werden von verschiedenen Standorten Trecks nach dem Vorbild der Gorleben-Demo in Hannover in Richtung der Bundeshauptstadt organisiert. Auch die Frage der Demonstrationaleitung konnte geklärt werden. So wurden die Landeskonferenzen der BLs aufgefordert, je einen Vertreter für die Demo-Leitung zu bestimmen. Vertreter der internationalen Koordination in Basel, die ebenfalls den Aufruf der Bonn-Demonstration unterstützen, werden mit vollem Stimmrecht in die Demo-

strationsleitung integriert. So haben bis jetzt belgische und luxemburgische AKW-Gegner erklärt, in diesen Ländern für die Bonn-Demo zu mobilisieren. Im Hinblick auf eventuell beginnende Tiefbohrungen in Gorleben empfiehlt das Bonner Vorbereitungstreffen für den 22./23. September eine Bundeskonferenz in Abstimmung mit der BL Lüchow-Dannenberg durchzuführen. Wenn eine dringende Notwendigkeit im Hinblick auf die Entwicklung in Gorleben besteht, kann diese Bundeskonferenz vorverlegt werden. Aufgabe der Bundeskonferenz wird es sein, konkrete Schritte und Widerstandaktionen gegen die Tiefbohrungen in Gorleben zu diskutieren und in Angriff zu nehmen.

Ebenfalls wird hier im Falle einer zeitlichen Überschneidung zwischen Bonn-Demonstration und beginnenden Tiefbohrungen in Gorleben, die Entscheidung zu treffen sein, ob die Anti-AKW-Bewegung in der Mehrheit bereit ist, an der Bonn-Demonstration festzuhalten.

Diese Bundeskonferenz soll von einer BL an einem zentral gelegenen Ort ausgerichtet werden.

Im Hinblick auf die Bonn-Demonstration findet am 18. August in Rendsburg / Schleswig-Holstein ein Koordinationstreffen statt, zu dem alle BLs eingeladen sind. Hier soll u.a. auch der Vertreter für die Demo-Leitung aus Schleswig-Holstein gewählt werden.

Das Treffen beginnt um 14.00 Uhr im Hotel Germania.

AKW Nein-Kommission

Achtung Bauernfängerei!

Einfach ekelhaft sind die Bemühungen der Atommafia um die Bauern und traditionellen CDU-Wähler in Lüchow-Dannenberg. Ohne, daß er je darum gebeten wurde, ließ CDU Vorsitzender Kohl „den Bürgern des Kreises Lüchow-Dannenberg für ihren bisherigen Beitrag zur NEZ-Diskussion (NEZ gleich Nukleares Entsorgungszentrum) seinen Dank übermitteln und Minister Hauff dankte „besonders der Bevölkerung in Lüchow-Dannenberg für die so wichtige Diskussion in den letzten zwei Jahren und die konstruktive Mitarbeit“ (Elbe-Jeetzel-Zeitung vom 27.6.79). Es blieb leider nicht beim „Danke schon“.

Am 10.6. wurde eine Gruppe von Landwirten zu zweitägigen „Informationsgesprächen“ nach Bonn eingeladen. Geboten wurden Fachgespräche im Landwirtschaftsministerium, Gespräche mit dem Staatssekretär des Innenministeriums Dr. Hartkopf, sowie Vertretern des Finanzministeriums. Auch Kohl empfing die Gruppe.

Am 21.6. wurde für „Vertreter der Lüchow-Dannenger Landwirte“ ein weiterer Besuch in Bonn organisiert. Erneut fanden Gespräche mit Vertretern des Bundesinnen- und des Landwirtschaftsministeriums sowie eine Diskussion mit den „zuständigen Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion“ statt.

22 h; 18 Mitglieder der Gorleben-Kommission (Vertreter des Kreistages, der gesellschaftlichen Gruppen usw.) besuchten Bonn. Auf dem Programm stand ein vierstündiges Gespräch mit Minister Hauff, ein Gespräch mit Vertretern des Innenministeriums sowie eine Sitzung mit zwölf CDU/CSU-Abgeordneten unter Vorsitz von Helmut Kohl.

Am 19.7.79: Albrecht empfing in Anwesenheit von Vertretern des Landwirtschafts- und Sozialministeriums eine Delegation des Lüchow-Dannenger „Arbeitskreises Junger Landwirte“.

Motto
„Mit Speck fängt man Mäuse“

um bessere Bedingungen für die Bauern im Fichtelgebirge (Zonenrandgebiet) geht, liegt auf der Hand. Den in diesem Frühjahr arg in Bedrängnis geratenen Politikern und Bauernfunktionären soll die Möglichkeit gegeben werden, mit materiellen Anreizen die „Angst vor dem Atom“ auszutreiben und verlorenes Terrain wettzumachen.

Ein 2. Gorleben-Symposium im Oktober?

Im oben erwähnten Gespräch sicherte Albrecht ebenfalls zu, „daß die Bohrergebnisse einer kritischen Begutachtung zugänglich gemacht werden und bei der Eignungsfeststellung auch ablehnende Wissenschaftler Gehör finden würden“. Gemeint sind hier die Ergebnisse der Tiefbohrungen.

Konkreter äußerte sich der Leiter:

Landwirten, GLU, BL, Gesellschaft für Umweltschutz und Naturschutz (GLN) — gefordert.

In einem Brief Mitte Juni forderte die GUN von Albrecht, daß ein Hearing über Salzstöcke durchgeführt werden soll, vor Beginn der Bohrungen die Kriterien festgelegt und veröffentlicht werden sollen, die an einen geeigneten Salzstock zu stellen wären und alternative Standorte zu benennen, die gleichzeitig zu untersuchen seien („Elbe-Jeetzel-Zeitung“, 16.6.79).

Mit dem Aufgreifen dieser Forderung versuchen Leute wie Kuhke und Albrecht den Eindruck zu wecken, es handle sich bei den Tiefbohrungen lediglich um einen rational nachvollziehbaren Prüfvorgang, der bei negativem Befund mitsamt aller Endlagerungspläne aufgegeben wird.



Epplers unterschiedenes Jein zur Atomenergie

„Viele junge Leute sind uns in den letzten Wochen zu den Grünen gewandert“ („Badische Zeitung“, 12.6.79), so Erhard Eppler in der Euro-Wahlkampfzeit. In der Tat sind die 4,5 % „grünen“ Stimmen vor allem aus dem SPD-Reservoir gekommen. Auf dem Landesparteitag Mitte Juli sollten deshalb die Weichen gestellt werden, um bei den Wahlkämpfen im kommenden Jahr diesen Trend aufhalten zu können. Zwei Methoden standen sich dabei gegenüber: Eppler setzte auf eine „grüne“ Profilierung der SPD, die sich stärker vom Schmidt'schen Kurs abgrenzen sollte. „Das (das Euro-Wahlergebnis) ist jetzt eine Qualifikation für die unbedachten energiepolitischen Erklärungen von Bundeskanzler Schmidt. Was der zur Kernenergie und zu einem drohenden Ölkrieg gesagt hat, hat die kritischen Leute in Scharen vertrieben“ („BZ“, 12.6.79).

Die Kanalarbeiter-Fraktion um die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AFA), DGB- und IGM-Spitze (Steinkühler) sah das anders. Einer ihrer Sprecher: „Wir haben uns hier im Land den Grünen doch geradezu angehängelt und sie damit erstarrungsfähig gemacht“ („BZ“, 12.6.79).

Für sich sind die Gegensätze nicht so schroff, denn Erhard Eppler ist kein AKW-Gegner: „Vor allem aber betont Eppler, seien Atomkraftwerke gegenwärtig politisch nicht durchzusetzen“ („BZ“, 3.7.79).

Die laufenden Atomkraftwerke will Eppler nicht stilllegen lassen. Und der von ihm über den Landesvorstand vorgeschlagene Bau- und Genehmigungsausschuss für Atomanlagen bis 1984 kostet natürlich wenig, dürfte die SPD mit ihren 14 % in Baden-Württemberg (bei den Euro-Wahlen) doch wohl kaum in die Verlegenheit kommen, derartige Wahlversprechen in die Tat umsetzen zu müssen.

Denn doch hätte der Epplersche Vorschlag natürlich einen propagandistischen Nutzeffekt für die Anti-AKW-Bewegung bedeutet, also die Front gegen Epplers Parteifreund Schmidt verstärkt.

Daher wurde auf dem Parteitag der Antrag des Landesvorstandes in Zusammenarbeit mit den Kanalarbeitern verändert: Zusätzlich wird jetzt dafür plädiert, daß die „Option Kernenergie“ offen gehalten werden müsse, eine Formulierung, die schon auf dem Hamburger Bundesparteitag 1977 verabschiedet wurde.

Die „Badische Zeitung“ kommentiert: „Und schließlich stimmen die rund 320 Delegierten mit nahezu ost-europäischer unmutender Mehrheit für jenen mit reichlich verbohemtem Gummigereichernten Antrag 53, aus dem die Kernkraftgegner das Ziel einer „Energiepolitik ohne Kernkraftwerke“ und der Gewerkschaftsflügel das „Offenhalten der Option für Kernenergie“ herauslesen kann“ („BZ“, 16.7.79).

Die Delegierten aus den Räumen Freiburg und Tübingen, die wacker auch für die Abschaltung der schon laufenden AKWs kämpfen, wurden bei diesem „Kompromiß“ unter den Tisch gewischt. Interessant ist übrigens, daß Eppler schon beim Ulmer Landesparteitag vor zwei Jahren ebenfalls erfolgreich darum bemüht war, die konsequenten Atomgegner in der Partei zum Abbruch von ihren Forderungen zu bewegen.

Warum er das alles tut: „Und die demokratischen Sozialisten (Eppler meint damit die SPD — Anm. AK) müssen begreifen, daß sie in den über Jahren an den Rand gedrückt werden könnten, falls ihnen die Integration dieser (der grünen — Anm. AK) Bewegung nicht gelingt“ („Spiegel“, 7.8.78). Mit seinem „grünen“ Auftreten versucht er, „Gruppen und Strömungen, die Schmidt nicht erreicht, anzusprechen, im Bemühen, daß der Bundeskanzler dabei keinen Schaden nimmt“ („BZ“, 30.8.78). Auf Dauer wird es Eppler natürlich schwerfallen, das kritische Potential zu integrieren und gleichzeitig nicht konsequent Front gegen die Bundesregierung zu machen.

Auf die Eiertänze beim Bundesparteitag darf man deshalb gespannt sein.

Ein Genosse aus Freiburg

„Besorgnisse und Ängste abbauen“ sollen laut CDU-MdL Gril diese Gespräche. So betonte Albrecht in der Unterredung, daß durch Zwischen- und Endlager die „landwirtschaftliche Produktion (...) in keiner Weise geschädigt“ werde und auch die Struktur nur so geringfügig geändert werde, „daß auch hier keine erhebliche Beeinträchtigung der landwirtschaftlichen Produktion zu erwarten sei“. Und selbstverständlich sei die WAA „endgültig vom Tisch“ („Elbe-Jeetzel-Zeitung“, 2.7.79).

Noch penetranter sind die Versuche, die Landwirte mittels materieller Anreize in den Dialog einzubinden. Hauff verspricht, „die Förderung einer Forschung für alternative Technologien im Bereich der Landwirtschaft für den Landkreis Lüchow-Dannenberg. Eine entsprechende Vorlage soll aus den Reihen der Landwirte für das Bundesministerium für Forschung und Technologie gemacht werden“ („Elbe-Jeetzel-Zeitung“, 27.6.79).

Die Gespräche wurden jeweils so arrangiert, daß die unmittelbaren Belange der Landwirte mit im Mittelpunkt der Erörterungen standen. So stießen während des Albrecht-Gesprächs die Forderungen des „Arbeitskreises Junger Landwirte“.

— Ansiedlung von „verarbeitender Industrie für landwirtschaftliche Produkte“, Schaffung „außerlandwirtschaftlicher Alternativen“, „Unterstützung bei den Bemühungen um Ausweitung der Brennrechte für Kartoffelalkohol“, zusätzliche Fördermittel für die Errichtung von geeigneten Vermarktungseinrichtungen für Speisekartoffeln, „selbstverständlich“ auf offene Ohren („Elbe-Jeetzel-Zeitung“, 21.7.79).

Und im Bonner Landwirtschaftsministerium wurde „im Sinne eines Anschlusses an die allgemeine Einkommensentwicklung“ um das „zielbetriebliche Förderungsprogramm für benachteiligte Gebiete“ gefordert und eine „bevorzugte Behandlung ebenfalls im Rahmen einer für den Bereich der Landwirtschaft einzurichtenden Zonenrandförderung“ im Rahmen des Marktstrukturgesetzes gefordert („Elbe-Jeetzel-Zeitung“, 27.6.79).

Daß es bei diesen Gesprächen nicht

der neuerrichteten „Informationsstelle des Bundes für die nukleare Entsorgung in Gorleben“, Forstoberrat Kuhke (SPD).

„Im Oktober möchte Kuhke ein öffentliches Symposium, an dem Befürworter und Kritiker des Bonner Entsorgungskonzepts teilnehmen sollen, über den Salzstock Gorleben veranstalten“ („Elbe-Jeetzel-Zeitung“, 12.7.79).

Für Kuhke ist dieses Symposium der Schwerpunkt im neuen „Programm für den Bürgerdialog“ (andere Punkte sind: Veranstaltungen für bestimmte Gruppen wie Ärzte, Landwirte etc., Betreuung von Seminaren, Beschäftigung von Atomanlagen usw.).

Ein ähnliches Projekt („Anhörung internationaler Experten“ zur Eignung von Salzstöcken) wurde bereits Anfang Juni von allen Gruppen des lokalen Widerstandes — Ärzten,

In der Verankerung dieser verlogenen Argumentation sehen sie derzeit die größte Chance, zu Beginn der Tiefbohrungen die lang herbeigewünschte Spaltung in „vernünftige, gesprächsbereite Bürger“ und „harte, unverbesserliche Truppe einheimischer und auswärtiger AKW-Gegner“ durchzusetzen.

Ob die „Bauernfängerei“ erfolgreich ist, läßt sich derzeit nicht überblicken. Ein Teil der BL Lüchow-Dannenberg geht davon aus, daß sich das Gros der Landwirte mit den Tiefbohrungen abfindet oder sich zumindest bei Tiefbohrungsbeginn passiv verhält. Andere meinen, daß sich die Landwirte wie in der Vergangenheit über Nacht mobilisieren lassen — wenn es erst los geht.

Ein Genosse aus Lüneburg

„Gorleben-Polizei“ bereitet Tiefbohrungen vor

Die ersten beiden Hundertschaften der im Aufbau befindlichen 4. Abteilung der niedersächsischen Landespolizei werden in Uelzen stationiert. Als „Gorleben-Polizei“ werden sie mit dem 50 Mio. Euro finanziert, den die Bundesregierung dem Land Niedersachsen zur Durchsetzung des „Nationalen Sogkonzentration“ nach wie vor pro Jahr zur Verfügung stellt. Für weitere 1 500 Mann „Gorleben-Polizei“ soll bei Lüneburg eine Kaserne gebaut werden. Am 17.5.79 (ersten Tag nach der Albrecht-Grundsatzentscheidung) gab der Lüneburger Gemeinderat grünes Licht für die angebliche „Polizeischule“, die mit Gorleben „nicht zu tun“ habe sondern lediglich „junge Leute“ in den Landkreis holen solle (s. AK 154).

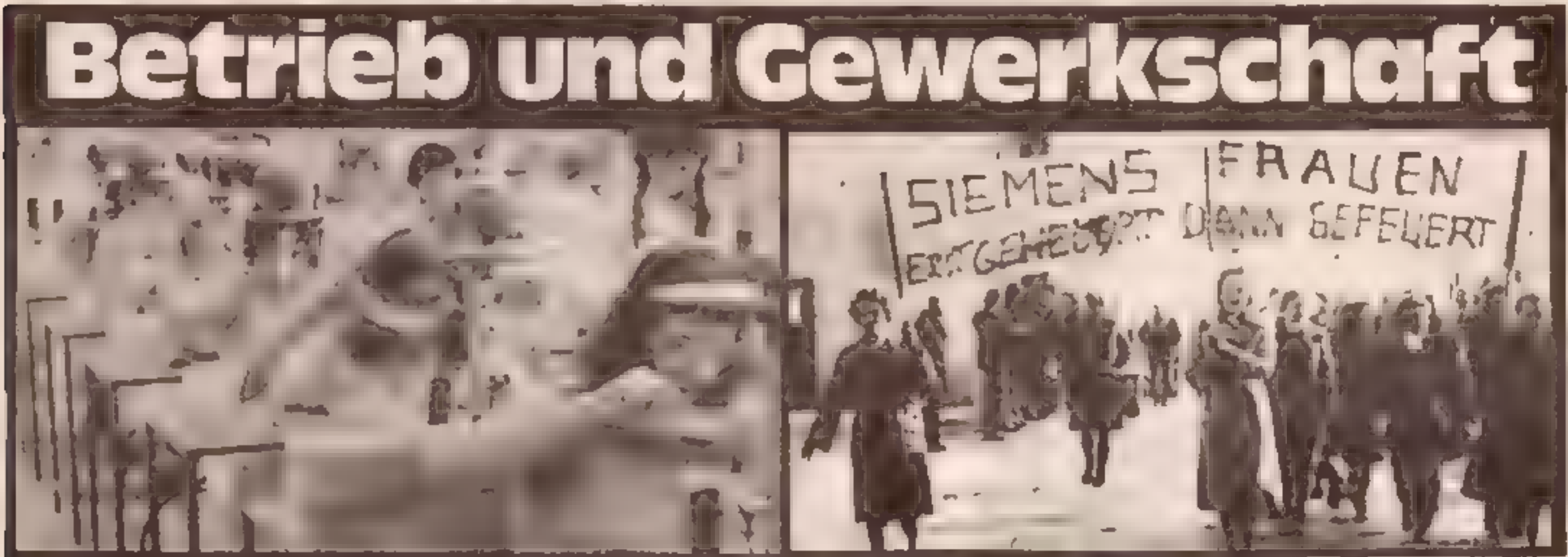
Doch Lügen haben kurze Beine und bereits einen Monat später konnte die BL Lüneburg-Dannenberg einen Brief des niedersächsischen Innenministers Möcklinghoff an den Lüneburger Stadtdirektor Kröger (datiert mit 13.3.79) veröffentlichen, in dem dieser bekanntgibt, daß die Kaserne „zur Unterbringung der im Landkreis Lüneburg-Dannenberg im Zusammenhang mit der Planung eines nuklearen

Entsorgungszentrums tätigen Sicherheitskräfte der Landespolizei“ bereits fest eingeplant ist („Elbe-Jeetzel-Zeitung“, 22.6.69). Während zur Zeit von einer Reduzierung der Polizeikräfte im Landkreis die Rede ist, betonte Möcklinghoff anlässlich eines Besuchs in Lüneburg, „daß bei Fortsetzung der Bohrungen erneut stärkere Polizeikräfte in diesem Kreis zusammengezogen werden müßten und deshalb neue Kasernen erforderlich würden“ („Elbe-Jeetzel-Zeitung“, 28.7.79).

Gemeint ist hier sicher der Tiefbohrungsbeginn, auf den sich die Polizei bereits mit strategischen Planungen vorbereitet. Einem Augenzeugenbericht zufolge befindet sich in der Lüneburger Polizeizentrale ein Modell der Baustelle 1004 mit Hubschrauberlandeplatz, doppelter Umzäunung, Scheinwerfer etc. pp.

Diese Dinge erinnern an die Geheimpapiere über die Innenministerbesprechungen vom Sommer letzten Jahres (vollständig abgedruckt im AK 143).

Ein Genosse aus Lüneburg



Konzertierte Aktion gegen Teuerungszulage: „Wilde Streiks“ nach der Sommerpause!

In den Betrieben, vor allem den Großbetrieben der Stahl- und Automobilindustrie, nehmen die Forderungen nach einer Teuerungszulage zu. Der Vorstand des DGB, der IG Metall, der IG Chemie und der IG Bergbau haben jetzt ausdrücklich diese Forderung der Arbeiter zurückgewiesen und es abgelehnt, noch in diesem Jahr über einen tariflichen Lohnzuschlag zu verhandeln. Auch eine Preissteigerung von voraussichtlich 4,6 % in diesem Monat (bei 4%-Bruttofolgebereinigungen!) hat an dieser Entscheidung nichts geändert. Bürgerliche Wirtschaftsforscher sagen für die nächsten beiden Monate Preissteigerungen von fünf bis sechs Prozent voraus.

Wie anders ist die Absage der Gewerkschaftsführer zu verstehen, als eine Aufforderung an die Arbeiter in den Betrieben selbst zu handeln. Entsetzt registrierte denn auch die bürgerliche Presse am 27. Juli, daß das Schlagwort von der „Selbstbedienungs“ durch die Betriebe geisterte. Nun, die Sommerpause ist bald vorbei, dann wird es auch höchste Zeit, die Lohnkassen der werktätigen Bevölkerung wieder etwas aufzufüllen. Wo die Gewerkschaften stünde nicht wollen, da muß schon mal ein wenig „wild“ gestreikt werden.

„Konzertierte Aktion“

Am 20. Juli trafen sie erstmals wieder nach fast zwei Jahren offiziell zusammen, die Spitzen der Unternehmerverbände Esser (BDA) und Rodenstock (BDI) sowie der Ge-



Vetter und Esser sind sich einig: Wir brauchen keine Teuerungszulage

werkschaften mit den Vorsitzenden Vetter (DGB) und Esser (IG Metall). Hans-Joachim Lauth (BDA) und Hans-Joachim Esser (IG Metall) sind die beiden Männer, die in der Mitte des Bildes zu sehen sind. Sie stehen vor einem Hintergrund, der aus einem Bild besteht, das eine Gruppe von Menschen zeigt, die in einer Art Demonstration oder Streik teilnehmen. Die Männer sind in Anzügen und Krawatten gekleidet.

Einmaliger Vorgang

Baden-Württembergs große Tarifkommission der IG Metall beantragt beim Vorstand der IGM die Kündigung eines Vertrages, der bereits seit dem 31. 12. 78 monatlich kündbar ist der Tarifvertrag über „betriebliche Sonderzahlungen“. Der Vorstand der IG Metall aber sagt: NEIN!

Die Forderung der Baden-Württemberger war ein (fauler) Kompromiß der dortigen Gewerkschaftsführung auf den Druck von der Basis, jetzt endlich Teuerungszulagen durchzusetzen (wur berichteten ausführlich in AK 158). Die dortige Bezirksleitung falsche also bereits den Mitgliedern wilen um, indem sie etwas vorgeschichte, was gar nicht der Ausgangsfor-derung entsprach: Während nämlich bereits 50 % eines Monatsgehalts tariflich abgesichert sind (meist als Weihnachtsgeld gezahlt), zählten die meisten Unternehmen heute bereits 100 %. Die beantragten Tarifverhandlungen wären also um Gelder gegangen, die sowieso schon gezahlt werden mit Teuerungszulage hat das natürlich nichts zu tun.

Unternehmerlob für DGB-Führer

(Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Schlecht, laut „Frankfurter Rundschau“, 1.8.). „Die Situation ist gefährlich. Wenn aber bei den Unternehmern wie bei den Gewerkschaften diese Brisanz gesehen wird, wenn man die Notwendigkeit gegenseitiger Verständigung einstellt und öffentlich darüber spricht, dann ist schon viel geholfen. Es gibt sicher wenige Länder, in denen Ähnliches möglich ist“ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 3.8.).

wichtige Fragen wie Arbeitslosigkeit und ihre Beseitigung. Ausgewählte „Tabakatalog“ der Unternehmern und vor allem die aktuell diskutierte Teuerungszulage sind nicht behandelt worden. Vetter: „Wir sollten uns nicht in die Kammer der Herren einmischen, sondern in der Zwischenzeit die Augen für die Probleme der Arbeiter öffnen.“

Es ist also das alte Lied: Während sich die wirtschaftliche Lage der werktätigen Bevölkerung zunehmend verschlechtert, während die Unternehmer ihre Interessen immer härter durchsetzen, unterwerfen sich die Führer der Gewerkschaften einem erzwungenen „Stabilitätspakt“. Insbesondere die Teuerungszulagediskussion macht dies deutlich.

Warnstreik für Teuerungszulage

700 von 1.300 Beschäftigten der Hüller-Hille GmbH (Thyssen-Konzern) in Ludwigshafen streikten am 19.7. für eine dreiviertel Stunde, um ihre Forderung nach einer einmaligen Teuerungszulage von 1.000 DM zu unterstreichen.

Folgende Betriebe forderten ebenfalls Teuerungszulagen: die Vertrauenskörperlleitung von Hoesch Phoenix in Dortmund; die Vertrauenskörperlleitung der Hoesch-Westfalenhütte in Dortmund. Sie erwarten eine Teuerungszulage, die dem derzeit laufenden

„... nicht verrückt machen lassen“

Kaum war die Sitzung der Führungs- spitzen von DGB und Kapitalisten vorbei, starteten beide ein makabres Schauspiel, das ganz offensichtlich aufeinander abgestimmt war. Die DGB-Führer erklärten öffentlich und wiederholt über Teuerungszulagen wird nicht verhandelt. Als „Gegenleistung“ appellierte Arbeitgeberpräsident Esser an die Unternehmer: „auch in den kommenden Monaten präsent Esser an die Unternehmer, auch in den kommenden Monaten durch ein stabilitätsorientiertes Verhalten dazu beizutragen, die Voraussetzungen für eine ausgewogene Wirtschaft und Einkommensentwicklung zu erhalten“ („FAZ“, 2.8.), einmalig meinte der bürgerliche FAZ-Kommentator: „wohl zum erstenmal in dieser Form“ habe ein Arbeitgeberpräsident „die Leute in seinem La-

ger aufgefordert, sich „stabilitätsorientiert“ zu verhalten“ (3.8.) – ja, die Herren wissen, was nicht kostet!

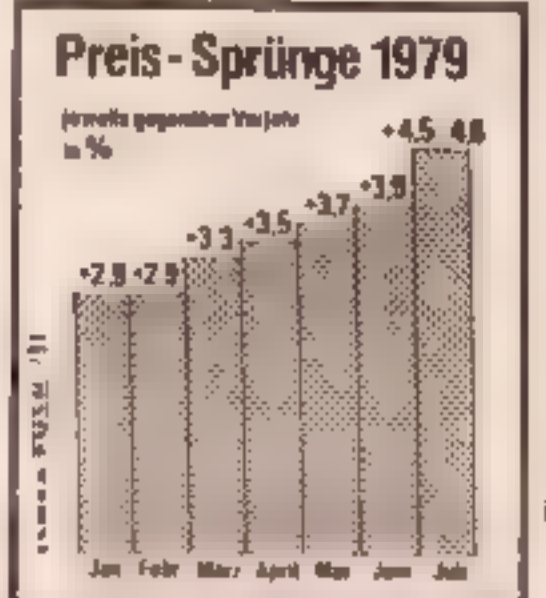
Dieser Zauber ist nun wirklich nicht neu. DGB-Chef Vetter aber „beruhigt“: „Die Öffentlichkeit sollte sich nicht verrückt machen lassen“ („WdA“, 26.7.), Forderungen nach Teuerungszulagen aus den Betrieben sind für ihn eine „Warnung an die Unternehmer, zur Vernunft zu kommen und die Preissteigerungen zu stoppen. Ich hoffe, daß die Unternehmer die Warnungen verstehen ... daß die Gewerkschaften die Tarifverträge einhalten können“ (Interview in der „Bild“-Zeitung, 25.7.), die Preise aber steigen trotz aller „Warnungen“ unaufhörlich.

Die Führung der IG Metall besitzt sogar die Unverschämtheit, ihre Ablehnung des Antrags der Tarifkommission Baden-Württembergs auf Kündigung der Tarifverträge über „betriebliche Sonderzahlungen“ „fortschrittlich“ zu begründen: dann gebe es Tarifverhandlungen, Schlichtung, Urabstimmung, gar Streik damit würde man den Arbeitgebern in die Falle oder ins offene Messer treten (Hans-Joachim Lauth vom BDA V istand in der „FAZ“ vom 27.7.).

Jedes Ergebnis, das schließlich herauskommen könne, würde gering sein“ (ebenda). Und sein Vorstandskollege von der IG Chemie, Karl Hauenschüld, vertröstete auf die nächste reguläre Lohnanfrage Ende 1980 „Eventuelle Zwischenrunden im Herbst '79 (damit meint er den Nachschub) müssen zwangsläufig Flickwerk bleiben und außerdem den tarifpolitischen Spielraum für 1980 einengen“ („Gewerkschaftspost“, August '79).

Beim Wort genommen heißen diese Aussagen, von den Gewerkschaften ist offiziell nichts zu erwarten. Wir sollten dies als Handlungsanleitung interpretieren!

Kommision Betrieb & Gewerkschaft



DKP – was nun?

Gegenüber der „Rheinischen Post“ vom 1.8.79 warnte der DGB-Vorsitzende Vetter vor spontanen Streiks. Sie seien „Wasser auf die Mühlen der DAP“, durch eine „systematische Beruhigung der Basis“ könne es zu „gefährlichen Führungsproblemen in den Gewerkschaften“ kommen. Die DGB-Führer haben sich also bereits auf den Eventualfall von spontanen Streiks eingerichtet: Dann wird eine scharfe antikomunistische Kampagne geführt, wo gewerkschaftliche Funktionäre bewußt in die

Nähe von Kommunisten und der DKP gerückt werden sollen, um sich zu distanzieren.

Gleichzeitig bereitet die DGB-Führung offensichtlich eine weitere Verschärfung ihres Kurses gegen die DKP vor, die sowieso schon unter starkem Anpassungsdruck in den Gewerkschaften steht. Da wird offensichtlich schon mit neuen Unverträglichkeitsbeschlüssen gewinkt?

Und die DKP? Sie bemüht sich in einem Kommentar am 3.8., den Kollegen Vetter davon zu „überzeugen“,

daß sie es doch nur gut meint. „Wer wirklich etwas für die Konjunktur tun will, der muß für mehr Kaufkraft sorgen, nicht 1980 oder 1981, sondern jetzt!“ („UZ“, 3.8.).

Die DKP schließt weiter brav die Augen vor der Anti-DKP-Kampagne der DGB-Führung. Man muß allerdings auch auf die Bibel und nicht etwa auf Karl Marx zurückgreifen, wo wie durch ein Wunder die Bundesseidn wurden. Vielleicht wird die ja neuerdings in der „UZ“-Redaktion gelesen.

AEG Kanis Essen: Jetzt geht's aufs Ganze!

„Ich weiß nicht, wie es weitergehen soll. Wenn die hier dichtmachen, ist mein berufliches Lebenswerk zerstört. Ich müßte noch einmal ganz von vorne anfangen. Und das mit Frau und drei Kindern.“ Die Worte des vierzigjährigen Transportmeisters Eckhard Wilke zeigen noch den Schock, den die gerade bekanntgewordene Nachricht bei allen Kollegen der AEG-Kanis in Essen ausgelöst hat. Nur wenige waren darauf gefaßt. So der Facharbeiter Claus Peter Eckerle: „Ich habe mit dieser Schließung eigentlich gerechnet.“

Genau einen Tag hielt der Schock an. Wie gelähmt hatten die 1.500 Beschäftigten der Gasturbinenfabrik des zweitgrößten Elektro-Konzerns der BRD (nach Siemens) am Montag, dem 23. Juli, auf der Betriebsversammlung die Mitteilung der Geschäftsleitung entgegengenommen, daß bis auf 200 Kollegen der Service-Abteilung alle entlassen werden sollen. „Schließungskommisariat“ Dr. Strub, der für die Geschäftsleitung sprach, wurde zwar immer wieder von gellenden Pfiffen unterbrochen; vor dem Rednerpult wurden zwar ein großes Holzkreuz und ein hastig zusammengezierter Sarg aufgestellt (Aufschrift: „Hier ruht die Sozialpartnerschaft“ — „Hier werden 1.700 Arbeitsplätze begraben“). Doch zu Kampfmaßnahmen kam es an diesem Tag nicht. Zu groß war die Betroffenheit der Kollegen, zum großen Teil hochspezialisier-

standsvorsitzender Cipa auf der Aktionärsversammlung im Juni dieses Jahres erneut klargestellt. Sein „Sanierungskonzept“, das angeblich „keine Stillierungsstrategie“ sei, sieht vor, daß noch in diesem Jahr rund 15.300 Arbeitsplätze vernichtet werden sollen. „Sollte eine beschleunigte Sanierung nicht noch mehr Arbeitsplätze fordern“. „Die Liste der bereits geschlossenen oder zur Aufgabe geplanten AEG-Fabriken ist lang: Geschlossen und verlagert wurden die Kleinmotorenfabrik Berlin-Ackerstraße und Vechta in Oldenburg. In Franken wurde in Zell die Bauelemente-Produktion eingestellt. Die AEG-Tochter Olympia hat ihre Produktion in Schweinfurt aufgegeben. In Lambrecht in der Pfalz wurde die Werkstatt für Energie- und Industrietechnik dichtgemacht.“

Bis Ende dieses Jahres soll die Hausgeräte-Fabrik in Bruchsal aufgegeben werden. Bis Mitte 1980 wird die Hausgeräte-Fabrik in Offenheim bei Nürnberg geschlossen. Bis 1980 werden die Olympia-Werke ihre Rechenmaschinen-Produktion in Braunschweig einstellen. Die Stilllegung der Kanis-Gasturbinenfabrik in Essen ist das jüngste, jedoch nicht das letzte Glied in dieser „Abwrack-Kette“ („WAZ“, 26.7.).

Dabei hatte gerade das Essener Gasturbinen-Werk in den letzten Jahren saftige Gewinne abgeworfen. Es hatte seine „Hochkonjunktur, als 1976 ein Rußland-Auftrag den Auftragseingang insgesamt von nahezu 300 auf 1.360 Millionen DM und ein Jahr später die Umsätze von knapp 360 auf 1.030 Millionen hochschnellen ließ. Damals ist ... die Belegschaft aufgestockt worden“ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“ — „FAZ“, 24.7.). Inzwischen, so die Konzernspitze, sei der Weltmarkt stark geschrumpft, und die Preiskonkurrenz aus den USA und Japan sei gewachsen.

Bemerkenswerterweise scheint der andere westdeutsche Elektro-Riese, Siemens, die Entwicklung völlig anders zu beurteilen: „So investierte beispielsweise die Siemens-Tochter Kraftwerk-Union ca. 50 Millionen Mark in die Gasturbinenproduktion, und ein holländisches Unternehmen weiter, trotz eines gegenüber der Bundesrepublik höheren Lohn- und Ge-

auf das beste Ergebnis in der Firmengeschichte verwiesen.

Belegschaft schlecht vorbereitet

Schon seit März 1978 wurde im Essener Werk kurzgearbeitet. Und seit Jahresbeginn stand, ebenso wie im Nürnberger Dampfturbinen-Werk der Kanis, die Androhung von Entlassungen im Raum (über die Auseinandersetzungen in Nürnberg siehe ausführlich AK 155). Es war von 290 geplanten Entlassungen in Essen die Rede. Die Nürnberger Belegschaft hatte auf die Entlassungspläne schon sehr früh reagiert. Es kam schon im Februar zu mehreren Aktionen. Die Essener Kollegen zogen erst im Juni mit einem Warnstreik nach. Mit ihrer eindrucksvollen Aktion am 24.7. haben aber auch die Essener Kollegen unzweifelhaft deutlich gemacht, daß sie bereit und in der Lage sind, für ihre Arbeitsplätze zu kämpfen.

Deutliche Unterschiede gibt es jedoch in der Führung des Kampfes durch die Betriebsräte und Vertrauensleute in den Nürnberger und Essener Werken. Während die Nürnberger Betriebsräte ihre Belegschaft systematisch auf die anstehenden Auseinandersetzungen vorbereiteten, indem sie jede Möglichkeit der Information der Belegschaft und der Öffentlichkeit ausschöpften, und so schon frühzeitig die Initiative an sich gezogen hatten, wurden die Essener Betriebsräte vom Gang der Ereignisse getrieben — die Initiative lag hier bei den Kapitalisten. Allzulange war alles seinen „sozialpartnerschaftlichen Gang“ gegangen, mit Verhandlungen hinter verschlossenen Türen anstelle der Einbeziehung der Belegschaft. Ein besonders krasses Beispiel: Während die Nürnberger Betriebsräte auf die Kurzarbeit mit einer Diskussions- und Aufklärungskampagne und der Absetzung sämtlicher Überstunden reagierten, werden in Essen bis heute Überstunden schleiert. In Nürnberg wurde die Kurzarbeit Ende 1978 abgesetzt. Wie sehr die Essener Betriebsräte-Führung, unterstützt durch den Bevollmächtigten der IG Metall Verwaltungsstelle, K. H. Volker, dem Denken in Sozialpartnerschaftskategorien verhaftet ist und wie sehr sich diese Gewerkschafter den Kopf der Kapitalisten zerbrechen, zeigen zwei weitere Beispiele.



were auch der folgende bemerkenswerte Satz: „Die notwendigen Entscheidungen sind nun vom Management des Unternehmens zu treffen, die Belegschaften sind zur Leistungsergänzung bereit“ (entnommen einer einstimmig gebilligten Vertrauenskörper-Entscheidung vom 10. April 1979).

Inzwischen ist aber unter dem Eindruck der tausendköpfigen Kanis-Demonstration auch in Essen von den Kollegen dazu übergegangen worden, verstärkt die Öffentlichkeit anzusprechen. So werden jetzt mit Unterstützung der IG Metall an mehreren Informations-Unterschriften gegen die Schließung gesammelt. Am ersten Samstag kamen 2.000 zusammen. Das Ziel sind 50.000 bis 60.000 Unterschriften.

Die betriebliche Linke

Zum 1. Mai wurden bei Kanis Flugblätter verteilt, auf denen, anknüpfend an die aktuelle betriebliche Situation, zur Teilnahme an der Mai-Demonstration des DGB aufgerufen wurde. Dies war der Startschuß für eine Betriebszeitung namens „Turbine“, von der seitdem drei Nummern erschienen sind. Die Herausgeber stecken sich in einem Extra-Blatt so da:

„Wir sind ein Kreis von Kollegen, die der Ansicht sind, daß die Verteidigung und Vertretung unserer Interessen am besten bei uns selbst aufgehoben ist. Wir sind alle Gewerkschaftsmitglieder. Doch wir sind der Ansicht, daß die führenden Vertreter der IGM im Betriebsrat nicht immer alles so machen, wie wir es für richtig halten. Deshalb geben wir die „Turbine“ heraus“. Gleich die erste Nummer schlug im Betrieb deutlich ein. Nannke doch die „Turbine“ erstmals den Kollegen die genauen Zahlen der geplanten Entlassungen, die der Belegschaft bis dato vorenthalten worden waren (und die inzwischen durch den Schließungsbeschluß überholt sind). Darüber hin-

immerhin wird von der „Turbine“ das bisherige Konzept der betrieblichen Interessenvertretung weitgehend infrage gestellt. Während die Wortführer des Betriebsrates Petitionen und Bittbriefe an die Politiker verschicken und Aktionen der Belegschaft innerhalb dieses Konzepts nur als Begleitmusik erwünscht sind, vertritt die „Turbine“, daß die Belegschaft sich in erster Linie auf die eigene Kraft stützen muß.

In der letzten Ausgabe hatte die „Turbine“ mit einer Information aufzuwarten, die auch den altgedientesten Essenern in der Belegschaft neu war: AEG-Vorstandschef Cipa wohnt auch in Essen! Und zwar im Feine-Leute-Viertel Essen-Brédeney, Stock-siepenstr. 4a. Anonym, ohne Namens- und Nummernschuld. Die „Turbine“-Kollegen schlagen vor: „... wir sollten den armen einsamen Cipa einmal alle zusammen besuchen in seiner Hütte und etwas Leben in die Bude bringen. Wie war's, wenn wir dazu die Zeit nutzen, die wir beim nächsten Warnstreik haben?“ („Turbine“, 3/79).

Wie geht es weiter?

Bisher gibt es keinerlei Hinweis, daß sich die AEG-Konzernspitze von ihren Schließungsplänen abbringen lassen will. Auch in Aussicht gestellte finanzielle Unterstützung konnte daran nichts ändern. Nach den Vorstellungen Cipa sollen die noch unvollendeten Aufträge abgewickelt werden, so daß der erste Entlassungsschub von 500 Beschäftigten zum 31.12.79 durchgezogen werden kann. Die restlichen 800 Entlassungen sollen dann etappenweise je nach Stand der Auftragsabwicklung 1980 erfolgen, bis nur noch 200 Beschäftigte, vorwiegend für den Service, übrig bleiben.

Die Betroffenen erhalten mittlerweile die ersten Solidaritätsbekundungen. So schrieben die Vertrauensleute und der Betriebsrat von Krupp Industrie- und Stahlbau (KIS): „Ihr Kollegen könnt unserer Solidarität sicher sein. Wir werden nicht vergessen, daß ihr uns vor zwei Jahren mit Aufträgen geholfen habt, um unsere Werkstätten auszulasten“ („NRZ“, 28.7.).

Noch hat die Belegschaft ein wichtiges Unterpfand in der Hand. Noch sind die laufenden Aufträge nicht abgewickelt, noch kann deshalb niemand entlassen werden. Ein nächster Schritt könnte sein, den Betriebsrat zu veranlassen, endlich die Überstunden, die nur den Stilllegungsstrategen in die Hände spielen, zu stoppen.

Die Forderungen der „Turbine“ sind keine Entlassungen auf Raten, kein „Fehlertag“ Sozialplan, Erhaltung aller Lehrstellen, Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit, vor allem durch Kontaktaufnahme mit anderen Betrieben.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Erfolg in Nürnberg

Nach monatelangen Auseinandersetzungen können die Kollegen der Nürnberger AEG-Kanis einen großen Erfolg verbuchen: Sämtliche geplanten Entlassungen wurden zurückgenommen! Der Betriebsrat hat jetzt eine schriftliche Erklärung, daß die dortige Dampfturbinenproduktion fortgeführt wird. Auch die vom Betriebsrat seit langem geforderten Investitionen zur Erhaltung der Arbeitsplätze wurden bis Mitte August zugesagt.

Auf der Betriebsversammlung sagte Betriebsratsvorsitzender Patzelt: „Gestärkt durch die Erfahrungen in der bisherigen Auseinandersetzung wird die Belegschaft bei künftigen Angriffen auf die Arbeitsplätze jeden Quadratmeter des Nürnberger Werkes verteidigen“ („UZ“, 26.7.). Gleichzeitig protestierte er scharf gegen die Absicht der Konzernspitze, das Essener Gasturbinenwerk zu schließen.

Worte des Vorsitzenden Cipa

„Wer morgen in Frieden leben will, muß heute Angst und Schrecken verbreiten“ aus „Turbine“ 3/79

werte Facharbeiter, die schon zwanzig und mehr Jahre dem Betrieb angehören.

Ganz anders das Bild am nächsten Tag: „Selbst der Betriebsrat und die IG-Metall-Funktionäre wurden von der Spontan-Reaktion der Belegschaft von AEG-Kanis ... überrast: Während Betriebsratsvorsitzender Hans Febr am Tor der Fabrik an der Altdorfer Straße vor Fernsehkameras ein Statement abgab, formierten sich „Streikkräfte“ und „Juniernern“ vor rund 1.000 Arbeiter zu einem Demonstrationsszug zum Verwaltungsgebäude auf dem Kennedyplatz“ („WAZ“, 25.7.) — mit vielleicht 300 Kollegen hatte man gerechnet, tausend waren gekommen!

Einige hatten Transparente und Plakate gefertigt: „Cipa kam und befahl 1.500 Mann weg ... wie Dreck“, „Die Schrumpfer sind raus, jetzt ist's mit der AEG-Kanis aus“. In ihren Arbeitsanzügen oder im Büro-Zivil kamen die Kollegen aus allen Hüllen, „ohne uns vorher informiert zu haben“, wie ein Vertrauensmann sagte.

Auf dem Kennedyplatz mußten die Kanis-Leute zunächst einmal warten. Bürgermeister Kuhs wurde eilends aus Düsseldorf herangeholt. Er berichtete den Kollegen von einem Gespräch, das er am Vortag mit AEG-Chef Cipa hatte. Nach dessen Worten sei an der Werksschließung nichts mehr zu drehen. Kuhs versprach, gleich am nächsten Tag zu Wirtschaftsmuster Riemer zu fahren. „Wir von der Stadt werden alles versuchen, die Misere noch einmal abzuwenden“, versicherte er den Kollegen.

Es wurde ihm eine Resolution übergeben, in der „die über 1.600 Beschäftigten Rat und Verwaltung auf-fordern, alles Menschenmögliche zu unternehmen“, um die Stilllegung zu verhindern.

AEG-Konzernpolitik Radikal(h)schlag

Was sich seit einiger Zeit um AEG-Konzern abspielt, ist ein uraltes kapitalistisches Strickmuster: Wo die Profite nicht stimmen, müssen die Arbeiter büßen. Insbesondere mit dem Versuch, im Geschäft mit der Atomkraft abzuschnappen, hatten sich die Bosse gründlich vergaopiert. Als die AEG ihre 50-prozentige Beteiligung an der Kraftwerks-Union dem anderen Partner Siemens überlassen mußte, waren damit rund drei Milliarden Mark Verlust „erwirtschaftet“ worden („WAZ“, 26.7.). Insgesamt hat AEG rund 5,7 Mrd. Mark Verbindlichkeiten, auf gut Deutsch auch Schulden genannt.

Wer dafür einstehen soll, hat Vor-



haltensniveau, seine Produktion im Gasturbinen-geschäft aus“ („NRZ“, 28.7.). Da nur die eine der beiden unterschiedlichen Entscheidungen geschäftspolitisch richtig sein kann, drängt sich der Verdacht auf, daß es zwischen den beiden Elektro-Konzernen Absprachen über Markt- und Produktionsaufteilungen gibt, deren Opfer nun die Kollegen der AEG-Kanis in Essen sein sollen.

Daß die Schließung in der Konzernspitze von langer Hand vorbereitet worden ist, könnte auch der Hintergrund sein für den frustrierten Rauschschrei des früheren Kanis-Chefs Dr. Nowag. Er hatte den Betrieb zwanzig Jahre lang geführt und konnte 1977

Nicht ohne Stolz gab Betriebsratsvorsitzender Hans Febr bekannt, daß es über die Verbindungen des Betriebsrates gelungen sei, schon 120.000 Refa-Stunden für andere Firmen hereinzuholen. Es muß ihn sehr enttäuscht haben, daß die AEG-Kapitalisten an diesem Geschenk kein Interesse zeigten.

Auf einer Vertrauensleute-Sitzung dachte Febr laut darüber nach, ob das Essener Kanis-Werk nicht in einen Rüstungsbetrieb umgewandelt werden könnte.

Dies sind natürlich nicht die geeigneten Mittel, mit denen der Kampf um die Arbeitsplätze gewonnen werden kann. Eindeutig eine Orientierung in die falsche Richtung ist beispiels-

aus informierte die „Turbine“ (Motto: „Von Kollegen für Kollegen“) über Fragen wie beispielsweise: „Wie läuft das ab, eine Massenentlassung?“ Wichtiger Bestandteil der bisherigen Ausgaben war auch die Berichterstattung über die Vorgänge im Nürnberger Kanis Werk.

Die Ausgaben der „Turbine“ wurden von den Kollegen geradezu verschlungen. Die bisherige Informationspolitik des Betriebsrates hatte einfach zu große Mängel gehabt. Erwartungsgemäß wurde diese Betriebszeitung von der Betriebsratsführung sofort scharf angegriffen. Besonders auf der jüngsten Jugendversammlung zog der teilnehmende Betriebsrat heftig gegen die „Chaoten“ zu Felde.

Daimler Benz: Erste Erfolge im Kampf gegen ISA

Im letzten AK wurde bereits ausführlich auf die geplante Einführung des „Informationssysteme Arbeits-einsatz und Arbeitsplatzplanung“ (ISA) bei Daimler-Benz eingegangen. Mit den 9.000 Unterschriften gegen die Speicherung ihrer persönlichen Daten haben die Kollegen inzwischen erreicht, daß die Geschäftsleitung die Probelaufe für ISA bis zum 15. September ausgesetzt hat.

In einem viersseitigen „Informationsbrief für die Führungskräfte der Daimler-Benz AG“, der an alle Meister in den Werken verteilt wurde, sollen diese noch einmal von der Harmlosigkeit des Systems überzeugt werden. Begründet wird das unter anderem damit, daß „in letzter Zeit in der Öffentlichkeit eingehend und zum Teil polemisch“ zu ISA Stellung genommen worden sei.

Die Öffentlichkeitsarbeit und die breite Information der Belegschaften bereitet den Kapitalisten natürlich Unbehagen!

Dies ist auch weiterhin die einzig erfolgversprechende Methode, der bis dahin klammheimlich gelaufenen Einführung von ISA noch etwas entgegenzusetzen. Genau in dieser Frage scheiden sich auch im Betriebsrat die Geister.

So war die Unterschriftensammlung in Untertürkheim erst auf Antrag und Druck der oppositionellen Hoss-Mühlhausen-Fraktion im Betriebsrat mehrheitlich beschlossen worden, nachdem der Gesamtbetriebsrat, in dem die Opposition nicht vertreten ist, die Probelaufe akzeptiert hatte.

Auch nach der Unterschriftenaktion versucht die IGM-Fraktion, die Initiative wieder abzuwürgen. Mit der scheinbar „linken“ Argumentation, die Namen der Kollegen nicht den Kapitalisten preiszugeben, weigert sie sich, die Unterschriften bei der Geschäftsleitung abzugeben. Bei 9.000 Unterschriften ist das natürlich absurd!

„Die linke Betriebsratsfraktion dagegen fordert, die Unterschriftenlisten bei der Firmenleitung abzugeben und mit ihnen das ISA-Projekt erst einmal total zu stoppen. Von dieser starken Position soll dann der Betriebsrat mit der Geschäftsleitung verhandeln.“ (alternative, Daimler Harburg)

Hinter der Haltung der IGM-Fraktion steht im Grunde genommen die Ansicht, daß das System als solches gar nicht so schlecht sei, wenn nur der Betriebsrat ein Mitbestimmungsrecht habe. Deshalb ist ihr Ziel bei der Unterschriften-sammlung auch im Grunde nicht die Verhinderung des Systems.

So meinte der stellvertretende BR-Vorsitzende in Untertürkheim Gerhard Marte: „Wir wollen dem Testlauf erst zustimmen, wenn die Grundsätze einer Betriebsvereinbarung absehbar (!) sind.“ („Stuttgarter Nachrichten“ 11.7.79)

„Aber dann ist er durchaus an einem Test interessiert (...). Denn für den Betriebsrat geht es am Ende darum, die Arbeitnehmer nicht um die

Vorteile von ISA zu bringen, aber jeden Mißbrauch des Systems auszuschließen. Marie: „Das ist wie mit einem Brotmesser: ein natürlicher Gegenstand, aber auch ein Mordinstrument.“ (ebenda)

Mit dieser Argumentation geht man im Grunde schon den Begründungen der Kapitalisten für die Einführung von ISA auf den Leim. Als offizielle Begründung wird ja immer vorgeschoben, ISA diene in erster Linie der besseren „Betreuung der Belegschaft“ und dem besseren Einsatz älterer und „leistungsgewandelter“ (also kaputtgemachter) Kollegen.

Wir meinen, daß ISA keines dieser Probleme löst und auch nicht als „nützlicher Gegenstand“ angesehen werden kann, der bei richtigem Einsatz auch von uns genutzt werden könnte. Statt mit einem Brotmesser könnte man ISA besser mit der Nutzung der Atomkraft vergleichen. Auch hier kann man auf der einen Seite Atombomben und auf der anderen Seite Atomkraftwerke produzieren. Schädlich ist sowohl die militärische wie die „friedliche“ Nutzung...

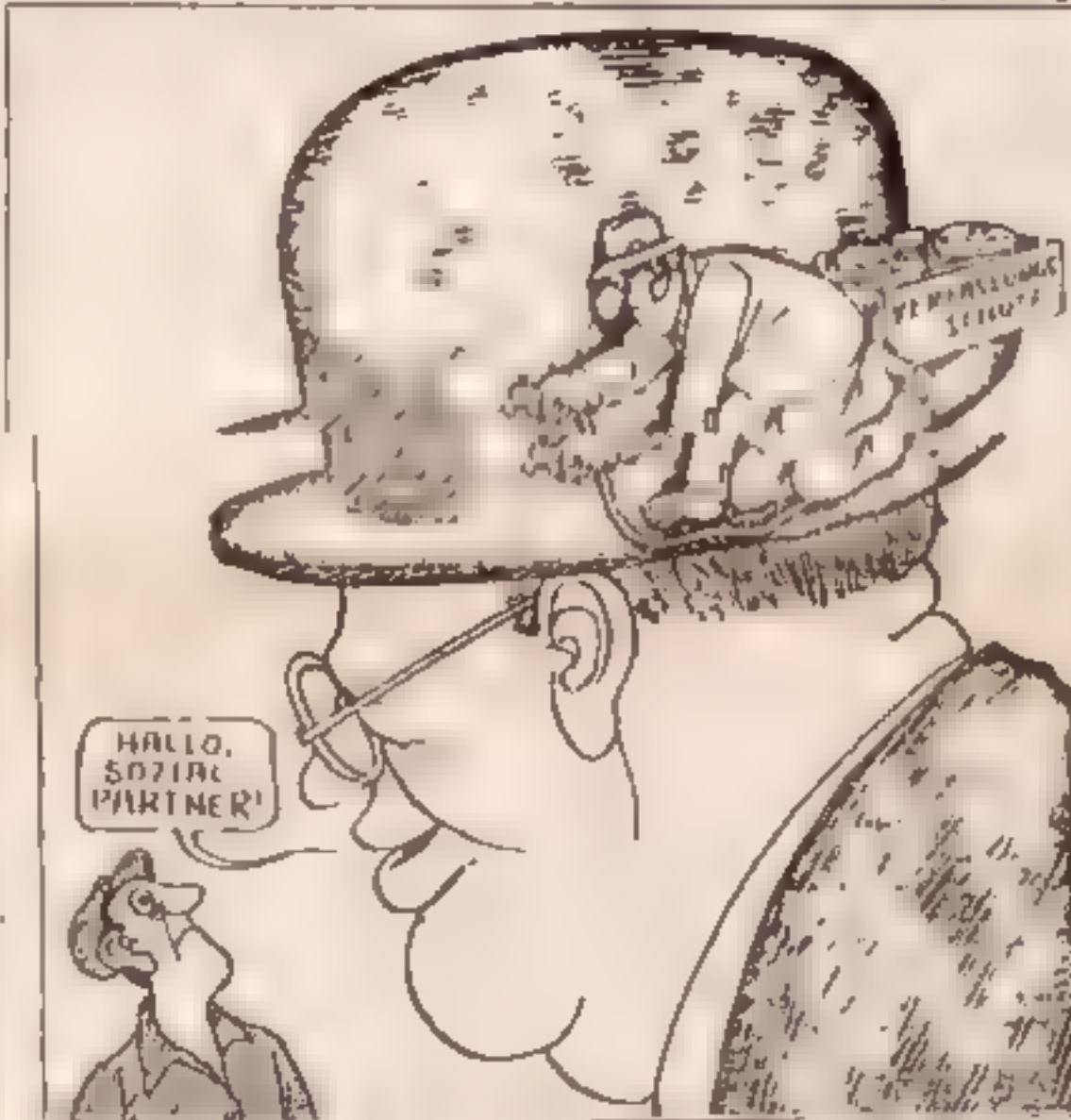
Aktionen in den anderen Werken

Da ISA von Daimler Konzernweit geplant ist und auch in den anderen Werken bereits Aktivitäten in Richtung der Einführung laufen, haben die Oppositionellen dort auch damit begonnen, die Kollegenschaft zu informieren. Anders als in Untertürkheim, wo sie durch die Öffentlichkeitsarbeit der Hoss-Mühlhausen-Gruppe dazu gezwungen wur-

den, haben die IGM-Vertreter in Bremen und Hamburg-Harburg bisher noch keine Aktivitäten entfaltet. In Bremen haben „IGM-Kollegen von Daimler“ in ihrem Informationsblatt ausführlich über die Hintergründe und Gefahren von ISA informiert und an anschaulichen Beispielen illustriert, wie sich das System konkret auswirken würde. In Harburg wurde von einem Vertreter der „alternativen“ bereits mehrfach im Betriebsrat und auf einer Betriebsversammlung die Problematik von ISA angesprochen, ohne daß sich die IGM-Fraktion überhaupt bemüht hätte, darauf zu reagieren. Erst nachdem die Geschäftsleitung eine Schulung über ISA angesetzt hatte – mit dem Ziel, die Betriebsräte dafür zu gewinnen – konnte man auch im Betriebsrat darüber diskutieren.

In Harburg wird in diesem Jahr ein neues Rechenzentrum installiert. In den Hallen werden bereits Leistungen zu diesem Zentrum verlegt. Offiziell sollen dort Zeiterfassungsgaräte für die gleitende Arbeitszeit und Bildschirmtexte in den Meisterkursen für die Fertigungsabläufe installiert werden. Daß solche Einrichtungen dann auch sehr gut im Rahmen von ISA eingesetzt werden können, liegt auf der Hand. Daher wäre es wohl das verkehrteste, sich durch die Aufhebung des Probelaufs einfallen zu lassen. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß nur die Information und Mobilisierung der Kollegen und Kollegen etwas gegen die Einführung von ISA ausrichten kann.

Betriebsrat Daimler-Benz, Harburg



Frauen kämpfen für ihr Recht

Frauenstreik bei Derndruck / Neu-Isenburg

Als am 6. Juli sechs von 40 Frauen aus der Kleberlei mit einer Lohnerhöhung (zwischen 0,15 DM und 0,30 DM) bedacht wurden und die anderen – mal wieder – nichts erhielten, verließen vier Frauen spontan ihren Arbeitsplatz. Am Montag, dem 9.7., erhielten sie ihre fristlose Kündigung, woraufhin am Dienstag und Mittwoch fast alle Frauen der Abteilung streikten. Die Zurücknahme der Kündigungen wurde erreicht – wenn auch mit relativ großen Zugeständnissen des Betriebsrates.

Die Frauen in der Abteilung Kleberlei arbeiten unter so extremen Bedingungen, daß sie in einer arbeitswissenschaftlichen Studie als „an die Grenzen der menschlichen Belastbarkeit reichend“ bezeichnet werden. Männer, die an den Klebe-Maschinen gearbeitet hatten, erhielten eine Mark die Stunde mehr als die Frauen, hielten es aber trotzdem nicht lange aus. Die Frauen werden nach dem Tariflohn des Bereiches Papier und Pappe bezahlt. Die betrieblichen Zwänge wehen allerdings für alle sehr verschieden aus: Jede Maschine hat drei Frauen und einen Einrichter, jedoch gibt es drei verschiedene Löhne für die gleiche Arbeit an derselben Maschine. Als nun wiederum nur ein paar Frauen „heimlich“ eine Lohnerhöhung erhielten, reichte es eben den

vierten, und sie verließen unter Protest den Betrieb.

Nachdem die Frauen der Abteilung an zwei Tagen die Arbeitsaufnahme verweigerten, erklärte die Geschäftsleitung am Freitag auf einer außerordentlichen Betriebsversammlung die Zurücknahme der Kündigungen unter der Bedingung, daß die Streikzeit am Samstag nachgearbeitet werden müsse. Außerdem müssen sich die Frauen zunächst (?) mit den ungleichen Löhnen einverstanden erklären und erhalten darüberhinaus eine Verwarnung. Allen Kollegen wurde die fristlose Kündigung bei zukünftigen Streikaktionen und „Ungehorsam“ (UNGEHORSAM!!!) angedroht. Allerdings sollte es weitere Verhandlungen über die Löhne in der Kleberlei zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung geben.

(Informationen aus der „faz“ vom 20.7.79)

Forderung nach Hausarbeitszeit mit Kündigung beantwortet!

„Frauen, die regelmäßig mehr als fünf Tage in der Woche arbeiten, haben in Nordrhein-Westfalen einmal im Monat gesetzlichen Anspruch auf einen bezahlten Hausarbeitszeit.“ („ötv-magazin“, 7/79).

Im katholischen Sankt-Elisabeth-Krankenhaus galt dieses Gesetz ab-

dings bisher nicht. Dort wurde an sechs Tagen die Woche gearbeitet. Als eine Kollegin der Wäscherei bei der Personalteilung massiv für sich und ihre Kolleginnen diesem strengen Tag forderte, erhielt sie nur ausweichende Antworten. Dann geschah wochenlang nichts. Die Krankenschwestern versuchten die Wäscherinnen zu überzeugen, einer 37,5-Stunden-Woche ohne Samstagarbeit – aber ohne Lohnmangel – zuzustimmen.

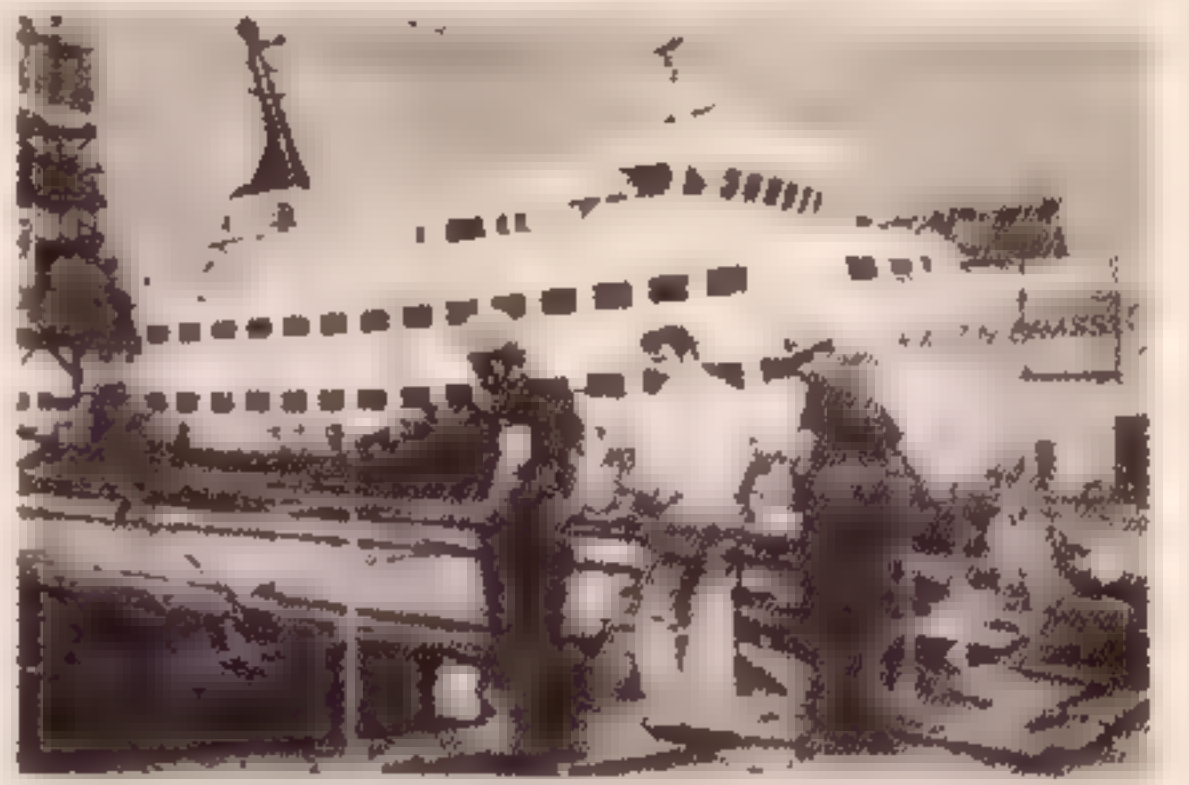
Die Frauen lehnten ab. Weil es weder Betriebsrat noch überhaupt eine Personalverteilung in dem Krankenhaus gibt, veranstaltete die ÖTV außerhalb des Betriebes eine Versammlung zum Thema Hausarbeitszeit. Die Kollegin, selbst ÖTV-Mitglied, nahm an dieser Versammlung teil und erhielt am Tag darauf ihre fristgerechte Kündigung mit sofortiger Beurlaubung ohne Begründung.

Mittlerweile laufen jetzt drei Klagen gegen das Krankenhaus.

1) klagt die Kollegin auf Wiedereinstellung und für korrekten Lohn (es wurde nämlich aufgedeckt, daß alle Wäscherinnen zu niedrig eingestuft sind);
2) klagt eine Kollegin aus einer anderen Abteilung gegen die Sechstage-Woche ohne Hausarbeitszeit (nur in der Wäscherei wurde inzwischen die 8-Stunden-Woche eingeführt ohne Samstagarbeit); und
3) klagt die ÖTV für ein Zutrittsrecht ins Krankenhaus.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Werftarbeiter verhindern Demontage der Jadewerft



Als Ende Juni bekannt wurde, daß die Jadewerft in Wilhelmshaven kurz vor der Pleite stand, kamen die Gläubiger scharenweise mit Lastwagen, um alles, was nicht rost- und nagelfest war, von der Werft zu fahren. Dies wurde jedoch durch das entschlossene Eingreifen der Kollegen verhindert. Sie riegelten die Werft ab, organisierten Wachen und Schuttpläne.

Mit dem Auftraggeber eines kurz vor der Fertigstellung stehenden Schiffes wurde vereinbart, das Schiff in eigener Regie ohne die Werftkapitalisten zu Ende zu bauen. Dadurch konnten die Kollegen sich wenigstens noch ihren Lohn für Juni und die erste Juliwoche sichern.

Jetzt wurden sie nach der Ableferung des Schiffes erst mal erzwungenermaßen in Urlaub geschickt.

Die weitere Zukunft der 230 Kollegen ist noch unklar. Die niedersächsische Landesregierung ist nach Meinung der IG Metall nicht bereit, die „Durchstrecke bis zu sicheren Neuaufträgen von über 20 Mio. DM

im Herbst zu überbrücken“ („LZ“, 31.7.79).

Die Jadewerft ist die einzige Werft in Wilhelmshaven und die IG Metall beklagt den Widerspruch, daß die Bundesregierung mit dem 500 Mio.-Werftstützprogramm „Arbeitsplätze sichern will und andererseits eine ganze Werft, die zudem noch „über ein sehr gefragtes Spezialprogramm für Schlepper verfügte“ einfach dicht macht („Metall“, 18.7.79).

Dies zeigt noch einmal sehr deutlich, was es mit der Werfthilfe auf sich hat. Die Gelder sollen keine Arbeitsplätze erhalten, sondern vernichten.

So hat sich auch schon gleich die Großwerft Bremer Vulkan gemeldet und das Brauchbare herausgepickt. Die Werftkapitalisten von „Vulkan“ sind bereit, das Konstruktionsbüro in Wilhelmshaven zu übernehmen.

Betriebs- und Gewerkschaftskommis-

IGM-Betriebsräte unterstützen Entlassungen fortschrittlicher Belegschaftsvertreter

Daß ein Betriebsrat sich nicht an Kur-Operationen von Kollegen beteiligt, die im Grundgesetz heute in der IGM-Gewerkschaften und den ihnen angehörenden Betriebsräten nicht überall akzeptiert.

Hartmann und Braun

Der IG Metall-Betriebsrat Wolfgang Becker wurde einen Tag vor Beginn seines Sommerurlaubs von der Unternehmensleitung fristlos gekündigt. Ihm wurde ein langes „Sündenregister“ vorgehalten, u.a. Verletzung der Arbeitsordnung, übermäßige Ausnutzung seiner Betriebsratsfähigkeit. Alles Gründe, die aber Voraussetzung nach auch arbeitsrechtlich nicht haltbar sind, die aber herangezogen wurden, um ihn erstmalig aus dem Betrieb rauszukriegen.

Letzter Anlaß für die Kündigung (im März hatte der Betriebsrat einstimmig schon einmal eine Kündigung Beckers abgelehnt) war wohl seine Klage gegen die Unternehmensleitung. Becker hatte, wie im Betrieb üblich, zusammen mit seiner Betriebsratsfähigkeit auch die Tätigkeit als Vertrauensmann verrechnet. Offensichtlich zur Einschränkung gewerkschaftlicher Arbeit im Betrieb strich die Unternehmensleitung diese tarifvertraglich nicht geregelte Verrechnungsmöglichkeit für Vertrauensleute generell, allerdings war Becker der einzige, dem dies dann auch rückwirkend vom Lohn abgezogen wurde, woraufhin er klagte.

Die Unternehmensleitung aber erreichte ihr Ziel mit dieser Druckmaßnahme. Einige Kollegen suchten die Schuld hierfür nicht etwa beim Kapitalisten, sondern bei denen, die ihre gewerkschaftlichen Rechte voll ausnutzten. Sechs Kollegen beschwerten sich, daß Becker sich „Kompetenzen anmaßt“ und „Unruhe gestiftet“ habe (dies tauchte dann auch in der Unternehmensbegründung für seine Entlassung auf). Der Skandal spielte sich dann im Betriebsrat ab: mit 8 gegen 7 Stimmen befürwortete die Betriebsratsmehrheit die fristlose Kündigung. Dafür stimmten die rechte Mehrheitsliste der IGM und drei CDU-Betriebsräte, dagegen die IGM-Minderheitsliste (der Becker angehört) und die oppositionelle Liste.

Auch der IGM-Vertrauenskörper und die Kollegen aus Beckers Abteilung hatten gegen die Kündigung protestiert.

Die rechte CDU/IGM-Mehrheit im Betriebsrat, die ganz offensichtlich die Unterstützung der IGM-Führung hat, orientiert sich immer noch an der Grundsätze ihres Vorgängers, des Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Lothar Becker. In diesen Grundsätzen wird dem Betriebsrat als zukünftige Aufgabe gestellt, „unternehmenspolitische Interessen gegenüber der Belegschaft durchzusetzen“ und zwar mit „Überzeugungskraft“ („Neue“, 8.7.79).

Adler-Werke

Franco Valdes, Betriebsratsmitglied auf einer oppositionellen Liste, wurde von der Unternehmensleitung auf Zustimmung der Betriebsratsmehrheit der IG Metall-Betriebsräte fristlos gekündigt (die gleiche Mehrheit hatte versucht, ihn wegen der oppositionellen Kandidatur aus der IGM auszuschließen, was berichtet über den Fall im AK). Anfang Juli entschied das Frankfurter Arbeitsgericht, daß die Kündigung zu Unrecht erfolgte. Doch zurück in den Betrieb darf Franco nicht, sein Antrag auf Weiterbeschäftigung wurde abgelehnt, weil die Unternehmensleitung Widerspruch eingelegt hat. Der nächste Prozeß beginnt aber erst am 17. Januar 1980 (dann ist Franco schon über ein Jahr nicht mehr im Betrieb!).

Auch dann wird Franco vermutlich wieder Recht bekommen, nur eingestellt werden wird er wegen „Unzumutbarkeit“ voraussichtlich nicht, es bleibt die übliche Abfindung (eine Praxis des Arbeitsrechts, die die Unternehmer weidlich gern gegen linke Kollegen ausnutzen). Ein Schicksal, das auch Wolfgang Becker von Hartmann und Braun droht. Vor diesem Hintergrund sind die Praktiken rechter IGM-Betriebsräte um so schärfer zu verurteilen. Die Frankfurter IGM-Verwaltungsstelle sollte aufgefordert werden, Stellung zu beziehen, ob sie weiterhin Unternehmerpraktiken in den eigenen Reihen dulden will.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Mutterschaftsurlaub in Kraft getreten CDU führt Geburtenprämie ein

Am 1. Juli 1979 ist das Mutterschaftsurlaubs-Gesetz in Kraft getreten. Alle berufstätigen Mütter, deren Kinder nach dem 4. Mai zur Welt gekommen sind, haben damit Anspruch auf den viermonatigen „Zusatzurlaub“. Wir haben uns in vorhergehenden Arbeiterkämpfen (Nr. 158, 154, 151) schon in mehreren Artikeln und Leserbriefen mit diesem neuen Gesetz auseinandergesetzt. Unklar blieb allerdings die endgültige Fassung des Gesetzes, das wir hier kurz in den wesentlichen Punkten darstellen wollen.

Im Anschluß an die bisherige acht oder zwölfwöchige Mutterschutzfrist nach der Geburt kann eine Mutter bis zu vier (bei Früh- und Mehrlingsgeburten bis zu drei) Monate Mutterschaftsurlaub verlangen.

Die Frau behält ihren Arbeitsplatz. Sie darf während des Mutterschaftsurlaubes und noch zwei Monate danach nicht gekündigt werden.

Sie erhält für die Zeit des Mutterschaftsurlaubes weiterhin Mutterschaftsgeld in Höhe von maximal 750,- DM monatlich netto aus Bundesmitteln (wie das Geld errechnet wird – dazu siehe Leserbrief in AK 158). Ausgezahlt wird das Geld über die zuständige Krankenkasse.

Die Mutter bleibt beitragsfrei in der Renten- und Krankenversicherung. Die Beitragsaufschläge werden vom Bund ersetzt.

Die Frau ist beitragsfrei gegen Arbeitslosigkeit versichert. Außerdem gilt die Regelung auch für arbeitslose Mütter, die Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe oder Unterhaltsgeld nach dem Arbeitsförderungs-Gesetz beziehen.

Der Mutterschaftsurlaub muß spätestens vier Wochen vor Ablauf der Schutzfrist nach der Entbindung vom Kapitalisten verlangt werden. Die Frau soll dem Unternehmer mitteilen, ob sie nach dem Mutterschaftsurlaub weiterarbeiten will. (Alle Informationen aus: „Sozialpolitische Informationen des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung“ vom 22.6.79 und den „Informationen zum Mutterschaftsurlaub“ des gleichen Ministeriums vom 1. Juli 1979).

Auch CDU/CSU stimmt Gesetz zu

Nachdem Anfang Mai im Bundestag der Gesetzentwurf zur Einführung des Mutterschaftsurlaubes mit großer Mehrheit – u.a. auch von der CDU/CSU – verabschiedet wurde, versuchte diese, ihre Vorstellungen auf anderen Wegen vorzubereiten.

Die Oppositionsfraktion hatte von Anfang an „große Bedenken, gegen den Gesetzentwurf, kam er doch ih-

ren weitergehenden Vorstellungen einer „freiheitlichen Familienpolitik“ und somit der Zahlung eines „Familiengeldes“ in Höhe von DM 500 monatlich auch für nicht erwerbstätige Mütter nicht nach.

Eine andere Gruppe von 83 CDU-Bundestagsabgeordneten hatte gar ein Familiengeld von DM 400,- monatlich für einen halben Jahr gefordert, das aber sowohl der SPD/FDP-Fraktion als auch Teilen von CDU/CSU vorerst einfach zu teuer war. Die Forderung nach Familiengeld wurde von dem CDU-Abgeordneten Blass dahingehend begründet, daß es „die Möglichkeit (schaffe), zwischen Erwerbs- und Mutterarbeit zu wählen“ („FR“, 11.5.79). „Solange staatliches Geld nur für erwerbstätige Mütter gezahlt werde, entsteht ein starker Sog zur Erwerbsarbeit der Mutter“. Daß die CDU die Frauen nicht gerne erwerbstätig sieht und sie lieber nur in ihrer angeblich vorbestimmten Rolle als Mutter haben möchte, zeigt auch die Politik des Bundestagsabgeordneten Helmut George in der Zeitschrift „der arbeitgeber“ (11/31-79). „Kinder haben ein Grundrecht auf elterliche Betreuung. Einzeln besteht auch darin, daß die leibliche Mutter die beste Garantie zur Realisierung dieses Grundrechtes ist“. Das Mutterschaftsurlaubsgesetz führe geradezu in die Ein-Kinder-Gesellschaft mit lebenslanger Berufstätigkeit der Frau.

Das ist natürlich lachhaft und es ist auch der CDU/CSU bekannt, daß das jetzt verabschiedete Gesetz keineswegs die Frauen in die Betriebe „treibt“.

Auch dürfte es bekannt sein, daß die SPD/FDP-Fraktion im Grunde genommen keine grundsätzlichen Änderungen vorstellte bezüglich der Mutter- und Frauenrolle. So schreibt Arbeitsminister Ehrhart in seinem Informationsblatt zur Frage „Warum „Hausfrauen“ das Geld nicht bekommen: „Die Hausfrauen werden weder durch das bisherige noch durch das weiterentwickelte Mutterschutzsystem gegenüber den im Arbeitsverhältnis stehenden Müttern diskriminiert. Frühkindliche Betreuung und Haushaltsführung sind Aufgaben aller Mütter (1). Für die Arbeitnehmerin tritt jedoch eine zusätzliche Belastung aus der Erwerbstätigkeit hinzu“.

Es gibt allerdings eine Bundestags-Entscheidung (Papier ist geduldet) vom 10.5.79, die vorsieht, daß auch Lösungen entwickelt werden sollen, die eine „partnerschaftliche Erziehung“ möglich machen.

Dafür, daß derartige Überlegungen gar nicht erst angestellt werden, sorgt die CDU/CSU mit ihrer massiven Kampagne. Daß diese Kampagne

allerdings nicht nur vorbeugenden Charakter hat, zeigt bereits die Praxis am Beispiel des CDU-regierten Baden-Württemberg.

Geburtenprämie in Baden-Württemberg

Der baden-württembergische Ministerrat hat „nämlich Ende Juli eine Aufstockung der finanziellen Förderung der Familie beschlossen. Ab 1. September '79 erhalten alle nicht erwerbstätigen Mütter ein selbständiges, einkommensabhängiges Familiengeld von DM 2000,- bei der Geburt eines Kindes.“

„Die Einführung des Familiengeldes wird nach Auffassung der Stuttgarter Landesregierung „Signalwirkung“ im ganzen Bundesgebiet haben und soll als Überbrückung bis zu dem Zeitpunkt bezahlt werden, an dem durch Bundesregelung die Gleichstellung von berufstätiger und nicht erwerbstätiger Mutter wieder hergestellt sei“ („Neue“, 27.7.79). Auch wenn z.B. in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (27.7.79) darauf hingewiesen wird, daß die anderen CDU/CSU-regierten Bundesländer aus Finanzgründen erst einmal nicht nachziehen werden (in Baden-Württemberg stehen nämlich Wahlen bevor), zeigt dieses Beispiel doch schon, was die Frauen in der BRD unter einer CDU/CSU-geführten Regierung zu erwarten hätten: Geburtenprämien, zur Förderung des Kinderkrieges und zum Erhalt der „deutschen Familie und Rasse“, die Idealrolle der Frau als „leibliche Mutter“ soll wieder schmuckhafter gemacht werden.

Vater klagt auf „Mutterschaftsurlaub“

egen die Neuregelung des Mutterschaftsurlaub-Gesetzes ist von einem Hamburger Vater Verfassungsklage erhoben worden. Er verlangt, daß das Gesetz Regelungen für den Fall vorsehe müsse, daß nicht die Mutter sondern der Vater die Betreuung des Babys allein oder gemeinschaftlich mit der Mutter vornimmt („Neue“, 17.7.79). Der Kläger meint dadurch, daß diese Regelung fehle, seien die Artikel 2 (freie Entfaltung der Persönlichkeit) und 3 (Gleichheitsgrundsatz) des Grundgesetzes verletzt worden. Außerdem bestünde nach acht Wochen Mutterschaftsurlaub kein „biologischer Grund“ mehr, daß nur die Mutter zu Hause bleiben müsse. Weiter begründet der Vater seine Klage damit, daß die Frauen durch das Gesetz noch stärker am Arbeitsplatz benachteiligt sind.

Kommision Betrieb & Gewerkschaft

einzuschüchtern ... Bewertungen dieser Art sind purer Unfuss“ („Vorwärts“, 5.7.)

Diese öffentlich zur Schau getragene Ignoranz Hickels wird zumind. dem DGB-Vorstand im Gegensatz zur DruPa-Kritik nicht kratzen (ähnlich ignorant und verurteilend gegenüber der Kritik aus dem DGB äußerten sich am 13.6. die Westfälischer Professoren Altvater und Hoffmann gegenüber der „Neuen“).

Kommision Betrieb & Gewerkschaft

Gewerkschaftsführer: „Gesellschaft muß mehr Polizei in Kauf nehmen“

Er sei gegen private Polizei zum Objektschutz, er sei auch gegen ihre Bewaffnung, dafür müsse bei Bedarf eben mehr Polizei eingestellt werden. „Wenn sich eine Gesellschaft empfindliche Einrichtungen wie zum Beispiel Kernkraftwerke leisten und damit ihr Gefahrenpotential erhöht, muß sie auch mehr Polizei in Kauf nehmen, weil nur so eine Gefahrenabwehr gewährleistet werden kann.“ Der dies sagte, ist Führer der seit 1978 dem DGB als 17. Einzelgewerkschaft angehörenden „Gewerkschaft der Polizei“, Helmut Schramacher. Veröffentlicht in einem Interview des DGB-Organ „Welt der Arbeit“ am 26.7.79.

Neues vom Atomfilz

Die Notwendigkeit eines weiteren Ausbaus der Kernenergie zur Energieversorgung der Bundesrepublik haben der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter und der Vorsitzende der IG Bergbau und Energie, der SPD-Abgeordnete Adolf Schmidt, betont. Entscheidende Kriterien seien für die Gewerkschaften die Sicherung der Energieversorgung „als Grundlage einer aktiven Politik des qualitativen Wachstums“ („FR“, 30.7.79).

Schmidt: Die Bundesregierung würde sich „um Kopf und Kragen bringen“, wenn sie völlig auf Kernenergie verzichtete oder sie weniger nutze als andere Staaten (ebda).

Die von den Jusos angekündigte Unterschriftenaktion in der SPD zugunsten eines „kritischen Kernenergieentscheides“ auf dem Parteitag wurde von Horst Niggemeyer scharf angegriffen. Niggemeyer, Pressesprecher der IG Bergbau und Energie und Vorsitzender der SPD-Unterbezirks Rockingham, erklärte, die Forderungen der Jusos nach Baustopp und Stilllegung von Kernkraftwerken führten „zwangsläufig in eine für die SPD unerträgliche Konfliktsituation zu den gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern. In der SPD sollte alles vermieden werden, was Strauß in die Lage versetzen würde, sich über den Umweg der Kernenergie Diskussion unverdienterweise als Interessenwahrer der an einer gesicherten Energieversorgung interessierten Arbeitnehmer darzustellen“ (nach „FR“, 25.7.79).

Der DGB-Landesbezirksvorsitzende Julius Lehlbach in Mainz bejaht ausdrücklich den „erforderlichen Ausbau der Kernenergie zur Deckung des Strombedarfs“.

Die vom baden-württembergischen Parteitag mit großer Mehrheit angenommene Kompromißformel, „in der die Genehmigung neuer Reaktoren dann befristet wird, wenn der zusätzliche Bedarf durch Kohle nicht zu decken sei und keine Sicherheitsbedenken bestünden“ („FR“, 16.7.79), wurde jedoch von ÖTV und DGB nicht akzeptiert.

In den Wochen vor dem Landesparteitag der baden-württembergischen SPD kam es zu scharfen Auseinandersetzungen um den Leitsatz zur Energiepolitik. Der DGB-Landesvorsitzende Lothar Zimmermann, gleichzeitig Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AJA) der SPD in Baden-Württemberg, sowie IG-Metall-Bezirksleiter Franz Steinkühler (stellvertretender SPD-Landesvorsitzender) wollten den in Eppler's Antrag enthaltenen Verzicht auf Kernenergie abschwächen.

Der „Linke“ Steinkühler wußte zu berichten, seine „Arbeiter kennen Wichtiges und Bedrohliches als die Kernenergie“ („TAZ“, 16.7.79).

In einem „Offenen Brief“ des Aktionskreises Leben an den DGB-Landesvorsitzenden Zimmermann werden dessen Äußerungen auf dem SPD-Landesparteitag angegriffen.

„Wir lehnen deine unkritische Haltung zur Atomenergienutzung entschieden ab ... Wir verstehen daher nicht, daß du zu Harrisburg noch nicht öffentliche Stellung bezogen hast, dich aber jetzt so einseitig für die Atomenergienutzung einsetzt. Wir fordern, daß die Frage der Atomenergienutzung endlich gewerkschaftsöffentlich und breit diskutiert werden kann.“

In Stuttgart fand innerhalb eines Monats am Aktionskreis Leben 951 Unterschriften von Gewerkschaftern gegen die Atomenergie gesammelt worden (nach „TAZ“, 30.7.79).

Betriebe- und Gewerkschaftskommission

Juso-Chef Schröder antwortet Hensche (DruPa-Vorstand)

Schröder: Richtung Unvereinbarkeitsbe-schluß

Die Diskussion um die „kommunistische Unterwanderung“ der Gewerkschaften geht weiter. In den Augustausgaben der Gewerkschaftspresse mit zwei kontroversen Beiträgen vom Delfe Hensche, Vorstandsmitglied der IG Druck und Papier, in der Zeitung der Gewerkschaft Holz und Kunststoff („Holzarbeiterzeitung“, 8/79 – erstmals veröffentlicht in der „druck und papier“ 12.4.6.79) und von Gerhard Schröder, Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, im „ÖTV-Magazin“ 8/79.

Schröders Beitrag ist eine Antwort auf Hensche.

Hensche stellt einen Zusammenhang zwischen zunehmend reaktionärer Politik des Kapitals und Angriffen auf die Gewerkschaften: „Belebung und Flankenschutz dieser Konfrontation sind verstärkte propagandistische Angriffe gegen die Gewerkschaften. Nach bekanntem Muster: unter der Gürtellinie. Unter anderem durch Verdächtigungen wie die von der kommunistischen Institution“. Da auch Gewerkschafter dies mit übernehmen, stellt Hensche in vier Thesen fest:

1. Das Gerede von der kommunistischen Unterwanderung richtet sich keineswegs nur gegen Kommunisten, sondern gegen „die Bereitschaft zu aktiver gewerkschaftlicher Gegenwehr“.
2. fordert er inhaltliche Auseinandersetzung, „Bisher ist nirgends aufgezeigt worden, in welchen Fragen sich denn etwa kommunistische Gewerkschaftspolitik von sonstiger, etwa sozialdemokratischer Gewerkschaftspolitik unterscheiden“.
3. stellt er einen Zusammenhang her zwischen Aufbau von „Feindbildern“ und „Disziplinierung“. „Und was der Stempel Kommunist oder DKP-Sympathisant zu sein, heute, in einer Zeit des Radikalenerlasses bedeutet, sollte zumindest jedem Gewerkschafter klar sein“.
4. fordert Hensche, daß auch Kommunisten zur Einheitsgewerkschaft gehören und weiter: „In der Einheitsgewerkschaft haben Partnerschaftsvorstellungen der katholischen Soziallehre ihren Platz wie die Klassentheorie des Marxismus“.

Interessant ist die Antwort Schröders. Mit These 1, 3 und 4 setzt er sich überhaupt nicht auseinander. Er benutzt einfach einen Kunstgriff, indem er Hensche um Bestreben, die Einheitsgewerkschaft z.B. gegen die CSU zu verteidigen, zu stellen.

Schröder: „Wenn ich alle Gewerkschaften danach über das Ziel, die Einheitsgewerkschaft zu erhalten und zu stärken, klar und, bleibt die Frage, wie diese Arbeit am wirkungsvollsten geleistet werden kann.“ Er macht Hensche den Vorwurf, daß dieser nicht die Perspektiven der DKP angreift. Die seien „Monopolanspruch“ als Partei, den „kein Sozialdemokrat akzeptieren kann“.

Schröder greift Schröder an, daß der Kommunismus der DKP nicht „Sozialismus und Demokratie“ bedeute, die angeblich „für Sozialdemokraten ... untrennbar sind“. Insbesondere greift er dabei an, daß die DKP bereit sei, „die politischen Rechte der Massen einzuschränken“ und behauptet, „Auch in dieser Frage unterscheiden sich Sozialdemokraten von Kommunisten“. Vom Abbau demokratischer Grundrechte in der BRD und Berufsverboten unter einer SPD-Regierung hat er anscheinend nichts gehört!

So wenig man die DKP gegen diese Vorwürfe, undemokratisch zu sein, in Schutz nehmen kann, so bleibt allerdings, daß es sich um pure Heuchelei handelt, wenn führende Sozialdemokraten sich hierbei zum Zensurverleiher aufspielen, um die Gewerkschaften, die in der Hauptsache sozialdemokratische Richtungs- und Regierungsgewerkschaften sind, gegen die DKP zu „schützen“.

Schröder drückt sich um eine konkrete Ausführung, was er mit seiner Hensche-Kritik will. Der Tenor allerdings ist deutlich: er geht in Richtung eines Unvereinbarkeitsbeschlusses in den Gewerkschaften gegenüber der DKP.

Kommision Betrieb & Gewerkschaft

DruPa widerspricht Vetter

In einem Rundschreiben an alle Vorstände der DGB-Gewerkschaften hatte DGB-Chef Vetter eine scharfe Abgrenzung vom Alternativtendenzen der Wirtschaftswissenschaftler, „Memorandum 79“, geführt. Das Memorandum enthält „entscheidende Abweichungen von gewerkschaftlichen Zielvorgaben“. Der DGB sehe darin „keine Unterstützung seiner wirtschaftspolitischen Ziele“ (siehe den Wortlaut des Briefes in AK 156). Im gleichen Monat Juni, in dem Vetter diesen Brief schrieb, veröffentlichte die Zeitung der HBV, „Ausblick“ 6/79, eine positive Besprechung des „Memorandums“. Die Redaktion der Zeitung der Drucker-Gewerkschaft, „druck und papier“, hat in ihrer Ausgabe 15 vom 16.7.79 eine kritische Antwort auf die DGB-Kritik am Memorandum veröffentlicht (Mitteausgabe der Zeitung ist Detlef Hensche, einer der Unterzeichner des Memorandums). Daran wird Kritik und notwendige Auseinandersetzung mit dem Memorandum begrüßt. Weiter heißt es: „Bei alledem dürfen wir jedoch nicht aus den Augen verlieren: insgesamt bietet das Memorandum eine Untermauerung gewerkschaftlicher Forderungen“. Lobend

erwähnt werden die Aussagen zur „grundlegenden Darstellung der wirtschaftlichen Lage“, „die Analyse der Arbeitslosigkeit“, „die Vorschläge zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung“, „Lesenswert und schließlich die Kapitel über die Arbeitszeitverkürzung“.

Fazit der „Druck und Papier“: „Angesichts des Kartells der öffentlichen Meinung, das wesentlich von konservativen Volkswirtschaftlern geprägt wird, allen voran von dem Sachverständigenrat, ist die Vorlage derartiger kritischer wirtschaftswissenschaftlicher Gutachten dringend notwendig“, schreibt es und drückt auf drei Seiten Auszüge aus dem „Memorandum 79“. Eine deutliche Abgrenzung von der Vetter-Stellungnahme.

Rudolf Huckel, linker Bremer Professor und einer der Hauptautoren des Alternativtendenz, behauptet allen Ernstes in Kenntnis des Vetter-Briefes: „Es geht unserer Ansicht nach – um das von vornherein auszuschließen – bei der kritischen Kommentierung nicht darum, uns etwa

Weiterhin tarifloser Zustand im Einzelhandel Westberlins und Niedersachsens

Nachdem am 11. Juli nach 17stündiger Verhandlung ein Tarifvertragskonkordat zwischen den Verhandlungskommissionen der HBV und der Kaufhauskapitalisten im Westberliner Einzelhandel sich abzeichnete (verg. letzter Ak), hat nun, nach Ablauf der Erklärungsfrist, die Große Tarifkommission der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) den ausgehandelten Tarifvertrag abgelehnt.

Dieses durchaus ungewöhnliche Ereignis, daß die Große Tarifkommission dem ausgehandelten Kompromiß der Tarifrunde widerspricht, ist ein weiterer Ausdruck der vorhandenen Kampfbereitschaft der Westberliner Einzelhandelskassen.

Die Ablehnungsbegründung
1. Die Höhe des Tarifabschlusses (zwischen DM 64 und 80 mehr im Monat) sei im Hinblick auf die zu erwartende Inflationsrate nicht akzeptabel.

2. fehle im Tarifaufschluß jede Maßregelungsklausel, die die am Streik beteiligten Kollegen und Kolleginnen vor weiteren Repressionen schützen soll. Neben zahlreichen Bedrohungen und Einschüchterungen von streikenden Kolleg/innen haben die Kaufhauskapitalisten von „KudWe“ (Hertie Konzern) Antrag auf fristlose Kündigung für zwei Betriebsräte gestellt, die „unentschuldigst gefehlt hätten und „an Warnstreiks teilgenommen“ hätten („Die Neue“, 20. 7. und 27.7.). Die beiden Betriebsräte sind Mitglieder der HBV Tarifkommission.

Auch im niedersächsischen Einzelhandel gehen die Tarifaufeinandersetzungen weiter

Der HBV-Landesvorstand hat einen Aktionsplan beschlossen. Auch der Urlohnstreik wollen die Gewerkschafter mit Einzelmaßnahmen, die bis zum Streik gehen sollen, den Abschluß eines neuen Tarifvertrags erkämpfen" („Die Neue", 27.7.79). Auch hier geht es neben der Tarifierhöhung darum, Nebregelungen der Kaufhaushalts zu verbieten.

Es bleibt abzuwarten, ob sich das

ILBY nun doch noch entschließt, zur Streik-Abstimmung zu schreiben.

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist zwar im letzten Jahr im wesentlichen in dieser Tarifauseinandersetzung - von 12 Prozent auf 20 Prozent gestiegen; ob diese Organisierung jedoch für einen regulären Streik ausreicht, dürfte von der weiteren Entwicklung der Tarifauseinandersetzungen abhängig sein.

In Rheinland-Pfalz hat sich die ELBV Verhandlungskommission mit

den Einzelhandelsverbänden wenige Tage vor der Urabstimmung auf neue Tarifverträge geeinigt. Danach werden Löhne und Gehälter durchschnittlich um fünf Prozent erhöht. Für 60 Prozent der Beschäftigten (das Verkaufspersonal) tritt mit Beginn des nächsten Jahres eine zweite Stufe in Kraft - dann werden ihre Tarifsätze um ein weiteres Prozent erhöht.

Kommission, Betrieb und Gewerkschaft

Nazi-Aktivitäten auch im Chemiebetrieb Beiersdorf

Im Hamburger Stadtteil Eimsbüttel wurden in der letzten Zeit zunehmend Nazischmuckereien wie „NSDAP jetzt“, „Juda verrecke“, „Nur für Deutsche“ und Hakenkreuze an zig öffentlichen und privaten Gebäuden entdeckt.

Die Betriebszeitungen „Sprühkopf“ (SDAJ) und „Alternative“ (oppositionelle Betriebsgruppe) bei Beiersdorf, einem Chemiewerk in Elmßbittel, konnten man entnehmen, daß die Nazis nun auch im Betrieb immer frecher auftreten.

„In der Werkstatt in Lokstedt (Eimsbüttel) und auch in anderen Abteilungen wurden Hakenkreuzembleme und Hitlerbilder offen gezeigt. So gibt es in Werk 1 fauch Eimshustel jemand, der sich offen zur NSDAP/40 bekennt ... Besonders besorgniserregend ist, daß gerade in der Lehrwerkstatt, unter den Jugendlichen, solche Sachen aufgetaucht sind. Hier hat es bereits des öfteren Schmierereien an den Spinden der Lehrlinge gegeben: 'Juden raus' und 'Judenstern', 'Türken raus' (es gibt dort einen türkischen Auszubildenden). Der neueste Fall ist jetzt gewesen, daß im Pausenraum der Lehrwerkstatt eine Tafel total beschmier war, mehrere Hakenkreuze, Wehrmachtskreuze, 'Heder tot als rat'. Diese Tafel stand ca. eine Woche so im Pausenraum, offensichtlich ohne daß es jemand gestört hat. Erst als eine Beiratsrätin der 'Alternative' darauf aufmerksam gemacht wurde ... wurde die Tafel entfernt und beschlössen, die Lehrlinge zu einem Gespräch zu

der Lesung zu einem Gespräch
der Lesung zu einem Gespräch zu
sammeln" („Alternative"
Nr. 51/Juli 79)

Obwohl im Beiratsrat bei Beiersdorf wenig Bereitschaft bestand, über diese Nazi-Unterriebe zu diskutieren, gelang es, das Thema zweimal auf die Tagesordnung zu setzen. Der IG Chemie-Metall und Eisen dankte die Gewerkschaft für den Beiratsratsrat und das Thema eigentlich gut anhielt.

Jugendliche sind der H. Ch. v.
 der Jugendverteilung v.
 stehend. In der im Juni d. J. be-
 richtet.

Trotzdem war von der IG Chemie-Führung im Betrieb nichts unternommen worden und auf den Betriebsratsitzungen schob man vor, dass man in keine Beweise habe". Die Alternative? Betriebsräte, die wegen ihrer eigenen, daß es zwar wichtig sei, das Talent heraus zu holen, in erster Linie die Entwicklung sei, und das auch zur Förderung des Betriebsrates gegenüber den Auszubildenden gehört, die Aufklärungsarbeit zu machen und diesen Dingen öffentlich entgegenzutreten" (ebenda).

Konkrete machten die Beiratsmänner den Vorschlag, einen Teil des dreitägigen „Gesellschaftspolitischen Seminars“ (obligatorisch für die neuen Lehrlinge), dem Thema Neonazismus zu widmen, an die Berufsschulen einen Brief zu schreiben, in dem die Lehrer gebeten werden, diesem Thema im Gemeinschaftslehreunterricht besondere Beachtung zu schenken und vor allem Dingen auch die Jugendvertretung in antifaschistischen Aktivitäten zu unterstützen.

Arbeitszeitverkürzung für Lehrer: Springer schürt den „Volkszorn“

Jetzt sind auch die letzten Verhandlungen zur Arbeitszeilverkürzung der Leiharbeiter des GLW hinfällig. Die Gespräche mit dem hiesigen württembergischen Ministerpräsidenten Späth ab, der provokativ angebotene hatte, „Belastungspitzen bei den Lehrern abzubauen“ („FAZ“, 17.7.). Wenn jetzt der Bundesvorstand der GLW keinen Rückzieher macht, wird es nach den Sommerferien zu Kampfmaßnahmen der GLW WM kommen. Erste Schritte wollen die Verweigerung von Mehrarbeit und ein zweitägiger Proteststreik sein.

Währenddessen beginnt die Presse, und hierbei allen voran natürlich der Springerkonzern, publizistisch das Klima vorzubereiten. „Streik aus Kosten der Kinder!“ mit dieser Schlagzeile begann die „Bild am Sonntag“ die Kampagne. Der Ärger und Unmut vieler Eltern über den regelmäßigen Unterrichtsausfall soll nun, gegen die Lehrer gewendet werden. Natürlich findet man in diesem Artikel keinen Hinweis darauf, daß schon bald 10.000 ausgebildete Lehrer arbeitslos sind und somit der Unterrichtsausfall kaum als Argument gelten kann. Nun ist es aber tatsächlich so, daß durch einen möglichen Lehrstreik die Schüler betroffen wären. Nur, darauf herumzureiten ist keine neue Masche. Gieren den Streik der Mühlmänner

wurde ebenen mit der Demagogie ihrer „Verantwortung“ vor ihren Mitbürgern geworfen. Auch der Staat arbeitern ging es nicht anders. Denn sie haben angeblich gegen die „Wirtschaft“ und damit gegen „die gestörte Es ist dies um alte lateinische Weisheit vom „Teilen und Herrschen“, die die Kapitalisten und ihre Regierungen in diesem Land fast zur Perfektion gebracht haben. Natürlich können durch Kampfmaßnahmen eines Teils andere Teile in „Mitleidenschaft“ gezogen werden. Dagegen kann nur geteilt werden auf Lehrer und Schüler tatsächlich zu sein. Denn wenn Lehrer und Schüler unter den gegenwärtigen Bedingungen an den Schulen zu leiden haben, im wahren Sinne des Wortes.

Nun hat aber die „BamS“ auch entdeckt, daß die Lehrer gar nicht streiken wollen, daß dies nur ein von den Gewerkschaftsunkulturierten aufgezwungener Kampf sei. In der Form wie sie sonst ihre Horoskope zusammenstellt, zitiert sie Lehrer aus Kiel, Hamburg, Bremen, Hannover, Frankfurt und München, wobei der Teufel ja, „Lehrer: Überwiegend dagegen!“ Mit Tatsachen hat das natürlich wenig zu tun. So er führt man hier auch nicht die Tat

sache, daß in Bremen 4 Juli von 1798
nach hiesigen Gewerkschafts-
gliedern auf eines Ver-
trag eine Demonstration wahr-
genommen wurde, und daß
dieselben beschloßen und aus-
zuführen, für den Bremer Senat
war die „Verweigerung des Dienstes“.
So wie in Bremen mehr als heute
mindestens schon in Hamburg, Her-
sen und Hagen Wurttemberg aus-
zuweisen der Gewerkschaftsbau die
Forderungen nach einer Urabstim-
mung 3. 1. 1. Auch in Bremen
sind die Gewerkschaften in der
„Bild“ eben nicht zu finden, ge-
wöhnlich werden die Menschen selbst
vorgehen. Stattdessen werden die
denkbar aufgebaut die Gewer-
schaftsfunktionäre und die „Exe-
kution“.

Da der „Hind“ des Unmut inner halb der Lehrerschaft mehr wohl be kannt ist (insmetten dreht sich die dem Springkonzert sehr nahestehende „Deutsche Lehrerverband mit „Dienst nach Vorsicht“) ist die nächste Stufe die offene Drohung. Sollten die Lehrer sich nicht von ihrem Vorhaben abhalten las sen, müsse überlegt werden, „ob den Paukern“ der Beamtensinistus aber kannt werden soll.“ Aus dieses Ar gument ist schon aus dem QIV Sirek her bekannt Auch damals wurde massiv die Forderung erhoben,

ten Angewandten im Unterricht zu werden (s. d. Uebersetzung!) Nach (et aber) die Blätter geradezu so, als wären den Lehrern gewisse Privilegien aus reiner Menschenfreundlichkeit zugesandt worden und nicht um sie besser an die Kette zu legen. Und wenn die deutsche Brautwerbungslust "eu-
trouet Diener" seines Herrn zu sein
beabsichtigt, so ist die Heirat mit
Sofie und nicht mit Anna nicht
nicht gezeugen haben, kann der
Hans noch einen Schlag zulegen.
Der übliche Tagesablauf dieses Re-
chenschafters aus Heubrunn (der sei-
nen Namen natürlich nicht zuge-
ben will, Ann. Ak.). „Vier Unterrichts-
stunden für Deutsch und Englisch
dann Mittagessen und eine Stunde
Schlaf. So bin ich fit für meine Hob-
bys: Tennis und Volleyball.“ „Eine
Lüge muß eben nur groß genug sein.
damit zumindest etwas immer här-
ter bleibt! Und während die „Bams“
gerade dies schreibt, rechnet das
„Fliegerblatt“ des Springerkonzerns
vor, daß Lehrer durchschnittlich
51 Stunden in der Woche arbeiten
und dieses Blatt wird eben auch von
Lehrern gelesen.

E. M. Lehtinen, K 8 / Gruppe Hamburg

Chemiekommission

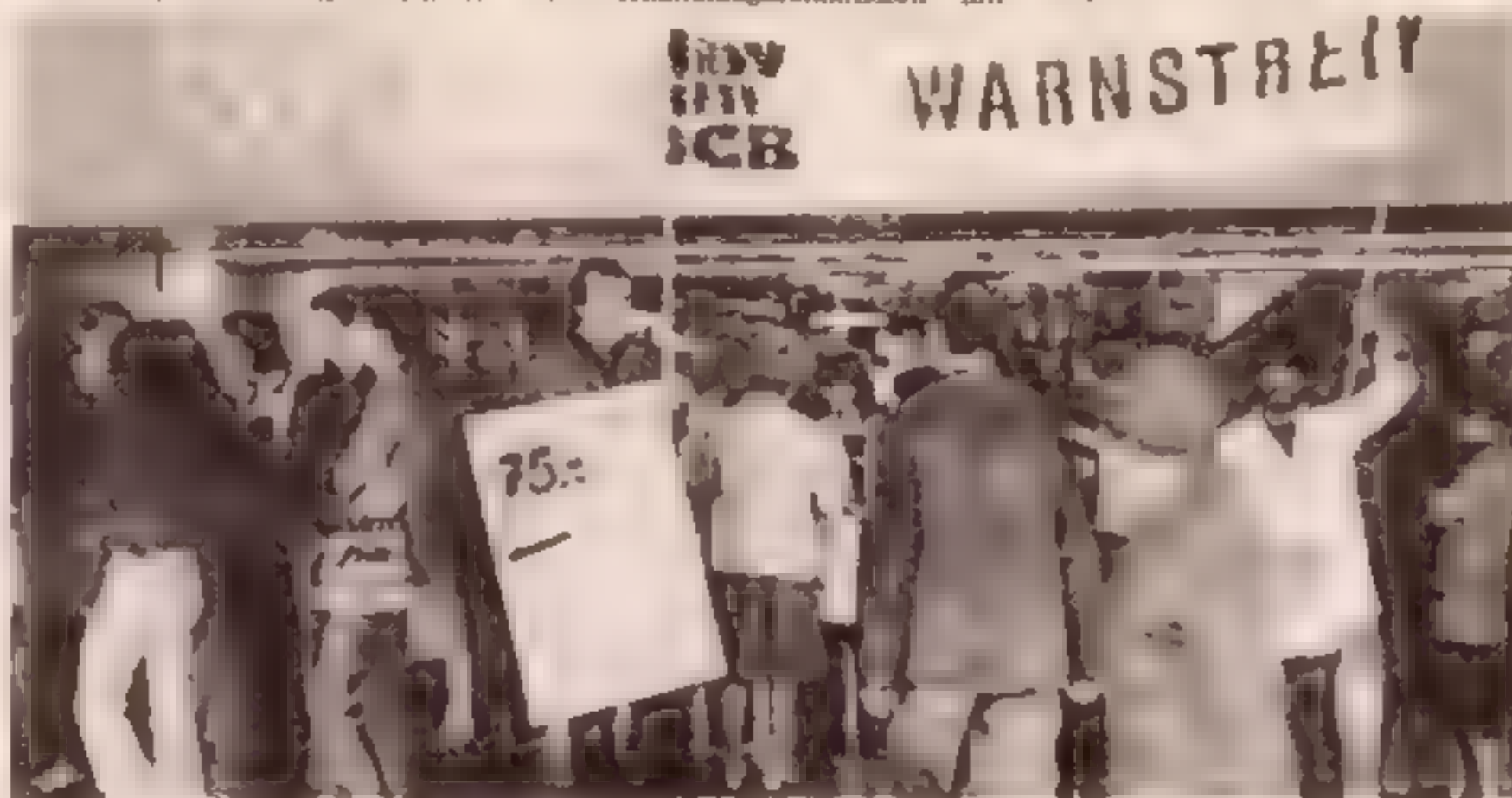
1.800 Lehrer entlassen!

In einem vervielfaltigten Schreiben wurde 1.800 Lehrern in Baden-Württemberg mitgeteilt, daß sie nach den Sommerferien nicht weiter beschäftigt (ist) werden können! Betroffen sind zwei Drittel aller Junglehrer (insgesamt 2.700), die jetzt ihr 2. Staatsexamen abgelegt haben und bisher einen Teilzeitangestelltenvertrag über 16-20 Stunden hatten. Neben 1.800 arbeitslosen Lehrern würde dies also bedeuten, daß jede Woche ca. 30.000 Schulkinder aufwachen müßten. Die Landesregierung begründet diese Massenentlassung lapidar mit „Hausaufgabenknoten“.

Die GEW hat mit scharfen (verbalen) Protesten reagiert. Sie wußte der Landesregierung „ein Stück Arbeitsverminderung“ aus dem vorigen Jahrhundert“ vor, da diese Massenentlassung nicht einmal durch einen „Sozialplan“ begleitet wird. Sie fordert die sofortige Bereitstellung von weiteren Haushaltsmitteln um weitere Lehrer anstellen zu können. Schüler und Eltern haben in zahlreichen Protesten an die Behörden und die Regierung erklärt, daß sie diese Maßnahmen nicht hinnehmen wollen. Auf einer Pressekonferenz trat Ministerpräsident Späth den Forderungen entgegen. Er warf den

jetzt ausgebildeten Lehrern vor, sie hätten die Warnungen, die schon seit 1974 vor der Aufnahme eines Lehrstudiums ausgestoßen wurden, überhört und mußtten nun die Folgen tragen. Als besonders „gewichtiges“ Argument meinte er in die Debatte werfen zu müssen, daß in Baden-Württemberg bisher im Gegensatz zu den anderen Ländern fast alle Lehrer eingestellt wurden. Nun ist dies aber ein wesentlicher darauf zurückzuführen, daß in diesem Land der katastrophale Lehrermangel überhaupt herrschte.

Erste Anzeichen der Reaktion auf die massiven Proteste sind aber schon zu verspüren. Inzwischen wurde die Zahl der zu kündigenden auf 1 200 gesenkt, für weitere 200 sollen Haushaltsmittel bereitgestellt werden. Aber immer noch sollen 1 000 Lehrer entlassen werden, also mehr als ein Drittel. Gleichzeitig weigern sich die Länderregierungen die seit Jahren versprochene Arbeitszeitverkürzung für Lehrer zu bewilligen. Die Rationalisierung macht auch vor diesem „privilegierten“ Arbeitsbereich nicht halt!

Ein Lehrgesesse
KB/Gruppe Hamburg

Terror der „Grauen Wölfe“ in Westberlin

Seit dem Besuch des türkischen Faschistenführers Türke im Oktober 1978 in Westberlin stiegen die Gewalttaten seiner als „Graue Wölfe“ bekannten Killer- und Schlägertrupps sprunghaft an.

Im Juli 1978 war der europäische Dachverband („Türk-Federasyon“) der Tarnvereine („Idealistenvereine“, etc.) der türkischen Faschistenpartei MHP („Nationalistische Bewegungspartei“) gegründet worden. Das war nötig geworden, weil die Auslandsvertretungen der MHP vom türkischen Verfassungsgericht verboten worden sind.

Der Besuch Türke in Westberlin und Dortmund diente zur Stärkung und Organisation seiner Kommandos, um sie in die Lage zu versetzen weiterhin Terror gegen linke Türken auszuüben.

Wie in keiner anderen westdeutschen Stadt kam es seitdem in Westberlin fast wöchentlich zu Schlägereien. Fortschrittliche türkische Vereine erhielten Drohbriefe, es wurde bisher zweimal in demokratische türkische Arbeitervereine geschossen (!) und mehrere Brandanschläge verübt.

An Terror türkischer Faschisten ist uns bekannt geworden.

Am 25.11.1978 versuchten Mitglieder des faschistischen „Türkischen Studenten- und Jugendvereins“ (Türk Genç) einen Frauen-Tarnverein zu gründen. Der Versuch in den Räumlichkeiten der „Arbeiterwohlfahrt“ mißlang, die Faschisten wurden rausgeschmissen.

Im Dezember 1978 wird der Vorsitzende des fortschrittlichen „Verbands der Arbeiter aus der Türkei“ wiederholt anonym angetroffen und bedroht mit den Worten „Berlin wird euer Grab sein“.

Ebenfalls im Dezember 1978 wurde die Aushangtafel „Berlin wird euer Grab sein“ an der Fabrikwand der AEG-Werke angebracht.

Am 26.12.1978 wurden die Scheiben vom Laden des „Türkischen demokratischen Arbeitervereins“ eingeworfen.

Ende 1978 führten alle demokratischen türkischen Vereine Demonstrationen wegen des faschistischen Massakers von Kahramanmaraş in der Türkei durch. Als „Quittung“ erhielten sie Drohbriefe von einem „Friedenskommando der Freien Türken“ und einer „Rachebrigade“ des in der Türkei gesuchten Mörders Cengiz Ayan. In einem Drohbrief heißt es: „Wir werden unseren Kampf mit den schärfsten Methoden weiterführen, und euch rote zur Strecke bringen. In Kürze werdet ihr von uns hören, ihr gottlosen Kommunisten! Mit der Kraft, die Allah uns verleiht, werden wir an die Sache gehen und auch auf den richtigen Weg bringen oder wir werden eure Leichen auf die Straße schleppen“.

1978 in der Türkei 200 Menschen ermordet.

Am 24.3.79 wurden türkische Flugblattverteiler von einer Horde von 40 Faschisten mit Ketten, Schlagstöcken, Gummischläuchen usw. zusammengeschlagen. Dabei gab es vier Verletzte.

30.3.79. Auf den Laden des „Berliner Kultur- und Solidaritätsvereins“ und des „Vereins der Arbeiter aus der Türkei“ wurden Feuerbälle verübt.

Von der Polizei wurde dem „Verband der Arbeiter aus der Türkei“ geraten, wegen der Schüsse den „Pravdablog“ zu gehen, da unklar sei, ob „öffentliches Interesse“ vorläge.

Am 4.4.79 wurden die Scheiben des Ladens des „Progressiven Volksvereins“ eingeschlagen.

Am 10.4.79 in der Nacht wurde das Büro des „Bundes der Werktätigen aus der Türkei“ in Brand gesteckt. Der Brand wurde zum Glück rechtzeitig entdeckt und richtete keinen großen Schaden an.

Ein Brandsatz wurde an der Tür eines fortschrittlichen türkischen Vereins am 17.4.79 befestigt. Er wurde rechtzeitig entdeckt und gelöscht.

Aus Anlaß der sich häufenden faschistischen Überfälle riefen alle westberliner fortschrittlichen türkischen Vereine, sowie die „Antifa-Front“ und der KB am 21.4.79 zu einer Demonstration auf. Während der Demonstration versuchten türkische Faschisten an mehreren Stellen die Demonstrationsteilnehmer zu provozieren. Dabei wurden sie von der Polizei gestoppt.

Einen Tag später erhielt ein bisher verschont gebliebener türkischer Verein telefonische Drohungen: „Als nächstes seid ihr dran, wir beobachten euch ständig, wir werden euch auch ermorden“.

Am 29.4.79 wurden Flugblattverteiler des demokratischen Berliner Kultur- und Solidaritätsvereins überfallen. Die Angreifer waren mit langen Schlagstöcken bewaffnet. Mehrere Flugblattverteiler wurden verletzt, einem wurde der Arm ausgekugelt.

Am 3. Mai fand im faschistischen „Berlin Türk Ocagi“ eine von 100 Türken besuchte Feier zum „Tag des Türkentums“ statt. „Geführt wurde der 3. Mai 1944, der Tag, an dem der jetzige Vorsitzende der Nationalistischen Bewegungspartei (MHP) und Chef der Killerkommandos „Graue Wölfe“, Türke, einen Rechtsputsch versucht hatte. Türke wurde verhaftet und ein paar Monate später von der deutschen Gestapo freundlich erwählt. Geführt wurde also der Beginn des türkischen Faschismus“ (zitiert nach „Neue“, 15.5.79).

4.5.79. Auf dem Kreuzberger „Turkmarkt“ wurden 40 Mitglie-

der des Ladens einer demokratischen türkischen Frauengruppe eingeschlagen, weil im Fenster der Aufruf zu einer Kundgebung gegen „Graue Wölfe“ hing.

Organisatorische Struktur der türkischen Faschisten

Voraussetzung für den in diesem Ausmaß einzigartigen Terror ist die personelle Stärke und die gute organisatorische Verankerung der türkischen Faschisten in Westberlin.

Hierbei können sie auf jahrelange Erfahrung zurückblicken. 1970 tauchten erstmals in Westberlin Flugblätter von türkischen Faschisten auf. Westberlin scheint die Keimzelle für den Aufbau der MHP in der BRD gewesen zu sein. Nach dem Verbot der MHP in Westeuropa exhi-

bierten jedoch weitaus größerem.

Das „Berlin Türk Ocagi“ muß als Hauptquartier der türkischen Faschisten in Westberlin betrachtet werden. Bis vor einiger Zeit residierte hier der Führer der Westberliner „Grauen Wölfe“ Osman Nuri Kurt. Kurt ist (war?) gleichzeitig Mitglied des dreiköpfigen Beratergremiums der MHP in Europa.

Im „Berlin Türk Ocagi“ fand auch die schon erwähnte Feier zum Turkes Putsch am 3. Mai 79 statt.

Mitglieder dieses Vereins beteiligten sich nachweislich an Überfällen auf demokratische türkische Flugblattverteiler in Kreuzberg und Neukölln.

Neben der dichten organisatorischen Struktur ist eine weitere Voraussetzung für den Terror der „Grauen Wölfe“, daß sich einige ihrer inter-

nationale „Höhepunkt“ von Aktionen der Antifaschisten gegen die Terror- und Propagandaoffensive der „Grauen Wölfe“.

Zu einer anderen Kundgebung am 6. Juli aus Anlaß eines Überfalls auf türkische Flugblattverteiler erschienen nur knapp 200 Menschen.

Zum Terror der „Grauen Wölfe“ veranstaltete die Alternative Liste in Kreuzberg ihr 2. Bürgerforum. Der kreuzberger Bezirksbürgermeister Pletschker (SPD) war eingeladen worden, hielt es jedoch nicht für nötig, zu erscheinen.

In einem Redebeitrag wurde über die Hintergründe des Terrors der „Grauen Wölfe“ berichtet. Türkische Genossen erzählten, wie in ihre Läden geschossen wurde.

Ein GdW-Vertreter berichtete über das in Westberlin besonders starke Auftreten faschistischer türkischer



Bekannte türkische Rechtsextremisten: Konsultslehrer (Berlin - Neukölln), İsmail Güler (erster von links), Konsultslehrer (Tiergarten), Arni Kılıç (zweiter von links) und Lokman Kundaklı, Führer der europäischen Föderation der türkischen Rechte (rechts).

ren nun in Westberlin die örtlichen Tarnvereine „Büyük Ülkü Derneği“, (Großer Idealverein) „Türk Genç“ (Türkischer Studenten- und Jugendverein) und „Berlin Türk Ocagi“ (Turkenhaus Berlin). Diese Vereine sind im europäischen Dachverband der MHP, „Türk Federasyon“ organisiert. Daneben gibt es noch vier weitere türkische faschistische Vereine. Ein besonders gewalttätiger Verein ist die „Islamische Jugend“. Mitglieder von ihr überfielen am 24.3. und am 11.5.79 demokratische türkische Flugblattverteiler.

In mindestens 14 Koranschulen und schätzungsweise 30 Korankurse reicht der Arm der MHP in Westberlin. Koranschulen meint von der türkischen religiös-fanatischen „Natio-

nationalen Spitzenkader eine Zeit lang in Westberlin aufhielten oder noch aufhalten.

Dazu gehört auch der Konsultslehrer İsmail Güler, über den es Hinweise gibt, daß er sich in Westberlin aufhält. Ayan unterzeichnete Anfang 79 Drohbriefe an türkische Arbeitervereine. Der Vorsitzende vom „Großen Idealverein“, İbrahim Hancıer war Generalsekretär der „Türk Federasyon“.

Propagandaoffensive der türkischen Faschisten und Wölfe

In Westberlin fand am 14. Juni eine Veranstaltung zur „Befreiung der gefangenen Türken“ statt. Gemeint mit „gefangenen Türken“ sind die türkischen Minderheiten, besonders in der Sowjetunion, die „heim ins Reich“ geholt werden sollen. Veranstalter waren hier die örtlichen MHP-Tarnvereine „Türk Genç“, „Berlin Türk Ocagi“ und „Büyük Ülkü Derneği“. Auf der Veranstaltung wurde der faschistische Film „Wann wird die Sonne wieder scheinen?“ (Güneş ne zaman doğacak?) gezeigt, der in der Türkei Anlaß für das Massaker in Kahramanmaraş war und seitdem verboten ist.

War es in Kiel noch gelungen, daß eine ähnliche Veranstaltung türkischer Faschisten wegen dieses Films verboten wurde, so in Westberlin nicht eine einstweilige Verfügung zweier Rechtsanwältinnen.

Scheinheilig bedauerte die Gewerkschaft der Polizei, „daß es keine (!) Rechtsgrundlage gäbe, die Veranstaltung zu verbieten“ („Tagesspiegel“, 14.7.79).

Gegen die Veranstaltung gab es Proteste von der „Alternativen Liste“ (AL) und dem neugegründeten „Initiativkomitee gegen türkische Faschisten“. Auf einer Pressekonferenz betonte die AL, daß allein der rassistische Film den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllt. Von der AL und dem „Initiativkomitee gegen türkische Faschisten“ wurde zu einer Gegenkundgebung aufgerufen, zu der 400 Westberliner und türkische Antifaschisten erschienen.

Die zum Teil sehr kompensierte Kundgebung der Antifaschisten, die von einem riesigen Bullenaufgebot „geschützt“ wurde, machte schließlich eine spontane Demonstration über den Kurultendamm zur Gedächtniskirche, wo auf die skandalöse Veranstaltung der türkischen Faschisten hingewiesen wurde.

Die Protestkundgebung gegen die Faschistenveranstaltung war der bis-

sonstige Konsultslehrer Betroffene Kollegen erzählten exemplarisch über die Neuköllner Löwenstein-Oberschule, wo die Vertreibung des Lehrers Şafa Bayraktar (siehe Seite 1) fortgeschrittenen Lehren wiederholt Prügel angedroht und Klassenräume verwüstet haben. Das Bezirksamt will den Vertrag von Bayraktar verlängern.

Die 400 Besucher des Bürgerforums verabschiedeten eine Resolution, in der das Verbot der Tarnorganisationen der „Grauen Wölfe“ und die Entlassung faschistischer türkischer Lehrer gefordert wird.

Die niedrigen Mobilisierungszahlen zu Aktionen gegen „Graue Wölfe“ zeigen, wie wenig noch über türkische Faschisten bekannt ist.

Da nutzt es auch nichts, wie es die Kräfte um die „KPD/ML“ im „Initiativkomitee“ praktizieren: einmal im Monat die kleine Schar engagierter Antifaschisten auf Anti-„Graue Wölfe“-Kundgebungen zu verschleppen.

Wir müssen mit unserer Agitation und Aufklärung über die „Grauen Wölfe“ mehr als bisher in das ganze Spektrum demokratischer, antifaschistischer und linker Gruppen, Organisationen und Verbände hineinwirken. Wir werden in einem der nächsten AKs auf die Verbindungen der MHP „Graue Wölfe“ zur Westberliner CDU und auf die Begünstigung der MHP, „Graue Wölfe“ durch SPD und Polizei näher eingehen. (Sämtliche nicht gekennzeichneten Informationen entnehmen wir der Broschüre „Stoppt die „Grauen Wölfe““ des „Initiativkomitees gegen türkische Faschisten“.)

Antifa Kommission Westberlin

Anzeige

Stoppt die „Grauen Wölfe“

Dokumentation des Terrors der „Grauen Wölfe“ in Westberlin

64 Seiten

Die Broschüre ist zu bestellen beim „Initiativkomitee gegen türkische Faschisten“, Langenscheidtstr. 3, 1000 Berlin 62.

Pro Broschüre 3,- DM (ab 10 Broschüren 2,50 DM) überwiesen auf das Postcheckkonto BfW, Nr. 1766 38 103.



Westberliner Bullen schützen türkische Faschistenveranstaltung

17.3.79 Demonstration von 1.300 Anhängern der reaktionär-faschistischen „Islamischen Jugend“ und des „Türkischen Kultur- und Solidaritätsvereins“.

Die Teilnehmer konnten sich unter Polizeischutz versammeln und offen zum „Heiligen Krieg“ gegen Andersdenkende aufrufen. Bei ähnlichen Demonstrationen wurden

der antifaschistische Ausländergruppen von etwa 100 türkischen Faschisten angegriffen. 15 Antifaschisten mußten mit 27 schweren Verletzungen ins Krankenhaus.

11.5.79 200 wohlorganisierte türkische Faschisten überfielen mit Zaunlatten und Gummiknüppeln türkische Antifaschisten. Bei der Massenschlägerei gab es zwei Verletzte.

nenen Heilspartei“ (MSP) getragen. arbeiten in Westdeutschland eng mit der MHP zusammen. In nachweislich einer Koranschule ist der Vorsitzende des faschistischen „Großen Idealvereins“, İbrahim Hancıer, als Lehrer tätig.

Den türkischen Faschisten gelang es, bei der Türke-Veranstaltung am Oktober 78 rund 2.000 Leute zu mobilisieren. Ihr Potential dürfte wegen ihres Einflusses bei den religiösen



Nazi-Banden in Bayern „aufgedeckt“

In Bayern (Landkreis Regen) wurde Anfang August eine Gruppe rechtsextremistischer „Waffensammler“ aufgedeckt. Sie soll aus vier jungen Leuten bestehen, darunter ein 20-jähriger BGS-Beamter (verhaftet) und ein ebenfalls 20-jähriger ehemaliger Bundeswehrsoldat (Kriegsdienstverweigerer, aber wieder auf freiem Fuß). Nach Angaben des Landeskriminalamts München wurden bei einem der vier 7 „Langwaffen“, 3 Vorderladerrevolver, zahlreiche Waffenteile, Magazine, Munition, Bajonette und Gasmasken gefunden.

Kurz danach wurde in München eine weitere Nazi-Bande entdeckt, die aus 11 Mitgliedern bestehend „ausgehoben“ (Unklarheit, ob beide Gruppen zusammenhängen). Die Gruppe soll durchgeführte Hausdurchsuchungen brachten jetzt Nazi-Male-

rialien zutage, die – so die Staatsanwaltschaft – auf Verbindungen zur „NSDAP im Ausland“ hinweisen, womit die NSDAP/AO – null Chef Gussy Lauck, Nebraska/USA – gemeint sein dürfte. Ermittelt wird dementsprechend wegen Verstoßes gegen § 12a StGB.

Interessanterweise wird auch eine Bande neun jugendliche zwei Fawachens von einem Ex-Bundeswehr-Soldaten (Unteroffizier) angeführt. Die Gruppe hatte sich verschiedentlich zum Singen von Nazi-Liedern und zu Hakenkreuz-Schmierereien getroffen. Der 24-jährige Anführer wurde vor geraumer Zeit wegen Hakenkreuz-Schmierereien zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Neonazis vor Gericht

Wegen Verbreitung nationalsozialistischer Kennzeichen und wegen Vorratshalten nationalsozialistischer Propagandaschriften ist der Braunschweiger Nazi Paul Otto, 54 Jahre, zu sieben Monaten Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt worden.

Anfang 1977 waren bei Otto u. a. rund 150 Hakenkreuzplakate („Trotz Verbot nicht tot“ oder „Kampf den Judenpartei“) gefunden worden.

Nach Aussagen eines ehemaligen Nazi-Kumpans ist Otto oberster „NSDAP/AO“-Chef in der BRD gewesen.

Im Herbst beginnt gegen Otto ein weiterer Prozeß wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“. Otto – so ergab der Bückeburger Prozeß gegen die „Hansa“-Bande – gab zwei Rohrbomben an Gesinnungsbrüder (Köhnen und einen Nazi aus Schleswig-Holstein) weiter. Außerdem soll Otto mehrere Bombenanschläge selbst geplant haben.

Der neonazistische Autor Heinz Roth aus Odenhausen/Lumda darf nicht mehr behaupten, das Tagebuch der

Anne Frank sei eine Fälschung. Dies entschied der 16. Zivilsenat beim Frankfurter Oberlandesgericht. Damit hob das Oberlandesgericht ein Urteil unterer Instanz wieder auf, in dem der Richter Roths Verleumdungen als „Meinungsfreiheit“ hatte durchgehen lassen. Damals war es übrigens derselbe Richter, der erst vor kurzem Schönborn von der Anklage der Volksverhetzung freigesprochen hat.

Am 18.7.79 beginnt in Verden ein Prozeß am Amtsgericht gegen den stellvertretenden 1. Bundesvorsitzenden und Landesvorsitzenden der Niedersächsischen Fritze-Ullrich-Bund und seinen 1. Komplizen Jürgen Böhr.

Sie sind wegen Körperverletzung und Diebstahl angeklagt, nachdem sie am 2.12.78, einen Tag vor dem NPD-Landesparteitag, Antifaschisten bedroht und einen von ihnen festgehalten und zusammengeschlagen hatten. Einen Motorradhelm ließen sie gleich mitgeben. (Nach Informationen des Antifaschistischen Arbeitskreis Verden).

Am 13. August findet in Soltau der Prozeß gegen den „Gauleiter Niedersachsen“ der „Wiking-Jugend“, Klaus Hoffmann, statt. Hoffmann hatte im vergangenen Jahr einen Journalisten und einen Soltauer Antifaschisten mit einem Hammer angegriffen (siehe AK 136), als diese einige Aufnahmen von einem „Wiking-Jugend“-Lager machen wollten. Daraufhin wurde Hoffmann wegen versuchter Sachbeschädigung, versuchter Körperverletzung und Nötigung angezeigt.

Hoffmann ist stellvertretender Kreisvorsitzender der NPD, Ortsgruppenvorsitzender der „Schlesischen Landsmannschaft“ Münster und Kreisjugendreferent des „Bundes der Vertriebenen“. Im Mai 78 organisierte er eine Revanchistenveranstaltung mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Herbert Czacha. „Gauleiter“ der „Wiking-Jugend“ ist Hoffmann seit mindestens 1976.

Prozeßtermin: 13. Aug., 9.00 Uhr, Amtsgericht Soltau, Zimmer 12.

Trotz Protesten: NPD-Parteitag in Augsburg

Am 22. Juli konnte die NPD in Augsburg ihren Landesparteitag für Bayern durchführen. Dem war ein wenig erfolgreiches juristisches und taktisches Hakenkreuz vorausgegangen. Anfang Juli – nach Bekanntwerden des NPD-Plans – hatten DGB/SPD auf Orts- und Kreisebene eine Kundgebung am 19. und eine Gegenveranstaltung am 22. angekündigt. Ein (vom DGB gegründetes Komitee) unterstützt bei ihm zur Katholischen Akademie „wegung“ und USI – ausgedehnten Protest an Protest kam es zu Versammlungen, Demonstrationen.

Ein Verbot des NPD Landesparteitags zu verlangen, konnte sich der Oberbürgermeister Breuer dann jedoch nicht durchsetzen. Lediglich der Mietvertrag (der städtischen Räume) wurde der NPD gekündigt. Daraufhin trafen – wie üblich – die Freunde in Augsburg das Verwaltungsgericht. Im Falle der Verwaltungsgerichtsbarkeit ist die NPD – wie üblich – nicht anwesend.

NPD-Parteitag zu ermöglichen.

Die Stadtverwaltung nahm sich's zu Herzen, sie drohte dem „Komitee“ an seine Gegenkundgebung werde möglicherweise verboten, einem SDJ-„Rock gegen Rechts“, das wie das NPD-Treffen und gleichzeitig in der Augsburger Kongreßhalle angelegt war, wurde gekündigt. Die Kundgebung per einstweiliger Verfügung aber aufgehoben.

Das DGB/SPD geführte „Komitee“, das mit 100.000 Flugblättern zu einer Kundgebung am Donnerstag aufgerufen hatte – zugleich aber sich gegen das ungeliebte Auftauchen von Linken verwahrt hatte – verfiel angesichts dieser Entwicklung der Dinge in tiefe Resignation. (Zur Donnerstag-Kundgebung kamen etwa 500 Antifaschisten, wobei DGB/SPD und KPD/VDJ – das 8. ist bestimmt – Antifaschisten – angeordnet. Die Kundgebung wurde von der Polizei aufgelöst.)

dersetzungen vermieden“ würden. Stattdessen fand eine Gedenkfeier auf dem Westfriedhof, am Mahmal für die Opfer des Faschismus, statt. Dort versammelten sich ca. 300 bis 500 Personen, viele davon hatten zuvor unangemeldet – vor der NPD-Tagungsmittels eine Protestdemonstration durchgeführt.

Es bleibt die Ankündigung des Augsburger DGB-Vorsitzenden und SPD-Bundestagsabgeordneten Max Ameling, er wolle sich in der SPD-Bundestagsfraktion für ein Verbot der NPD stark machen – dasselbe hat CSU-Stadtrat Dietrich für die CSU-Parteigruppen versprochen. Den Herren wäre etwas Beileid anzurufen, denn ein bereits im Januar 79 abgeschlossener Mietvertrag der NPD für die gleiche Augsburger Kongreßhalle liegt auf dem Tisch. Es soll dort im Herbst 1980 der Bundesparteitag stattfinden!

Leserbrief: Betr. Artikel zum 20. Juli 1944

Obwohl der Genosse in seinem Artikel durchaus richtig den reaktionären Charakter der Beck-Goerdeler-Gruppe darlegt, stellt er nicht genügend die politischen Differenzen der am „20. Juli“ direkt oder indirekt beteiligten Kräfte heraus.

Neben der Gruppe um Beck und Goerdeler stand der Kreisauer Kreis, eine Gruppe, die durchaus zum demokratischen Widerstand zu zählen ist, in engem Kontakt zu den Putschisten. Der Kreisauer Kreis forderte im Gegensatz zu Beck/Goerdeler „Aus wichtigen Stellungen sind irgendwie führende Nationalsozialisten grundsätzlich zu entfernen!“ (Anm. 1). Diese Gruppe forderte darüber hinaus, die „Schlüsselunternehmen des Bergbaus, der Eisen- und metallverarbeitenden Industrie, der Grundchemie und Energiewirtschaft“ in das „Eigentum der öffentlichen Hand“ zu überführen (Anm. 2). Dieser Gruppe gehörten u. a. an: Der Gefängnispfarrer Harald Poelchau, Graf Helmut James von Moltke, Eugen Gerstenmaier, die Sozialdemokraten Theodor Haubach, Adolf Reckweh, Carlo Mierendorf und Julius Leber. Leber und Reckweh führten am 22. Juni 1944 ein Gespräch mit den KPD-Funktionären Franz Jacob und Anton Seckow. Für das Zustandekommen des Gesprächs hatte sich auch Stauffenberg eingesetzt. Er war keineswegs ein Anhänger des Beck-Goerdeler'schen Vorstellungen.

Stauffenberg wollte, wie es der Sozialdemokrat Julius Leber zitierte, „ein neues Weimar“ und „nicht etwa wieder eine bürgerlich-kapitalistische Ordnung!“ (Anm. 3). Es ist, daß Stauffenberg und der Kreisauer Kreis keinen entscheidenden Einfluß auf das Regierungsprogramm der Putschisten gewinnen konnten. Die dargestellten Fakten sind jedoch wichtig, um rech-

ten Geschichtsbildungen entgegenzutreten.

Ein Genosse aus dem Raum Hamburg
Anm. 1: Rheinhard Kuhn. Der deutsche Faschismus in

Quellen und Dokumenten, Köln 1978, S. 449.
Siehe Anm. 1, S. 452.
Fritz Sanger: Stauffenberg. Auch mit der KPD, in „Die Zeit“, 15.8.78.

Nachtrag zu „NPD-Harting läßt antifaschistisches Plakat verbieten“ (AK 158)

Mittlerweile liegt die schriftliche Urteilsbegründung des 1. Zivilkammer des Landgerichts Bochum zu dem Zivilverfahren (Antrag einer „erstweiligen Verfügung“) vor, das der Kammer NPD-Funktionär Karl-Heinz Harting gegen die „Landeskonferenz antifaschistischer Arbeitskreise aus Nordrhein-Westfalen“ und zwei ihrer Mitglieder angestrengt hatte. Obwohl Harting mit einigen Anträgen vor Gericht durchkam (s. a. unsere ausführliche Berichterstattung in AK 158 S. 24), enthält die Urteilsbegründung dennoch einige Passagen, die bei zukünftigen juristischen Auseinandersetzungen mit NPD-Mitgliedern und anderen Neonazis von Nutzen sein könnten. Das Gericht stellte fest:

„Die Überschrift des Plakats ‚Faschisten in NRW‘ kennzeichnet den politischen Standort der auf dem Plakat abgebildeten Personen. Eine solche Kennzeichnung muß der Antragsteller als NPD-Funktionär auch insoweit hinnehmen, als er als ‚Faschist‘ bezeichnet wird. Dieser Ausdruck ist im politischen Meinungsstreit zu dulden (vgl. OLG Karlsruhe a. a. O.). Dies gilt zumal in einer Auseinandersetzung mit einer rechts extremistischen Partei.“

„Soweit sich die Behauptungen auf das Gut des Antragstellers be-

ziehen, ist zunächst nicht zu erkennen, wieso seine Ehre dadurch verletzt wird. Aber im übrigen ist in der Bezeichnung als ‚Eventuell paramilitärisches Schulungszentrum‘ keine Beeinträchtigung der Persönlichkeitsrechte des Antragstellers zu sehen. Mit dieser Äußerung wird kein Unwerturteil über den Antragsteller abgegeben. Der Antragsteller bestreitet nicht, daß Gut Barendbrucker ein Schulungszentrum der jungen Nationaldemokraten ist. Wenn diese Schulungsmöglichkeit paramilitärisch bezeichnet wird, ist dies zumindest angesichts der behaupteten und nicht bestrittenen Auftretens von NPD-Mitgliedern oder Anhängern, die nach dem Gesamteindruck des Plakats dort ausgebildet sein sollen, eine sich im Rahmen des Zulässigen haltende Wertung.“

Die vollständige Urteilsbegründung (Az. 1 O 245/79) kann gegen Einsendung einer Geldsumme von DM 5 (in Briefmarken oder Geld) unter der folgenden Adresse bestellt werden:

Dietrich Schulze-Marmeling,
Hornstr. 30
4400 Münster

Antifa-Kommision NRW



Dies ist nun die gerade erschienene III. Anti-Hoffmann-Broschüre über die letzten Provokationen der „Wehrsportgruppe Hoffmann“.
Format A 4, 28 Seiten.
Preis DM 2,- + DM 50 Porto – Versand nur gegen Vorkasse.
Anschrift: L. Dicke, Postfach 150473, 8500 Nürnberg.
Konto: L. Dicke, Kto.-Nr. 2171 85-855, Postfachamt Nürnberg.

Klassenjustiz



22 Monate Knast für Rechtsanwalt Hårdle

Der seit Ende Januar 79 gegen Rechtsanwalt Dr. Hårdle im Heidelberg geführte Prozeß fand am 29.5. ein Ende. Für alle Beteiligten völlig überraschend verkündete Richter Dr. Guttmacher am 48. Verhandlungstag sein Urteil: 22 Monate ohne Bewährung wegen Landfriedensbruch, Widerstand, Körperverletzung und Falschmache. Er soll im August 1976 Polizeibeamte angegriffen haben, als diese einen Wahlkampfstand des KBW abräumten (s. dazu auch AK 150).

Die Umstände, unter denen dieser Prozeß stattfand, waren von Anfang an dazu angetan, die größten Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit der (Straf-)Justiz im allgemeinen und der „Unabhängigkeit“ des Richters Guttmachers im besonderen aufkommen zu lassen. So wurde:

- RA Hårdle vom Oberbürgermeister Zundel bereits 1976 als „sogenannter Rechtsanwalt“ bezeichnet.
- Anklage vor dem Landgericht (anstatt wie sonst üblich vor dem Amtsgericht) erhoben.
- den Verteidigern im Prozeß u.a. das weitere Befragen eines Zeugen verweigert mit der Begründung „weitere Fragen dienen nicht mehr der Sachaufklärung“.
- Richter Guttmacher gegenüber den Zuhörern mehrmals „erzieherisch“ tätig, indem er seltene Ordnungsstrafen für Kleinigkeiten (z.B. Blättern in einem Fachbuch während der Verhandlung) verhängte.

Am 48. Verhandlungstag machte Richter Guttmacher plötzlich „kurzen Prozeß“. In Abwesenheit des Angeklagten und einem seiner Verteidiger verkündete er das Urteil, versehen mit einer lediglich 35minütigen Begründung. Dem Gericht war bekannt, daß an diesem Tag RA Hårdle und sein Anwalt vor dem Oberlandesgericht Stuttgart die Rechtsanwälte Müller und Newerla verteidigten. Unerschrocken von alledem verkündete Dr. Guttmacher sein Urteil, obwohl:

- die Beweisaufnahme noch nicht abgeschlossen war (am 29.5. stand ein vom Gericht geladener Zeuge vor der Tür), und
- das Gericht über einen Befangenheitsantrag der Verteidigung noch nicht entschieden hatte.

Seine Ausführungen (die Dr. Guttmachers, d. Red.) bestanden dabei die längste Zeit aus Kritik und Vorwürfen gegenüber dem Angeklagten und seinen Verteidigern. So faßte die „Stuttgarter Zeitung“ vom 31.5. die Urteilsbegründung zusammen und die Vorwürfe gegen die Verteidiger fielen bei Dr. Guttmacher so aus: Sie hätten prozessuale Rechte mißbraucht, Ablehnungsanträge lediglich gestellt, „um die Richter bloßzustellen“, Belastungszeugen so lange über die Hintergründe befragt, „bis sie zusammenbrechen“. Die Berichterstattung in der Presse bezeichnete er als „abträgliche Presseberichte“, Zuschauer als „vorbestellte Ware“ der Verteidigung. Demgegenüber heißt es in einer

Erklärung der Anwälte von Hårdle, daß tatsächlich 53 Zeugen vernommen wurden. Davon bestätigten 3 - nämlich Polizeibeamte - die Anklagevorwürfe, während eine Reihe von Zeugen den Angaben der Polizisten widersprachen. „Über die Aussagen dieser Entlastungszeugen verlor das Gericht in der Urteilsbegründung kein Wort“.

Breiter Protest

Gegen solch Willkür hatte es von Anfang an massiven Protest gegeben:

- Zu Beginn des Prozesses protestierten über 150 Rechtsanwälte aus der BRD.
- Die unzumutbare Behinderung der Verteidigung kritisierte der Vorstand und die Mitgliederversammlung der Rechtsanwaltskammer in Karlsruhe (Dr. Guttmacher dazu: „Sonderburg Aktivitäten der Anwaltschaft“).
- Bis zum 31.7. haben 316 Rechtsanwälte aus der BRD einen offenen Brief an das Landgericht Heidelberg unterschrieben, in dem sie u.a. fordern, daß die Verurteilung von Hårdle aufgehoben werden muß.

Der ASJ (Arbeitskreis sozialdemokratischer Juristen) hat in einer Veranstaltung gegen das Urteil protestiert und der VDJ (Verband Demokratischer Juristen) hat sich der Protestresolution angeschlossen.

IKAH Hamburg

Internationale Kommission zu Haftbedingungen

Nach sieben Wochen war der Hungerstreik der politischen Gefangenen wegen des lebensbedrohlichen Zustandes von Ingrid Möller und Siegfried Haug unterbrochen worden. Daraufhin bildete sich eine Kommission, die seitdem mit den für die Haftbedingungen zuständigen Behörden über Haftbedingungen zu verhandeln sucht.

Presseerklärung

„Es sind so viele unterstützende Zuschriften und Anfragen bei uns eingegangen, daß wir uns veranlaßt sehen, einen Zwischenbericht zur Information zu geben, da es uns zeitlich nicht möglich ist, allen zu antworten.“

Der Delegation gehören inzwischen folgende Mitglieder an: Claude Bourdet, Journalist, Paris; Jean-Pierre Faye, Wissenschaftler und Schriftsteller, Paris; Lord Tony Gifford, Rechtsanwalt, London; Stefano Mistura, Arzt und Schriftsteller, Florenz/Italien; im Auftrag der Angehörigen der Gefangenen: Winke Zitzlaff, Staufenberg, Christa Cullen, Baden-Baden.

Die Mitglieder haben jeweils in ihren eigenen Land Unterstützung durch weitere namhafte Persönlichkeiten erhalten, auch in der Deutschen Bundesrepublik.

Während des Hungerstreiks wurden am 21.6.79 alle Justizminister und Innenminister der einzelnen Bundesländer angeschrieben - ebenfalls der Ministerpräsident von Baden-Württemberg sowie Bundesjustizminister und Bundesinnenminister und um ein Gespräch gebeten.

Für alle Mitarbeiter der Delegation ist klar, daß diese Gespräche zustandkommen müssen und daß die Forderungen der Gefangenen Grundlage unserer Verhandlungen sein werden.

Mehr kann an dieser Stelle heute noch nicht mitgeteilt werden. Wir bitten um Verständnis und Geduld.

Winke Zitzlaff, Christa Cullen

(nach „Taz“, 26.7.79)

Urteil im Schmücker-Prozeß: Wahnsinn

Wenn wir nun auch einiges gewöhnt und an bundesdeutscher „Rechtsprechung“ so hat uns doch das Urteil im Schmücker-Prozeß verblüffelt. Die Angeklagten Wolfgang Weidau, 44 Jahre, für die Mitangeklagten Wolfgang Strucken, Sonke Loeffler und Annette v. Wedel (bis auf Ilse Jandt wurden alle zu Jugendstrafe verurteilt).

Damit hat das Gericht das Urteil des ersten Verfahrens voll bestätigt (lediglich W. Strucken erhielt ein Jahr weniger).

Die Verurteilung stützt sich auf die Aussagen der Kronzeugen Jürgen Bodeux und Götz Tilgner (der in der Zwischenzeit gestorben ist).

Sämtliche von der Verteidigung vorgebrachten Fakten, die zumindest nahelegen, daß Jürgen Bodeux Mitarbeiter des Verfassungsschutzes war, als er der Wolfburger Gruppe um Ilse Jandt beitrug, sagte Richter Fitzner als nicht bewiesen vom Tisch: „Denn wenn dies der Fall gewesen wäre, so hätte sich entweder der Verfassungsschutz an einem Mord beteiligt oder aber die Aussagen der Kronzeugen wären sämtlich frei erfunden. Ein solcher Schuß - so Fitzner - „stöße bei jedem rechtsintelligenten Bürger auf Unverständnis“ („Taz“, 30.7.79).

Auch die Weigerung der Westberliner Senatoren für Inneres und Justiz,

Akten über Schmücker und Bodeux in den Prozeß einzuführen, auch die Nichtgenehmigung der Aussage von Verfassungsschützern durch eben die Behörden, ebenso die verweigerte Aussagegenehmigung für den Chef der V-Leute beim Verfassungsschutz durch die Bundesregierung - das alles diente Richter Fitzner als Beweis für die Glaubwürdigkeit von Bodeux, es „bestehe nicht der geringste Anhaltspunkt“ („Taz“, 30.7.79) an den Behördenangaben zu zweifeln, daß Bodeux kein „Mitarbeiter“ des VS gewesen sei.

So soll Ilse Jandt ihr Leben hinter Knastmauern verbringen, weil sie „Ostern 1974 unumverständlich geäußert habe, daß Schmücker wegen der von ihr vermuteten Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz und Staatschutz hingerichtet werden soll“ („Spand. Volksblatt“, 28.7.79).

„Ilse Jandt“, so Fitzner, „wurde mit ihrer Gruppe innerhalb der Bewegung nicht ernstgenommen. Und so wollte sie sich mit einer spektakulären Aktion profilieren“ („Berliner Morgenpost“, 28.7.79).

Auch das Ergebnis der Beweisaufnahme, Schmücker sei nicht durch einen „Nahschuß“ getötet worden, bog Richter Fitzner zurecht. Nun soll der Schuß aus einem halben Meter Entfernung gefallen sein. Damit ist eben W. Weidau der Todeschütze, der zwar nach Zeugenaussagen gar nicht schießen kann, aber aus unmit-

teiler Nähe trifft eben auch ein ungelübter.

Bleibt noch zu sagen, daß sämtlich die Entlastungszeugen von Richter Fitzner jegliche Mutter und Schweiter von W. Weidau als unglaubwürdig abgelehnt wurden.

Und daß sämtliche Angehörigen mit den Verhaftungskosten belastet wurden, „schließlich seien sie jung und könnten arbeiten“ („Taz“, 30.7.79).

„Derart massiv haben sich Behörden bis dahin noch nie in einen Strafprozeß eingemischt, weshalb wir es hier tatsächlich mit einer neuen Qualität eines politischen Prozesses zu tun haben. Das hat uns insbesondere der Senator für Inneres wissen lassen, als er dem Gericht eine Erklärung abgab, in der er behauptete, das Wohl des Landes und die Belange der Angeklagten gegeneinander abzuwägen zu haben und sicherlich die die beantragten Aussagegenehmigungen erteilt hätte, wenn die Gefahr bestünde, daß Unschuldige verurteilt würden - was umgekehrt heißt, Die Angeklagten sind schuldig, weswegen eine Aussagegenehmigung nicht erteilt wird. So weit sind wir also wieder...“ (aus einer Presseerklärung der Anwälte Faenen, Häuser und Heinsch von der Urteilsverkündung nach „Taz“, 10.7.79).

Westberliner Antirepressionskommission des KB

Tür und Tor für Denunziationen geöffnet

Vorgeschichte: Ein Amateurfunker wird durch die Angaben eines Staatschutz-„Gehäufmannes“ als „Spion des Ostens“ verdächtigt, was Anfang 1976 zu seiner Überprüfung in „staatschutzmäßiger Hinsicht“ führte. Das Opfer dieser Maßnahmen hatte daraufhin in seinem kleinen Wohnort eine gehässige Rufmordkampagne durchzuführen. Der Amateurfunker wandte sich daraufhin an das bayerische Innenministerium, um den Namen des „Gehäufmannes“ zu erfahren und Strafanzeige wegen falscher Verdächtigungen stellen zu können, worauf er abschlägigen Bescheid erhielt. Auch der Klageweg bis zum Oberlandesgericht Bamberg blieb erfolglos, genauso wie die Klage beim Verwaltungsgericht Würzburg, in dessen abschließender Begründung es u.a. heißt, daß die Polizei keineswegs nur dann gehalten sei, Ermittlungen aufzunehmen, wenn ganz konkrete Behauptungen über eine strafbare Handlung vorlägen, vielmehr könne sie bereits dann einschreiten, wenn nur der Verdacht bestehe.

Auch der bayerische Verwaltungsgerichtshof als nächste Instanz wies die Klage ab, der zuständige Oberlandesanwalt sah keine Anhaltspunkte dafür, daß der Kläger bewußt wahrheitswidrig oder leichtfertig belastet worden sei, der Informant habe nur Wahrnehmungen mitgeteilt, die ihm „eigenartig und für die Polizei möglicherweise bedeutsam erschienen... Die Vertraulichkeit müsse gewahrt werden, weil die Bevölkerung um Mithilfe bei Fahndung nach Terroristen aufgerufen und hierbei die vertrauliche Behandlung bei Hinweisen zugesichert sei.“

Um den Namen des Informanten zu erfahren, kann der Amateurfunker jetzt nur noch vor das Bundesverwaltungsgericht gehen - alles auf eigene Kosten, versteht sich. Er wehrt durch die bisherigen Ansichten der Gerichte Tür und Tor für Denunziationen geöffnet (Aktenzeichen 3712 VII 78, nach „FR“, 31.7.79).

IKAH/Hamburg

Über 1.000 Prozesse

„Fall Günter Routhier“

Aus Anlaß des 5. Todestages von Günter Routhier (er starb am 18.6.1974 nach einem Polizeieinsatz im Arbeitsgericht) haben Rotraud und Pit Routhier einen Aufruf veröffentlicht, in dem sie u.a. zu einer Veranstaltung im August oder September in Duisburg aufrufen. „Günter Routhier wurde von der Polizei ermordet“, wegen dieser und ähnlicher Äußerungen ging auf die Kritiker des Polizeieinsatzes eine Prozeßbewegung nieder. Rotraud und Pit Routhier sprechen in ihrem Aufruf von über 1000 Prozessen, über 500.000 DM Geldstrafe und ca. 100 Jahre Gefängnis. Geplant ist, daß außer Pit Routhier auf der Veranstaltung Prof. Sigrist spricht, ebenso die „Todeschulminutative Bochum“, Walter Mohmann wird für den kulturellen Teil sorgen.

Nähere Informationen über Bäckersbüchse Hamburg Aldestr., 41 Duisburg

Ehemalige Mitglieder des „Sozialistischen Patientenkollektivs“ verurteilt

Nach nur zweistündiger Verhandlung wurde das Urteil gesprochen: Je neun Monate Freiheitsstrafe für Susanne

Vorzeitige Haftentlassung einmal bewilligt, einmal abgelehnt

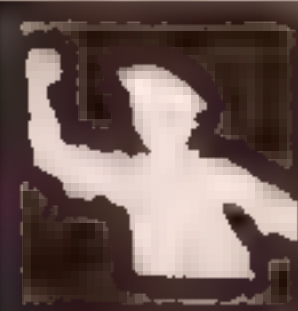
Mitte Juli ist der frühere APO-Anwalt Horst Mahler vom geschlossenen in den offenen Strafvollzug umgezogen. Wahrscheinlich im September wird er eine Lehre beim Rotbuchverlag als Verlagskaufmann beginnen. Im August 1980 - dann end 2/3 seiner Haftstrafe um - wird damit gerechnet, daß Mahler auf Bewährung entlassen wird.

Ebenfalls einen Antrag auf Entlassung nach zwei Dritteln der Gesamtstrafe haben die Anwälte von Rechtsanwalt Croissant gestellt. Das Gericht lehnte ab, mit dem Hinweis „auf künftige von Croissant zu erwartende Straftaten“ („SZ“ vom 24. u. 26.7.79).

Herminghaus und Ewald Görlch wegen „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung“. Die bei Görlch noch nicht abgeschlossenen zwei Monate wurden zur Bewährung ausgesetzt. Als 1972/73 das Hauptverfahren gegen Mitglieder des SPK eröffnet wurde, tauchten beide unter. Auf Vermittlung der Frankfurter Rechtsanwälte Pottmütz und Goltzmann sagten die beiden zu, freiwillig dann in die BRD zurückzukehren, wenn sie einen schnellen Prozeßtermin bekämen und die Haftbefehle außer Kraft gesetzt werden. Die Staatsanwaltschaft in Karlsruhe akzeptierte.

Nachdem beide zu Beginn der Gerichtsverhandlung ihre damalige Mitgliedschaft im SPK bejahten, wurden sie wegen „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung“ verurteilt. Beide wollen sich in Frankreich eine neue Existenz aufbauen, da dies in der BRD unmöglich sei. Bei ihrer Einreise in die BRD hatte die „Bild“-Zeitung sie als die „meistgesuchten Terroristen“ vorgestellt („FR“ 19.7.1979).

IKAH Hamburg



Militarismus Antimilitarismus



DGB: „Nie wieder Krieg“ — Abrüstung — Gewinn für uns!“

„In der Welt ist ein Wettstreit um einen Vernichtungspotential entbrannt worden, das alles Bisherige weit in den Schatten stellt. Gegenwärtig gibt die Welt für Militär etwa 330 Milliarden Dollar aus, das heißt eben soviel wie für Gesundheit und Bildung. Dies geschieht trotz der Tatsache, daß etwa 600 Millionen Menschen auf der Welt unterernährt sind, daß ca. 1 Milliarde Menschen keine angemessene Wohnung hat, etwa 1,5 Milliarden einer wirksamen medizinischen Versorgung entbehrt, ca. 250 Millionen Kinder keine Schule besuchen und 800 Millionen Menschen Analphabeten sind. Die Bundesrepublik ist an diesem Wettstreit in jeder Minute mit 70.000 DM dabei. Millionen Menschen in aller Welt sind für die Rüstung tätig, über 400.000 Wissenschaftler arbeiten an der Entwicklung immer barbarischerer Waffen- und Vernichtungstechniken. Dies muß ein Ende haben!“

So beginnt eine Broschüre, die der DGB Jugend NRW's unter dem Motto „Nie wieder Krieg! Abrüstung — Gewinn für uns!“ in über 100.000 Auflage herausgebracht hat. Diese Broschüre ist ein Ausdruck der Tatsache, daß von verschiedenen gewerkschaftlichen Gremien in diesem Jahr verstärkte Bemühung für den Anti-Kriegstag aufgenommen worden sind (s. Lstz), nach dem bis 1977 überhaupt nur DGB-örtlich Feiertage zum Volksfriedenstag aufgenommen worden waren.

Zwar verfügen die DGB-Führer mit der Duldung und Organisation solcher Aktionen über das Ziel einer Konkurrenz zur Mobilisierung der Kräfte für Frieden und Abrüstung aufzubauen, die vor allem von DKP-Bündnispartnern getragen wird, um so insgesamt die friedenspolitischen Aktivitäten schwächen zu können aber eine breite Mobilisierung fortschrittlicher und antimilitaristischer Kräfte vor allem in den Gewerkschaften dürfte solchen Plänen einen Strich durch die Rechnung machen.

Hamburg. Die Hauptveranstaltung des DGB Nordmark wird in Form einer Kundgebung vor der Nicolai-

Kirche am 1.9. um 15.00 Uhr stattfinden. Die DGB-Jugend plant vom 3. bis 7.9. eine Aktionswoche (Tafelbodenprogramm/Stadtrundfahrten). Am 7.9. wird abends im Audi-Max eine Großveranstaltung der DGB-Jugend durchgeführt (u.a. mit Hannes Wader).

Niedersachsen. Geplant ist eine zentrale Kundgebung des DGB um ehemaligen Konzentrationslager Esterwegen in der Nähe von Verden. Dort wird am 1.9. um 15.00 Uhr eine zentrale Kundgebung des DGB am 1. September am Mahmal für die Opfer des Faschismus in Dortmund-Bittermark von 15.30 bis 17.30 Uhr. Aus Redner sind Ministerpräsident Rau und der DGB-Landvorsitzende Biercher angekündigt. Abends soll eine Großveranstaltung in der Westfalenhalle mit dem Hauptredner H.O. Vetter (ausgerechnet der...) stattfinden. Außerdem wurden hierfür angekündigt die Schmetternings, Enck, Fried und Ertz-Bardon.

Krefeld. Geplant ist eine Aktionswoche vom 24. August bis 5. September (Filme, Diskussionsveranstaltungen, Ausstellungen etc.). Am 31. August führt ein Fackelzug zu einer Kranzniederlegung an der ehemaligen Synagoge Krefeld. Es wird zur Großveranstaltung in Dortmund mobilisiert (Busse).

Ostwestfalen-Lippe. Geplant ist für den 31.8. eine Großveranstaltung im Schulzentrum Lage mit Deller Hensche (Dropt). Köln. Für den 31.8. ist eine DGB-Demonstration geplant. Außerdem sollen Film- und Dichterveranstaltungen zum Thema Krieg durchgeführt werden.

NRW. Sonstiges. Soweit uns bekannt, führt der DGB im gesamten NRW-Kleinvermögen zur Vorbereitung des Anti-Kriegstages durch. Bremen. Die IG Metall plant drei zentrale Fahrten zu den Gedenkstätten für die Opfer des Faschismus in Hessen.

Saarbrücken. Hier ist für den 1.9. September eine Kundgebung geplant. Baden-Württemberg. Geplant ist die Entsendung von Delegationen zu den ehemaligen Konzentrationslagern Dachau und Struthof am 1. September.

Hamburg. Die Hauptveranstaltung des DGB Nordmark wird in Form einer Kundgebung vor der Nicolai-

Kirche am 1.9. um 15.00 Uhr stattfinden. Die DGB-Jugend plant vom 3. bis 7.9. eine Aktionswoche (Tafelbodenprogramm/Stadtrundfahrten). Am 7.9. wird abends im Audi-Max eine Großveranstaltung der DGB-Jugend durchgeführt (u.a. mit Hannes Wader).



Am 1. September mit Schweigemarsch Kundgebung für Frieden und Abrüstung

Die Stadt will ein Signal setzen und das Bewußtsein für die Friedens- und Abrüstungsmaßnahmen in aller Welt schärfen. 40 Jahre nach Ausbruch des zweiten Weltkrieges, am Sonnabend, 1. September, findet deshalb in Kiel eine „Kundgebung für Frieden und Abrüstung“ statt, zu der Stadtpräsident Rolf Johanning alle Kieler Bürger aufgerufen hat. Sie beginnt um 11 Uhr auf dem Asmus-Bremer-Platz. Redner

sind Stadtpräsident Rolf Johanning und der frühere Berliner Bürgermeister Pastor Heinrich Albrecht. Danach beginnt ein Schweigemarsch über Hafenstraße, Andreas-Gayk-Straße, Berliner Platz und Kuhdenstraße zum Standbild des „Geistkämpfers“ von Ernst Barlach an der Nikolaikirche am alten Markt. Stadtpräsident Rolf Johanning und Oberbürgermeister Günther Bantzer haben im Namen der

Ratsversammlung und des Magistrats alle Kieler Organisationen und Verbände aufgefordert, sich an der Kundgebung zu beteiligen und den Tag mit eigenen Beiträgen mitzugestalten. Johanning: „Wir müssen das Freund-Feind-Denken überwinden und lernen, Konflikte zwischen den Völkern mit friedlichen Mitteln auszutragen.“ Ein Schritt auf diesem Wege sei zum Beispiel das Stoppen der Rüstungsspirale

(aus der Kieler Lokalfresse)

Bayern. Nürnberg. Für den 31.8. plant der DGB eine Veranstaltung mit Fackelzug und Kundgebung. Dachau. Gedenkveranstaltung am 1. September. München. Geplant ist für den 1.9. eine zentrale Veranstaltung für Südbayern im Münchener Circus-Krone-Bau von 10.00 bis 12.00 Uhr. Allgemein Bayern. Vom 24. bis 29.8. ist für Bayern eine Aktionswoche angesetzt.

Stukenbrock. Am 1. September wird eine Mahn- und Gedenkkundgebung vor Aktion „Blumen für Stukenbrock“ an den Gräbern der 65.000 ermordeten Knegegefangenen stattfinden. Redner sollen Prof. Horst Herrmann (Münster), Klaus Thüsing (SPD-MdB) und Kurt Bachmann (DKP) sein. Mit dieser Kundgebung soll eine Friedenswoche in der Stadt Emen eingeleitet werden. In der Zeit vom 1. bis 9. September sind dort

über 20 Aktionen und Veranstaltungen angemeldet worden. Das Bündnis für diese Friedenswoche umfaßt neben den DKP-Bündnispartnern vor allem kirchliche Kreise und Organisationen, den deutschen Kinderschutzbund, Schülervertretungen, die Falken, die Deutsche Sportjugend, die IG Bergbau und Energie und andere mehr. Offenbach. Der AMK Offenbach will im September in Offenbach eine Aktionswoche durchführen. Geplant sind verschiedene Aktivitäten, darunter über AMK Hospitastr. 14, 3500 Offenbach.

Göttingen. In Göttingen haben die SO,7DL, die DFG/VK und die Gewaltfreie Aktion eine umfangreiche Aktionswoche zum Antikriegstag geplant und zum Teil schon vorbereitet. Geplant ist u.a. Bildausstellungen — „Nie wieder Krieg“ und „Vietnam“, ein Jugendgottesdienst, diverse Straßenaktionen, Film, Gedichte und Liederabende, eine

Podiumsdiskussion ein antimilitaristisches Fußballturnier es soll auch versucht werden beim Kultusministerium aus gegebenem Anlaß die Erlaubnis zu kriegen, in den Schulen im Unterricht mit den Schülern zu diskutieren (Nach dem Bericht eines Göttinger Genossen).

Neumünster. Unter dem Motto „Nie wieder Faschismus — nie wieder Krieg“ führt ein breites Bündnis am 1.8. eine Demonstration (Mahn- und Fackelzug) und am 1.9. eine Fackelkutschung durch. An der Demonstration sind die DGB-Jugend, Jüdische Stadtjugend, Judo, Demokratische Bewegung, Aktionsgemeinschaft Demokratischer Schüler, die VVV der SDAJ, DKP und KB beteiligt (wobei letztere mit Rücksicht auf das Bündnis nicht offiziell in Erscheinung treten). Als gemeinsame Plattform wurde der Aufruf des „Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ ein wenig verändert.

Aktivitäten anderer Organisationen

Aktivitäten anderer Organisationen

Das SB hat zum Antikriegstag ein „Junka“-Sonderflugblatt herausgegeben, in dem an verschiedenen Aspekten die Bedeutung des 1. September herausgestellt wird. „Kriege finden nicht mehr in Europa statt“, „Der große Krieg ist nicht abgeschlossen“, „Ist Abrüstung machbar?“, „Sozialismus und Krieg“.

Weiter ruft das SB dazu auf eine Antikriegswoche durchzuführen. Desweiteren ist an „Anti-Kriegs-Kongress“ des SB in der Zeit vom 28. bis 30. September 1979 geplant, wo „auch in möglichst breitem Umfang antimilitaristisch arbeitenden Gruppen die Möglichkeit gegeben werden soll, ihre Arbeit und deren Vermittlungsformen darzustellen“, schreibt das SB dazu. Vorgesprochen für den Kongress ist ein Einleitungsreferat („Sozialpolitische Ursachen von Krieg“). Danach sollen etwa ein Dutzend Arbeitsgruppen folgen, die sich mit spezifischen Fragen befassen (Frauen, Medien, Widerstandsmöglichkeiten, Entspannung und Abrüstung, Rüstung und Ökonomie, Sozialismus und Krieg u.a.m.). Als Abschluß ist eine Podiumsdiskussion geplant.

Das SB hat sich unseres Wissens noch nicht zu einer Beteiligung, weder an der KOFAZ-Demonstration noch an der Gewerkschaftsveranstaltungen geäußert. Im Flugblatt des SB und diese nicht einmal erwähnt. Allerdings gehört der (SB-)Professor Arno Klönne zu den Erstunterzeichnern des KOFAZ-Aufrufs.

Genauere Informationen zu den geplanten Aktivitäten des SB über Christian Engel, Güntzelstraße 63, 1000 Berlin 31, Tel. 030/8 54 54 10.

Arbeiterbund. Der „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD“ wird in der „KAZ“ Nr. 168 zu berichten, daß die Vorbereitungen zum Antikriegstag „in der Gewerkschaftsjugend auf vollen Touren (laufen)“, daß „wir jungen Gewerkschafter uns einig“ sind, in der Losung „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“, und daß „auch die Gewerkschaftsführung diese Losung nicht mehr wegschiebt“. Und weiter heißt es dann im originellen Originalton der KAZ: „Kann aber diese richtige allgemeine Losung für den 1. September 1979 ausreichen? Nein. Sie beantwortet noch nicht, was heute und hier in diesem Lande getan werden muß, damit es nie wieder Faschismus und Krieg gibt.“ So fordert der „Arbeiterbund“ dazu auf, die Aktivitäten zentral gegen Strauß zu richten, „denn Strauß heißt Krieg“. Zu den Aktivitäten des KOFAZ verliert der Arbeiterbund kein Wort.

KABD. Zum Antikriegstag erläutert der „Rebell“ des RJVD (Jugendverband des KABD), daß der gefährlichste Feind der Völker der „staatsmonopolistische Kapitalismus mit den beiden Supermächten an der Spitze“ sei. Deshalb ruft der RJVD dazu auf: „Kämpft gegen das imperialistische Profitssystem, der Wurzel aller Kriege“, die Beteiligung am Antikriegstag bzw. Aktivitäten des DGB seien ein Schritt dazu.

„KPD“ — Rote Fahne. Die „KPD“ hat sich mehrfach in der „Roten Fahne“ in Sachen Antikriegstag zu Wort gemeldet.

Sie begrüßt es, „daß die Gewerkschaften den Antikriegstag wieder beleben wollen“ und sieht darin

„eine große Chance, auch innergewerkschaftlich eine offene Diskussion zu führen“. Denn der Kampf um den Frieden erfordert „wie zu allen Zeiten den Kampf gegen die Kriegstreiber“, gerade den sozialistischen Sozialimperialismus“. Die Knegegefahr entspringe heute „nur“ aus dem Ringen der beiden Supermächte, insofern möchte die vaterländische „KPD“ auch die „nationale Unabhängigkeit“ verteidigt sehen.

Von daher kritisiert die „Rote Fahne“ die DKP, die beim KOFAZ die Stoßrichtung „nur auf eine Abrüstung der BRD orientiert“, allerdings es der DKP gelungen „viele demokratische Persönlichkeiten“ zu gewinnen, „denen es im Gegensatz zu den DKP-Führern ehrlich um den Frieden geht“. Zum Ausscharen der Jutos aus dem KOFAZ und der gleichzeitigen Wiederbelebung der DGB-Aktivitäten erklärt die „KPD“ daß im DGB-Bündnis keine „realen Möglichkeiten“ bestehen, „die politische Richtung derartiger Aktivitäten zu beeinflussen“. Die DKP habe sich angesichts der DGB-Aktivitäten „bis zu einem gewissen Grade selbst ins Abseits manövriert“. Allerdings bedauert die „KPD“ daß die Abgrenzung des DGB „hauptsächlich taktischer Natur“ sei. „Sie wird hinter verhohlener Hand vorgenommen. Denn inhaltlich ist es die Entspannungspolitik, die nach wie vor die gemeinsame Klammer bei der Gruppierung darstellt“. Beiderseitig für die „KPD“, eine Bewegung für nationale Unabhängigkeit und Rüstung gegen die Gefahr der Sowjetunion fehlt eben (Aus „Rote Fahne“ Nr. 19, 25, 29 sowie vom 5.7.79).

Das „Entspannungs“-Märchen ist immer noch erfolgreich

Die Unterzettel-Basis für den diesjährigen Aufruf des „Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ scheint breiter als in irgend einem früheren Jahr. Das zeigt, daß die Sorge vor einem neuen Krieg und die Bereitschaft, etwas dagegen zu unternehmen, zugenommen haben.

Diese Tendenz setzt sich durch trotz eines wieder inhaltlich schlechten Aufrufs, der deutlich die Handschrift des DAP-Parteivorstandes trägt und so gut wie nichts von den positiven Diskussionsansätzen der letzten Jahre aufgenommen hat.

Im Aufruf des „Komitee“ ist er neu, wenn auch nicht ganz so blutig wie in früheren Jahren, die Rede von einer angeblichen „politischen Entspannung“, die sich in zahlreichen Verträgen manifestierte und die es mit „nur“ noch „durch die militärische Entspannung zu ergänzen“ gelte. Auch ein Satz über den gegenbringenden „Ost-West-Handel“ konnte platziert werden.

Abrüstung sei „keine Utopie“ „Erfolge sind möglich“, wird in dem Aufruf behauptet. Als Wege zum Erfolg werden „Erziehung zum Frieden“, „Sicherung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung“ und „ein vorurteilsfreies, demokratisches Bewußtsein“ genannt. Welche konkreten Erfolge auf dem Weg zur Abrüstung in den letzten Jahren angeblich erreicht worden seien, wird nicht näher ausgeführt. Man müßte dann nämlich davon sprechen, daß gerade im Klima einer außerordentlich gefährlichen Pseudo-Entspannung in den letzten 20 Jahren eine Aufrüstung vorangetrieben worden ist, die in der ganzen bisherigen Menschheitsgeschichte ohne Parallelie bei Unter der diplomatischen Laubengrünung der „Abrüstungskon-

ferenzen“ und Verträge haben sich NATO und Warschauer Pakt das atomare Potential zur Vernichtung unserer Planeten aufgebaut. Dieses beispiellose Wetttrüben beweist, daß die Hauptmächte der Weltpolitik an die von ihnen verkündete „politische Entspannung“ selbst nicht glauben, sondern sich im Gegenteil auf ein weltweites „Kräftemessen“ vorbereiten, an dessen Ende der Untergang unserer Zivilisation stehen könnte.

Die „Entspannung“ war von Anfang an ein gigantischer Betrug zur Verschleiierung des Wetttrübens. Die blutige Kehrseite dieser Art von „Entspannung“ zeigte sich vor allem im Vietnam-Krieg der USA. Selbst diese Pseudo-„Entspannung“ wird heute aber zunehmend in Frage gestellt. Es mehren sich in den NATO-Staaten die Stimmen, die zu einer direkten Konfrontationspolitik gegenüber der Sowjetunion und ihren Verbündeten zurückkehren wollen. Die Kanzlerkandidatur von FJ Strauß gehört in diesen Zusammenhang.

„Entspannung“ kann im besten Fall nicht mehr als ein vorübergehender politischer Zustand zwischen Staaten. Die Kriegsgefahr hängt nicht von freundlichen Worten „Abbau des Misstrauens“ oder „Erziehung zum Frieden“ ab. Sie ergibt sich aus realen politischen und wirtschaftlichen Interessen und aus den zu ihrer Durchsetzung angeschauten Waffenarsenalen. In diesem Sinne ist die Menschheit heute ihrer Selbstzerstörung so nahe wie nie zuvor. Gegen die Gefahr eines neuen Krieges muß Front gemacht werden. Nötig ist dazu das Eintreten für Forderungen nach wirklicher Abrüstung, gegen eine Verzerrung des Wetttrübens durch die „Entspannung“. Der „Kriegs-

Schritt zur wirklichen Abrüstung ist wertvoller als hundert „Friedenskonferenzen“, nach denen die Waffenarsenale weiter aufgestockt werden.

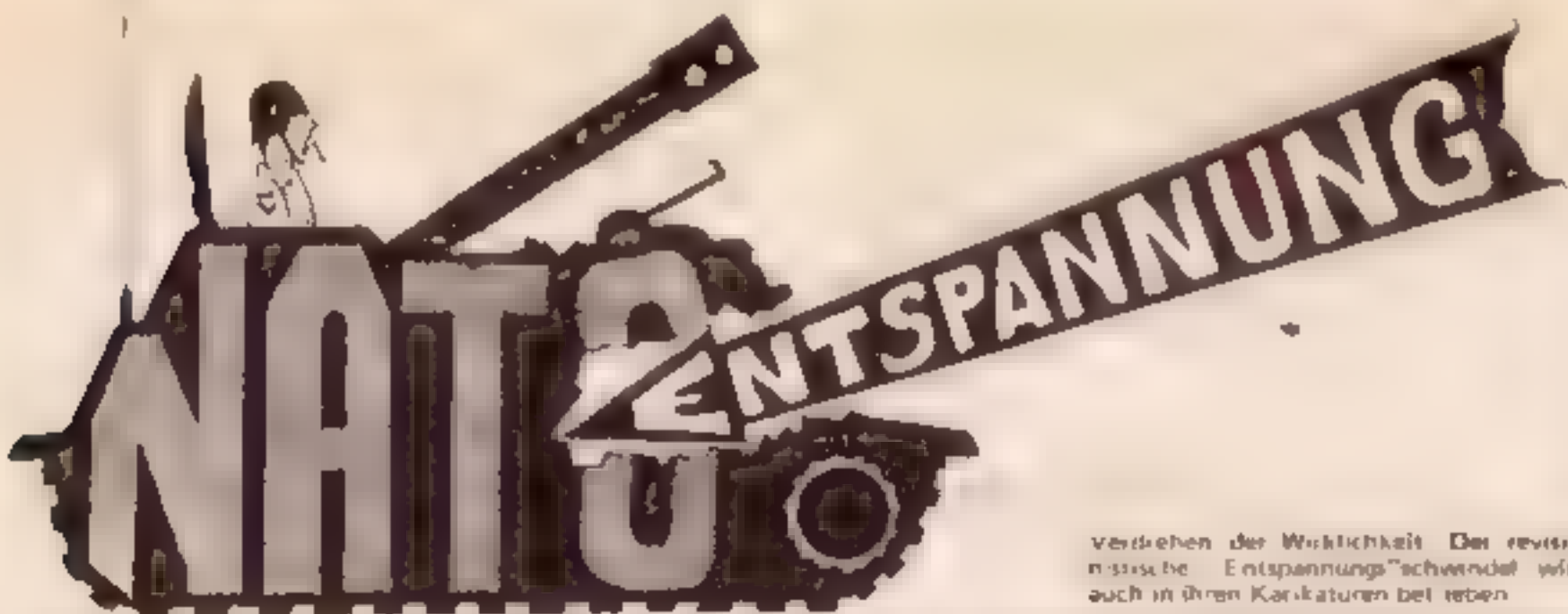
Die Anti-Kriegs-Bewegung in der BRD ist heute noch von der DKP politisch dominiert. Dies gelingt ihr, weil ihre ideologische Basis in dieser Bewegung – das „Entspannungs“-Märchen – gleichermaßen auch über die linke Sozialdemokratie und liberale Kräfte vermittelt wird. Die Dominanz der DKP in der westdeutschen Anti-Kriegs-Bewegung ergibt sich zum einen aus dem traditionellen Einfluß der KPD (Anti-Atom-Bewegung, Ostermarsch) zum anderen aber auch daraus, daß die DKP mit dem „Entspannungs“-Märchen breite demokratische Strömungen instrumentalisieren kann, die noch an der „Entspannungspolitik“ der Regierung hängen.

Einige Anzeichen deuten darauf hin, daß der Einfluß der DKP in der Anti-Kriegs-Bewegung in den nächsten Jahren abnehmen wird.

1. Mit der Rückkehr zu Formen des „Kalten Krieges“ schwand die materielle Basis für eine auf dem „Entspannungs“-Märchen aufbauende Bewegung.

2. Die SPD versucht zunehmend sich in diese und andere demokratische Bewegungen einzuschalten, um den Einfluß der DKP und linker Organisationen zu brechen.

Daraus ergibt sich aber auch, daß es in der nächsten Zeit zunehmend Diskussionen um die politischen Inhalte der westdeutschen Anti-Kriegs-Bewegung geben wird. In diese Diskussionen müssen wir uns einbringen mit einer klaren Analyse von 20 Jahren „Entspannung“, die mit der Forderung nach einer



Verleihen der Wirklichkeit. Der revisionistische „Entspannungs“-Schwundel wird auch in ihren Karikaturen belächelt.

AUFRUF ZUM ANTIKRIEGSTAG 1979

Den Frieden sichern – Das Wetttrüben beenden

Vor vierzig Jahren – am 1. September 1939 begann der Zweite Weltkrieg, der opferreichste aller Kriege.

Am Morgen des 1. September 1939 hatten die deutschen Truppen in Polen einmarschiert. Am 3. September 1939 hatten sich die Truppen der Sowjetunion in Ostpolen eingebracht. Am 1. September 1939 hatten sich die Truppen der Sowjetunion in Ostpolen eingebracht. Am 1. September 1939 hatten sich die Truppen der Sowjetunion in Ostpolen eingebracht.

Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg mahnt und verpflichtet uns. Gemeinsam und engagiert einzutreten für Frieden und Völkerverständigung

Dieser Tag ist ein Tag der Erinnerung und der Verpflichtung. Er mahnt uns, die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg zu erneuern und die Verpflichtung zu erneuern, gemeinsam und engagiert einzutreten für Frieden und Völkerverständigung.

Zum friedlichen Miteinander gibt es keine vernünftige Alternative

Die militärische Entspannung schafft die Möglichkeit, das Wetttrüben zu beenden. Die Abrüstung ist die Voraussetzung für den Frieden. Die Abrüstung ist die Voraussetzung für den Frieden. Die Abrüstung ist die Voraussetzung für den Frieden.

Dennoch wird weiter aufgerüstet und damit die Gefahr eines neuen Weltkriegs heraufbeschworen

Während 40 Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkriegs, gibt es in der Welt Zeichen der Entspannung. Die Entspannung ist die Voraussetzung für den Frieden. Die Entspannung ist die Voraussetzung für den Frieden. Die Entspannung ist die Voraussetzung für den Frieden.

Rüstung löst – auch ohne Krieg

Während 40 Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkriegs, gibt es in der Welt Zeichen der Entspannung. Die Entspannung ist die Voraussetzung für den Frieden. Die Entspannung ist die Voraussetzung für den Frieden. Die Entspannung ist die Voraussetzung für den Frieden.

Das Wetttrüben vernichtet Arbeitsplätze und verschärft Arbeitslosigkeit

Das Wetttrüben vernichtet Arbeitsplätze und verschärft Arbeitslosigkeit. Das Wetttrüben vernichtet Arbeitsplätze und verschärft Arbeitslosigkeit. Das Wetttrüben vernichtet Arbeitsplätze und verschärft Arbeitslosigkeit.

Abrüstung ermöglicht sozialen Fortschritt

Abrüstung ermöglicht sozialen Fortschritt. Abrüstung ermöglicht sozialen Fortschritt. Abrüstung ermöglicht sozialen Fortschritt. Abrüstung ermöglicht sozialen Fortschritt. Abrüstung ermöglicht sozialen Fortschritt.

Das Wetttrüben gefährdet die demokratische Entwicklung und stört entspannungsökonomische und neozaristische Kräfte

Das Wetttrüben gefährdet die demokratische Entwicklung und stört entspannungsökonomische und neozaristische Kräfte. Das Wetttrüben gefährdet die demokratische Entwicklung und stört entspannungsökonomische und neozaristische Kräfte. Das Wetttrüben gefährdet die demokratische Entwicklung und stört entspannungsökonomische und neozaristische Kräfte.

Abrüstung ist keine Utopie – Erfolge sind möglich

Abrüstung ist keine Utopie – Erfolge sind möglich. Abrüstung ist keine Utopie – Erfolge sind möglich. Abrüstung ist keine Utopie – Erfolge sind möglich. Abrüstung ist keine Utopie – Erfolge sind möglich. Abrüstung ist keine Utopie – Erfolge sind möglich.

Beendet das Wetttrüben in Ost und West

Wir rufen auf, gemeinsam dafür zu handeln.

Wir rufen auf, gemeinsam dafür zu handeln. Wir rufen auf, gemeinsam dafür zu handeln. Wir rufen auf, gemeinsam dafür zu handeln. Wir rufen auf, gemeinsam dafür zu handeln.

Am 1. September 1939 begann der Zweite Weltkrieg. Am 1. September 1939 begann der Zweite Weltkrieg. Am 1. September 1939 begann der Zweite Weltkrieg. Am 1. September 1939 begann der Zweite Weltkrieg. Am 1. September 1939 begann der Zweite Weltkrieg.

MAD-Gesetz geplant

Endlich! Den illegalen Praktiken des militärischen Abschirmdienstes soll ein Riegel vorgeschoben werden. Der für den MAD zuständige Verteidigungsminister Hans Apel ließ vor kurzem den Einsatz von „Wanzen“, von Kameras (Post/Briefe) sowie von Observationseinsätzen außerhalb des militärischen Bereichs durch den MAD stoppen und erklärte freilich, daß alle diesbezüglichen Aktivitäten des MAD in der Vergangenheit „rechtswidrig“ waren. Allerdings – wen wundert das noch – nur solange, bis ein MAD-Gesetz verabschiedet wird, daß die militärische „Abwehr“ dem Verfassungsschutz gleichstellt, also den Einsatz von nachrichtendienstlichen Mitteln („Wanzen“ und Kameras) erlaubt und die Tätigkeit des MAD außerhalb der Kasernen legalisiert. Setzt sich Apel mit seinen Plänen durch, braucht er sich keine Sorgen mehr darum zu machen, ähnlich wie sein Vorgänger Leber über illegale Lauschereien des MAD zu strahlen. Klar, die Praktiken bleiben. Aber ein bißchen weniger illegals ist ja auch schon wieder ein bißchen mehr „Rechtsstaat-Over“.

Und „Rechtsstaats-Bewußtsein“ kann gerade beim MAD nicht schaden. Zur Verdeutlichung: Der MAD ist eine, „wenn man so will, Unterabteilung der Bundeswehr – eine militärische Dienststelle. Er unterliegt somit alten Gesetzen, die für die Bundeswehr allgemein gültig sind. Besonders Rechte hat der MAD per ministerieller bzw. militärischer Anweisung oder Dienstvorschrift lediglich gegenüber Soldaten und Zivilangestellten der Bundeswehr. Und auch hier nur sehr eingeschränkt. Darüber hinausgehende rechtlich festgelegte Kompetenzen, wie sie etwa der VS besitzt, existieren für den MAD nicht. Sämtliche Maßnahmen des MAD, wie etwa das Abhören von Telefonen, das Öffnen und Lesen von Briefen und die Bespitzelung von Zivilisten, sind somit in der Tat rechtswidrig.“ (Spiegel, 6.7.79)

Der Bundestagsausschuß, der ermittelt sollte, woher Freyer vor über einem Jahr den CSU-Strauß bei einem Telefongespräch mit dem Chefredakteur des „Bayernkurier“ be-

lauscht hatte, recherchierte aufgrund verschiedener Indizien vornehmlich in MAD und BND-Kreisen / war konnte von diesem Gremium kein Strauß befriedigendes Ergebnis vorgelegt werden, dafür bekam man jedoch andere Erkenntnisse. Über die Zeugenaussagen verschiedener MAD-Verantwortlicher hieß es im Abschlußbericht u.a.

„Im MAD hat von Anfang an überwiegend die Auffassung geherrscht, zum Einsatz von Lauschkreisen berechtigt zu sein. Von Seiten der aus dem Bereich des MAD stammenden Zeugen wurde hierzu darauf hingewiesen, daß der MAD niemals vom Bundesministerium der Verteidigung darauf aufmerksam gemacht worden sei, die derzeitige Rechtslage decke den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel nicht. Auch habe der damalige Bundesminister des Innern, Prof. Dr. Maierhofer, im März 1978 erklärt, daß auch der

beider des MAD verneinen ein subjektives Unrechtsbewußtsein.“ Dämlicher gehts nimmer. Der Minister befiehlt: Lauscht kräftig – ihr dürft allemal... Der General gibt den Befehl weiter, im festen Glauben, daß im Interesse der fdGO auch ohne gesetzliche Grundlage gelauscht werden muß... Des Rechtsbruchs schuldig fühlt sich natürlich keiner... Und dann wird von den Medien die alle entlastende Behauptung des Strauß-Ausschusses serviert, dies alles sei nur so, weil bis 1977 bei den Planungen „im Amt“ kein Rechtsberater hinzugezogen worden sei, der entsprechend aufklärend hätte wirken können (ebenda)



Wurde F.J. Strauß vom MAD belauscht?

Wurde F.J. Strauß vom MAD belauscht?

Im Falle der illegalen Lauschaktionen des MAD lautet der „Urteilspruch“ der Justiz wie folgt: Der zuständige Generalbundesanwalt Rebmann ließ kein Ermittlungsverfahren gegen die an Lauschaktionen beteiligten MADler anleiten, weil „nicht jedes etwa fehlerhafte Verhalten einer Dienstperson auch als Straftat gewertet werden müsse“. Außerdem sei nicht ersichtlich, auf welcher Gesetzgrundlage der Generalbundesanwalt tätig werden könne. Wenn Rebmann Ermittlungsverfahren einleiten wolle, müsse es sich um den Verdacht eines Staatschutzdeliktes (ist es nicht gerade dies, ein Delikt des Staatschutzes?? Anm.AK) handeln. Nach den gesetzlichen Vorschriften gebe es derzeit keine sichbare Möglichkeit für ein Eingreifen...! Dies ist wohlbedenkt keine Satire oder ähnliches. Wort für Wort ist alles nachzulesen in der „FR“, vom 4.2.78.

Einheit der Bundeswehr, nicht mehr und auch nicht weniger. Seine offiziell formulierte wesentlichste Aufgabe ist die „Abwehr von Bestrebungen und Tätigkeiten sicherheitsgefährdender Kräfte gegen die Bundeswehr, ihren personellen Bestand sowie ihre Anlagen, Einrichtungen und Wehrmittel“. Aus dieser verkürzt zitierten militärischen Dienstanzweisung sowie aus dem Verfassungsauftrag der Bundeswehr und dem Soldatengesetz („der BRD treu zu dienen... Recht und Freiheit tapfer zu verteidigen...etc.“) wurde bisher die „Berechtigung“ des MAD zu den verschiedensten Maßnahmen abgeleitet.

Die Bilanz der Maßnahmen von etwa 2000 professionellen MAD-Mitarbeitern ist unpositiv. „Es heute ungehindert und unkontrolliert hat der Geheimdienstleiter (Scherer) in den den MAD-Computern Informationen über weit mehr als vier Millionen Bundesbürger zusammengetragen – vom Arbeiter in der Rüstungsindustrie über die Kantinenkellnerin bis hin zum Wachmann am Aussenposten, vor allem aber über Soldaten... Was die (MAD) Mitarbeiter an „Erkenntnissen“ gesammelt haben, läßt Scherer neuerdings nach sogenannten „Merkmalpersonen“ durchsieben – Bundesbürger, die ab Sicherheitsrisiko im Verteidigungsfall bereits jetzt auf die schwarze Liste kommen. Jeder Bürger, der irgendwann einmal gedient hat, kann ohne sein Wissen im Computer gespeichert sein (nach 10.2.77). Seit seinem Bestehen bis 1976 führte der MAD über 14000 „Abwehroperationen“ durch, das heißt jährlich etwa 700, täglich etwa zwei. In diesem Zeitraum wurden 900 Personen der Staatsanwaltschaft übergeben und angeklagt 100 von diesen 900 wurden verurteilt („Die Zeit“, 2.4.76 „Tagesspiegel“, 4.2.78, – Angaben nach „Nicht länger geheim“ – Militärverlag der DDR, 1978, S.450). Daß der MAD auch im zivilen Bereich „tätig“ wurde und wird ist kaum noch ein Geheimnis. Der „Spiegel“ enthielt 1962 (Nr.44) ein Schreiben des MAD an die territorialen Stäbe der Bundeswehr, in welchem monatliche Berichte über folgende Dinge gefordert wurden:

1. Wehrfeindliche Veranstaltungen
2. Wehrfeindliche Aktionen... (Protestmärsche und Kundgebungen, Flugblattaktionen usw.); 3. Wehrfeindliche Presseverteilungen (Lesebriefe, Glorien usw.); 4. Informationen über Tätigkeit der illegalen KPD und... 5. Inkontinentalen Organisations- oder Personen, soweit sie gegen die Wehrbereitschaft oder Bundeswehr gerichtet ist (nach „Nicht länger...“ S.452)

Diese Praxis wurde auch unter der SPD/FDP-Regierungsmehrheit fortgesetzt. Das Wehrbereichskommando 3 forderte in einer Anordnung (Aktenzeichen G3/4-Az 10-82-02, Teil A, Nr. 2/73 vom 29. Oktober 73) folgende Meldungen zur territorialen G2 (Sicherheitslage): „Alle Ereignisse, Vorkommnisse, auch Ankündigungen von Aktionen, die die G2-Lage betreffen, sind unverzüglich formlos dem Standortältesten zu melden. Dies sind insbesondere Flugblatt-, Plakat- und Druckzettelaktionen, Versammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen, Sitz- und Gewaltaktionen, Auftreten irregulärer Kräfte und sonstige Aktionen... Hierbei interessieren möglichst umfassende Informationen über: Ort, ggf. Ortsteil, Objekt, verantwortliche Organisation(en), sowie Mitarbeiter/Mitglieder, Titel, Thema, Ziele, Autor, Täter (Impressum, Redner, Unterschrift), wie geschah es (Modus) und warum (Motiv), Reaktion der Bevölkerung/Truppe, eigene Maßnahmen, Bemerkungen“ (ebenda, S. 735)

In welchem Umfang vom MAD Telefone angezapft und Wanzen gelegt werden, läßt sich schwer schätzen. Der „Spiegel“ (1/74) wußte zu berichten, daß „allein die MAD-Techniker mehrere Millionen jährlich für den Abhorddienst ausgeben“ (ebenda, S. 452). Mit solchen Mitteln ist gut mithören. 1977 wurde bekannt, daß der MAD im Zusammenhang mit relativ massiven Forderungen von Luftwaffenpiloten nach Fliegerzulagen, über 1.500 Piloten permanent telefonisch bespitzelt hat. Oh persönliches oder dienstliches – der MAD heßt die Tonbänder laufen. Seine Opfer waren dabei nicht nur Linke oder einfache Soldaten, selbst Generale und Admirale wie Wassermann und Steinhaus wurden belauscht. Von Sekretärinnen der Bundeswehr ganz zu schweigen. In gewisser Weise eine Spitzenleistung vollbrachte der ehemalige MAD-Chef Scherer (SPD), als er in seinen eigenen Räumen eine Wanze installieren ließ, um ein Ge-



Der MAD hört mit. Demnächst sogar legal

spricht auf „Spiegel“-Redakteuren einschneiden zu können. Er wollte, wie er später versicherte lediglich seine eigenen Worte festhalten, da bei der Größe der „Spiegel“-Redaktion nicht auszuschließen sei, daß die Inhalte des Hintergrundgesprächs dem MAD zugetragen wurden („Spiegel“ 6/78)

Daß sogar Auslandsmitarbeiter im Tätigkeitsbereich des MAD gehören, konnte der Leser der „FR“ vom 13.7.78 erfahren. Ein in den Niederlanden bei der Nato stationierter Soldat und MAD-Vertrauter bekam von seiner Zentrale den Auftrag, dortige holländische Kriegsgegner und besonders die Soldatengewerkschaft VVDM zu bespitzeln. Zwei MADler wurden in Österreich, wo sie einer „spionageverdächtigen“ Bundeswehr-Sekretärin hunderbüchsenförmig, entlarzt und angesprochen. Sie nahmen schlichtweg „reißaus“. Dies führte sogar zu diplomatischen Protesten („Spiegel“ 6.8).

Au ein die bekanntgewordenen widerrechtlichen Aktivitäten des MAD könnten hier einige Spalten füllen, das tatsächliche Ausmaß ist kaum

schätzbar. Jede(r) wird sich denken können, daß speziell die Kriegsdienstverweigerer im MAD-Computer einen Ehrenplatz haben. Dies allein sind seit 1956 etwa 200.000 Personen, die sich einer Eintragung sicher sein können. In der SPD-regierten Hansestadt Bremen ist es gängige Praxis des MAD, (auch) alle „wichtigen“ Personen, in der SPD-regierten Hansestadt Bremen ist es gängige Praxis des MAD, die Listen aller wehrpflichtigen Bremer dem Verfassungsschutz zuzustellen. Dieser prüft, ob „Erkenntnisse“ vorliegen und informiert den MAD. Der MAD wiederum, da es im Gegensatz zum VS erlaubt ist, Verhöre vorzunehmen (es besteht für Soldaten keine Aussagepflicht nicht vergessen!) liefert entsprechende Ergebnisse wiederum an den NAD-Computer des VS. Gemeinsam werden MAD und VS beispielsweise auch das Bildmaterial von 1. Mai-Demonstrationen aus („Stern“ 19.7.78).

All diese belang noch „rechtswidrigen Aktivitäten“ (Apel) sollen nun per Gesetz legal werden. Ein über 20 Jahre lang tätiger Geheimdienst wird nun offiziell eingeführt. MAD – Nein Danke!

Antimilitarismus-Konsumtion

Kurzmeldungen

Am 19. Mai trafen sich im hessischen Staufenberg alte und neue Nazis zum „Traditionstreffen“ des Immelmanngeschwaders. Dabei u.a. Oberst a.D. Hans-Ulrich Rudel und ein Obergefreiter der Bundeswehr, der es sich nicht nehmen ließ, beim Absingen des ersten Strophen des Deutschland-Liedes militärisch zu grüßen. Das DGB-Ortskartell der Nachbargemeinde forderte eine Disziplinarmaßnahme durch die Bundeswehr und darüber hinaus Abriss des Immelmanndenkmal, Verbot künftiger Veranstaltungen ehemaliger Stuka-Flieger und Schluß mit den Aktivitäten des Immelmanngeschwaders! (nach „Metz“ 13/79).

...

KDV-Zahlen 1978

1978 sind 39.720 Anträge auf Anerkennung als KDV in der BRD gestellt worden. 1977, als das Prüfungsverfahren teilweise ausgesetzt war, waren es noch 69.969. Der Vorsitzende der evangelischen KDV-Zentralstelle, Pastor Finckh, vermutet aber, daß es sich bei den Zahlen für 1978 nur um „echte Neuanträge“ handelt. Die Neuanträge, die aufgrund des BVG-Urteils, erneut gestellt werden müssen, seien nicht berücksichtigt, da es der Bundesregierung darum gehe, die KDV-Zahlen nach dem Karlsruher Urteil als möglichst gering darzustellen (nach „antimilitarismus-info“, 6/79).

SPDler fordert „Arbeitsdienst“

Heinz Kühn, ehemaliger Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und Sozialdemokrat, hat in der „Bild“-Zeitung den Vorschlag unterbreitet, für jugendliche Arbeitslose, KDV und Mädchen einen „europäischen Arbeitsdienst“ einzurichten. Kommentator der Militaristen-Zeitung „Soldat im Volk“ zu dem von Hitler abgelehnten Vorschlag: „Es ist gut, daß diese Anregung von einem so bekannten sozialdemokratischen Politiker kommt, der bestimmt nicht in den Verdacht geraten kann, undemokratische Maßnahmen zu fördern“ („Soldat im Volk“, Juli '79) Woher auch? Vor allem, wenn der Arbeitsdienst „europäisch“ abgetarnt werden soll.

...

Elf ZDL strafversetzt

Am Freitag, den 13.7.79, bekamen alle elf ZDL des Heinrich-Schleich-Altersheims in Frankfurt ihre Versetzungsbescheide. Begründet wurde diese Maßnahme mit § 27 des Zivildienstgesetzes: „Störung des Betriebsfriedens“. Dieser Friede wurde dadurch gestört, daß sie vernachlässigten ihre Rechte durchzusetzen (z.B. pünktliche Bezahlung, Dienstunterstützung) und sich außerdem für die Interessen der alten Menschen dort einsetzten. Alle ZDL wollen versuchen, die Rückversetzung in das Altersheim zu erreichen (nach „TAZ“, 16./17.7.79).



An der Mauer, auf der Lauer, steht eine dicke Wanze

MAD nachrichtendienstliche Mittel wie der Verfassungsschutz anwenden dürfe. Der Zeuge Scherer (ehemaliger Chef des MAD, Brigadegeneral und SPD-Mitglied – Anm.AK) hat seine Auffassung vorgetragen, daß unter bestimmten Voraussetzungen der MAD auch ohne gesetzliche Grundlage zum Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel befugt sei“ (zitiert nach „Spiegel“, 16.7.79). Das entsprechende Fazit des Ausschusses lautet: „Insgesamt existiert für den MAD nicht der Begriff einer illegalen Lauschoperation (...). Die Mitar-

Nun gut. Es wäre den Ermittlern ohnehin schwergefallen, konkreten Personen oder Gruppen des MAD eine Beteiligung am Rechtsbruch nachzuweisen. Denn „Einzelheiten... operativer Art sind in der Leitung des BNVG... nie zur Kenntnis gebracht worden, zumal diese eine derartige Kenntnis auch nicht wünschte“, heißt es im Abschlußbericht des schon erwähnten „Strauß-Ausschusses“.

Was ist der MAD?

Wie eingangs gesagt, ist der MAD eine



Freiburg:

Freiburg: Das Recht auf Abtreibung steht bei uns nur auf dem Papier!

In Freiburg gibt es derzeit keine Möglichkeit einen legalen Schwangerschaftsabbruch durchführen zu lassen. Im Jahre 1978 konnte die Frauen in eine Klinik nach Barmen fahren, wo jährlich 1400 Abtreibungen durchgeführt wurden.

Nachdem diese Klinik geschlossen wurde, suchten Frauen nach Alternativen.

Die Freiburger Uniklinik hat in den letzten Jahren nur wenigen Frauen geholfen. Frauen mit einer Notlagenindikation wurden in die psychiatrische Klinik geschickt, um dort ein psychiatrisches Gutachten zu bekommen.

Die offizielle Begründung dafür ist erschreckend „Abtreibung wegen einer sozialen Notlage ist hier nicht drin. Der Mord an ungeschütztem Leben erinnert doch sehr an die Judenmordideologie unter Hitler“ („Badische Zeitung“, 27.7.79).

Da erstaunt es, daß die Uniklinik sehr freudig Adressen von holländischen Abtreibungskliniken verteilt.

Elf Gynäkologen haben sich bisher vergeblich bemüht, eine Genehmigung für die ambulante Durchführung von Abtreibungen zu bekommen.

Die letzte Hilfe, die Pro Familia

Beratungsstelle, soll geschlossen werden! In der Landtagsdebatte vom 17.8.79 erklärte die Sozialministerin Frau Göttinger, daß eine Übernahme der Kosten nach dem Auslaufen der Bundesfinanzierung durch das Land nicht in Frage käme. Die Finanzierung sei vor allem die Aufgabe der Träger und der Kommunen. Dabei ist es ein offenes Geheimnis, daß Pro Familia keinen finanziellen Geldgeber im Hintergrund hat. Im Gegensatz zu den konfessionellen Beratungsstellen, denen soll das Schicksal dieser Beratungsstellen bezeugt werden. In Wirklichkeit geht es noch um viel mehr. Wie Frau Göttinger in der Landtagsdebatte selber sagte, mußte es sie gespenstisch an, daß in Baden-Württemberg bei 90.000 Geburten 11.000 Schwangerschaften abgebrochen werden.

Bis zum Ende des Jahres ist noch viel Zeit, um für die weitere Finanzierung dieser Beratungsstellen zu kämpfen. Die Frauengruppe der Buntten Liste Freiburg mündet bereits Unterschriften für Pro Familia. Zu einem späteren Zeitpunkt soll eine Veranstaltung über dieses Thema durchgeführt werden.

KB Freiburg

Hamburger Frauengruppen sagen: Zum Bund? Nein danke!

Zum erstenmal haben sich in Hamburg Frauengruppen der unterschiedlichsten Strömungen, u.a. DFL, ASF und Bunte Liste, zusammengetan, um eine Veranstaltung zum Thema „Frauen zur Bundeswehr? Nein danke!“ am 31. August, 20 Uhr in der Markthalle durchzuführen. Sie sind sich darüber einig, daß der in den Medien und in herrschenden politischen Kreisen diskutierte Vorschlag des „Gemeinschaftsdienstes“ für Frauen der zynischste Beitrag zur Emanzipationsdebatte seit langem ist. Es gibt durchaus unter den Frauengruppen unterschiedliche Beweggründe der Ablehnung wie auch der Strategien gegen diesen Angriff.

So gibt es den Standpunkt der Gewaltlosen, der traditionellen Friedensbewegung, wie die prinzipiell gegen das kapitalistische System gerichtete Haltung. Aber die Diskussionsveranstaltung in der Markthalle soll der Anfang sein, mit zahlreichen, möglichst bundesweiten Aktivitäten zu zeigen, daß die Frauen aus der Geschichte gerettet haben und sich nicht verschlucken lassen werden, daß sie gemeinsam zu handeln wils-

sen. Die Veranstaltung ist bewußt im Zusammenhang mit dem - dieses Jahr erstmals auch vom DGB mit einer Kundgebung gewürdigten - Antikriegstag, 40 Jahre nach Kriegsausbruch, geplant worden.

Unter den Frauen auf dem Podium und anschließend mit dem Publikum sollen folgende Fragen diskutiert werden:

- Ist „Frauen in die Bundeswehr“ ein Beitrag zur Emanzipation oder zur Militarisierung?
- Warum kommt der Vorschlag gerade jetzt? Welche Hintergründe gibt es?
- Wie ist sowas schon mal gelaufen?
- Was können wir dagegen unternehmen?

Auf dem Podium diskutieren Vertreterinnen der

ASF, Buntten Liste, DFL, DFU, „Courage“, DFG/YK, DGB-Frauen, DGB-Jugend, der Evangelischen Kirche, eine Widerstandskämpferin und die Journalistin Peggy Farnass

Die Reaktion greift die „Reform“ des § 218 an

„Zahl der Abtreibungen stieg“ (FR, 26.7.79), „Papst verurteilt die Abtreibung“ (SZ, 9.6.79), „Kirchen besorgt über Schwangerschaftsabbrüche“ (SZ, 28.6.79), „Ärzte der § 218 wird als Recht auf Abtreibung mißbraucht“ (West, 2.5.79), „Zahl der Abtreibungen schnellte drausisch in die Höhe. Viele Eingriffe bei unversehrten Frauen zwischen 18 und 25 Jahren / 58% der Abtreibungen nach sozialer Indikation“ (FR, 10.7.79).

Dies ist nur ein kleiner Auszug von Schlagzeilen, die in den letzten Monaten durch die bundesdeutsche Presse gejagt wurden und zum mindesten Besorgnis, wenn nicht Angst und Schrecken vor der „ungehemmten Praxis des Schwangerschaftsabbruchs“ (FR, 21.5.79) wecken. Die Angriffe auf die liberalisierte Praxis des § 218 kommen nicht nur von rechts, sondern auch von links. Frauen als auch gegen Ärzte und Abtreibungen wie Pro Familia, die Schwangerschaftsabbrüche auch und gerade nach der Sozialen Indikation vornehmen. So sagte z.B. der leitende Bischof der Vereinigten Evangelischen Lutheraner in der Diözese G.Hainthe auf der letzten Jahreskonferenz: „Es sehe so aus, als ob sich viele Frauen aus reiner Bequemlichkeit und aus bedenkllicher Mißachtung der Verantwortung für die Bewahrung gefährdeten Lebens in Behandlung (gemeint mit Schwangerschaftsabbruch) Arm AK begeben“ (SZ, 28.6.79).

Zurück nach Auschwitz?

„Die Nationalsozialisten haben die Juden getötet und die internationalen Sozialisten haben ungeborene Leben. Das was in unserem Volk passiert, ist exakt der Weg zurück nach Auschwitz“ (West, 2.5.79). Nach dem Angriff startete die

Arbeitskreises der CSU Dr. Hartwig Holzgartner, auf einem Kongress in München. Während Vertreter von SPD und FDP diese Äußerung kritisierten, stellte sich der Generalsekretär der CSU, Edmund Stoiber schützend vor Holzgartner. Er verteidigte die Äußerung zwar als „sicherlich überzogen und unglücklich“, beklundete aber Verständnis dafür, daß ein Arzt daran verzweifelt, daß die Zahl der Abtreibungen als Erfolgsziffern gemeldet und dafür noch jährlich 200 Millionen an Steuergeldern aufgewendet würden“ (FR, 18.7.79). Der bayerische Sozialminister Pöhl meinte, ein Vorstoß zur Änderung des Abtreibungsparagraphen sei zwar derzeit noch nicht geplant, aber „man müsse auf andere Mehrheiten im Bundestag warten“ (SZ, 18.7.79).

Eine Spezialität des „Freistaates Bayern“?

Wer meint, derartige Angriffe auf die „liberalisierte“ Praxis des § 218 kämen nur aus Bayern, hat sich getäuscht. Auch im Norden, im scheinbar fortschrittlichen, abtreibungsfreundlichen Bremen, wird scharf geschossen. Schon vor der Hetzkampagne aus Bayern startete der Präsident der Bundesärztekammer und des Deutschen Ärztetages, Karsten Vilmar (Bremen) einen Angriff auf das Beratungs- und Behandlungszentrum von Pro Familia Bremen (dort werden außer Beratungen auch ambulant Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen).

Nachdem auf dem Ärztetag im Mai schon Stimmung in gewissen Ärztekreisen gegen eine „liberalisierte“ Handhabung des § 218 gemacht wurde (Die Befürchtung „mißbrauchlicher“ Schwangerschaftsabbrüche, die die Möglichkeit der Sozialen Indikation habe sich bestätigt, die Auffassung des § 218 sei als „Recht“

auf Abtreibung“ mißverstanden worden, es sei nicht Aufgabe der Ärzte, mit Abtreibungen soziale Konflikte zu lösen) ging Vilmar in einem Interview mit Radio Bremen am 23.6. in die Luft. In diesem Interview rückte er die Arbeit von Pro Familia in die Nähe faschistischer Denkwiese und Tradition. Darauf reagierte Pro Familia mit einem offenen Brief, in dem dieser Angriff entschieden zurückgewiesen wird. Am Ende des Briefes heißt es: „Wenn Ihre Bemerkungen in Radio Bremen der Auffaht für eine Kampagne zur weiteren Beschränkung des Schwangerschaftsabbruchs von standespolitischer Seite der Ärzteschaft sein sollte, dann wollen wir bereits jetzt die historische Tatsache in Erinnerung bringen, daß staatliche Unterdrückung von

„sozialistisch langfristig ihr bevölkerungspolitisches Ziel nie erreichen könnten.“ Wer den Schutz des verbleibenden Lebens propagiert, ohne an die Zukunft des geborenen Lebens zu denken, setzt sich dem historisch begründeten Verdacht aus, nicht am Leben des einzelnen interessiert zu sein, sondern allein am Wachstum der Bevölkerungszahlen. Diese Moral ohne soziale Verbindlichkeit ging in der Vergangenheit auch immer zu Lasten der Arbeiterklasse und sozialer Randgruppen.“ Durch die „Reform“ des § 218 ist unsere zentrale Forderung Weg mit dem § 218! - FÜR DAS SELBSTBESTIMMUNGSRECHT DER FRAUEN nicht durchgesetzt worden. Nun zeichnet sich nach drei Jahren „Reform“ eine Entwicklung ab, wu reaktionäre, frauenfeindliche Kräfte systematisch versuchen, die „liberalisierte“ Handhabung des § 218 wieder zurück zu machen. Dem gilt es, Widerstand entgegenzusetzen!

Eine Genossin der AL-Frauen/ Bremen

Eine Genossin der AL-Frauen/ Bremen

Westberlin: Endlich ein 2. Frauenhaus!

Die Initiative Gruppe für ein 2. Frauenhaus hat es geschafft.

den Verantwortlichen immer wieder auf die Pollen gewirkt.

Die Initiative jedoch nicht selbstständig eröffnen, sondern das Recht auf die Initiative übertragen.

den Frauenhaus ist seit langem bekannt. Schon vor 1-2 Jahren bestrich die Presse über unhaltbare Zustände. Damals lebten durchschnittlich 100 Frauen und Kinder in der Villa mit 13 Wohn- und Schlafräumen, die ehemals das Domizil einer einzigen Familie war. Ende Juni war die bisherige Höchstzahl mit 83 Frauen und 87 Kindern erreicht. Die Verhältnisse kann sich jede lebhaft vorstellen.

Wo früher sechs Betten standen, sind es jetzt 14 übereinander. Die Kinder müssen sich Schlafplätze teilen. Es gibt nicht mehr ein Keller, sondern ein Tagelager, der einzige einigermaßen ruhiger Raum zum Schlafen ist immer geworden war. mußte jetzt auch mit Betten vollgepackt werden. Elf Personen müssen jetzt in diesem baulichen Raum schlafen. Diese Bedingungen stellen eine totale Überforderung der Mitarbeiterinnen (und auch der Bewohnerinnen) dar. Die Frauen und Kinder, die hier Zuflucht suchen und meist ein nervlich am Ende sind, können überhaupt nicht angemessene Hilfe und Betreuung finden. Für diese unhaltbaren Zustände trägt der Westberliner Senat die Verantwortung. Seit 1 1/2 Jahren steht die Initiative für ein zweites Frauenhaus in Verhandlung mit dem Senat. Obwohl senats- oder bezirkseigene Häuser vorhanden sind, obwohl auch sonst bei gegebenem Anlaß (z.B. bei Vietnam-Flüchtlingen) schnelle und unbürokratische Hilfe möglich ist, hat sich der Amtsschimmel über das Problem gelegt.

Es fällt nicht schwer, dahinter Berechnung zu vermuten. Berechnung, die darauf setzt, daß die Frauen der Initiative unter Druck der Verhältnisse im 1. Frauenhaus von ihren ursprünglichen Forderungen abzurücken. So hätten die Frauen wohl schon längst einen Mietvertrag (denn es gab schon mehrfach geeignete Häuser) wenn sie nicht an ihrem grundsätzlichen Konzept, das Selbstverwaltung und Anonymität der betroffenen Frauen beinhaltet, festgehalten hätten. Die Frauen lehnen es auch heute noch ab, nach § 72 des BSHG finanziert zu werden (wurde berichtet im AK mehrfach über die Problematik dieses Gesetzes).

Die Initiative jedoch nicht selbstständig eröffnen, sondern das Recht auf die Initiative übertragen.

Durch eine Veranstaltung, Presseerklärungen und Go-Ins in Wahlveranstaltungen verließen die Frauen während der Wahlkampfzeit ihren Forderungen Nachdruck. Alle Fraktionen erklärten nachher ihre grundsätzliche Bereitschaft, ein zweites Frauenhaus zu unterstützen. Nach den Wahlen sagte auch der Senat die finanzielle Unterstützung zu. Aber weiterer Druck war nötig. So marschierten z.B. Frauen der Initiative in die Bürgermeistersprechstunde um Stöße an seine Zusage zu erinnern. In einer Presseerklärung des Frauenhauses hieß es: „Unsere Geduld ist zu Ende. Sollte unseren Forderungen nicht entsprochen werden, sehen wir uns gezwungen, das Raumproblem auf unkonventionelle Art und Weise zu lösen“ (nach „Courage“, 8/79, S. 44). Und endlich veranstalteten die Frauen eine „Picket-Linie“ vor dem Schöneberger Rathaus. Sie banden sich Schilder um, liefen auf und ab, sprachen jeden Abgeordneten an, der vorbeikam. Wohnungssenator Rütack, nach Wohnmöglichkeiten befragt, gab die Auskunft: „Wir vergeben Wohnungen an intakte Familien“ und entschwinden zunächst. Die Frauen drangen aber bis in sein Büro vor und unterstützten von einer freundlichen Sekretärin - sagte der Senator dann doch zu, ein baulich noch von der evangelischen Kirche gemietetes Haus, das diese aber an die Frauenhausfrauen abzugeben bereit war, auf seine Baurubstanz hin überprüfen zu lassen. Und zwar innerhalb von 24 Stunden, denn die Frauen konnten keine Zeit verlieren“ („Courage“, 8/79, S. 44).

So wird es nun im Herbst ein zweites Frauenhaus geben. Das Haus liegt in Spandau und es wird noch einige Zeit dauern, bis es entsprechend umgebaut und renoviert ist, so daß 70 Frauen dort Platz finden können. Der Senat hat zunächst 400.000 DM für die Instandsetzung und die Erstausrüstung des Hauses zur Verfügung gestellt. Insgesamt sollen 1 Mio. Mark für das Projekt vorgesehen sein.

Über die bewilligten Gelder soll

Die Initiative jedoch nicht selbstständig eröffnen, sondern das Recht auf die Initiative übertragen.

Die Initiative jedoch nicht selbstständig eröffnen, sondern das Recht auf die Initiative übertragen.

Die Initiative jedoch nicht selbstständig eröffnen, sondern das Recht auf die Initiative übertragen.

Die Initiative jedoch nicht selbstständig eröffnen, sondern das Recht auf die Initiative übertragen.

Die Initiative jedoch nicht selbstständig eröffnen, sondern das Recht auf die Initiative übertragen.

Die Initiative jedoch nicht selbstständig eröffnen, sondern das Recht auf die Initiative übertragen.

Die Initiative jedoch nicht selbstständig eröffnen, sondern das Recht auf die Initiative übertragen.

Die Initiative jedoch nicht selbstständig eröffnen, sondern das Recht auf die Initiative übertragen.

Die Initiative jedoch nicht selbstständig eröffnen, sondern das Recht auf die Initiative übertragen.

Die Initiative jedoch nicht selbstständig eröffnen, sondern das Recht auf die Initiative übertragen.

Die Initiative jedoch nicht selbstständig eröffnen, sondern das Recht auf die Initiative übertragen.

Die Initiative jedoch nicht selbstständig eröffnen, sondern das Recht auf die Initiative übertragen.

Die Initiative jedoch nicht selbstständig eröffnen, sondern das Recht auf die Initiative übertragen.

Die Initiative jedoch nicht selbstständig eröffnen, sondern das Recht auf die Initiative übertragen.

Die Initiative jedoch nicht selbstständig eröffnen, sondern das Recht auf die Initiative übertragen.

Die Initiative jedoch nicht selbstständig eröffnen, sondern das Recht auf die Initiative übertragen.

Die Initiative jedoch nicht selbstständig eröffnen, sondern das Recht auf die Initiative übertragen.

Die Initiative jedoch nicht selbstständig eröffnen, sondern das Recht auf die Initiative übertragen.

Die Initiative jedoch nicht selbstständig eröffnen, sondern das Recht auf die Initiative übertragen.

Die Initiative jedoch nicht selbstständig eröffnen, sondern das Recht auf die Initiative übertragen.

Die Initiative jedoch nicht selbstständig eröffnen, sondern das Recht auf die Initiative übertragen.

Die Initiative jedoch nicht selbstständig eröffnen, sondern das Recht auf die Initiative übertragen.

Die Initiative jedoch nicht selbstständig eröffnen, sondern das Recht auf die Initiative übertragen.

Gegendarstellung zu

„Von einer, die auszog, das Fürchten zu lernen“

Wir antworten auf den Artikel „Von einer, die auszog, das Fürchten zu lernen“ (AK 158, S.17). Für Leser, die zurückblättern wollen. Wir sind in der Geschichte A. aus der AG Frauen im KB und der Bunte-Liste-Kandidat B., deren Initialen so gefangen verändert wurden.

Wir antworten gemeinsam, weil wir in der folgenden Darstellung übereinstimmen, auch wenn nicht in jeder Phase des Geschehens beide anwesend waren.

Uns ist bewußt, wie schwer die Korrektur einer Geschichte angenommen wird, die wie ein einzigartiger Komplotz gegen eine Frau dargestellt wurde, besonders dann, wenn der zeitliche Ablauf von Darstellung und Auffassung vom Ereignisablauf gibt. Wir lesen, daß AG Frauen und AK-Redaktion auf Seite 43 desselben AK zum Abdruck eines zweiten Göttinger Papiers sagen: „Wir halten es nicht für vorwärtstreibend, diese Behauptung einseitig und unkommentiert stehen zu lassen, sondern wollen den Göttinger Genossinnen und der AG Frauen Gelegenheit zu einer parallelen Stellungnahme geben. Der zweite Artikel... erscheint also erst in AK 159 zusammen mit den Antworten...“.

Der erste Teil der Geschichte von E. schildert Vorgänge, die über ein halbes Jahr zurückliegen. Auch nach dem Inhalt des AK-Artikels von E. sind wir (A. und B.) nur an diesen Vorgängen mit „Verfehlungen“ beteiligt. Wir waren deshalb überrascht, so spät aus dem AK die Ereignisabläufe aus E.'s Sicht zu lesen, ohne die Möglichkeit erhalten zu haben, unsere Darstellung gleichzeitig bringen zu können.

Zum Ablauf des Geschehens E. drückt zu Beginn ihres Artikels aus, wie sehr ihr daran gelegen war, bei uns hinzuziehen, nachdem wir

gezwungenermaßen übergangsweise bei ihrem Freund gewohnt haben. Uns erklärte E. damals (vor ca. 1 1/2 Jahren), daß sie aus einer anderen Wohngemeinschaft (WG) ausziehen mußte und nun woanders ein Zimmer suche. Sie habe aber vor, wieder mit ihrem Freund zusammenzuziehen oder in dessen Nähe zu wohnen. Wir waren bereit, E. das Zimmer in unserer WG zu geben, ohne daß wir E. kannten.

E. setzte ihre Vorstellung dann nach einigen Monaten in die Tat um und zog zu ihrem Freund. E. war fortan nicht mehr in unserer Wohnung, außer zum Begeben der Rumen. Sie zahlte weiter Miete, um auf dieses Zimmer ausweichen zu können – so wird es in E.'s AK-Artikel beschrieben –, falls sie das später einmal wolle.

In dem Artikel wird E.'s faktischer Auszug aus unserer WG nicht damit erklärt, daß sie mit ihrem Freund zusammenwohnen wollte, sondern weil sie in unserer Wohnung von den Männern aufgefordert worden sei, den Wohnungsdienst für die Genossin A. zu erledigen, wobei die Männer vorher nichts gemacht hätten und auch jetzt nur die Arbeit von der einen Frau auf die andere verlagern wollten.

Diese Schilderung mag zwar die Empörung nicht hochtreiben, sie ist aber schlicht unklar.

Fakt ist, daß E. sich, auch als sie noch in der WG wohnte, überhaupt nicht an irgendwelchen Gemeinschaftsaufgaben beteiligte. Der Einsatz der Männer war ebenfalls nicht ausreichend gewesen. Sie setzten sich nach einer berechtigten Kritik von A. zusammen, um zu diskutieren, welche Aufgaben sie zusätzlich übernehmen mußten. E. wurde gefragt, ob sie noch ein Interesse habe, in der Wohnung zu sein und in diesem Rahmen bereit sei, sich auch an Regelungen zu beteiligen.

E. lehnte sowohl als auch ab. Da E. kein Interesse an der WG hatte und auch bereits zu ihrem Freund gezogen war, ist es völlig verständlich, daß sie sich an Regelungen in der WG nicht mehr beteiligen wollte. E. ist darauf nie

mehr angesprochen worden.

Zur Darstellung im AK „Ohne eigenes Bett“

Nachdem E. monatelang bereits ausgezogen war und erklärt hatte, bei uns nicht mehr wohnen zu wollen, wurde ihr der Vorschlag von A. gemacht, das „Durchgangszimmer“, das immerhin nach allen Seiten abgeschlossen ist, für ihre Möbel zu nehmen. Dann hatten A. und B., die beide ständig in der Wohnung wohnten, nicht jeweils im Durchgangszimmer zum anderen leben müssen. Der Vorschlag hatte zur Grundlage, eine günstigere Zimmeraufteilung unter denen vorzunehmen, die in der WG verbleiben wollten.

E. sollte nicht, wie es im Artikel heißt, ihr Zimmer halbwegs mit einem fremden Mann teilen.

Als E. den Vorschlag ablehnte, ist ihr keineswegs von den Männern frauenfeindlichkeit vorgeworfen worden oder auch nur ähnliches. Solche Behauptungen sind unwahr und allenfalls dazu ansetzend, den Ablauf der Geschichte in ein gewolltes Licht zu rücken. Der Mann B. hatte sich nur einmal gemeinsam mit A. und anderen aufgeteilt, als E. sowestgang, der Genossin A. aus der AG Frauen vorzuwerfen, sie sei genauso schlimm wie ein Typ, der sie schlage.

Desweiteren hatte niemand vor E. ihr eigenes Bett als Ausweichmöglichkeit von ihrem Freund zu nehmen. E. hatte monatelang erklärt, sie wolle ausziehen. In dieser Zeit hatten die anderen in der WG den Wunsch entwickelt, in einer anderen Zusammenfassung zusammenzuwohnen. Allein deshalb hätte die Wohnung in der bestehenden Zusammenfassung irgendwann aufgegeben werden müssen. E. wurde gefragt, ob sie angesichts der Tatsache, daß sie selbst erklärtermaßen nicht mehr in der Wohnung wohnen wollte, bereit sei, ein anderes Zimmer in einer anderen Wohnung, die wir ihr vorschlugen, als eventuelle Ausweichmöglichkeit von ihrem Freund zu nehmen. Die angebotene Wohnung war nicht leerer, wärmer und E. hätte nicht mit fremden Leuten zusammenleben müssen. E. erklärte ihr mit ein Einzug zu u-

ständig

Als E. dann sagte, sie würde in einem, spätestens in zwei Monaten die Möglichkeit haben, woanders hinzuziehen, wurde sie von A. gefragt, ob sie bereit sei, ihre Möbel für diese Zeit auf den Boden oder woandershin zu stellen. Eine andere Frau wollte mit ihrem Freund bei uns einziehen. Beide hätten dann ihre Zimmer herrichten können und wären nicht gezwungen gewesen, für diese Zeit in einem Zimmer schlafen zu müssen. Wir wiederholen noch einmal: Grundlage für diesen Vorschlag war, daß E. seit Monaten nicht mehr bei uns zu sehen war, daß E. selbst erklärt hatte, nicht mehr in die WG zurückkommen zu wollen, daß damit auch realistisch nach so langer Zeit nicht mehr zu rechnen war und E. erklärt hatte, in ein bis zwei Monaten, woanders hinzuziehen zu wollen.

Als A. den Vorschlag machte, antwortete E. sie wolle mit ihrem Freund Kt. darüber sprechen und wieder antworten. Drei Tage später rief E. zurück und wußte ein.

Der Umzugplan wurde vereinbart. E. wollte dabei sein, kam aber später. Ihre Möbel waren von den Nachbarn schon auf den Boden gebracht worden. Es stimmt, daß die Nachbarn und Helfer beim Umzug E.'s Sachen ohne Rücksicht auf Verluste auf den Boden gedonnert hatten. Wir haben diese Geschichte vor über einem halben Jahr ebenfalls kritisiert und mit den Nachbarn darüber diskutiert. A. und B. vereinbarten mit E., welche Sachen auf unsere Kosten gereinigt würden und welche Gegenstände nicht auf dem Boden bleiben sollten. Wir trugen diese Sachen wieder in die Wohnung zurück.

Alle Schilderungen in E.'s Artikel, die darauf hindeuten, wir hätten gemeinsame Gespräche geführt, in denen wir die Verantwortung für die Möbel auf dem Boden übernommen hätten, wir wollten im Haus herumgehen, um alle Mitbewohner aufmerksam zu machen und wir wollten mit dem Hausmeister Regelungen treffen, sind frei erfunden. Es gibt aus freier Gabe als Nachlässigkeit bemerkt werden, ohne

haben damals nicht im Traum daran gedacht, daß der Hausmeister sich ein halbes Jahr später an den Sachen vergewissern würde, um sie an andere im Haus zu verteilen. Genauso wenig konnten wir davon ausgehen, daß die Möbel von E. über ein halbes Jahr auf dem Boden bleiben würden, und daß E. sich um ihre Sachen genauso wenig kümmerte, wie wir auf E.'s Möbel geblüht haben.

Vom gesamten weiteren Verlauf erfahren wir erst, als der Hausmeister einige Sachen von E. schon in den Keller geschleppt und andere Dinge an Mitbewohner im Haus verteilt hatte, also etwa ein halbes Jahr nach dem Verstoßen der Möbel. Der Hausmeister hatte niemandem aus unserer WG Angebote gemacht.

Als wir von diesen Auswirkungen erfahren, haben wir uns mit dem Hausmeister in Verbindung gesetzt, im Haus auch E.'s Sachen gefragt und während E. im Urlaub war, beim Umzug ihrer Möbel mitgeholfen. Diese Dinge schildert E. nicht, schreibt aber, nachdem sie in Zweidrittel ihres Artikels den Verlust der Sachen beschreibt: „Hatten A. und B. das gar nicht gewußt, als sie mir versicherten, ich könne unbesorgt meine Sachen auf den Boden stellen“.

Die Unterstellung, die diesem Satz zugrunde liegt, läuft darauf hinaus, uns für alles verantwortlich zu machen, selbst für das Handeln des Hausmeisters.

Ganz abgesehen von der erfundenen Versicherung, sie könne ganz unbesorgt sein.

Wir bedauern, daß E. private Sachen verloren hat und unterstützen eine Geldsammlung für E. bei uns im Haus.

C. aus der AG-Frauen und R. von der Bunte-Liste

PS E. schreibt in ihrem Artikel, ich hätte mich wohl wesentlich unter Druck von B. nicht einschließen gezeigt. Um neuen Spekulationen vorzubeugen. Ich trage diese Gegendarstellung, die von mir und B. ausgearbeitet wurde, ohne Druck.

E. alias A.

Es ist wirklich zum Fürchten

C. und R. machen mir – als Redakteur für die Frauenseiten im AK – den Vorwurf, ihnen nicht die Gelegenheit zu einer parallelen „Gegendarstellung“ gegeben zu haben. Dazu ist zu sagen:

Die ganze Geschichte des „Auszugs“ von E. aus der Wohnung von C. und R. war bereits im Januar Gegenstand einer längeren Diskussion in der AG Frauen (deren Mitglied C. ist), an der sich auch ein Genosse des LG beteiligte. Hierzu liegen Papiere auch von C. und R. vor. Sie widersprechen der Darstellung von E. im Wesentlichen nicht. Das meiste, was C. und R. jetzt in ihrer „Gegendarstellung“ dazu schreiben, sind nachträgliche Konstruktionen: E. sei quasi freiwillig aus der Wohnung ausgezogen, um mit mir zusammenzuziehen etc. Wäre ich hier nicht persönlich betroffen und angeschuldigt, so würde ich mich übrigens dem Abdruck derart zynischer Konstruktionen im AK entschieden widersetzen. Doch dazu noch später.

Der Ablauf der „Durchsuchungsaktion“ ist in der von E. geschuldeten Form unabhängig von einander von mehreren beteiligten Genossinnen der AG Frauen bestätigt worden.

Auf einer so leichten Grundlage ist m.E. der Abdruck einer parallelen „Gegendarstellung“ unnötig. Im Übrigen sehe ich nicht einmal, daß die „Gegendarstellung“ von C. und R. den Bericht von E. wirklich in wesentlichen (!) Punkten widerlegt. Es wird lediglich versucht, die Akzente zur eigenen Entlastung etwas anders zu setzen. Wirklich strittig ist im Wesentlichen nur die Frage, ob von C. bei E.'s „Auszug“ eine Zusage gegeben wurde, im Haus und beim Hausmeister hinzuziehen, um sie auf dem Boden abgestellten Sachen aufmerksam zu machen. Auch dazu komme ich noch.

Nun zu einigen der Details, wobei mir klar ist, daß das Breitreiten von Details der politischen Aufarbeitung der ganzen Geschichte eher hinderlich ist. Nur läßt es sich leider nicht völlig vermeiden.

1. E. habe erklärt, „sie habe aber

vor, wieder mit ihrem Freund zusammenzuziehen oder in dessen Nähe zu wohnen...“ E. setzte ihre Vorstellung dann nach einigen Monaten in die Tat um und zog zu ihrem Freund“, d.h. zu mir. Um den unglaublichen Zynismus darin zu erfassen, muß man wissen, daß ich ein Zimmer bewohne (abgesehen von einem kleinen, mit Archivmaterial vollgestellten, nicht bewohnten Arbeitszimmer). E. hat auf Grund der Auseinandersetzungen in der WG ihr Zimmer dort schließlich fast nicht mehr benutzt, hatte dort aber ihre sämtlichen Sachen. Das monatelange Zusammenleben von zwei Menschen in einem Zimmer wird man kaum ernsthaft als gewollte Umsetzung eigener Vorstellungen bezeichnen können.

2. „Nachdem E. monatelang bereits ausgezogen war und erklärt hatte, bei uns nicht mehr wohnen zu wollen...“ E. hat dies nicht erklärt, sondern sich in dieser Zeit (Herbst 78) lediglich um eine neue Wohnung bemüht, in die sie mit einer Freundin einziehen wollte. (Selbst, wo sie doch gerade erst mit mir „zusammengezogen“ war!) Dieser Plan zerschlug sich, weil die (schwängere) Freundin sehr schnell eine neue Wohnung brauchte und günstig eine kleine Wohnung angeboten bekam.

3. Man habe E. eine Wohnung angeboten, die sie aber ausgeschlagen habe, weil ihr „ein Umzug zu umständlich“ gewesen sei. Richtig ist jedoch, daß E. diese Wohnung deshalb nicht wollte, weil es sich um eine Ein-Personen-Wohnung handelte, unter der sich im Erdgeschoss ein Bordell befindet, zudem in einer recht finsternen Straße. Daß eine Frau eine solche Wohnung nicht möchte, ist wohl nicht unbedingt eine dumme Maxime. Nebenbei bemerkt: Die Version mit dem angeblichen Hinweis von E. auf die „Umständlichkeit“ des Umzugs ist neu. In ihren Papieren vom Januar hatten C. und R. noch übereinstimmend behauptet, E. habe die Wohnung abgelehnt, weil sie dort hätte allein wohnen müssen.

4. „Als E. dann sagte, sie würde in einem, spätestens in zwei Monaten die Möglichkeit haben,

woanders hinzuziehen...“. Das war eine vage Hoffnung, mehr nicht. Es ging dabei um das Zimmer eines Genossen, der zwar seinen Auszug „irgendwann“ plante, aber dies erst im Sommer dieses Jahres realisierte. I. hatte niemals dem Vorschlag von C., ihre Sachen auf den Boden zu stellen, also ihr Zimmer in der „Straße“ aufzugeben, zugestimmt, wenn ich ihr nicht intensiv dazu geraten hätte – weshalb ich mir selbst auch eine beträchtliche Mitschuld an den weiteren Ereignissen zuschreibe.

5. Als von einem Boden die Rede war, gingen E. und ich von separat verschließbaren Räumlichkeiten aus. In ihrer „Gegendarstellung“ bestreiten C. und R., daß sie später zugesagt hätten, im Haus und beim Hausmeister auf die Sachen von E. auf dem Boden aufmerksam zu machen. Auf den Gedanken, daß etwas gestohlen werden könnte, sei niemand – also auch E. nicht – damals gekommen. Diese Darstellung ist eindeutig falsch. C. hatte vor dem „Auszug“ mit E. vereinbart, daß bestimmte Sachen (z.B. eine Kommode) in der Wohnung bleiben könnten, der Rest solle auf den Boden gestellt werden. E. fand dann am Tage ihres Auszugs alles auf dem Boden wieder, der zudem für alle Mieter (und den Hausmeister) zugänglich ist (womit E. überhaupt nicht gerechnet hatte). E. wandte sich daraufhin schriftlich (Datum 7.1.) an die AG Frauen. Sie schilderte den ganzen Vorgang und schrieb u.a.:

„Außerdem stehen alle Sachen unverschlossen auf dem allgemeinen Boden, wo sich jeder Hausbewohner holen kann, was er will“. Das Ergebnis war, daß C. (nach Eingreifen der AG Frauen) schließlich zusagte, daß wie vereinbart – ein Teil von E.'s Sachen zurück in die Wohnung geschafft wurden, und daß C. außerdem zusagte, im Haus herumzugehen, um zu verhindern, daß Sachen von E. als herrenloses Gut „gefunden“ werden.

6. „Genauso wenig konnten wir davon ausgehen, daß die Möbel von E. über ein halbes Jahr auf dem Boden bleiben würden, und daß E. sich um ihre Sachen genauso wenig kümmerte, wie wir auf

E.'s Möbel geblüht haben“. Richtig ist, daß der Diebstahl von uns Anfang Mai entdeckt wurde, also nach etwa vier Monaten, nicht nach über einem halben Jahr. Daß E. sich um ihre Sachen nicht „gekümmert“ habe, ist nach der Zusage, sich bei den Hausbewohnern und beim Hausmeister wegen der Sachen zu melden, zynisch. Die Sachen standen solange auf dem Boden, weil F. kein Zimmer bekam (und wir so gezwungen wieder in einem Zimmer hausten) nicht aus lauter Dummheit.

7. „... Eine andere Frau wollte mit ihrem Freund bei uns einziehen“. Hinter dieser außerordentlich frauenfeindlichen Formulierung verbirgt sich die Tatsache, daß der Bruder von R. mit seiner Freundin einziehen wollte.

Auf ein paar weitere Details gehe ich hier nicht ein, um die Geschichte nicht überflüssig auszuweiten.

Wesentlich scheint mir die prinzipielle Hartnäckigkeit und auch Selbstgerechtigkeit, mit der C. und R. sich aus ihrer Mitverantwortung herauszuwinden versuchen – bis hin zu der Fabel, E. sei ja längst schon „ausgezogen“ (nämlich zu mir ins Zimmer), habe sich also ihr Anrecht auf das Zimmer in der WG ohnehin schon verschert gehalten.

Fast noch ärgerlicher scheinen mir aber die Reaktionen, die von nicht-beteiligter Seite auf den Artikel von E. gekommen sind. Vergleichsweise freundlich waren noch die gehässigen Kommentare, daß „so etwas“ doch nun wirklich nicht in den AK gehöre. „So etwas“ dürfte die Redaktion doch gar nicht „durchgehen“ lassen. Alternativ wurde von einigen angeregt, „so etwas“ vielleicht in internen Rundbriefen publik (bzw. eben nicht publik) zu machen. Als „übel“ und „denunziatorisch“ wurde es besonders im Freundeskreis von C. und R. gewertet, daß sie im Artikel von E. für alle, die sie kennen, identifizierbar seien.

Ich meine, daß die ganze Geschichte in der weitverbreiteten Gleichgültigkeit und Gedankenlosigkeit spurlos untergegangen wäre, wenn sie nur in allgemeiner Form berichtet worden wäre, ohne Personen kenntlich werden zu lassen. Es hätte auch höchstwahrscheinlich

niemand angesprochen gefühlt.

Nun hat sich aufgrund des Artikels von E. echte Betroffenheit und Mitleid breitgemacht – allerdings vielfach zunächst keineswegs mit E., die alle ihre Sachen verloren hat, sondern mit C. und R., denen durch die Veröffentlichung der Geschichte doch gar so übel mitgespielt worden sei. Sage also keiner, wir wären zu echten Gefühlen nicht mehr in der Lage!

Ich finde es ärgerlich, wenn ganz und gar Unbeteiligte lediglich aufgrund ihrer persönlichen Bekanntschaft mit C. und R. auf der Version insistieren, die ganze Geschichte von E. sei ja wohl größtenteils übertrieben. Ich finde es ebenso ärgerlich, wenn einige Genossen die ganze Geschichte unheimlich komisch finden und sich zu ironisch-witzigen Posen hinreißen lassen. Komisch und heiter ist die ganze Geschichte, was immer man sonst noch dazu denken mag, nun wohl zu allerletzt.

Sehr bemerkenswert fand ich auch den Beitrag eines Genossen, der zur Zeit des „Auszugs“ von E. ebenfalls in der Wohnung von C. und R. wohnte, und er sich nun meldete. Damit hätte man doch rechnen können, daß die Sachen auf dem Boden geklaut wurden. Da s hätte er mir gleich sagen können (hat er aber nicht!) Das sei doch ihr Risiko gewesen.

Wer mich fragt, warum es mit dem „realen Sozialismus“ so schlecht läuft – hier kann man viele Antworten finden.

Das gibt's auch!

Wenn es auch das Problem – wie gehen wir miteinander um – nicht löst, so ist für die betroffene E. ein bißchen Schaden-Ersatz vielleicht ganz sinnvoll. Wenn sich möglichst viele, gerade auch die in dem Artikel Aufgeführten, daran beteiligen würden, wäre das ja was – immernhin. Kann das bedingende Geld bitte an E. weitergeleitet werden?

R. Lehrer-Genosse

Red. Anmerkung: Dem Brief lagen 50 DM bei.

Eigentum ist Diebstahl?

Das mit der Abschaffung des Privateigentums hat sich Karl Marx wohl doch etwas anders vorgestellt als es im letzten AK von einer Genossin, die „auszog, das Fürchten zu lernen“, an Hand drastischer eigener Erfahrungen geschildert worden ist. Allen Genoss(inn)en sei empfohlen, im „Kommunistischen Manifest“ noch einmal nachzulesen. „Was den Kommunismus auszeichnet, ist nicht die Abschaffung des Eigentums überhaupt, sondern die Abschaffung des bürgerlichen Eigentums.“ Was er und Friedrich Engels damit meinen, sagen sie auch ganz deutlich: „Der Kommunismus stimmt keinem die Macht, sich gesellschaftliche Produkte anzueignen, er nimmt nur die Macht, sich durch diese Aneignung fremde Arbeit zu unterjochen.“

Alle Genossinnen und Genossen, ihr braucht nicht um eure Stereoaufnahme zu fürchten! Ganz im Gegenteil. Durch die Abschaffung des bürgerlichen Eigentums, die Verwandlung des Kapitals in gemeinschaftliches Eigentum, werden wir überhaupt erst in die Lage kommen, uns viele heute nur erhaltene Produkte anzueignen.

Das alles klappt natürlich nur, wenn wir uns nicht selbst einen Strick drehen, indem wir das Eigentum unserer Genossen mit dem bürgerlichen Eigentum „verwechseln“. Wir meinen damit vor allem die alltägliche Mißachtung des individuellen Eigentums von Genossen. So unter dem Motto: Wir sind doch Genossen – da wird man sich doch mit seinen Sachen nicht so haben! Da wird dann „gefunden“, da hat man ein „Geschenk bekommen“, und so weiter. Man weiß dann, daß man sich nicht so haben darf, aber man tut es trotzdem. Und das ist ein Verbrechen.

oder Hintertöpfen von Linken, daß das Inbesitznahme des Eigentums anderer Genossen irgendwas mit sozialistischen Verkehrsformen zu tun hat. Die Methoden sind da sehr vielfältig.

Was Dir gehört, soll auch mir gehören

Wer kennt das nicht aus Wohngemeinschaften. Da werden Klamotten einfach angezogen, ohne zu fragen, unachtsam behandelt und man/frau bekommt sein Eigentum dreckig oder kaputt wieder. Da gibt es das Auto, auf und mit dem rücksichtslos herumgekurkt wird – bis es „plötzlich“ kaputt ist. Dann ist es bis nach Durchführung der Reparatur wieder „deins“. Da wird dein Zimmer bis hin zum eigenen Bett benutzt, ohne vorher zu fragen, ob es denn recht ist. Da sucht man/frau in der ganzen Wohnung die Schere, das Feuerzeug, Kämme, Handtücher, Schallplatten, Zigaretten, Bücher, Schuhe (Rest des Satzes aus Platzgründen weggelassen).

Bei manchen Sachen will man/frau ja nicht als pingelig gelten. Warum sollen Bücher nicht kollektiv genutzt werden. Da kann man sich auch „grün“ ärgern. Die geliehenen Sachen kommen gar nicht wieder oder in einem Zustand den man eigentlich nicht erwartet hatte. Hat man mal jemanden zu fassen, dem man etwas „geliehen“ hat, er fährt man, daß die Leihgabe schon unbekannterweise weiter verliehen ist. Will man dann finanziellen Ersatz, hat man den großen Ärger wie z.B. der Genosse, der vor drei Jahren ein Zelt verliehen hat, das dann auf merkwürdige Weise verschwand und für das bis heute kein finanzieller Ersatz geleistet wurde.

chen zu kritisieren, gilt man schnell als kleinbürgerlich und unsocial. An solchen Problemen, einem im Grunde ganz einfachen Widerspruch, sind schon einige Wohngemeinschaften zerbrochen.

Kollektiveigentum: alles gehört uns und wenn die Uhr kaputt ist, ist es niemand gewesen

Leih man von einer Privatperson Werkzeug, z.B. eine Bohrmaschine, so weiß man immerhin, daß man diesem Genossen auf der nächsten Demo treffen könnte und auf den Verbleib der Maschine angesprochen wird. Aber wie ist es, wenn man z.B. in einer Initiative oder einem linken Betrieb etwas ausleiht.

Da ist die „Toleranzgrenze“ viel höher. Es wird nicht unbedingt geklaut, aber sehr viel leichter eben total „vergessen“. Denn wer wird schon nach der Bohrmaschine fragen? Und die Maschine könnte in 100 Haushalten sein. Da taucht man/frau leicht in der Anonymität der „Mitgeschlepper“ unter.

Aus unserer Arbeit in einer Initiative können wir über derlei wirklich ein Lied singen. Zufällig herumliegende Klamotten werden nicht wie in so manchem bürgerlichen Betrieb als gefunden abgegeben, sie werden privat vernommen. Oder das initiativeneigene Auto. Zu Anfang konnte jeder es sich ausleihen. Da hatten wir dann pro Woche mindestens ein Strafmandat, falsches Parken etc. Und keiner war's gewesen. Wir haben dann „repressiv“ reagiert, es wird aufgeschrieben, wer mit dem Auto fährt. Abgemacht ist, daß jeder sein Strafmandat bezahlt (sofern's notwendig ist). Seit einem Jahr gibt es jetzt kaum noch diese Zettel von der Verkehrspolizei (Ohne Strafen aufzuschreiben, können wir es nicht).

wären aufzuführen. Das Telefongespräch, das vom Initiativtelefon geführt wird, ohne zu bezahlen. Der Kuli auf dem Fußboden, der – weil „herrenlos“ – aufgehoben, „gefunden“ und eingesteckt wird. Das Obst, das eigentlich die Kinder essen sollen – wird auch mitgenommen („Ich dachte, es verfaul sonst“).

Eine andere Seite von lockerem Umgang mit Kollektiveigentum ist die Unachtsamkeit. Da liegt auf dem Boden Spielzeug, über das einfach rübergetrampelt wird. Macht man/frau das auch mit dem Spielzeug des eigenen Kindes? Da drückt man die Zigarette auf dem Fußboden aus. Wer tut das schon in einer Privatwohnung? Da vertrocknen die Blumen. Wer läßt zu Hause die Pflanzen eingehen? Oder da gibt es Ungeziefer in der Initiative, der „Kammerjäger“ muß kommen, kündigt sich an – und der zuständige Genosse fährt in Urlaub. Wer macht das, wenn bei ihm zu Hause Ungeziefer herumkrabbelt? Da wird der Motor des initiativeneigenen Autos kaputtgefahren und der Wagen bleibt zwei Wochen kaputt an einer Hauptverkehrsstraße stehen. Wer macht das mit seinem Auto? Da wird Post verschickt, Einladungen. Und natürlich bekommt jeder eine per Post ins Haus – auch die, die tagtäglich in die Initiative kommen. Es wird doch wohl eher ein Gag, wenn man die Mitbewohner seiner Wohngemeinschaft per Post zur Geburtstagsfeier einlädt?!

Geld? Wahnsinnig kompliziert!

Besonders vertrackt und katastrophal wird's, sobald es sich um Geld handelt. Mit dem eigenen Geld ist man durchaus eigen, nicht einen zuviel ausgehen, herumgehen beim Bier spendieren, Geld muß pünktlich auf dem Konto sein, Schulden pünktlich beglichen werden, sonst kostet es Zinsen. Anders sieht's schon aus, wenn es um Geld geht, das einem nicht selbst gehört. Das, was man für die Broschüre eingenommen hat, landet so „ganz aus Versehen“ doch im eigenen Portemonnaie. Oder der Beitrag für die Initiative wird eben am 10. und

nicht am 1. gezahlt. (Wer würde sich das mit seinem Gehalt leisten lassen?)

Achtung und Verantwortlichkeit

Es geht uns um den Schutz und die Achtung von und vor Kollektiveigentum bzw. dem individuellen Eigentum, das einem nicht selbst gehört.

Es geht um das Erlernen der proletarischen Sichtweise. Klau nichts von Deinesgleichen! Z.B. der Genosse, der – wie im letzten AK berichtet – seine Lederjacke angezogen hatte: würde der sich (als Beamter!) in einem Kaufhaus die gleiche Jacke vom Haken nehmen und den Mut finden, ohne zu zahlen, den Laden zu verlassen?

Es geht gegen die Verwandten des „Klaucens“ – das Finden, das Vergessen und Verschlimpfen. Was anderen gehört, brauchst Du nicht anzufassen! Du brauchst Dir auch nichts „schleichen“ zu lassen. Eine typisch kleinbürgerliche, weil eben auch feige Mentalität, besteht darin, z.B. eine Packung Süßigkeiten, die „so da liegt“ und von der man essen möchte, erst einmal anderen großzügig anzubieten. Schon ist man nicht der einzige Käufer Witzbolde nennen das dann frei nach Hilferding „Sozialisierung“!

Die Frage ist auch, warum nur wenige Genossinnen und Genossen – meistens immer dieselben – solche Fragen ansprechen, daß hier was fehlt, da was weggekommen ist. Einerseits wird gerade der Anspruch gestellt, mit Genossen solidarisch umzugehen, im Kollektiv mitzubestimmen. Die Verantwortung wird dabei, was Eigentum angeht, kleingeschrieben.

Diese Haltung dient anderen Genossen dann wieder, sich mit dem Hinweis auf schlechte Erfahrungen, mit ihren Sachen (z.B. dem „Mitteklassewagen“) unheimlich anzustellen.

Wir können uns vorstellen, daß der Sozialismus ein noch schwierigeres Ding wird, wenn wir heute nicht schon anfangen, diszipliniert und solidarisch in der „Eigentumsfrage“ zu sein.

Genossen und Genossinnen aus Hamburg

„Für Vergewaltigung kann es keine Verteidigung geben“?

Leserbrief

Anfang der siebziger Jahre wurde in Bremen eine Sechszehnjährige auf dem Heimweg von einer Diskothek vergewaltigt und anschließend ermordet. Nach einem Jahr Ermittlungen durch die Polizei beschuldigte die Staatsanwaltschaft den Gelegenheitsarbeiter Becker, der, obwohl er sich selbst als homosexuell bezeichnete, der Vergewaltigung und des Mordes angeklagt wurde.

Da das Verbrechen erhebliches öffentliches Interesse und Empörung hervorgerufen hatte, war der von der Staatsanwaltschaft vorgeführte „Täter“ einer starken Vorverurteilung ausgesetzt, das Gericht folgte und verurteilte Becker.

Doch es kam anders. Der Anwalt Beckers gab keine Ruhe, ermittelte selbständig weiter, enthielt, daß bei der Staatsanwaltschaft eine Spurensache einfach verschwunden war und daß entlastende Hinweise unberücksichtigt geblieben waren. Es gelang dem Anwalt, ein vielbeschäftigtes Wiederaufnahmeverfahren zu erreichen. Becker wurde freigesprochen.

Der Anwalt, der diesem der Vergewaltigung und des Mordes beschuldigten Mann den Beweis seiner Unschuld verschaffte, heißt Heinrich Hannover. Ein Anwalt, der nicht nur in KPD-Prozessen Kommunisten verteidigte, sondern auch Karl-Heinz Roth und Ulrike Meinhof zu seinen Mandanten zählte. Ein linker Anwalt also.

Für der Vergewaltigung Verdächtige kann es keine Verteidigung geben? Becker sähe immer noch in der Heilanstalt. Die beiden Westberliner Genossinnen werden vielleicht einwenden, der hier gebrachte Vergleich sei unfair, das hätten sie überhaupt nicht infragegestellt. Das wäre doch selbstverständlich, einen Unschuldigen in den Fängen der Klassensjustiz zu holen, außerdem handele es sich auch um Mord, die entwürdigende Beschneidung der Opfers

im Gericht sei ja gar nicht mehr möglich.

Ich glaube, daß die beiden Genossinnen mit ihrer prinzipiellen Argumentation zum Schluß genau da landen, wo sie auch ein Vorgehen wie das Hannovers ablehnen müssen. Ich will hier nicht die Frage thematisieren, wie weit ein linker Anwalt in erster Linie eben Anwalt ist, der natürlich nicht allein von politischen Prozessen leben kann (da mögen sich die Anwälte zu äußern), sondern ich will mich auf zwei Aspekte der Westberliner Artikel konzentrieren. Den der lediglich verbal geteilten Unschuldsvermutung und der Forderung nach härteren Strafen für Vergewaltiger.

„Unschuldig – ja aber?“

„Schliff und Geulen ist Recht zu geben, wenn sie sagen, daß wir vom Grundsatz der Unschuldsvermutung ausgehen müssen“ (AK 158), meinen die beiden Westberliner Genossinnen, um dann aber wenige Zeilen später zu verkünden: „...wir meinen, daß prinzipiell in einem Vergewaltigungsprozeß ein linker Anwalt die Verteidigung nicht übernehmen kann, weil wir nicht verteidigungswürdiges an einer Vergewaltigung finden.“ (AK 158, Hervorh. d. V.)

Mit dem zuletzt Zitierten wird die verbal bekundete Unschuldsvermutung ad absurdum geführt. Jeder Unterschied zwischen Täter und Verdächtigtem wird verwischt; im Klartext heißt der Satz nichts anderes als: Wer einen der Vergewaltigung Beschuldigten verteidigt, verteidigt Vergewaltigung! Das ist aber eher die Logik der Reaktion, die z.B. Verteidiger von „Terroristen“ flugs selber der Terroristen zuschlugen, als die von Kommunist(inn)en.

Die Genossinnen haben natürlich recht, wenn sie anführen, daß der Versuch einer Verteidigung eines der Vergewaltigung Beschuldigten, immer über die Erschütterung der Glaubwür-



digkeit der Frau, des Opfers, geht. Die Verteidigung geht also zu Lasten des Opfers, und es ist mehr als fragwürdig, wenn ein Anwalt der sich als links begreift, sich daran beteiligt. Ein solcher Anwalt ist also mehr als gut beraten, sich die Übernahme eines solchen Mandats sehr gut zu überlegen.

RA Becker hat diese Überlegungen offensichtlich nicht angestellt, sonst hätte er in diesem Fall das Mandat für einen Zuhälter nicht übernehmen dürfen. Seine Argumentation, die er zu seiner Rechtfertigung in der TAZ ausbreitete war nicht nur völlig formaljuristisch, sie zeigte auch, daß er von der entwürdigenden und niedrigen Rolle, die Vergewaltigungsopfer vor Gericht zu spielen gezwungen sind, nichts begriffen hat.

Etwas ganz anderes ist es aber, den Widerspruch zwischen dem Recht eines Angeklagten auf Verteidigung und dem der erneuten Erniedrigung der Frau vor Gericht im Süde Alexander des Großen zu lösen, als er den Gordischen Knoten zerschlug, wie es die beiden Westberliner Genossinnen tun. Sie argumentieren nämlich nicht an dem konkreten Fall, sondern prinzipiell. Sie hätten in jedem Fall für denkbar, daß ein linker Anwalt ein solches Mandat übernimmt. Und wenn der Beschuldigte wirklich unschuldig ist? Auch dafür haben die Genossinnen eine Antwort.

Vergewaltiger in den Knast

... es muß schon als Fortschritt für

Frankreich
Jur Desire Woods

Desire Woods ist eine schwarze Frau aus Georgia in den USA, welche eine 22-jährige Haftstrafe verbüßt. Sie ist die einzige schwarze Frau, die in Frankreich inhaftiert ist.

Woods' Fall ist ein deutliches Beispiel für die Menschenrechtsverletzungen in den USA. Alle Erklärungen der seit ihrer Inhaftierung an die Polizei abgegeben wurden, sind gegen sie verwandt worden. Seit ihrer Verurteilung ist Desire Woods im Gefängnis mehrfach mißhandelt worden. Sie ist in einzelne Isolationszellen gesteckt worden. Man hat ihr Prohibitoren gegeben, eine der stärksten und gefährlichsten Drogen. Die Nebenwirkungen dieser Droge sind: sie verliert das Bewusstsein, sie verliert das Gedächtnis, sie verliert das Verstand.

Alle schwarzen Menschen in den USA gibt

THE DESIRE WOODS
RAIN COLONIAL VOLUNT

Kontakt:
Desire Woods
Support Committee
Post Office Box 97
San Francisco, CA
California 94101 U.S.A.

Aus „TAZ“, 30.7.79

die Frauen angesehen werden, wenn Vergewaltigung härter bestraft wird.“ (AK 158) Ich halte diese Formulierung für ungenauer gefühllos. Zu Zeiten, wo der Zensur-Hammer wieder einmal verschärft auf vorgeblich „pornografische“ Werke niedergeht (Beschuldigung von „Sexualität“), Anklage gegen „Sexfront“, zu einer Zeit einer wieder immer werdenden Moral, sollte man/frau mit sehr, sehr vorsichtig sein. Sie lassen sich zu gut von der Reaktion instrumentalisieren.

Hanebüchen ist auch die Begründung, mit der die Genossinnen die Strafverschärfung für Vergewaltiger fordern. Nicht etwa, weil dieser dadurch etwas lernen würde oder gar aus Rachegefühlen heraus, „sondern weil wir damit eine Vorstellung in unserer Gesellschaft angreifen wollen, die Gewalt gegen Frauen als Kavaliersdelikt betrachtet und folglich auch kaum verfolgt.“ (AK 158)

Die Konsequenz aus dieser Aussage müßte heißen: Wird Vergewaltigung wegen der höheren Strafen nicht mehr als Kavaliersdelikt aufgefaßt, wird die Zahl der Vergewaltigungen zurückgehen. Diese Argumentation ist nichts anderes als die alte Theorie von der abschreckenden Wirkung harter Strafen, mit der z.B. Maggie Thatcher die Wiedereinführung der Todesstrafe begründet, nur links gewendet. Durch härtere Strafen greift der bürgerliche Staat also eine Vorstellung an, die er selber mitproduziert, und

damit soll es nach Logik der beiden Westberliner Genossinnen wohl auch weniger Vergewaltigungen geben, oder wie? Ich halte das für dummes Zeug.

In Frankreich ist vor gar nicht langer Zeit, unter anderem auch auf Drängen von Teilen der Frauenbewegung, der Paragraph über Vergewaltigung verschärft worden – von welchen politischen Kräften im Parlament braucht hier ja wohl nicht erwähnt zu werden. Wie Westberliner Genossinnen, glaubt ihr im Ernst, daß deswegen in Frankreich auch nur eine Frau weniger vergewaltigt worden ist? Es ist leider nicht so.

Solche Verschärfungen des Strafbuchgesetzes und auch eine verschärfte Urteilspraxis, haben im wesentlichen nur einen Effekt. Namlich die Anzahl von Vergewaltigungen in der Ehe und sonstwo, die nie vor Gericht erscheinen, den Teil des Eubergs, der unter Wasser ist, zu bemänteln und zu decken.

Das Göttinger AStA-Frauenreferat hat vor kurzem eine Woche „Gewalt gegen Frauen“ veranstaltet, in deren Verlauf auch ein Vergewaltigungsprozeß hier vor Ort gemeinsam besucht wurde. In der neuesten Ausgabe der „Göttinger Nachrichten“ nicht nur – für Frauen“ schreiben sie unter anderem zu diesem Prozeß: „Unsere Solidarität gilt dem Opfer. Dem Opfer gehört sie auch heute noch, oder besser: Den Opfern.“ Worauf sie sehr

Fortsetzung auf Seite 28

Fortsetzung von Seite 27

ausführlich auf den Lebenslauf dieses Vergewaltigers eingehen, versuchen zu beschreiben, wie er zu so etwas wird. Sie kritisieren das Gericht weil dieses trotz erheblicher Zweifel an der wirklichen Schuld den Angeklagten verurteilt hat. „Deutsche Gerichte sprechen nicht 'Recht', wenn der Begriff etwas mit 'gerecht' zu tun haben soll. Schuld ist für sie immer die Angelegenheit eines Individuums. Die Gesellschaft sitzt nicht auf der Anklagebank.“ (Frauen 90) Sie resümieren: „Nur sollten wir uns, sollte sich die Frauenbewegung überlegen, ob wirklich diese Justiz der Anwalt unserer Interessen sein soll oder ob wir nicht dringend andere Formen des Öffentlichmachens, des Anprangerns, des Unmöglichmachens von Gewalt gegen Frauen brauchen.“ (ebd.) Dem ist m.E. nichts hinzuzufügen.

Ich glaube, wir sollten die Frage der Verteidigung von den wegen Vergewaltigung Beschuldigten durch ihre Anwälte ebenso wie die Forderung nach härteren Strafen für Vergewaltiger noch einmal gründlich überdenken. In der Art, wie die beiden Westberliner Genominnen dargegangen sind, kann die Sache sehr schnell einen schlimmen Zungenschlag bekommen, etwa: „Keine Verteidigung für Vergewaltiger und ab in die Kiste!“ Zugabe: eine böswillige Interpretation, aber keine Unmöglichkeit.

Jir, KHB Göttingen

Zur Rechtslage in Vergewaltigungsprozessen

Darüber, ob und wie Vergewaltiger verteidigt werden sollen, auch von Anwälten, die als fortschrittlich gelten, ist die Debatte sicherlich noch nicht beendet. Ich bin allerdings sicher, daß Frauen sich nicht in erster Linie den Kopf über eine sinnvolle Verteidigung des Vergewaltigers zerbrechen sollten, sofern es nicht die Haltung der Verteidiger den Frauen gegenüber betrifft.

Wichtiger scheint mir zu sein, sich ein sicheres Wissen über die Rechte der Frau in einem Vergewaltigungsprozeß zu erwerben.

In diesem Punkt einige Anmerkungen zu dem Artikel in AK 158. Ihr schreibt:

„Doch sollte dabei bedacht werden,

daß das Rumackniffeln im Privaten nur möglich ist, weil die Frau als Nebenklägerin die Beweislast tragen muß.“

Und weiter: „Es ist schon bezeichnend für diese Art von Prozessen, daß die Frau als Anklägerin eine Verteidigung braucht.“

Hier geht einiges durcheinander. Im Strafprozeß ist der Vergewaltiger formal erst einmal Angeklagter und die Frau Zeugin. Mit der Anklage hat die Frau nur soviel zu tun, als sie die Zeugin der Anklage (des Staatsanwalts) ist.

Als Zeugin hat sie jedoch überhaupt keine Möglichkeit, aktiv in den Prozeß einzugreifen, sondern ist der schmutzigen Phantasie der übrigen

Prozeßbeteiligten ausgeliefert.

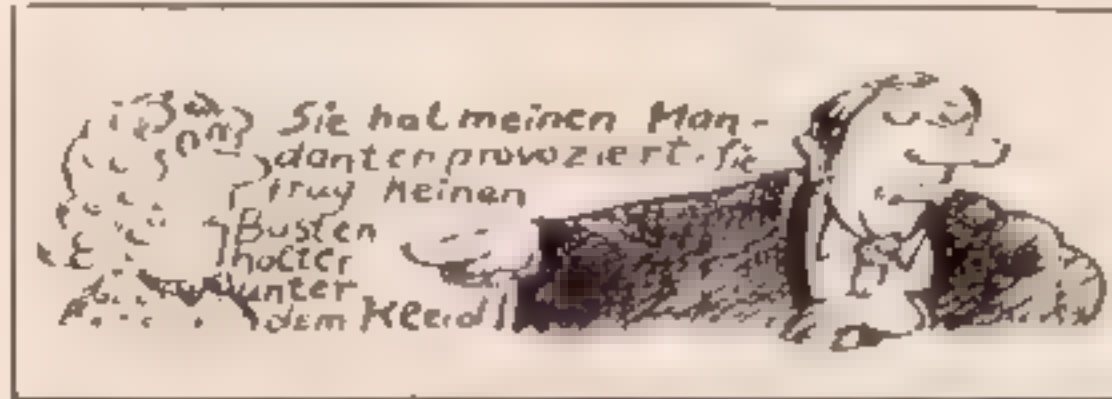
Eine Chance, dieser vogelfreien Situation als Zeugin zu entgehen oder zumindest die schlimmsten Unverschämtheiten abzuwehren, besteht gerade darin, als Nebenklägerin aufzutreten.

Durch die ihr in diesem Fall zustehende Anwaltschaft (Anwalt) hat die Frau die Möglichkeit, mit Anträgen und Fragen (z.B. an den Angeklagten) aktiv in den Prozeß einzugreifen. Ihr Rechtsbeistand kann ein Plädoyer halten, und durch diesen kann die Frau auch ein Schlußwort vortragen lassen.

Die meisten Vergewaltigungsprozesse laufen jedoch ab, ohne daß die Frau von der Möglichkeit der Nebenklägerschaft überhaupt weiß. Die Nebenklägerschaft ist in Vergewaltigungsprozessen heute leider völlig unüblich und schon gar nicht obligatorisch.

Eher ist sie eine Entdeckung der Frauenbewegung, denn - vorausgesetzt, sie beauftragt nicht gerade einen Becker als Anwalt - ist sie geradezu ein Vorteil für die Frau. Sie sollte daher nicht verdammt, sondern propagiert werden.

Eine Genomin der AG Frauen



Aus der Sicht des Rechtsanwalts

Ich habe als Anwalt bisher dreimal einen der Vergewaltigung angeklagten Mann verteidigt. Dies war für mich immer unangenehm und durchaus widersprüchlich. Auch weiß ich, daß es nicht zwei gleich starke Parteien im Vergewaltigungsprozeß gibt. Vielmehr muß die Stellung der Frau mehr geschützt werden, u.U. muß sie selbst anwaltlichen Beistand erhalten.

Es geht jedoch nicht an, wenn der Tenor lautet: „Für Vergewaltigung kann es keine Verteidigung geben!“ Dies ist zu allgemein. Der Vergewaltiger selber braucht rechtlichen Beistand, da es eine Fülle von Möglichkeiten gibt, wie es ohne Verteidigung zu einem Fehlurteil kommen kann. Auch kann die Strafe zu hoch ausfallen, was den Vergewaltiger nach

seiner Entlassung nur noch sexuell gehemmt und frustrierter werden läßt - mit der erhöhten Gefahr einer erneuten Vergewaltigung. Lange Knastzeit nützt keinem, schon gar nicht 'soz. Freibürgern'. Der Abschreckungseffekt ist, da die Täter zumeist ungeplant passieren, nicht groß.

Das Recht auf anwaltlichen Beistand ist im übrigen ein unverzichtbares Grundrecht - für jeden, das steht außer Zweifel. Die entscheidende Frage ist vielmehr, wie die Verteidigung zu handhaben ist. Ich versuche es auf folgende Weise. Ich mache dem Angeklagten in einer Art sozialpädagogischem Gespräch deutlich, warum ich die Vergewaltigung nicht billigen kann, warum die Frau in der Regel den

schwächsten Part spielt. Ich diskutiere mit dem Mann. Dadurch wird diesem oft einiges klar. Ich erkläre für ihn therapeutische und gütliche Möglichkeiten. Die Arbeit vor dem Prozeß ist unsofort wichtig.

Im Prozeß fangen die Widersprüche allerdings vehement an. Ich gebe zu, ich bin froh, wenn das Gericht selber schon die üblichen Fragen, die einem Mann landläufig bei Vergewaltigung einfallen, stellt. Hier wäre dann ein Rechtsbeistand für die Frau nötig. Leider gibt es eine solche zwingende Notwendigkeit in der Strafprozeßordnung nicht. Es kann der Frau lediglich geraten werden, als Nebenklägerin mit Anwaltin aufzutreten.

Wenn ich selber Fragen an die

Frau stellen muß, so bemühe ich mich, in einer Weise zu fragen, die die Frau nicht herabwürdigt. Ich meine, daß dies so recht und schlecht geht, zufrieden bin ich mit dieser Situation aber nicht.

Hier besteht das Dilemma, meinen Mandanten zu vertreten und gleichzeitig die Frau zu schonen. Das geht manchmal nicht zur gleichen Zeit. Eine gute Lösung habe ich hier noch nicht gefunden.

Wichtig wäre jedenfalls, wenn die geschädigten Frauen mehr als bisher die Erfahrungen mit der Justiz mit anderen Frauen besprechen. Und Anwälte sollten sich stärker Gedanken zur Handhabung der Verteidigung in solchen Prozessen machen.

Rechtsanwalt Arnold v. Borne

Die Scham ist vorbei Eine persönliche Erzählung Noch eine Buchbesprechung

Dieses Buch war mir als ein sehr spannendes und ehrliches Frauenbuch empfohlen worden. Auf unserem Frauengruppen-Wochenende habe ich das Buch gelesen und wurde schon nach den ersten 10 Seiten in den Bann dieses Buches gezogen.

Das Buch ist in einer ungemein spannenden Ausdrucksweise mit frauenfreundlicher Wortwahl, geschrieben. Autobiographisch erzählt Anja Meulenbelt ihre Lebensgeschichte, ein Frauenbuch. Durch das ganze Buch zieht sich, mit der Geste des Gekennzeichneten, die Gegenwart, in der sie dieses Buch schreibt. Die Leserin erfährt über ihr jetziges Leben, Anjas gerade zu Ende gegangene Freundschaft und Liebe mit Anna, die Unklarheiten mit ihrem Sohn Armin und ihrem neuen Freund Hans. Zwischen den Gegenwartserzählungen erzählt die Leserin die Vergangenheit dieser emanzipierten Frau. Mit 16 Jahren schwanger, Heirat, 3 Jahre Unterdrückung und Prostitution in der Ehe, Leben als stehende Mutter, neue Berufsausbildung als Sozialarbeiterin, drei Jahre Leben in der Subkultur, drei Jahre politisches Leben. Dann Entwicklung zur Feministin, Gegenwart und Vergangenheit schließen sich zusammen in der Erzählung vom Leben eines lesbischen Frau mit ihren Zweifeln und Träumen. Ich finde es legitim, daß eine lesbische Frau in einem Buch ihre persönliche Lebensweise verrät. Das ist eigentlich auch der angenehmste und wirklich überzeugende Aspekt in ihrem Buch.

Auf die Frage „Wozu du nun glücklich vom Feminismus?“ antwortet sie: „Naja, nein, manchmal sage ich: Jemand Glück? Einfach ist es sicher nicht. Wir überfordern uns regelmäßig durch unsere eigenen Ideale, bringen davon noch wenig zustande. Starbuck ist Power! - It can kill you.“ (Lebensbuch ist machtvoll - es kann dich aber auch töten). Es machte mir sehr viel Spaß zu lesen, mit welcher Offenheit und auch Witz die Autorin z.B. die Auseinander-

setzung um feministische Positionen führt. „Findest du das nun wirklich schön, nur mit Frauen?“, fragt ein dicker Mann am Ausgang und grinst mich suggestiv und unfreundlich an. Ja, natürlich sage ich griffig, stellt er mal vor, sie sind fast wie Menschen.“

Eine antikomunistische Erzählung

Durch das Buch zieht sich aber auch eine politische Geschichte. Die Geschichte einer politischen Aktivistin, die in den Mäulen der „K-Gruppen“ untergeht. Vom ersten Augenblick der Begegnung mit den „K-Gruppen“-Menschen als autoritär, brutal und frauenfeindlich dargestellt.

Die erste Begegnung mit den „K-Gruppen“ findet statt, als Anja noch bei der black-Panther-Zeitung arbeitet. Diese Arbeit wird als sehr fruchtbar dargestellt und - wie sollte es anders sein - dann von den „K-Gruppen“-Leuten kaputt gemacht. „Eine Demonstration (Black Panther) wird gesprengt durch die Club-Jungen (angebliche „K-Gruppe“), Anna, d. Verf.) die auf einmal Vorhutsfälle bekommen und vor den Zug rennen, erneut angestarrt durch die Aktionsgruppen der Surinamer und Antilleaner, die vorne gingen und nicht verstehen, was der Gruppenleiter, im Megafon schreiende Knaben soll. Hanna und ich gingen ab Abordnung zum Club, um es auszuklären, beschämte zu sein. Wir beschreiben nun, sagt einer der Jungen des Clubs, und danach wird abgestimmt: Zwanzig Jungen, Hanna und ich zu zweit. Das ist nun demokratischer Zentralismus, sagt der Anführer zufrieden. Du hast die keine Ahnung von, was? Wir gehen weg. Männer, sollen wir uns über sie hermachen, sagt der jüngste Junge, der ungefähr vierzehn sein mußte.“ (Seite 111)

Warum Anja nach diesem für sie doch wohl erschreckenden Erfahrungsbuch auf der nächsten Seite des Buches doch den Schritt macht

nach dem marxistisch-leninistischen Studentenbund - dem Kindergarten der KEN“ (niederländische „ML“-Organisation) anzuschließen, bleibt eigentlich unklar, von ihrer sonstigen Entwicklung aus betrachtet. Nur, wenn die Autorin eine antikomunistische Geschichte braucht, dann ist es sicherlich überzeugender eigene Erfahrungen in so einer „K-Gruppe“ gemacht zu haben. In der „ML“-Gruppe gibt es denn auch alles, was so als antikomunistisches Klischee durch die Lesende zieht. Z.B. keine kritischen Fragen und ein autoritärer Vorsitzender - „Merke, daß ich nicht viele kritische Fragen stellen darf, wenn der Vorsitzende zum hundertsten Male seine durchbohrenden Augen auf mich richtet.“ (S. 113)

Selbstverständlich laubten auch der kahle Schreibstil und das Klappentext mit nur einer alten Decke als Bedeckung, einem Bucherbreit, dem Plakat mit den Köpfen von Marx, Engels, Mao, Stalin und Lenin an der Wand“ (S. 114)

Anja und ihr Freund wollen sich „völlig anopfern für die Sache der Arbeiter“, so sammeln sie für einen Streik Geld. Doch was für ein Reuefall: „Als ich das Geld abliefern und die Bücher Gulach, die ich auch noch mitbekommen habe, beginnt er mir zu dämmern, daß Willem und ich fast die einzigen sind, die sich die Schalen heftig haben. Und somit steht die Frage: „Bleiben wir ewig Laufjungen?“ (S. 116)

Letzt noch ist sexual die Welt für Anja auch nicht mehr in Ordnung. Liebessachen ist nicht groß geschrieben bei den Genossen, außer dem anderen können sie es einfach auch nicht richtig. Anja ist enttäuscht. Sie tritt aus der „K-Gruppe“ aus und in die Gewerkschaft ein, wo sie nun die „echten“ Arbeiter trifft. „Meine ersten Arbeiter, die mir die KEN so lange vorzogen hat“ (S. 119). Jetzt beginnt die Zeit der erfolgreichen Arbeit mit den „echten“ Arbeitern, aber da haben sich die „K-Gruppen“-Leute

schon wieder etwas Schlimmeres einfallen lassen und unterwandern die Gewerkschaft!

Ein „ML“-er fordert, „daß wir wieder Mitglieder werden und uns den Aufträgen unterordnen, die wir vom Zentralkomitee bekommen. Wir weigern uns!“ Stattdessen findet Anja es völlig legitim, den „K-Gruppen“-Menschen bei der Gewerkschaftsführung zu demonstrieren und ist danach entsetzt über seine Wut.

Zu allem fähig sind die „K-Gruppen“-Menschen. „Ich breche auch alle Knochen, wenn ihr nicht aufhört, noch einmal über diese Schwellen setzt, schreit der KEN-Mitglied und wir sehen, daß er dazu imstande ist.“ Anja: „Taucht für ein paar Wochen in einer Studentenwohnung unter, als wir hören, daß der KEN Mitglied bei einem anderen vor der Tür gestanden hat, um ihn zusammenschlagen.“ (S. 121)

Ich finde die ganze politische Geschichte der Anja M. nicht nur total überzeichnet und vom Kuchens geprägt, sondern auch sehr die Gefahr darin, daß beim Lesen entsprechende Assoziationen eintreten. Die eine oder andere dargestellte Geschichte kommt mir sehr sicher als Anekdote (oder auch eigener Erfahrung) über diese oder jene linke Gruppe. Anja Meulenbelt hat ein Buch gerade für linke Frauen geschrieben, mit der eindeutigen Empfehlung: Finger weg von den Kommunisten! - Und was macht Anja politisch weiter?

„Warme durch gemeinsame Arbeit. Wärme, die wir mit uns selbst nehmen. Zusammen machen wir eine neue Gruppe auf... die in der Beziehung zwischen Feminismus und Sozialismus arbeiten“ (S. 238). Es bleibt die Frage, ob die persönliche, offene Darstellung der Liebesgeschichten und Gefühlswelt von Anja Meulenbelt aus Mitleid zum Zweck ist, den Antikomunismus zu propagieren?

Eine Genomin der AG Frauen Hamburg

Buchbesprechung:

Guten Morgen, du Schöne

Frauen in der DDR

Ich wollte was über DDR-Frauen wissen, und ich erfuhr auch etwas über uns. Die Protokolle, die die DDR-Journalistinnen und Autorinnen Maxie Wander durch intensives Zuhören und ein aktives Interesse an ihren Mitlesenden zusammengestellt hat, zeichnen Frauenportraits und zeigen Einstellungen, die weniger entfernt von uns sind, als man zunächst annehmen möchte. Gleichzeitig sind die dargestellten Selbsteinschätzungen von einer Offenheit und Präzision, wie es sie in Frauenreportagen oder -aufzeichnungen hierzulande kaum gibt. „Hier wurde niemand „ausgefragt“, kein wohlfalkultiertes Unternehmen unter Lach und Fach gebracht, es sprechen Frauen miteinander, die einander brauchen, die sich selbst und die anderen entdecken.“, schreibt die DDR-Autorin Christa Wolf im Vorwort. Und „Diese Texte entstanden nicht als Belege für eine vorgefaßte Meinung, sie stützen keine These...“. Eine Absage Maxie Wanders also sowohl an den Reportage-Stil bürgerlicher Frauenzeitschriften als auch an Alice Schwarzers „Kleinen Unterschied“.

Die Herausgeberin hat Frauen aus allen Altersgruppen, Berufen und Situationen zu Wort kommen lassen. Da ist Erika, die 4-jährige Dramaturgieassistentin, die sich fragt: „Vielleicht ist das Emanzipation, daß Dinge, die früher zur Katastrophe geführt haben, heute kein Problem mehr sind. Daß eine Frau sagen kann: Wenn du nicht mitmachst, dann mach ich das alleine. Obwohl das nicht einfach ist.“

Oder die 34-jährige Sekretärin Roni: „Ach ja, unser sozialistischer Konformismus. Wie soll eine Gesellschaft weiterkommen, die nicht mehr in Frage stellt, nicht mehr verändern will. Haben scheitert. Da hätten wir doch den lieben Gott und die Dogmen unserer Großeltern übernehmen können.“

Mit einer Hausfrau, einer Bibliothekarin, einer Facharbeiterin, einer Funktionärin und einer Lehrerin u.a. mehr hat Maxie Wander gesprochen. „Man lernt dabei, das Einmalige und Unwiederholbare jedes Menschenteils zu sehen und die eigenen Tiefe in Beziehung zu anderen zu bringen.“ (S. 10). Und doch bei aller Unterschiedlichkeit und der Nähe zu unseren Erfahrungen als Frauen in der BRD - eines ist mir besonders aufgefallen: die Hoffnung, der unverkürzte Lebensmut, der trotz erlebter Enttäuschungen, trotz Verzichts auf gewisse Selbstverwirklichungswünsche, trotz des Ärgers mit den Bürokraten ja doch etwas mit der DDR-Geschichte zu tun haben muß. Christa Wolf sagt dazu: „Es zeugt von Selbstvertrauen, und es zeugt von einer historischen Situation, die Frauen verschiedenster Schichten eine solche Souveränität gegenüber persönlichen Erfahrungen gibt, welche sie vor kurzem noch sich selbst und anderen verschwiegen.“

und „Die Möglichkeit, die unsere Gesellschaft ihnen gab, zu tun, was die Männer tun, haben sie... zu der Frage gebracht: Was tun die Männer überhaupt? Und will ich das eigentlich?“

Damit ist in den Frauenprotokollen jedoch nicht der Rückzug vom gesellschaftlichen Engagement gemeint, sondern der neue, andere Umgang mit Menschen, die Genossen oder Mitbürger sind, am Arbeitsplatz genauso wie im Berufsleben. Lena, 43, Kunstdozentin und Funktionärin, ist ein Beispiel dafür: ihr Leben ist voller Emotionalität und Tatkraft, sie kann sich selbst in Frage stellen, ohne an sich zweifeln zu müssen, in diesem Buch findet man nichts von der Halbherzigkeit, dem Müßiggang, dem Dummwuseln, dem Lügenbekenner- und Duckmäuser-tum, die eigentlich laut gängiger Berichte auch bei diesen Frauen zu vermuten wären. Im Gegenteil, die Interviews zeigen, daß nicht Anpassung und Einrichten im Mittelmaß, sondern der Hunger nach Leben mehr als nach Konsum im Vordergrund des Verlangens der Frauen steht. Genug ist nicht genug.“ (K. Wecker)

Dieses Buch ist eine Absage an kalte Krieger ebenso wie an DDR-Fans & la DPK

R., Kulturkommission

Mädchenheim Heiligensee [Westberlin]: Der alltägliche Skandal

Unter diesem Titel hat der „Arbeitskreis Heimerziehung Berlin“ eine Dokumentation herausgegeben. Die Inhalte dieser Dokumentation wurden nur wenigen Medien Anlaß dazu gegeben, eine Schlagzeile aufzusetzen oder eine Nachricht zu verbreiten. Von keinem Fast-Totschlag oder angehetzten Heimmädchen ist die Rede, sondern von unmenschlichen Arbeitsbedingungen, von undemokratischen und auf Willkür angelegten Entscheidungskompetenzen, von menschenverachtenden pädagogischen Grundsätzen, von kleinen aber ständigen Quälereien, kurzum, vom alltäglichen Skandal im Mädchenheim des Diakonischen Zentrums Heiligensee“ (S.5)

Betroffene Mädchen und Erzieherinnen hatten sich zusammengesetzt, um einmal minutiös den Heimalltag zu schildern - von Seiten der Erzieherinnen und von Seiten der Mädchen. So werden auf 40 Seiten Tagesabläufe, Erfahrungsberichte, der Träger des Heims, die Personalsituation, die Entscheidungsabläufe und die Versuche, sie zu unterlaufen dargestellt. Auf die Schulsituation, die angebotenen Berufswege, die Freizeit, die medizinische Versorgung, auf die Strafen und die Diskriminierung der Sexualität der Mädchen wird eingegangen. Hier nur einige Beispiele aus dem „heilpädagogischen Heim“: „Vom guten Willen der Pfortner sind die Mädchen abhängig, sowohl als mal nach 22.00 Uhr - also verspätet zum Heim zurückkehren. Dann entscheidet die Pfortner, je nach Lagebeurteilung und vielleicht auch guter

Louise selbstherrlich, ob die zuständige Erzieherin angerufen wird. Unterbleibt der Anruf, so werden die Mädchen zwar auf das Heimgelände gelassen, doch müssen sie dann riskieren, daß auch andere Erzieherinnen und Mädchen aufwachen und auf ihr Zuspätkommen aufmerksam werden.“

Da Zutrittskommen bei der Regel aber mit einer Strafe belegt wird, ziehen es daher manche Mädchen nicht selten vor, bis zum nächsten Morgen vor dem Haus zu warten.“ (S.19). Die Mädchen dürfen z.B. auch nicht ohne Erlaubnis telefonieren! Auf die Sexualität und die Zärtlichkeitsbedürfnisse der Mädchen wird von Seiten der Heimleitung gar nicht oder in demütigender Weise eingegangen. „Körperliche Kontakte der Mädchen untereinander und zu den Erzieherinnen, wie Umarmungen und sonstige Zärtlichkeiten sind unerwünscht und werden sehr schnell als lebhafte Kontakte bezeichnet. „Verdächtig“ machen sich Mädchen schon, wenn sie Arm in Arm über Gelände laufen“ (S.21). Dagegen: „Einen anständigen, netten festen Freund zu haben, wird von der Heimleitung belohnt. Er muß sich allerdings erst (...) vorgestellt haben. Danach ist es ohne weiteres möglich, daß die Ausgängerinnen dieses Mädchen z.B. um Wachen ihres Freundes angepaßt werden. Das schafft zusätzliche Abhängigkeiten“ (S.21).

Auch sonst werden die Mädchen viel auf das „normale“ Frauenbild hin erzogen. So wird bei heiminternen Veranstaltungen auf das Tra-

gen von Röcken großen Wert gelegt. Dezentres Schminken ist erwünscht. Die Arbeitsangebote bestehen aus häuche, Friseur, Schneiderin, Waschei Putzen.

Planstellen und nicht besetzt, der häufige Wechsel der Erzieherinnen macht eine sinnvolle Arbeit nicht möglich. Mit Vorliebe werden ältere Erzieherinnen eingestellt, durch Kredite und Darlehen wird versucht, eine Abhängigkeit des Personals herzustellen. Ein ganzes System gegenseitiger Bespitzelung existiert.

Wenn ein Mädchen auf „Trebe“ war und zurückkommt, wird es in die Isolierzelle gesteckt und muß dort bleiben bis zum wöchentlichen Besuch der Frauenärztin. Man unterstellt den Mädchen sofort, sie hätten Geschlechtsverkehr gehabt und trügen womöglich Geschlechtskrankheiten ins Heim. Diese Behandlung ist absolut demütigend und erniedrigend.

Am Ende der Dokumentation machen sich die Herausgeber Gedanken darüber, daß in letzter Zeit fast alle Heimskandale Mädchenheime betrafen. „Wir kamen zu der Einschätzung, daß dies kein Zufall sein kann, sondern der Grund hierfür in den subtilsten Niederkünftenmaßnahmen zu suchen ist. Jene Mädchen in Mädchenheimen ausgebeutet sind.“

„Mit dem Einsetzen der Pubertät werden neue Rollenerwartungen an die Mädchen gestellt. Die Sexualität der Mädchen, in ihrer Kindheit tabuisiert, wird ihnen jetzt brutal „erfahrbar“ gemacht. In dieser

widersprüchlichen Situation spitzten sich die Konflikte für die Mädchen immer weiter zu, und sie reagierten auf diesen Druck häufig mit Weglaufen und Schulverweigerung.“

In diesem Entwicklungsabschnitt werden die Mädchen häufig in Heim abgeschoben. Sexueller Mißbrauch und Vergewaltigung der Mädchen durch Väter, Stiefväter, Verwandte und Freunde, wird als „sexuelle Verwahrlosung“ den Mädchen angelastet. Durch die Heimeinweisung wird der Konflikt für die Familie zwar vorüberwiegend beseitigt, für die Mädchen jedoch heißt dies doppelte Diskriminierung“ (S.37).

Statt den Mädchen zu helfen, werden sie auch im Heim immer weiter in ihre „Minderwertigkeit“ hineingestoßen.

Die Herausgeber hoffen, daß die Dokumentation dazu beiträgt, daß die Auseinandersetzungen über die Zustände und Veränderungsmöglichkeiten in der Heimerziehung wieder öffentlich geführt werden.

Die Dokumentation und eine Veranstaltung zum gleichen Thema haben ziemlich viel Staub aufgewirbelt. So berichteten Tagespresse und Radiosender über die Zustände im Heim. Der Träger des DZM bezieht sich, mitzuteilen, die Dokumentation enthalte „viele unwahre Behauptungen und ungerechtfertigte Vorwürfe“ und entristete sich, daß sie vor Veröffentlichung keine Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten hätten („Tagesspiegel“, vom 23.6.79).

Kurze Zeit später wurde eine 27 Seiten lange Gegendarstellung auf einer Pressekonferenz verteilt. Die Äußerungen des Herrn Mach, Vorstandsvorsitzender des Evangelischen Jugend und Lebenswerks V. Träger des Mädchenheims, lieferten dabei er neue Beweise für den Erziehungsstil, der dort üblich ist. Seine Kernaussage lautete demagogisch: „Grenzlosigkeit kann unmenschlich sein, besonders für den Konfliktbelasteten“. Immerhin wurde verkündet

man werde die Ausgangszeiten künftig individueller und lockerer gestalten. Ansonsten soll aber alles beim alten bleiben („Tsp“, 14.7.79 und „TAZ“, v. 16.7.79).

Der Senat, dem laut Jugendwohlfahrtsgesetz die Heimaufsicht obliegt, deckt das Diakonische Werk - immerhin mit 28 Einrichtungen der größte Verband in Westberlin. So wurde zur gleichen Zeit eine „Kommission für Unterbringungsfragen“ gegründet, wo - anscheinend ohne jede Schwingigkeiten - Vertreter der Bezirksämter, des Senats, Wissenschaftler und eben die Wohlfahrtsverbände mit dem Diakonischen Werk an der Spitze einträchtig „beraten und nachdenken“ („Tsp“, v. 7.7.79).

Auf einer Pressekonferenz am 17.7.79 zur Berliner Heimsituation bezog der Senatssprecher mit keinem Wort Stellung zu den Zuständen im DZM. Auf Nachfrage wurde schließlich erklärt:

„Auch wenn der Senat die Heimaufsicht habe, bedeutet dies nicht Ermittlung, sondern Beratung, und in diesem Sinne finden z.B. Gespräche mit der Heimleitung und den Erziehern des Mädchenheims statt. Im übrigen sei es üblich, daß die laufenden Durchführungen der Heimaufsicht den Spitzenverbänden - in diesem Fall also dem Diakonischen Werk - übertragen würde. Auf gut deutsch: Der Verband beauftragt sich selbst“ („TAZ“, v. 19.7.79).

Von dieser Seite ist also nichts zu erwarten.

Eine Genosin aus Westberlin

Der alltägliche Skandal - Dokumentation über das Mädchenheim im Diakonischen Zentrum Heiligensee. Hrsg. Arbeitskreis Heimerziehung Berlin. 40 Seiten. 3-DM

zu beziehen über:
Regenbogen Buchvertrieb
Seelingstr. 47
1000 Berlin 19

Ich möchte hier mal aufschreiben was mich schon seit einiger Zeit bewegt und ein paar Denkanstöße geben

1. Ich habe heute vier Kinder. Ich bin seit 1977 in der Eltern-Liga.

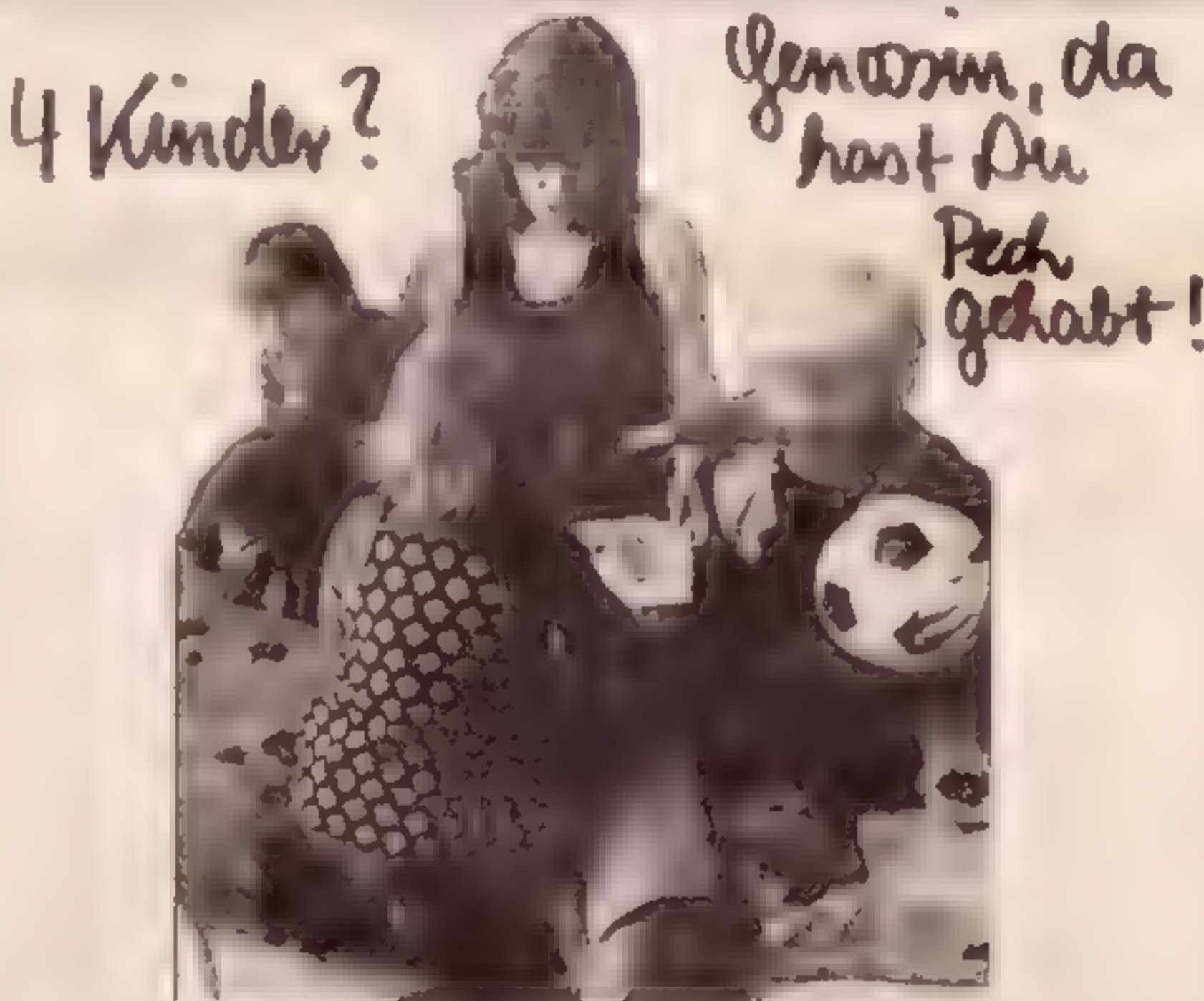
2. Ich habe heute vier Kinder. Ich bin seit 1977 in der Eltern-Liga. Ich habe heute vier Kinder. Ich bin seit 1977 in der Eltern-Liga.

3. Ich habe heute vier Kinder. Ich bin seit 1977 in der Eltern-Liga. Ich habe heute vier Kinder. Ich bin seit 1977 in der Eltern-Liga.

4. Ich habe heute vier Kinder. Ich bin seit 1977 in der Eltern-Liga. Ich habe heute vier Kinder. Ich bin seit 1977 in der Eltern-Liga.

5. Ich habe heute vier Kinder. Ich bin seit 1977 in der Eltern-Liga. Ich habe heute vier Kinder. Ich bin seit 1977 in der Eltern-Liga.

6. Ich habe heute vier Kinder. Ich bin seit 1977 in der Eltern-Liga. Ich habe heute vier Kinder. Ich bin seit 1977 in der Eltern-Liga.



Kind N. war so gespannt, daß es nur oft passierte, ihn zu schlagen. Ich bin sehr dankbar, denn ich habe/habe den Anspruch, Kinder repressionsfrei aufwachsen zu lassen. Ich war ziemlich verzweifelt, wenn's wieder geschah.

Nun wohnt N. in einer Wohngemeinschaft, in der er sich sehr wohl fühlt. Ich arbeite halbe Tage in der Kinderinitiative mit. Obwohl sich einiges positiv verändert hat, bin ich noch sehr belastet mit meinen drei anderen Kindern. Wir wohnen in einer 67 qm kleinen Wohnung.

Ich bin oft resigniert, denn neben dem täglichen Kleinkram und der Arbeit muß ich auch Zeit für die Kinder haben. Allein schaffe ich es nicht. Es muß eingekauft werden, gewaschen, genäht und dererlei mehr gemacht werden, sodaß ich abends meistens nur noch die Kraft habe mich sinnvoll mit den Kindern zu beschäftigen. Wenn ich einen Termin habe, steht immer die Frage an: „Was mit den Kindern?“. Meistens paßt eine Nachbarin auf, aber das Optimum ist das nicht. Samstag und Sonntag sind ziemlich öde, da bin ich dann nur Hausfrau. Oder möchte ich mal lesen, z.B. den AK, geht es nur abends, und weggehen kann ich

nur ziemlich spät, wenn alles schläft. Da ich mich auf meine früheren Termine fast nie vorbereiten konnte (Zeitmangel), gehe ich kaum noch auf irgendwelche, weil es so eh sinnlos ist. Ein Freund von mir kann nur mittwochs Kinderkram machen, ein anderer nur unregelmäßig donnerstags. Das sind Sachen, die mich ziemlich nerven, weil die Termine, die mich interessieren, nicht auf diese Wochentage fallen. Überhaupt ist es so, daß es gerade noch akzeptiert wird, mal auf die Kinder aufzupassen. Aber möglichst nicht zu oft, das ist zu anstrengend, denn bei dreien ist es schon ziemlich schwierig, auf die Bedürfnisse der Kinder einzugehen.

Ich habe es auch nicht für sinnvoll, wenn laufend die Personen wechseln, weil sich die Kinder immer auf die „Neuen“ einstellen müssen und keinen Bezug zu ihnen entwickeln können, sich durch das viele Wechseln von mir abgelehnt fühlen und sich dadurch noch mehr an mich klammern.

Die Kinder schlafen auch mal bei anderen Kindern aus der Initiative. Aber es ist schon ein Problem, alle auf einmal unterzubringen, weil es ja

auf freiwilliger Basis geschehen soll. So bin ich doch nie alle auf einmal „los“, wenn ich was vor habe. Oder wenn ich mich durchsetze, geht das auf Kosten des Kindes, das zu Hause sein möchte. Ich habe schon außer den Terminen in der Kinderinitiative, zu denen ich gehen muß, keine anderen Termine mehr, das macht mich wütend, weil ich auch gerne andere Sachen machen möchte, z.B. BI Arbeit und Frauengruppe.

Mein fünfjähriges Kind schläft oft woanders und ist ziemlich selbstbewußt. Wir haben mal diskutiert, ob es nicht sinnvoll ist, wenn es bei einem anderen Kind, bei dem es gern schläft auch wohnt, da die Leute F. gerne mögen und auch räumlich dazu in der Lage sind.

Ich habe mit F. darüber gesprochen. F. war entsetzt und der Meinung, ich will sie nicht. Und schief eine ganze Zeit nicht mehr bei anderen Kindern. Ich akzeptiere, daß sie bei mir bleiben will. Mit den beiden anderen Kindern geht's nicht. G. schläft kaum woanders und hängt sehr an mir. Und K., drei Jahre alt. Da steht's nicht an K. ist in der Kindergruppe, in der ich auch bin und würde nie verstehen, warum nun woanders wohnen.

Dennoch mache ich eine Wohngemeinschaft. Ich sehe darin große Vorteile. Die Kinder hätten feste Bezugspersonen, würden viel mehr Zuwendung bekommen, als ich jetzt in der Lage bin zu geben. Und in mir nur positiven Erfahrungen im Blick zu haben. Ich würde mich auch anders schmecken.

Ich würde durch die Wohngemeinschaft entlastet sein und auch politisch „auf gutem Fuß“ stehen. Das ist ein großer Vorteil. Ich würde mich auch anders schmecken.

Ich erwarte z.B. von den Leuten, daß sie sich verbindlich um die Kindererziehung kümmern. Deshalb geht es nicht, daß man mal eben so locker zusammenzieht und, wenn's nicht klappt, wieder abhaut.

Und sie müssen eventuell andere Interessen zurückstellen, wie z.B. den eigenen Kinderwunsch. Sich mehr Zeit für die Kinder nehmen, statt andere Sachen zu machen. Ich finde es wichtig, daß die Leute auch bereit sind, von Kindern was zu lernen.

Ich habe meinen Wunsch, in eine Wohngemeinschaft zu ziehen, in der Kinderinitiative und auch mit einigen Eltern besprochen. Dort saßen zwei Leute, allerdings auch mit Kindern, Interesse. Das hatte ich für ein Problem (mit noch mehr Kindern zusammen zu ziehen), weil dann die gerechte Besetzung mit Erwachsenen nicht gewährleistet ist.

Ich habe dann mit „Kinderlosen“ Genossen diskutiert. Jeder fand meine Idee, in eine Wohngemeinschaft zu ziehen, gut. Aber sie selber stellten sich außer vor. Es kamen Argumente wie: „Ich fühle mich jetzt nicht in der Lage, mit Kindern zusammenzuziehen“, oder: „Ich mache politisch zu viel und möchte dann einmal streichen“ oder: „Ich mache Schule und brauche Ruhe, um zu arbeiten!“ und vieles mehr.

Sicher wurde bemerkt, daß ich stark belastet bin, aber jeder hat die Verantwortung weit von sich geschoben, da was zu verändern. Von mir wird erwartet, daß ich es schaffe. Schaffe, mich politisch zu engagieren, zu arbeiten für die Kinder da zu sein und den anderen Kram zu machen. Sicher hat man gesehen, daß ich kaum Zeit für mich habe, aber mit einem mitleidigen Achselzucken wars getan. Ich soll packen!

Kann mir 'mal jemand sagen, wie ich das machen soll, ohne daß irgendjemand oder irgendwas dabei zu kurz kommt, wenn niemand sich angesprochen fühlt???

Wie wär's in Zukunft mit weniger Sprüchen und mehr Taten?

U., Hamburg

Lesben und Schwule rebellieren in San Francisco



Am 10. Jahrestag der Stonewall-Rebellion antwortete die schwule und lesbische „Community“ (Gemeinschaft) San Franziskos mit einem militanten Aufstand auf die ständigen Angriffe auf ihre Rechte durch Bullen, Gerichte, Medien, Staat und Kirche. Am 21. Mai stürmten – wie bereits kurz berichtet – 5.000 aufgebracht Lesben und Schwule das Rathaus der Stadt, griffen die Bullen an, brannten deren Autos nieder und rächten Harvey Milk.

Unmittelbarer Anlaß für dieses Zweite Stonewall war das skandalöse Urteil gegen den rechtsradikalen Killer Dan White, der im November 1978 den ersten offenen schwulen Stadtrat Harvey Milk sowie den Bürgermeister Moscone erschossen hatte. Am 21. Mai kam White mit einer milden Strafe wegen Totschlags davon (siehe Kasten). Dieses Urteil stellt eine ungeheure Provokation der „Gay and Lesbian Community“ dar und war der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte: Bereits im Verlauf des Prozesses hatten reaktionäre und faschistische Kräfte mächtig für ein mildes Urteil für White mobilisiert.

Die Rebellion von San Francisco ist aber auch eine Antwort auf zunehmende Hetze reaktionärer, sexistischer und faschistischer Kräfte in den USA, auf die Briggs- und Bryant-Kampagnen, die Liquidierung schwuler/lesbischer Rechte durch Volksabstimmungen in Dade County (Florida), Wichita (Kansas), St. Paul (Minnesota) und Eugene (Oregon), die Verweigerung einer „Gay and Lesbian Rights Bill“ in New York, die ständigen Bullenüberfälle auf die Sub und eine Klassenjustiz, die Schwule und Lesben als minderwertiges Leben behandelt.

Pro-White-, sowie rassistische, sexistische und speziell antischwule/lesbische Slogans waren überall in der Stadt aufgetaucht. So liefen z.B. Bullen außer Dienst mit T-Shirts „Free Dan White“ rum (Gay Community News, 26.5.79), hatten acht besoffene Bullen in Zivildeswegen in „Peg's Place“ überfallen und die Frauen mit sexistischen Sprüchen angepöbeln und beleidigt. Hatte eine Polizeistreife einen Schwulen beim Plakatekleben festgenommen.

Don White: Ex-Bulle, Reaktionär

Der politische Charakter der Mord an Milk und Moscone ist offensichtlich. Milk hatte als offener Schwuler für den Stadtrat kandidiert und seine Wahl war ein wichtiger Sieg im Kampf für schwule/lesbische Rechte. Milk trat für die Rechte der „Black Community“ und anderer Minderheiten ein, war antirassistisch und unterstützte soziale Programme für die Armen. Moscone vertrat als Bürgermeister einer Stadt mit stark liberaler und gewerkschaftsfreundlicher Tradition und einer der aktivsten pro-amerikanischen Bevölkerung eine Politik, die ihm erbitterte Feindschaft der Rechten und Konservativen und des „Gesunden Volksempfindens“ einbrachte.

White ist ein Repräsentant der dubiosen Rechten. Ex-Bulle, nahm als Mitglied der faschistischen „Black Barons“-Truppe am Vietnam-Krieg teil, und kandidierte auf einem „Law and Order“-Programm für den Stadtrat. Besonders aus Kreisen der Polizei wurde seine Kandidatur unterstützt. Eine Sprecherin der kürzlich gegründeten Gruppe „Lesben und Schwule gegen Polizeibrutalität und Todesstrafe“ über White: „Für uns ist White ein Repräsentant der reaktionären, äußerst rechten Flügel. Er ist ein Verbündeter des großen Kapitals und Vertreter einer „Law and Order“-Politik. Er unterstützt die gleiche Politik der Unterdrückung wie Briggs. Für uns ist er der „normale“ Ex-Bulle, pervers in seinem Haß auf Schwarze, Schwule und Lesben!“ (Workers World, 25.5.79). Als White am 21.5. wegen Totschlags zu einer vergleichsweise milden Strafe verurteilt wurde, war es klar, was dieses Urteil für die „Gay and Lesbian Community“ bedeutete: Eine neue Jagdmanöver auf alles „Unnormale“ sollte eröffnet werden.

„Out of the Bars, into the Streets!“

Am Montag, den 21.5.79, 17.28 Uhr wurde das Urteil über Radio und Fernsehen bekanntgegeben. Bereits 15 Minuten später hatten sich 200 bestürzte und empörte Schwule und Lesben in der Castro-Street versammelt. Transparente forderten: „Rache für Harvey Milk“, Flugblätter wurden verteilt. Um 19 Uhr war die Menge auf 1.000 angewachsen. Castro-Street (Schwules und lesbisches Zentrum von SF) wurde für den Verkehr gesperrt, kurze Zeit später Market-Street. Hauptparole: „Out of the Bars, into the Streets!“ (Raus aus den Bars, in die Straßen). Die Zahl der Demonstranten wurde immer größer, der Zug setzte sich in Richtung Rathaus in Marsch. Neue Parolen: „Wir wissen Gerechtigkeit!“ „Bürgerrechte oder Bürgerkrieg!“ „Rache für Harvey Milk!“ Die Stimmung wurde zunehmend militanter. Ein Teilnehmer: „Als wir am Rathaus ankamen, waren wir 3.000 ungeheuer wütend. Die Eingangstüren des Rathauses wurden eingeschlagen, Polizei eilte

Klassenjustiz

Moscone und Milk waren die Opfer eines planmäßigen Mordes. Dan White hatte sie vorsätzlich und nachsichtlich in ihren Büros exekutiert. Moscone durch zwei Schüsse in den Kopf und zwei in den Körper, Milk ebenfalls durch zwei Schüsse in den Kopf und drei in den Körper (International Herald Tribune, 23.5.79).

Der Prozeß gegen diesen Doppelmörder offenbarte, wie die Gerichte einen der ihren schützen. Während der Verhandlung regten die Verteidiger Whites Gutachten von vier Psychiatern und Psychologen vor, die aufgrund von Aussagen Familienangehöriger und Freunde bescheinigten, daß White „von früherster Jugend an unter periodischen Depressionen litt“. Sie diagnostizierten ihn als „manisch-depressiv und behaupteten, daß W nicht in der Lage sei, vorsätzlich zu töten oder auch nur in der Lage sei, die Konsequenzen seiner Handlung abzuwägen.“ Weiterhin bestätigten sie W eine „reduzierte geistige Kapazität“. So habe W einen emotionalen Kollaps erlitten, als er die Schüsse abfeuerte.“ (Man/frau bedenke: Dieses „Seelchen“ gehörte der faschistischen US-Killer-Truppe „Black Barons“ in Viet-Nam an, war Bulle und Mitglied des Stadtrats). Wozu diese Scheiß-Gutachter-Psychiatern noch nötig sind, zeigt folgendes: Was „Gefühlszustand“ sei auch durch seine Ernährung negativ beeinflusst worden. Er hätte zuviel Süßigkeiten gegessen – genauer: Zuviel Bonbons, Kekse und Cola. Dies hätte Depressionen im Wege komplizierter „chemischer Veränderungen im Gehirn“ hervorgerufen (NHT 23.5., Newswatch 4.6.79).

Den Agenten der Diktatur der Normalität ist wirklich kein Argument zu kurz, um ihr System damit abzusichern. Die Jury, bestehend aus 7 Frauen und 5 Männern, ließ sich dann auch von dieser „wissenschaftlich“ verbrämten Mausechse beeindrucken und verurteilte White wegen Totschlags, d.h. „White kann in weniger als 3 Jahren frei sein. Eine Festlegung der Strafe erfolgte nicht.“ Merke: Eine bourgeoise Krähe hackt einer bourgeoisen Schnepfe kein Auge aus!



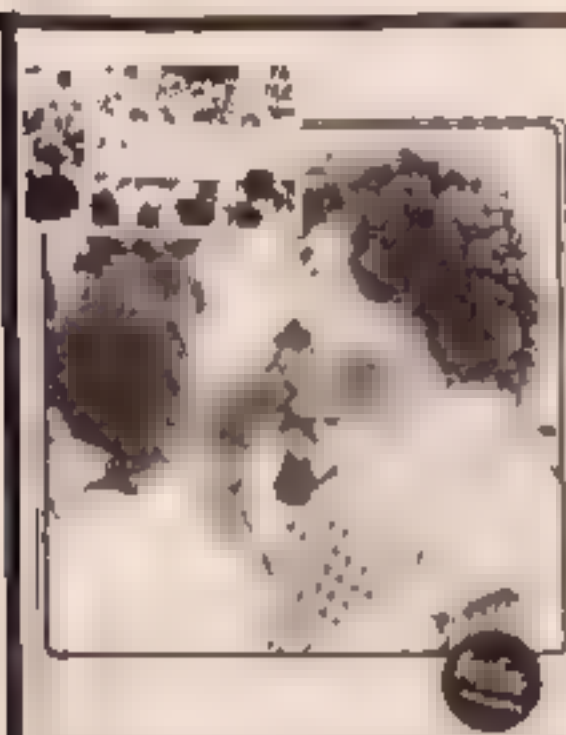
durch die Menge, um die Demonstrationen daran zu hindern, durch die Nebeneingänge in das Gebäude zu kommen, wo gerade der Stadtrat tagte.“ (Torch, Supp. on Gay Lib., June '79). Eine in der Eile geplante Kundgebung mußte abgebrochen werden, weil niemand bereit war, den abweislichen Argumenten des schwulen/lesbischen Establishment (darunter Leonhard Matlovich und Harry Britt, Nachfolger Milk's im Stadtrat) zuzuhören. Lediglich eine militante Lesbe konnte sich Gehör verschaffen. Sie brachte die Stimmung der mittlerweile auf 5.000 angewachsenen Menge auf den Punkt: „Unsere Wut ist gerecht! Es wird endlich Zeit mit den Süßigkeiten aufzuhören!“ (vgl. Kasten!).

Den im Rathaus eingeschlossenen Stadtvätern und -männern wurde es langsam müde. Sie schickten nach Carol Ruth Silver, die gewöhnlich mit Schwulen und Lesben gut zurechtkommt. (Newswatch 4.6.79) auf den Balken, um die Menge zu pazifizieren. Sie mußte sich we-

gen der Steinbombardements zurückziehen. Als nächstes versuchte Dianne Feinstein, Bürgermeisterin, ihr Glück. Allein ihr Erscheinen war schon deswegen eine weitere Provokation, als sie den Wahlkampf von Dan White mitunterstützt hatte. „Nieder mit Dianne! Wir wollen Gerechtigkeit!“ schallte es ihr entgegen, begleitet von Steinwürfen. Jetzt versuchten die Bullen, die Menge auseinanderzutreiben, mußten sich jedoch unverrichteter Dinge wieder ins Rathaus verziehen, um sich zu schützen. Steine, Flaschen, Dosen, Mülltücher flogen ihnen entgegen, sobald sie das Gebäude verließen.

Die Wut erreichte jetzt der Höhepunkt. Ein Teilnehmer: „Eine Stunde war vergangen, nachdem wir auf dem Rathausplatz angekommen waren, als wir damit begannen, Zeitungskioske umzuwerfen und sie abzubrennen. Das erregte andere. Die Fenster des Rathauses entzweiten. In wenigen Minuten waren alle

Fortsetzung auf Seite 31



Schwule Rechte jetzt!

AG Schwule im KB
SCHWULE RECHTE JETZT!
Brochüre, 52 Seiten, DM 3

INHALT: Artikel zu Repression und Widerstand, Diktatur der Normalität, Coming Out, Bündnispolitik, Tüntenstreit, Schwule im „Real Existierenden Sozialismus“, (Sub-)Kultur. Die Brochüre enthält 10 Artikel zur staatlichen und gesellschaftlichen Repression gegen Schwule und dokumentiert den Widerstand aus der Schwulenbewegung, gleichzeitig wird ein Überblick über die Entwicklung der Schwulenszene im KB gegeben.

BESTELLUNGEN AN DEN
Jürgen Reents Verlag
Lenchenstraße 75
2000 Hamburg 50

AG Schwule im KB
10 JAHRE STONEWALL –
10 JAHRE SCHWULEN- UND
LESBENBEWEGUNG
Brochüre, 88 Seiten, DM 5,-

INHALT: Darstellung der Stonewall-Rebellion (New York 1969) und ihrer Auswirkungen, Beginn und Entwicklung der Schwulen- und Lesbenbewegung in den USA. SCHWERPUNKTE: Die Bryant-Briggs-Kampagnen, Die Antwort der Schwulen- & Lesbenbewegung: Massenweise rein in die Straßen!

T. aus ausländischen Schwulenzeitungen erstmalig in deutscher Sprache veröffentlicht werden, geben wir Ereignisse und Informationen aus vielen anderen Ländern wieder, wo Schwule und Lesben sich zusammengeschlossen haben.

**10 Jahre
Stonewall –
10 Jahre
Schwulen-
& Lesben-
Bewegung**

Fortsetzung von Seite 30

Fenster des ersten Stocks und dem Parterre im Arsch und (nachdem die Menge das Rathaus gestürmt hatte) wurde damit begonnen, den 2. Stock ranzunehmen. (Aktien und Möbel zum Fenster rausgeschmissen). Nachdem wir das Rathaus genommen hatten, wendeten wir unsere Aufmerksamkeit den Bullen zu. Am südlichen Ende der Menge wurden jetzt die Bullen mit Steinen und Flaschen beworfen. Unter dem Einfluß des Bombardements zogen sie sich zurück. 2.000 Leute liefen hinter ihnen her und zwangen die Bullen, noch schneller zu laufen, um sich vor der Wut der Menge zu retten. Nachdem die cops vertrieben waren, kamen wir wieder alle an die Front des Rathauses zurück. Wir mußten vermeiden, voneinander getrennt zu werden.

Die wenigsten von uns hatten zuvor irgendwelche Erfahrungen mit Straßenaktionen, aber jenen, die Bescheid wußten, war klar, was als nächstes kommen würde. Tränengas. Schwule/Lesbe begann sich darauf einzustellen. Es wurde überall hin weitergegeben, kleine Gruppen zu bilden und Stoffe naß zu machen, um dadurch zu atmen. In aller Eile fingen wir an, unsere T-Shirts, Shorts und sonst geeignete Sachen vor den Mund zu halten. Einige Minuten später wurde das Gas eingestellt. Teile von uns waren jetzt gezwungen, auf den „H-Platz“ auszuweichen. Dort erhielten sich die Demonstrantinnen, einschließlich Kinder, vom Gasanfall, als die Bullen mit Knuppeln über sie herfielen. Besonders auf Isolierte Einzelne hatten sie es abgesehen. Vor allem wurden Frauen isoliert und übel behandelt. So wurde eine von einem Bullen angefaßt und gefragt: „Möchtest du's mir machen?“, bevor er sie zu Boden schlug.

Zurück auf dem Rathausplatz vermieden die meisten, mit dem Gas in Berührung zu kommen, indem sie sich hinsetzten und abwarteten, bis die Schwulen abgedrückt waren.

Den ganzen Abend über hatte es eine Spaltung gegeben zwischen jenen, die zurückzucken wollten und denen, die „keine Gewalt mehr“ wollten. Da hat Frankfurt mit

in die Autos. Alles brannte in wenigen Augenblicken. Die Bullen schauten zu, machtlos. Fünfzehn Streifenwagen wurden in dieser Nacht verbrannt.

Auf der anderen Seite des Rathauses konzentrierten sich die Angriffe auf die Banken. Der erste Schlag wurde gegen die „Wells Fargo“ geführt. Rufe wie „Dies ist für das chilenische Volk!“ waren zu hören, als die ersten Steine durch die Fenster flogen (Wells Fargo hatte der chilenischen Junta massiv Kredite gegeben). In der Markt-Street wurden große Müllcontainer durch die Glas-Türen der „Bank of America“ gerollt. Bis zum Morgenrauen gab es in dieser Gegend keine Bank mehr, die nicht zumindest einige Scheiben verloren hatte.

Ungefähr 70 von uns mußten wegen Verletzungen behandelt werden, die sie im Verlauf der Auseinandersetzungen erhalten hatten. Die meisten hatten Quetschungen, Schnitte, gebrochene Arme und Rippen. Viele waren verletzt worden, als sie versuchten, gestürzten GenosInnen zu helfen. (Torch, ebd.)

Nachdem in der späten Nacht die Rebellion niedergeschlagen worden war, marschierte die wiedergeordnete Polizei in militärischer Formation in die „Gay and Lesbian Community“ und schlug jeden zusammen, der auf der Straße war. Anschließend überfielen die Bullen zwei schwule Kneipen und demolierten sie. Über 150 wurden verletzt, 20 verhaftet. (WW 25.5.79)

Am Dienstagmorgen verhängte Bürgermeister Duane Feinstein über San Francisco und die umliegenden Städte den „Civil Defence Alert“ (etwa: Ziviler Verteidigungszustand) und verkündete: „Jeder, der sich an öffentlichem Eigentum vergreift, wird verhaftet.“ (UPI, 22.5.79). Diese Maßnahmen wurden getroffen, um die rechtlichen Grundlagen für eventuelle Überfälle auf die Demo zu schaffen, die an diesem Tag anlässlich des Geburtstages des toten Harvey Milk stattfinden sollte. 5000 kamen, die Veranstaltung verlief ohne Zwischenfälle. Die Stadtrat setzte gleichseitig eine „Unterstützung“ für die Demo.

... sitzen zu bleiben, die im Angesicht von hundert Bullen im Bürgerkriegsaurückzug! (Mittlerweile hatte Duane den Polizeibefehl ausgesetzt und alle Bullen außer Dienst.)

... Workshop World ...

... Die andere Fraktion forderte dazu auf, sich zu erheben und die Kontrolle über ihre Stadt zu übernehmen. Langsam, eine nach dem anderen, trafen sie ihre Entscheidung, erhoben sich vom Boden. Die Entscheidung war gefallen: Der Pazifismus war tot!

Alle Leute um mich herum hatten bisher noch niemals an solchen Aktionen teilgenommen, jetzt begannen sie, Zeitungstische anzuzünden, Müllcontainer umzukippen und Parkbänke auszureißen, Steine zu sammeln. Ein Streifenwagen wurde mehrere Male angegriffen, seine Fenster zertrümmert. Jedes Mal schlugen die Bullen die Nachzügler zusammen. Schließlich wurde der Wagen angezündet und die Menge machte eine kurze Pause, um das Schauspiel anzusehen. Aber nur kurz. Sieben Polizeiwagen standen in einer Reihe vor dem Rathaus! Eine erste Gruppe stürmte sie, zerschlug ihre Fenster. Eine zweite Gruppe stürmte hinterher und warf brennende Zeitungen

... 1000 Lesben und Schwule blieben für zwei Stunden den Verkehr am Sheridan-Square und forderten Wehr! auch gegen Polizeigewalt!

... Workshop World ...

... Verschiedene Schwulen- und Lesbenorganisationen drückten in Telegrammen und Briefen ihre Solidarität mit den Verletzten und Verhafteten von San Francisco aus. So schrieb z.B. das „Detroit-Ann-Arbor-Organisationskomitee“ für den Marsch auf Washington: (findet am 14. Oktober 79 statt!) „Einige unserer Brüder und Schwestern werden angeklagt werden. Unser Komitee steht hinter ihnen. Die Gerichte werden behaupten, daß jene Lesben und Schwule, die auf der Straße kämpften, 'Kriminelle' seien. Aber die einzigen Kriminellen sind in Wirklichkeit jene Leute, die für die Unterdrückung von Schwulen/Lesben verantwortlich sind.“ (Torch ebd.)

... Verschiedene Schwulen- und Lesbenorganisationen drückten in Telegrammen und Briefen ihre Solidarität mit den Verletzten und Verhafteten von San Francisco aus. So schrieb z.B. das „Detroit-Ann-Arbor-Organisationskomitee“ für den Marsch auf Washington: (findet am 14. Oktober 79 statt!) „Einige unserer Brüder und Schwestern werden angeklagt werden. Unser Komitee steht hinter ihnen. Die Gerichte werden behaupten, daß jene Lesben und Schwule, die auf der Straße kämpften, 'Kriminelle' seien. Aber die einzigen Kriminellen sind in Wirklichkeit jene Leute, die für die Unterdrückung von Schwulen/Lesben verantwortlich sind.“ (Torch ebd.)

STONEWALL LEBT!

AG Schwule im KB

Diakon wegen Homosexualität gekündigt

Burgtheide (Kraus Stormann): Der örtliche Kirchenvorstand will den Arbeitsvertrag des offen homosexuellen Diakons Horst Kuchmeister nicht verlängern. Obwohl der Kirchenvorstand nach einer geheimen Sitzung die Homosexualität als Kündigungsgrund nicht angab (sowas meißt halt zu „intolerant“ aus), steht fest, daß dies der einzige Grund für die Entlassung des Diakons ist. Horst K. bekennt sich seit langem offen zur Homosexualität, hat zum Thema zwei Arbeiter veröffentlicht und ist wegen seiner sexuellen Orientierung bereits zwei Mal entlassen worden.

Erfreulich ist, daß sich eine breite Front der Solidarität für Horst gebildet hat. Rund 200 Jugendliche, Eltern und Lehrer machten eine Demonstration durch den Ort und forderten seine Weiterbeschäftigung. Auch vier Pastoren der Gemeinde stehen solidarisch zu ihm. Ein Mit-



glied des Kirchenvorstandes, Tischlermeister Gustav Rieder, legte wegen des „unchristlichen Verhaltens“ des Vorstands sein Amt nieder.

Es muß Aufgabe aller Aktionsgruppen sein, Horst K. jede Form von Solidarität und Unterstützung zukommen zu lassen!

Homolulu

Begeistert mitkutschende ältere Frauen, singende parolenrufende Schwule und Lesben, phantasievoll angekleidete Tanten, Lederherle mit der Plakette „Nieder mit dem Mäandichkeitswahn!“, Musik aus Lautsprechern und von mitgebrachten Instrumenten: das war der Höhepunkt des internationalen Schwulentreffens HOMOLULU in Frankfurt, die Parade am Samstag, den 28.7.79.

In der Woche vom 23. - 28.7. beteiligten sich etwa 300 Schwule und Lesben an den 15 Workshops und besuchten bis zu 2.000 die Veranstaltungen im Festzelt im Biegefeld nahe Frankfurt. Zum ersten Mal zeigten sich auch Presse-Rundfunk und Fernsehen interessiert und brachten die ganze Woche über Berichte, Interviews usw. Ob Presseagenturen, Zeitungen wie die „Frankfurter Allgemeine“, „Bild“, „Welt am Sonntag“, „Welt“, oder Magazine wie „Spiegel“ und „Stern“, alle kamen und wollten berichten. Rundfunkinterviews



mit Sendern aus der ganzen BRD sowie Radio Luxemburg und dem US-Sender ABC schließlich Fernsehberichte im ZDF (Heute) und in der „Tagesschau“ machten

... vorwiegend aus Workshops, in denen über die Situation aus Schwulen und Lesben berichtet wurde. ...

... Workshop World ...

... Workshop World ...

Workshops

Während der Woche tagten verschiedene Arbeitsgruppen, die sich mit einer weit gefächerten Thematik beschäftigten und in der Regel gut besucht waren.

Die AG „Schwule Lehrer“ erarbeitete einen umfangreichen Forderungskatalog, um der Diskriminierung Homosexueller in den Schulen entgegenzutreten.

Keine Diskriminierung schwuler Lehrer und Erzieher am Arbeitsplatz

Änderung in den Rahmenplänen für die Schulen. Homosexualität soll als eine der heterosexuellen gleichwertige und gleichberechtigte Form menschlicher Sexualität behandelt werden!

Änderung des schwulenfeindlichen Medienangebots in den Landesbildstellen

Nichtzulassung von Schulbüchern, die Homosexualität in diskriminierender Form darstellen

Kein Verbot und keine Behinderung, sondern Förderung von selbstorganisierten schwulen Schülergruppen! Schüler in einer durch Hetero-Normen geprägten Umwelt brauchen gerade in der Phase der Entdeckung und Akzeptierung ihrer Homosexualität die Möglichkeit, sich mit Gleichgesinnten über ihre Probleme auseinanderzusetzen. Nicht ohne Grund liegt bei Homosexuellen der Häufigkeitsgipfel für den ersten Selbstmordversuch zwischen dem 16. und 18. Lebensjahr, wenn schwule Schüler durch die Sexualerziehung in der Schule verunsichert werden und keine schwule Identität ausbilden können.

Im Unterricht soll den Schülern vermittelt werden, daß im Hitlerfaschismus außer Juden und anderen Verfolgten Zehntausende Schwule im KZ gefoltert und ermordet wurden. Nach 1945 wurde keiner der „Männer mit dem rosa Winkel“ rehabilitiert.

Der Forderungskatalog endet mit einem Aufruf an alle Schwulen, die

demnächst ins Referendariat oder Beamtenverhältnis aufgenommen werden wollen“ eine Gruppe zu bilden, um sich gegen Diskriminierungen, speziell Berufsverbote, zu wehren. Berufsverbote dieser Art werden in der Regel offiziell nicht mit Schwulsein begründet. Wir wollen versuchen, in solchen Fällen die Hintergründe und Machenschaften der Behörden aufzudecken und im Falle von offensichtlichen Berufsverböten uns Gegenmaßnahmen überlegen.“ Kontakt: SGK Kassel, Goethestr. 96 Tel. 0561/36015

Der Workshop Schule befaßte sich mit der Situation schwuler Schüler und den Möglichkeiten zur Bildung schwuler Schülergruppen“ und entwickelte konkrete Vorstellungen zur Beseitigung solcher Vorurteile.

Die AG „Roma Hilfe“ tauschte Erfahrungen in der Beratung und Unterstützung einzelner Schwuler aus und forderte massenhaftes Erscheinen speziell auch von Fachleuten zum



nächsten bundesweiten Treffen der „Roma Hilfe“-Gruppen in Dortmund am 12. und 13. Oktober

Weiterhin wurden Arbeitsgruppen zu Themen: Schwule Gewerkschaften, Schwulen und Lesben erleben

... Workshop World ...

... Workshop World ...

... Workshop World ...

... Workshop World ...

... Workshop World ...

... Workshop World ...

... Workshop World ...

... Workshop World ...

... Workshop World ...

... Workshop World ...

... Workshop World ...

... Workshop World ...

... Workshop World ...

... Workshop World ...

... Workshop World ...

... Workshop World ...

... Workshop World ...

... Workshop World ...

... Workshop World ...

... Workshop World ...

... Workshop World ...

... Workshop World ...

... Workshop World ...

... Workshop World ...

... Workshop World ...

mungsrecht von Kindern im Allgemeinen und Pädophilen im Besonderen zu diskutieren. Durch ihr provokatives Auftreten war es für viele der Anwesenden ein Leichtes, von den vorgetragenen Inhalten abzulenken und die Diskussion allein um die „Form der Diskussion“ zu führen. Es wurde argumentiert, daß es eine Diskussion über Pädophilie hätte geben können. „Wenn sie vorher angemeldet worden wäre“, jetzt sei es zu spät und das Programm sollte weitergeführt werden. Dem wurde u.a. entgegengestellt, daß Pädophilie genauso wie Sodomasochismus auch unter Schwulen stark tabuisiert werde und die meisten sich nur scheuten, wenn diese heißen Eiten anzupacken. Schließlich wurde darüber abgestimmt, ob die Diskussion fortgesetzt werden sollte, die Mehrheit war dagegen. Die Mitglieder der Indianerkommune diskutierten dann anschließend draußen mit einigen Interessierten weiter. Es zeigte sich an diesem Abend, wie kaputt unser aller Verhältnis gegenüber dem „Anderssein“

das eben noch in Liedern besungen wurde - ist, obwohl wir als Schwule und Lesben doch gerade dagegen kämpfen, daß die heterosexuelle Umwelt unsere „Anderssein“ nicht akzeptiert. Tanten akzeptieren Lederhosen nicht und umgekehrt, junge Schwule nicht die Älteren, „normale“ Schwule nicht die Pädophilen usw. Jeder hofft, doch noch ein wenig „normaler“ zu sein als der, die andere und zieht einen Teil des Selbstbewußtseins aus der Diskriminierung anderer „Unnormaler“. Da hatte der heterosexuelle Reaktor einer Behinderten-Zeitung, der sich in Homolulu informieren kam, mehr kaputt. Er stellte viele Parallelen in der Diskriminierung Behindeter und Homosexueller fest und meinte, wir müßten unsere gegenseitigen Vorurteile bekämpfen um uns gemeinsam gegen die Normen durchsetzen zu können. (Es uns als Minderheiten angesehen.) (Achtung der Behinderten-Zeitung: Leben und Weg - 20. April 1979, Schrägstr. J 8752 Goldbach)

Die Demo - bisher die größte!

Die Demo am Samstag stellte einen Punkt von Homolulu dar. Etwa 1.000 Lesben und Schwule zogen

Resolution von Homolulu

Resolution von Homolulu

Die in Homolulu zusammengekommenen Schwulen fordern gleiche Rechte für Homo- und Heterosexuelle. Wir verlangen, daß endlich mit der Benachteiligung der Unverheirateten Schluss gemacht wird. Wir fordern im Erb- und Steuerrecht die Gleichbehandlung. Die Darstellung der Homosexualität als einziger gesunder wünschenswerter Form der Sexualität muß endlich ein Ende haben. Wir verlangen Unterstützung für eigenständige Institutionen der Schwulen: Schwulenzentren, Schwulenberatungen,

stellen, Schwulengesundheitsorganisationen. Wir fordern das Recht der Schwulen, sich selbst in öffentlichen Medien, wie z.B. Rundfunk und Fernsehen, darstellen zu können. Wir fordern einen Sitz im Rundfunkrat. Wir fordern Selbstdarstellung der Schwulen im Sexualkundeunterricht. Wir fordern gesetzlichen Schutz vor Diskriminierungen. Wir fordern „Wiedergutmachung“ für schwule KZ-Opfer sowie Rehabilitation der Überlebenden. Wir fordern die entlassene Streichung von § 175

deslagwahl und Strauß-Kandidat schließlich eine AG zum Problem schwuler Zeitungen, in der ein Gedankenaustausch mit Freunden der französischen Schwulenzeitung „Le Gai Pied“ stattfand und die Bildung einer überregionalen deutschen Schwulenzeitung angesprochen wurde. Hierzu stellt Martin in der „Homolulu-Zeitung“ Nr. 4 fest:

Für mich ist im Laufe des Treffens klar geworden, daß die Absicht mit anderen eine überregionale Zeitung zu machen, im Augenblick nicht zu verfrachten ist, da mehr persönliche Differenzen ausgetragen werden als Versuche zur Zusammenarbeit unternommen wurden.“ Wir fürchten, daß Martin mit seiner pessimistischen Einschätzung recht hat, doch sollten weiterhin alle Anstrengungen unternommen werden, diese persönlichen Querelen zu überwinden, denn eine überregionale Schwulenzeitung tut bitter not. Schwestern!

Wer ist der „Normalste“ im Land?

Am Donnerstag wurde das Homolulu-Festzelt im Biegefeld mit einem Auftritt der Gruppe „Hot Peaches“ aus New York eingeweiht. Die Stimmung, die im Laufe des Tages immer besser geworden war, entwickelte sich gewaltig und hielt auch am folgenden Tage an. Als Mitglieder der Theatergruppe „Brüder“ und die Hamburger „Spaldingstern“ Songs und Sketche vortrugen. Plötzlich Unruhe vor der Bühne. Aus der Indianer-Kommune Nürnberg waren einige gekommen, um die Diskussion über das Selbstbestim-

den durch die Frankfurter Innenstadt. Die Musik vom Lautsprecherwagen, die Lieder, begleitet von Bongo-Trommeln, Saxophon, Flöten ließen eine Bombenstimmung aufkommen. Mehrere Gruppen verteilten Flugblätter an die Passanten, auf denen die Abschaffung der §§ 174 bis 176 gefordert wurde, auf denen gegen die Diskriminierung von Homosexuellen als Kranke protestiert und die Berufsverbote angegriffen wurden. Diese Forderungen wurden auch auf Transparenten erhoben, daneben Transparente, die vor allem schwulen und lesbischen Selbstbewußtsein ausdrückten. Mancher anfangs eher schüchtern am Straßenrand stehende Schwule bekam so doch Mut und reichte sich in die Demo ein.

Auf einer Zwischenkundgebung wurde eine Resolution verabschiedet mit schwulen Forderungen. (Siehe Kasten)

Homolulu zeigt das wachsende Selbstbewußtsein einer sich jetzt auch in der Bundesrepublik zunehmend breiter entwickelnden Schwulenbewe-

Besonders das Echo in den Medien - bisher einmalig - wird vielen von uns den Mut machen, sich weiter in der Bewegung zu engagieren und den Kampf gegen Hetero-Chauvinismus und Schwulen, Lesbenfeindlichkeit aufzunehmen. Das nächste Homolulu kommt bestimmt!

AG Schwule im KB

Leserbrief des BuLi-Kandidaten W. Krömer, Hamburg

Am 28.7.79 standen vor dem Hamburger Schwulen-Café Tue Tue in Altona mehrere angestrandete Jugendliche mit dicken Holzbocken in der Hand. Der Bewirtung des Cafés waren diese Typen nicht unbekannt. Hatten sie doch schon des Öfteren Krawall gemacht, insgesamt haben schon etwa fünf Überfälle von diesen und anderen Randalern stattgefunden.

Da der Eingangstür verschlossen wurde, machten sie vor dem Fenster Krawall, zerbrachen schließlich zwei Fenster Scheiben und verschwanden. Interessant ist das Verhalten der Polizei. Obwohl sofort benachrichtigt, erschienen sie erst nach etwa 30 Minuten, als alles vorbei war.

Ein Schwuler meinte, daß die Nachbarn mal tuscheln, habe er ja schon erlebt, aber daß es in unserer Zeit möglich ist, daß Angriffe auf das Leben Schwuler gestartet werden hätte er nicht gedacht. Nun, wurden die einen nicht tuscheln, wurden die anderen nicht randalieren.

Die Schwulengruppen der Bunte Liste Hamburg interessiert, ob es ähnliche Vorfälle auch in anderen Städten gibt. Kontakt: Bunte-Liste, Büro, Fruchtallee 9, 2000 Hamburg 19, Schwule.

Schwule wollen Tribunal gegen Khomeini

Die italienische Schwulen-Organisation FUORI hat denjenigen 1 Million Dollar versprochen, der Khomeini nach Turin schafft, wo ihm der Prozeß gemacht werden soll. FUORI lehnt sich damit offenbar an die von Khomeini ausgesetzte Belohnung für die Ergreifung des Schah an.

Mit der Aussetzung einer Kopie auf Khomeini will FUORI nicht nur gegen die Schwulen-Unterdrückung im Iran protestieren, sondern alle Minderheiten des Iran im Kampf gegen einen streng religiös ausgerichteten Staat unterstützen.

Die Aktion von FUORI hat in der italienischen Linken und Schwulenbewegung heftige Diskussionen ausgelöst. Die einflussreiche Wochenzeitung „Lambda“ z.B. bezeichnete das Vorgehen von FUORI als „dumm und provokant“. Zum einen sei die Aussetzung von Kopien eine Methode der Polizei und repressiver Regime. Zum anderen gibt

„Lambda“ auch zu bedenken: „Auch wenn wir entschieden die Verhaftungen und Hinrichtungen verurteilen, die sich im Iran mehrfach gegenüber den Minderheiten ereignet haben, die sich nicht mit der islamischen Religion identifizieren, steigt uns doch ein Zweifel auf: Ist etwa Reza Pahlavi der FUORI die 1 Million Dollar gegeben, um Khomeini aus dem Weg zu räumen?“. Da, abgesehen von sonstigen Schwierigkeiten, kaum ein Tribunal gegen Khomeini in Italien stattfinden könnte, scheint der Vorschlag von FUORI eher symbolisch-provokant gemeint zu sein, um gegen die Schwulenverfolgung im Iran eine adäquate Reaktion zu setzen. Gegen eine solche nur symbolische Interpretation spricht allerdings, daß das Geld für die Kopie bereits gesammelt sein soll (aufgebracht von Schwulen in aller Welt) und der Vertreter von FUORI ausdrücklich sagte, es handle sich nicht um einen Scherz. (Nach „J manifestio“, 27.7.79).

„Saubere“ VVN

Im schwulen Journalist versuchte eine Mail beim Bundesrat, der VVN erlangte, ein Flugblatt zu verteilen, in dem er um Informationen über das Schicksal homosexueller KZ-Häftlinge bat. Die VVN antwortete wie so oft formal nur: „Bitte es Material dürfte verschüttet und ausgelegt werden. Ein Spruch der VVN meint nur, daß jeder überlebende Rsa-Winkel-Häftling seine Probleme in die politische Arbeit einbringen könne, aber man dürfe von der VVN nicht erwarten, daß sich auch noch dieser Menschen an sich auch noch dieser Menschen annehmen. Ansonsten passen wir nicht ins saubere Weltbild der VVN. Wir hoffen, daß es bald in der Hand mit dem schleimigen Wackel auf den Pfaden eines halbherzigen Antifaschismus hat.“

AG Schwule

Köln: Schwule planen Politikerbefragung!

In Anlehnung an eine erfolgreiche Veranstaltung der Westberliner AJA „Die politischen Parteien und die Homosexuellen“ (siehe hierzu auch AK 151) wollen die Kölner Schwulengruppen SAK und GLF eine solche am 21. September veranstalten. Anlaß: die bevorstehenden Kommunalwahlen am 30. September. Eingeladen sind Vertreter aller bürgerlichen Parteien, die DKP und die Bunte Liste Köln. Wir werden weiter darüber berichten.

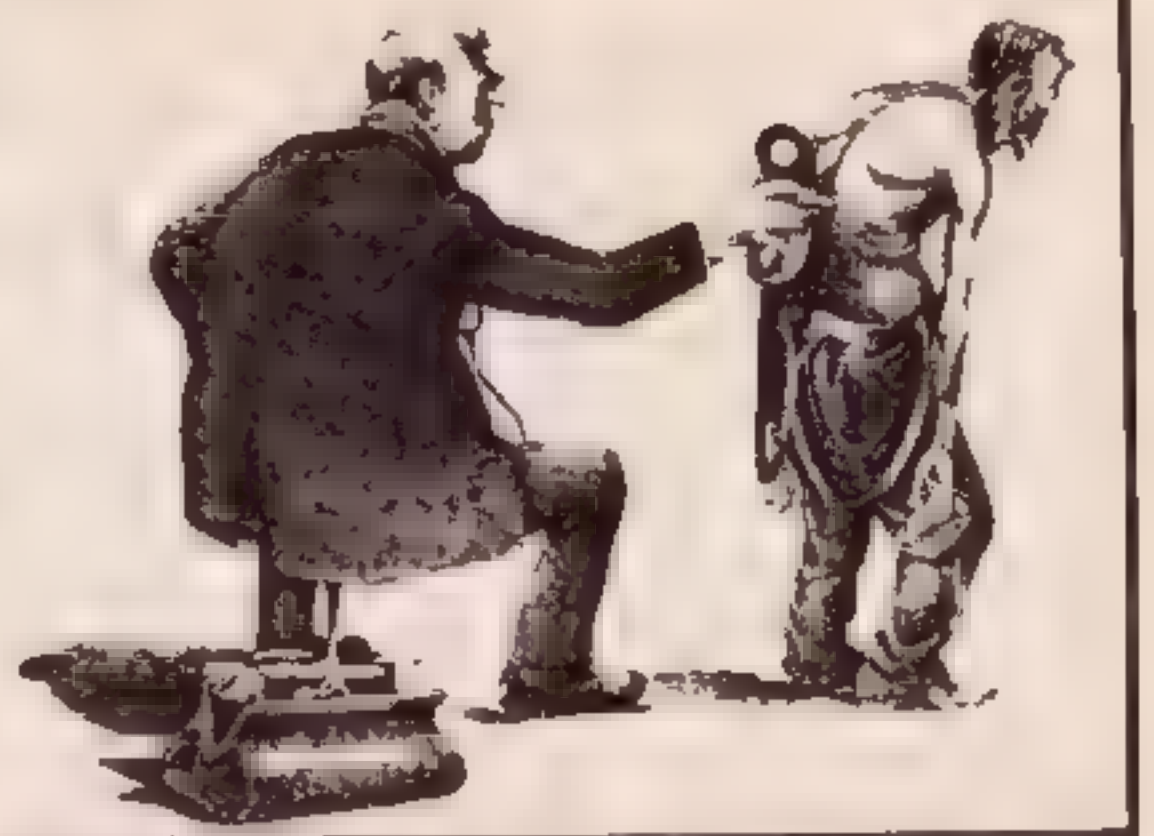
Schwuler Pastor klagt gegen Versetzung

Der homosexuelle Pastor Klaus B. der aufgrund seiner Homosexualität aus seiner Gemeindearbeit „entfernt“ wurde, hat gegen seine Versetzung an ein Priesterseminar nach Göttingen jetzt Klage gegen die niedersächsische Landeskirche beim Rechts Hof der Konföderation evangelischer Kirchen eingereicht. Wie wir bereits im AK 156 berichteten, hatte sich gegen diese Versetzung innerhalb seiner Gemeinde spontan eine Bürgerinitiative gebildet. Auf dem kürzlich stattgefundenen Kirchentag in Nürnberg konnten ca. 5000 Solidaritäts-Karten gegen die Versetzung von Klaus B. gesammelt werden.

Trotzdem will er nicht auf Weiterbeschäftigung in seiner Heimatgemeinde klagen, weil er dort keinerlei Unterstützung durch den Kirchenvorstand genießt. Ihm geht es jetzt zunächst darum, daß die niedersächsische Landeskirche ihm eine übergemeindliche Stelle oder eine Stelle in einer Gemeinde zuweist und generell darum, daß grundsätzlich festgestellt wird, daß die sexuelle Orientierung eines Pastors oder anderer Kirchenangestellten kein Grund zur Ablehnung darstellen darf. Wir berichten über diesen Fall weiter.

AG Schwule im KB

Wie geht's uns denn?



Landesregierung rechtfertigt menschenunwürdige Zustände

Das Sozialministerium der schleswig-holsteinischen CDU-Landesregierung hat nicht lange auf sich warten lassen, nachdem in einem Bericht der „Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie“ (DGSP) die Zustände in der Kinder- und Jugendpsychiatrie Schleswig-Holstein massiv angeklagt worden sind (siehe AK 158): Einige Kinder und Jugendliche sollen hier seit Jahren keine Sonne mehr gesehen haben! Ebenso wenig zurückhaltend haben sich die zuständigen Herren verhalten, sondern gleich ein ganzes Register teils unglaublicher Antworten und Maßnahmen gezogen.

Erwogen werden heute bereits Disziplinierungsmaßnahmen gegen einige Mitglieder der DGSP, Diplompsychologen, die in der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Schleswig arbeiten (nach „Pop und Politik“, NDR 28.7.). Hinsichtlich spürbarer Zustimmung, die die betroffenen Kollegen bereits bei vielen anderen Kollegen/innen gefunden haben, die allerdings noch nicht öffentlich geäußert worden ist, soll hier offensichtlich rechtzeitig einer möglichen Verbreiterung des Protests insbesondere fachlich kompetenter Kreise vorgebeugt werden. Indem auf die einschüchternde Wirkung gesetzt wird.

Dem Vorwurf der DGSP, es sei menschenunwürdig, daß viele geh- und bewegungsbehinderte Kinder seit Jahren keine Sonne mehr gesehen haben (sie werden in oberen Stockwerken verwahrt, wegen Personalmangel und fehlenden Fahrstühlen nicht ins Freie gebracht) bezeugte Fritz Beske, Staatssekretär im Sozialministerium, mit geradezu kinematischem Zynismus. Diese Kinder würden ohnehin „aus der Sonnenstrahlung einen therapeutischen Nutzen nicht ziehen“ (nach „Eckernförder Zeitung“, 21.7.).

Die Probleme dieser überaus angestrandeten Kinder (!) seien auch mit noch so hohem Personalaufwand nicht zu lösen“ („Eckernförder Zeitung“, 19.7.). So kommentierte das CDU-Ministerium den Vorwurf, Kinder müßten wegen akuten Personalmangels zum Teil aus Bett gefesselt, mit Psychopharmaka ruhiggestellt und in Zwangsjacken gesteckt werden. Wahren der Chef der Kinder- und Jugendpsychiatrie, Professor Dr. Meyerhoff, diese Praxis unter ausdrücklichem Hinweis „auf enorme Schwierigkeiten im Personalbereich und den Stellenplan, der einfach keine anderen Lösungen zulasse“ („Kieler Nachrichten“, 28.7.) zumindest noch bedauert, kann davon im CDU-Ministerium keine Rede sein. Hier werden Rechtfertigungen konstruiert. Diesen Kindern sei eben weil sie „zu Selbstverletzungen neigen und zum Zerschüttern des Mobiliars“, nicht anders beizukommen. Warum das so ist, ob nicht etwa die totale Isolation, die Massenverwahrung, die Reizarmut, die Zuneigungsbeschränkungen in Hesterberg die entscheidenden Ursachen sind, scheinen jene Herren sich gar nicht erst fragen zu wollen. Auch für den CDU-Sozialminister Braun steht fest, daß die Kinder in Schleswig-Holstein „nicht verwahrt, sondern nach den derzeitigen Erkenntnissen der modernen Kinder- und Jugendpsychiatrie behandelt werden.“ („Kieler Nachrichten“, 19.7.).

In dem Bericht der DGSP wird u.a. darauf hingewiesen, daß es keine eigene Station für suizidale, neurotische und psychotische Kinder und Jugendliche gibt (entsprechende Räume stehen seit Monaten wegen

Personalmangel leer!), Kinder und Jugendliche mit akuten Psychosen und Drogen- und selbstmordgefährdeten Jugendlichen werden in der Erwachsenenpsychiatrie verwahrt. Die Antwort des Ministeriums: „Wir sind eingebunden in die finanziellen Möglichkeiten des Landes“ („Eckernförder Zeitung“, 21.7.). Was allerdings davon zu halten ist, wird an der Tatsache deutlich, daß insbesondere in CDU-regierten Ländern entsprechende Initiativen, Selbsthilfeeinrichtungen zu schaffen, massiv unterdrückt werden (laut „Pop und Politik“, 28.7.).

Nicht weniger provokatorisch reagierte das Ministerium auf die dringende Forderung, umgehend rund 70 zusätzliche Planstellen für Hesterberg bereitzustellen: Ganze drei (!) Stellen sollen möglicherweise (!) zugewiesen werden („KN“, 28.7.). Und der Hinweis darf nicht fehlen: „Sozialminister Braun will seine besondere Aufmerksamkeit darauf verwenden, die gegenwärtigen Mängel zu beheben“ („J“, 21.7.).

Hier soll mit minimalen Mitteln verwahrt werden, in der Nazi-Zeit wurde „unwertes Leben“ (merke: „diese überaus aggressiven Kinder“) einfach ausgerottet – gewiß besteht ein Unterschied, aber wie groß ist er eigentlich? Und zu all dem Elend und den Leiden, das den Kindern zugefügt wird, kommt auch noch der Lohn. Originalton Sozialminister Braun: „In Hesterberg wird nach den derzeitigen Erkenntnissen der modernen Kinder- und Jugendpsychiatrie behandelt.“

KB/Gruppe Kie

„44 Stunden durcharbeiten ohne richtige Pause“

Duisburg Überall in der BRD herrschen in Krankenhäusern durch Stellenstreichungen, Einstellungstopps etc. katastrophale Bedingungen für Patienten und Mitarbeiter. Patienten müssen noch nachts zum Waschen geweckt, Kleinkinder sondiert werden, weil bei dem wenigen Personal keine Zeit zum Füttern bleibt. Wie es an einem Duisburger Krankenhaus aussieht, verdeutlicht ein Interview mit einer Kollegin in der „Neuen Arbeiterpresse“ (Nr. 137) aus dem wir zitieren:

BI für gemeinde-nahe Psychiatrie

In Bottrop hat sich eine Bürgerinitiative zur Erhaltung einer „Gemeinde-nahen Psychiatrie“ gebildet, nachdem bekannt geworden war, daß die sozial-psychiatrische Station am örtlichen Knappschafts-Krankenhaus geschlossen werden soll. Als Begründung für die Schließung wird Personalmangel angegeben, obwohl in der letzten Zeit wiederholt arbeitssuchende Krankenschwestern von der Leitung des Hauses abgewiesen wurden (am 30.6. wurden in NRW 8973 Arbeitslose im Gesundheitsbereich registriert). Für die Patienten bedeutet das: Sie müssen in die schon ohnehin überfüllten Abteilungen in Essen und Dortmund verlegt werden. Die Bürgerinitiative plant Informationsveranstaltungen und eine Podiumsdiskussion, damit der Krankenhausträger die Schließung nicht in aller Stille durchziehen kann. (nach „Die Neue“, 20.7.79).

Gesundheitskommission

„Mir ist es passiert, daß ich Donnerstag morgens um halb acht zum Dienst gekommen bin und Bereitschaftsdienst von Donnerstag auf Freitag hatte. Wir haben also Donnerstag halb acht angefangen, dann habe ich um fünf Uhr meine erste Pause gemacht, dann ging es weiter die ganze Nacht durch, da war ich mal für eine halbe Stunde zu Hause, dann kam der Anruf nachts um zwei Uhr, es ging weiter und wir haben aber bis halb vier im OP gestanden und gewartet, bis der Patient überhaupt kam.“

Dann haben wir bis morgens um zehn Uhr durchoperiert. Dann sind wir beiseite gegangen, haben uns hingesetzt und haben gewartet. Ihr könnt machen was ihr wollt, wir frühstücken jetzt. Wir haben eine Stunde gefrühstückt, und dann ging es durch bis Freitag nachts um zwölf Uhr. Ohne Pause.

Das waren also 44 Stunden ohne

Pause. Ohne richtige Pause, ohne mal ein Bett gezogen zu haben. Ich habe wohl einmal mit einem Bett geliegt, und schon kam der Anruf und ich mußte wieder weiterarbeiten.“

Eine weitere skandalöse Sache ist, daß an dieser Klinik von 32 Schwesternschülerinnen nur ganze fünf (!) übernommen wurden. Dabei sind aber zwei Stationen – angeblich aus Personalmangel geschlossen worden. Die 70 bis 80 betroffenen Patienten wurden auf andere Stationen verlegt, das Personal der aufgeschütteten Stationen im ganzen Haus verteilt oder entlassen.

Nach einem Bericht der Deutschen Krankenhausgesellschaft fehlen in der BRD im Jahr 1985 nicht weniger als 32.000 Arbeitskräfte im Krankenpflegebereich. Diese Zahl ist berechnet auf der Grundlage eines Pflegestandes wie im Jahre 1969 („FAZ“, 16.5.79). Gesundheitskommission

Schwerpunktmäßige Berichte über die Situation in der Krankenpflegeausbildung, Frauen im Gesundheitswesen, fortschrittliche Initiativen in der Krankenpflege, Betriebsrats- und SV Arbeit, wichtige gesellschaftliche und gesundheitspolitische Themen, die Arbeitssituation in den Betrieben

zu bestellen bei:
INITIATIVE Redaktionskollektiv
Postlagerkarte A 051507
1000 Berlin 27

Initiative

Leitung für Menschen das für Krankenpflege

Nr. 1 Juni'79 dm 1,50



Italien

Wir stellen vor: Partito Radicale

Am 12.7.79 hatten wir Gelegenheit auf Einladung der Partito Radicale in Rom mit den Genossen Andrea Steiner, Francesco Tullio und Claudio Jaccarino (Mitglied im nationalen Sekretariat der PR) ein längeres Interview zu führen, das wir hier leicht gekürzt wiedergeben. Wir haben es dabei nicht als unsere Aufgabe betrachtet, die zahlreichen Widersprüche zwischen uns und der PR zu diskutieren, sondern die PR und ihre Politik, die hierzulande kaum bekannt ist, vorzustellen. Auf diesem Wege auch einen herzlichen Dank an die PR-Genossen für die offene und solidarische Art, mit der sie unsere Fragen beantwortet haben!

Ra., Gg., Jü (KS Gruppe Hamburg)

Vorbemerkung

Die Partito Radicale hat in den letzten Parlamentswahlen erheblich an Stimmen gewonnen: Mit 3,4 % gegenüber 1,1 % (1976) gelang es ihr, 20 Abgeordnete ins italienische Parlament zu bekommen. Sie ist zu einer der wichtigsten Organisationen der italienischen Linken geworden. Die PR bezeichnet sich selber nicht als rein italienische Partei. Sie hat die Vorstellung, sich im europäischen Rahmen zu organisieren. Zwar ist sie in Italien gegründet worden und hat dort auch ihre stärkste Basis, aber kleinere Sektionen existieren auch in Frankreich und Belgien, assoziierte Mitglieder gibt es in allen westeuropäischen Ländern. Die PR unterhält einen eigenen Radiosender und eine Presseagentur.

Einheit - Alternative - Erneuerung

Frage: Die Partito Radicale (PR) unterscheidet sich im Aufbau sehr stark von den herkömmlichen Parteien. Können Sie etwas Genaueres dazu sagen und wo definiert Sie selbst Ihren politischen Standort?

Antwort: Die PR hat sich von Anfang an als eine linke Partei herausgebildet und die Hauptpunkte, für die sie schon damals als kleine, völlig unbedeutende Partei gekämpft hat, waren die Einheit, die Alternative und die Erneuerung der Linken. Einheit bedeutet dabei nicht Einheit im ideologischen Sinne, sondern Einheit bezüglich der kämpferischen Alternative bezüglich des Kampfes, sondern Einheit bezüglich der kämpferischen Alternative bedeutet, daß sich die Linke in Italien gemeinsam als Alternative gegen die rechten Kräfte in der Regierung (DC) stellt. Erneuerung bedeutet für die italienischen Radikalen im strukturellen Sinne nicht eine zentralistische Organisation, sondern eine föderalistisch-regional organisierte Linke, die ihre Wurzeln in den libertären Sozialisten und den italienischen Anarchisten hat.

Trotzdem haben wir uns entschlossen, uns eine Partei zu nennen, und zwar wollen wir dem Begriff der Partei eine neue Bedeutung geben: „Partei“ im Sinne von Partei nehmen, Stellung nehmen. (...) Aber im Grunde genommen ist die PR eine Bewegung. Es gibt jedoch eine politische Struktur, eine Art Parteistruktur, die aber ihren Kern in den jeweiligen regionalen Bewegungen hat. Die Genossen, die in der Partei arbeiten, arbeiten z.B. nur für ein Jahr (genannt sind die Funktionäre — AK). Jährlich finden zentrale Kongresse statt, an denen alle eingeschriebenen Mitglieder aus Italien und aus Westeuropa teilnehmen und zu Wort kommen können. Man kann also sagen, die PR veranlagt zwei Tendenzen: Die eine ist die außerparlamentarische Tendenz, die außerinstitutionelle Tendenz; die andere eine organisierte, institutionalisierte Tendenz. Es gibt einen Kongress, es gibt einen Parteisekretär, es gibt einen Kassenschatz usw.

Die Organisation besteht im nationalen Kongress, der die jeweiligen Kämpfe beschließt, die vorangetrieben werden müssen. Und zwar sind dies immer nur ein oder zwei große Initiativen, die auf nationaler Basis von allen Mitgliedern betrieben werden. Unabhängig davon und die regionalen, föderierten Verbände, die ihre eigenen, regionalen Kämpfe und Initiativen vorantreiben können, ohne dem nationalen Kongress Rechenschaft schuldig sein zu müssen.

Frage: Könnte man also Parallelen ziehen zum Aufbau der Buntten und Alternativen Listen in der Bundesrepublik?

Antwort: Ohne weiteres! Es gibt manche Sachen, die man vergleichen kann, es gibt aber auch einige Unterschiede. Erstens haben wir ein Statut, das garantiert, daß die Organisation nicht zentralisiert werden kann. Es sind die Bündnisse und die Basisorganisation, die die Partei aufbauen. Es ist garantiert, daß sich keine feste Spitze aufbauen kann. Das haben die Buntten Listen bisher nicht. (...)

Frage: Aufgrund Ihres Parteaufbaus, aufgrund des Vorwurfs, in der PR würden ehemalige Reaktionen miteinbehalten, bezeichnet Euch vor allem die PCI als kleinbüderlich-reaktionäre Bewegung, verbunden mit dem Vorwurf der Programmlosigkeit, keine Klassenpartei des Proletariats zu sein, u.d. Wie steht Ihr dazu, und wie steht Ihr unter diesem Gesichtspunkt auch die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit der PCI?

Antwort: Unsere Kämpfe und nicht unsere Ideologie entscheiden unsere Klassensolidarität. Unsere Kämpfe wie z.B. für die Legalisierung der Abtreibung und der Ehescheidung sind auch des Antimilitarismus sind ja im Grunde genommen Kämpfe der Linken, in dem Sinne sind es Kämpfe, die ohne weiteres Klassenkämpfe sind... Die Polemik zwischen PCI und PR hat ihren Ursprung auch in der Angst von Seiten der PCI, weil eben die Kämpfe der PR auch Kämpfe der Linken sind, die letzten Wahlen haben gezeigt, daß viele PCI-Wähler PR gewählt haben. Das geht aus der Wahlanalyse hervor.

(...) Die gegenwärtige Abgeordnetengruppe (20 Abgeordnete) im Parlament besteht aus zwei Genossen von Lotta Continua, drei Ex-PCIlern, zwei Ex-PSI Abgeordneten. Das wäre im Grunde ein Mikrokosmos. In der Vorstellung entspricht, die wir in Zukunft realisieren wollen, also eine Einheit der Linken.

Frage: Es ist uns berichtet worden, daß Anwälte der PR in der Vergangenheit ihre Kraft auch dafür eingesetzt haben, Faschisten zu verteidigen. Geriet Ihr damit nicht in Widerspruch zu Eurer fortschrittlichen Anspruch? Hat das keine Probleme innerhalb der Partei aufgeworfen? Wie hat die italienische Linke darauf reagiert?

Antwort: Wir sind für den Rechtsstaat und das bedeutet, daß die Anwälte jeden verteidigen müssen. Zweitens haben unsere Anwälte Ventura (ital. Faschist und Mitverantwortl. für die Bombe in der Mianer Landwirtschaftsbank 1969 — AK) im Fall des „Strage“-Attentats verteidigt gerade um die Beziehung zwischen Staat und SID (italienischer Geheimdienst — Anm. AK) klar und offensichtlich zu machen. Die Verteidigung wurde dann fallengelassen, weil der Pakt von Ventura nicht eingehalten wurde und er nicht gesagt hat, was er hätte sagen müssen. (...) Wir waren immer gegen eine gewisse Art von Demonstration, wie sie von Lotta Continua und den kleinen linken Organisationen vorangetrieben wurde, aus dem einfachen Grund, weil wir nicht an die Möglichkeit glaubten auf diese Art zum Erfolg zu gelangen. Diese Art der Demonstration — hart und kämpferisch — in denen ein Faschist, ein konkreter Mensch zählen mußte, indem man ihn dann zusammengeschlagen hat. Dagegen sind wir nicht nur weil wir gewaltfrei sind, sondern auch, weil das für uns praktisch politisch falsch war.

Für uns wird der Faschismus nicht vertreten durch den kleinen einzelnen Anhänger der MSI, sondern er ist ein Staatsfaschismus, hauptsächlich vertreten durch die DC. Es ist nicht unser Interesse gegen den einzelnen faschistischen Militanten zu kämpfen, sondern gegen diesen Staatsfaschismus (...). Es gibt in Italien die Tendenz, den kleinen Faschisten nicht sprechen zu lassen. Die PR hat das immer als kindisch empfunden, denn in Italien wird der wirkliche Faschismus durch den Staat und die DC vertreten. Man muß dazu erklären, daß dieser Antifaschismus in Italien einfach eine große Sache geworden ist: alle haben den Mund voll mit Antifaschismus und das ist durch die Kämpfe der Neuen Linken gekommen. Jetzt sagt sogar die DC, sie sei antifaschistisch.

(...) In Mailand gab es zwischen Linken und Rechten eine Auseinandersetzung, wo jeder verhindern wollte, daß der andere zu Wort kommt. Da gab es sinnloses Hinmorden. In diesen dunklen Monaten hat die PR Tische aufgestellt, um gegen das „legge reale“ (ital. Polizeistaatgesetz — AK) Unterschriften zu sammeln und zu demonstrieren, daß der reale Faschismus der Staatsfaschismus ist.

Frage: Wie steht Ihr die Zusammenarbeit mit den anderen Linken, zum Beispiel NSU oder PdUP. Gibt es da Verbindungen, eventuell Doppelmitgliedschaften?

Antwort: Die Möglichkeit einer Doppelmitgliedschaft besteht natürlich. Außerdem gibt es seit 1974 die Zusammenarbeit zwischen Linken und der PR auf der Basis der konkreten Kämpfe, in diesem Fall der acht Referenden, aber nicht im ideologischen Sinn. Eine Debatte auf ideologischer Basis besteht immer, z.B. mit Lotta Continua hat sich das konkretisiert, dieser Meinungsaustausch dauert schon Jahre an. Er hat sich konkretisiert, indem jetzt zwei Lotta Continua-Genossen mit der PR im Parlament sitzen (in der Fraktion der PR — Anm. AK). Wir haben die „legge reale“ zusammen bekämpft, d.h. auf konkreter Ebene. Bei uns sind auch Kommunisten der verschiedenen Gruppen.

Seit 1976 waren vier Abgeordnete der PR im Parlament und sechs der DP (Democrazia Proletaria). Es muß aber gesagt werden, daß es in den konkreten Kämpfen weniger eine Allianz zwischen unseren Gruppen gab, als zwischen der PR und Massimo Goria sowie Mino Pinto. (Die DP war damals die gemeinsame Organisation der PdUP, Lotta Continua und Avanguardia Operaia; G und P waren Abgeordnete der DP — Anm. AK)

„Das ist, was wir „Germanizzazione“ nennen.“

Frage: Nach dem Tod Moros, nach den polizeistatistischen Maßnahmen, die darauf folgten, ist die italienische Linke insgesamt in eine tiefe Krise geraten. Die Tendenz zu individuellen Lösungen, sei es der Rückzug aus der Politik, sei es der individuelle Terrorismus, ist sehr stark geworden. Wo steht Ihr die Ursachen dieser Entwicklung, und inwieweit seid Ihr selber betroffen?

Antwort: Was uns von den anderen Linken unterscheidet und unterstreichen hat, war das Problem der Gewaltanwendung und der Gewaltfreiheit. Es bestand eine theoretische Auseinandersetzung theoretisch deswegen, weil Gruppen wie z.B. Manifesto zwar für eine Gewaltanwendung waren — im theoretischen Sinne in der Revolution, wie in der Praxis aber nie angewandt. Es waren immer gewaltfreie Demonstrationen (...). Die Gegensatz zwischen der bewaffneten Partei (partito armato) und der gewaltfreien Partei, die gab es schon vor dem Tod Moros. Sie sind nur durch den Fall Moro völlig zum Ausdruck gekommen. Die PR muß dazu sagen, daß sie nicht in der Lage war, die Moral der Gewaltfreiheit bei dieser Gelegenheit genügend zu problematisieren, zu zeigen, daß sie die einzige Alternative zu bewaffneter Partei war. Die bewaffnete Partei, und alle Genossen, die sich zum Terrorismus bekennen. Nach der Affäre Moro, als jeder die Entscheidung für oder gegen die bewaffnete Partei zu treffen hatte, haben sich viele zurückgezogen in das Privatleben und hatten auch keine Ziele mehr. Das auch, weil wir es nicht fertiggebracht haben, die gewaltfreie Aktion als Instrument zur Opposition — dem Nicht-einverständnis mit dem Staat — zu propagieren.

Es ist das Ziel der PR, der radikalen Politik, diese Leute, die diesen Rückschlag erlebt haben, die sich nicht mit der bewaffneten Partei identifizieren, die also anders agieren wollen, diese Leute davon zu überzeugen, daß man auch aktiv Politik machen kann, ohne zu bewaffneter Partei überzugehen, daß eine gewaltfreie Politik, eine gewaltfreie Aktion die große Alternative ist.

Frage: Also die Krise der Linken in Italien ist für Euch in erster Linie die Krise der politischen Taktik, des poli-

tischen Programms der Organisationen, also der Zusammenbruch der revolutionären Ideologie innerhalb der Linken. Ist es nicht auch so, daß die Aktionen des Staates gegenüber den Linken ganz erheblich dazu beigetragen haben?

Antwort: Ja, das ist wahr. Es gibt im Grunde genommen drei Alternativen. Die bewaffnete Partei, Mitgliedschaft in der PCI oder die direkte Aktion, wie sie im Augenblick nur die PR bieten kann.

Frage: Es gibt eine Reihe von Organisationen in Italien, die die Politik des individuellen Terrors vertreten, z.B. die Brigate Rosse. Wie steht Ihr zu diesen Organisationen, und vor allem: Wie steht Ihr die „Sonderabteilung“ mit den politischen Gefangenen? In der Bundesrepublik bekommt ein Teil der linken starke Hausarresten, wenn es darum geht sich mit den politischen Gefangenen zu solidarisieren, gegen deren Haftbedingungen zu protestieren usw.. Diese Leute halten die Distanzierung für den besten Garant des eigenen politischen Überlebens und betreiben damit objektiv das Geschäft der Gegenseite.

Antwort: Das ist, was wir in Italien „Germanizzazione“ nennen, also Verdeutschung der lucigenen Verhältnisse! Wir bewegen uns im Rahmen des Rechtsstaates, weil wir immer den Rechtsstaat verteidigt haben, auch gegenüber denen, die sich nicht in diesem Rechtsstaat erkennen. So ist es auch zu erklären, daß wir andauernd Abgeordnete und Mitglieder der Partei zu den Verhafteten des 7. April schicken, also zu Negri usw., um zu garantieren, daß die Verfassung, die wir verteidigen, auch in all ihren Klauseln zum Schutz der Gefangenen angewandt wird.

Zum Beispiel kennzeichnend ist, daß wir eine Verhaftung und einen Hausarrest als Abweisung des Staates abgelehnt, also nicht aufgrund einer Meinung. In diesem Sinne sind wir auch für Meinungsfreiheit der Festungen, z.B. Metropolis oder anderen, die zum Terrorismus neigen oder die sogar offen für den Terrorismus eintreten. Es geht also nicht darum moralische Linsen zu fälschen, sondern, wenn ein Urteil gefällt wird — ein konstitutionelles, legales Urteil — dann nur aufgrund von Fakten, für Verbrechen, die begangen worden sind.

Erfolge bei den Wahlen

Erfolge bei den Wahlen

Frage: Die PR hat bei den Wahlen im Juni erhebliche Einbußen erlitten, die PR dagegen verhältnismäßig viel dazugewonnen. Braucht Euch eine allgemeine Analyse des Wahlergebnisses geben, welche Schlussfolgerungen zieht Ihr daraus?

Antwort: Das Resultat dieser Wahlen darf nicht als einzelnes Resultat gesehen werden. Es ist die Entwicklung eines langjährigen Kampfes, der schon 1976 begann, mit den vier radikalen Abgeordneten und den sechs der DP (...). Die Stimmen, die den Anteil der PR verdreifacht haben, das sind die Stimmen, die von den Kommunisten und Sozialisten kommen. Das sind die Stimmen, die der PCI verlorengegangen sind. Das bedeutet aber nicht, daß die PR in ihrer Parteistruktur nun zu einer kommunistischen Partei wird, sondern sie bleibt eine radikale Partei und behält ihr außerparlamentarisches Engagement. Das Ziel ist die Einheit der Linken aufzubauen. Anzeichen sind schon gegeben, daß durch daß die nächsten Nummer der „Rinascita“ — das ist das wöchentlich erscheinende theoretische Organ der PCI — sich ganz den Radikalen widmet. Und zum ersten Male seit 25 Jahren können radikale Intellektuelle in der „Rinascita“ schreiben. Bis zu den Wahlergebnissen waren wir gewissermaßen die Juden der Linken — gefürchtet und schlecht angesehen. Wenn jetzt Craxi (PSI-4. bei Anm. AK) hierher kommt und mit Jean Fabre (PR) spricht — das hat er schon gemacht und wird es wieder tun — so soll das nicht bedeuten, daß wir unsere politische Persönlichkeit verlieren und eine institutionalisierte Partei werden, ganz im Gegenteil.

Noch eine kleine Anmerkung. Die Abgeordnetengruppe im Parlament darf vom Staat her nicht parteigebunden sein, sie ist unabhängig von der Partei.

Frage: In dem Zusammenhang gleich die nächste Frage. Ihr seid zur Parlamentswahl im Juni angetreten mit der Forderung einer Linksregierung unter Einschluss von PSI und PCI. Wie beurteilt Ihr jetzt, angesichts des Wahlergebnisses auf der einen Seite und angesichts der Beauftragung von Craxi mit der Regierungsbildung auf der anderen Seite, die Möglichkeit einer Realisierung dieser Forderung, und wie beurteilt Ihr die Diskussion, die in der PCI zur Zeit um die Frage der Strategie des „historischen Kompromisses“ geführt wird? Glaubt Ihr, daß die PCI ihre Position der Unterstützung der DC z.B. relativieren könnte?

Antwort: Alle diejenigen Regierungsprojekte (der PCI — Anm. AK), die die Democrazia Cristiana miteinbezogen haben, haben sich aufgelöst, und das liegt einfach daran, daß man eine solche große Koalition nicht realisieren kann. Das ist ein Punkt, den wir ganz drastisch kritisieren, und sobald die PCI sich wieder einer solchen Politik nähern wird, werden wir auch wieder unsere ganze Polemik darauf ausrichten. Es handelt sich für uns jetzt nicht darum, vom Programm her zu sagen, wir werden eine vereinigte linke Regierung unterstützen; das geht schon zahlenmäßig nicht (wir müßten dann Republikaner und Liberale gleichermaßen miteinbeziehen), sondern es handelt sich darum, jetzt die konkreten Objekte zu bestimmen, in denen wir zusammenarbeiten könnten. Nur wenn die Parteien zu diesen konkreten Zielen Stellung bezogen haben, kann man auch über ein Zusammengehen der Linken (im Parlament — d. Verf.) sprechen.

Frage: Was sind das für konkrete Ziele?

Antwort: Abrüstung, Umwandlung der Metropolis in ein Gefängnis, und nicht in ein Arbeitslager, die „Germanizzazione“ (d.h. daß 2 % der Steuerentnahmen dazu benutzt werden, um Dinge wie z.B. das Wohnungproblem lösen zu helfen. Diese Forderungen würden wir zur Bedingung einer politischen Allianz machen.

Frage: Warum habt Ihr Euch an den Wahlen zum Europaparlament beteiligt?

Antwort: Wir glauben ganz einfach daran, daß man ein europäisches Parlament anbauen kann, aber dann natürlich auf einer anderen Basis. Wir glauben ferner, daß man alle Mittel natürlich auf einer anderen Basis. Wir glauben ferner, daß man alle Mittel nutzen muß, um den Kampf inner- und außerparlamentarisch weiterzubringen; diese Möglichkeit nicht auszunutzen, hätte geheißen, eine Gelegenheit zu verpassen. Das europäische Parlament hätte sich auf jeden Fall gebildet — ob mit oder ohne uns, und daß sich jetzt eine linke Opposition im Europaparlament bilden kann, ist der Anfang einer realen Opposition, die natürlich durch die Information dient: So können wir innerhalb des europäischen Parlamentes anklagen, daß es eine Fälschung ist. Ohne diese Opposition wäre das Europaparlament leichter in die öffentliche Meinung gedrungen als etwas, was es nicht ist. Ferner werden wir gleichzeitig das Europaparlament dazu nutzen, um unsere Kämpfe voranzutreiben. Es ist somit ein Kampf von innen her, den wir führen, und nicht nur von außen.

Frage: Zum Schluß dieses Komplexes vielleicht noch eine Frage zu Eurem Verhältnis von parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit. In der BRD wird z.B. der Aufbau alternativer Wahlbündnisse von Teilen der Linken mit der Begründung abgelehnt, daß diese Listen durch ihre Wahlteilnahme zu Teilen eines Apparates würden, den man ja eigentlich bekämpft, daß von daher die Gefahr der Korruption besteht usw.

Antwort: Hier liegt ein ganz realer, konkreter Unterschied zwischen uns und gewissen Linken. Wir kämpfen nicht gegen die Institution an sich, gegen die Verfassung, gegen den Legalismus, sondern wir kämpfen gegen die augenblickliche Verfassung, gegen den augenblicklichen, korrupten Legalismus. Wir sind im Unterschied zu den Anarchisten nicht für eine Abwesenheit aller Gesetze, sondern wir sind für Gesetze, die das Verbotene verbieten (...).

Fortsetzung von Seite 34

Atomenergie: Die Gewalt steht auf Seiten des Staates

Frage: Vor einigen Jahren noch war die Anti-AKW-Bewegung in Italien nur sehr schwach entwickelt. Mittlerweile hat sich die Situation geändert. Können Sie uns etwas sagen zum Stand des Atomprogramms in Italien und zur Situation des Widerstandes?

Antwort: Die Anti-AKW-Bewegung gab es in Italien aus dem einfachen Grund bis jetzt nicht, weil wir keine Atomkraftwerke hatten, abgesehen von drei winzigen kleinen, experimentellen Kraftwerken, die 1963 gebaut wurden. Das erste große AKW (1.900 MW) bei Caorso an der Po-Mündung ist erst vor einigen Monaten in Betrieb genommen worden. Seit 1975/76 wurde ein Energieplan entwickelt, der den Bau von 20 Atomkraftwerken in Italien innerhalb der nächsten zehn Jahre vorsieht. Gleichzeitig hat sich auch die Anti-AKW-Bewegung entwickelt, vorangetrieben durch Lotte Continella, Autonoma Operaia und die Radikalen. Wir bewegen uns dabei auf unserer traditionellen Ebene, indem wir sagen, daß wir jetzt ein Referendum, eine Volksabstimmung machen wollen, mit dem Ziel, auch hier zu dezentralisieren: Der Staat darf nicht bestimmen, wo und wie Atomkraftwerke installiert werden, das muß auf provinzieller Ebene entschieden werden, abgesehen natürlich von dem totalen Anti-AKW-Kampf, den wir auf nationaler Ebene und regionaler Ebene führen. Die Volksabstimmung darf in diesem Sinn auch nicht auf nationaler Ebene vorangetrieben werden, sondern auf regionaler, weil die Regionen eben die Betroffenen sind. In Piemonte und in der Lombardei sind von den Radikalen und von Capanna (ehemaliger Studentenführer - AK) bereits Unterschriften gesammelt worden für die Volksabstimmung gegen den Bau von Atomkraftwerken. Wir konnten in diesem Jahr die Stimmen für die Volksabstimmung nicht weiter einsammeln, weil es Wahlen gab - es gibt da eine Klausel, daß man im Wahljahr keine Stimmen für Referenden sammeln darf. Und es gibt eine Klausel, die gegen den Bau von Atomkraftwerken eines der vielen Referenden ist, die wir für das nächste Jahr programmiert haben (z.B. ein neues Referendum für die Abtreibung ein Referendum gegen die Militärgerichtsbarkeit, gegen die Jagd, ein Referendum gegen gewisse Eigenschaften der italienischen Nationalgarde, gegen die Bewaffnung und für die Reform und die Verwirklichung der Polizei und der Justiz).

Frage: Es hat 1976 in Montalto di Castro eine Platzbesetzung gegeben. Können Sie etwas sagen zu den Aktionsformen des Anti-AKW-Kampfes und wie steht Ihr angesichts Eurer Unmöglichkeit des Antifortschrittskampfes und wie steht Ihr angesichts Eurer prinzipiellen Linie der Gewaltfreiheit zur Frage des militärischen Widerstandes gegen die Angriffe des Staatsapparates und der Polizei?

Antwort: Die Besetzung der Montalto di Castro-Gebiete ist von der PR (im Leben gerufen worden, das ist eine Aktionsform, die wir auch weiterhin betreiben werden. Unsere Gewaltfreiheit ist nicht nur eine moralische, sondern auch eine rein pragmatische. Um so gewalttätiger die Demonstrationen sind, umso mehr fordern sie die Reaktion der Polizei heraus. So überlegen wir uns, eine alternative Art der Demonstration wahrzunehmen. Wir akzeptieren die Provokationen der Polizei nicht. Wir gehen davon aus, daß der Staat gewalttätig ist - die Polizei gebraucht gerne Gewalt. Wir dürfen ihr keine Möglichkeit geben, diese Gewalt anzuwenden, denn das geht alles zu unseren Ungunsten. Wir leben nicht mehr im 18. Jahrhundert und wir haben keine Möglichkeit, mit unserer Gewalt die Gewalt des Staates zu überwinden. Wir haben unser Recht auf Demonstration, da wir aber der Meinung sind, daß es keine Möglichkeit gibt, gewaltvoll die Gewalt des Staates zu brechen, haben wir uns andere Aktionsformen ausgedacht. Wir machen jeden Tag, jede Woche gewaltfreie Aktionen, die manchmal durch die Presse gehen, manchmal nicht. Durch unsere Aktionen konnten wir zeigen, daß die Gewalt ausschließlich auf Seiten des Staates steht. (...) Wo wir uns am meisten von den anderen unterscheiden, ist gerade im Gebrauch oder Nichtgebrauch von Gewalt. Wenn wir einen Kampf durchführen, einigen wir uns mit jedem, der mit den Zielen einverstanden ist - was wir aber verlangen, das ist die Gewaltfreiheit. Wir arbeiten mit Gruppen, die Gewalt theoretisieren - das machen wir gern und oft - aber wenn wir einen Kampf zusammen durchführen, dann muß er gewaltlos sein. (...)

Hohe Haftstrafen gegen korsische Nationalisten

Während der 22tägigen Prozeßdauer gegen 21 Mitglieder der „Nationalen Befreiungsfront Korsikas“ (FLNC) ist die Mittelmeerinsel Gegenstand zahlreicher Presseberichte gewesen.

Die Anklage

Bereits seit über einem Jahr sitzen die FLNC-Mitglieder in verschiedenen französischen Haftanstalten. Seit dem 14. Juni 1979 wird ihnen der Prozeß gemacht. Sie sind angeklagt wegen eines Anschlages auf den Luftwaffenstützpunkt von Fort-Lacros in der Nacht vom 25.-26.3.77, wegen eines Bombenanschlages auf den Fernsehsender von Serra di Pigno im August 1977, wegen drei Attentaten auf Nebenstraßen bzw. Bahnhöfen der französischen Eisenbahn (SNCF) in der Pariser Region, wegen zahlreicher Attentate auf Korsika gegen Einrichtungen des französischen Kolonialismus (Banken, Feriesteditionen, Touristikbüros etc.) - oder auch wegen bloßer Mitgliedschaft in der FLNC.

Die Prozeßführung oder die Angeklagten machen dem französischen Kolonialismus den Prozeß

Trotz ständiger Interventionen des Gerichtspräsidenten Allaier und zweifelhafter Interpretationen des Generalstaatsanwalts Olivier, die darauf abzielten, die Angeklagten zu „individualisieren“ und sie zu zwingen, nur ausschließlich zu den Anklagepunkten Stellung zu nehmen, gelang es den FLNC-Genossen, zu Prozeßbeginn eine gemeinsame Erklärung zu verlesen. In dieser nahmen sie kollektiv die Verantwortung aller Aktionen der FLNC auf sich, prangerten die 200-jährige Kolonialherrschaft an und zeigten die Geschichte des Widerstands des korsischen Volkes bis in die Gegenwart auf. Während des Prozeßverlaufs gingen die einzelnen Angeklagten nicht auf die jeweils ihnen zur Last gelegten Attentate etc. ein, sondern zeigten - einer nach dem anderen - die verschiedenen Ursachen auf, die zwangsläufig zur Gewalt führen müssen.

Beispielsweise nahmen P. Anziani und P. Lorenzi die wegen des Versuchs eines Bombenanschlages auf die Villa des Präsidenten in Bonn angeklagten Stellung. Diese Anklage gegen Adalberto und das korsische Volk in Arbeitslosigkeit auf, die es haben die u.a. durch es steht, daß Franzosen sich auszugelassen bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst.

Der Angeklagte Panerazi zeigte den öffentlichen Dienst. Der Angeklagte Panerazi zeigte das Problem der Entwicklung der Insel auf 100.000 Korsen und auf grund fehlender Arbeitsmöglichkeiten gezwungen, ins Exil zu gehen seit 1945 verlassen jährlich 3000 Korsen ihr Land. Dagegen sind allein von 1968 1975 42.380 Fremde (28.660 Franzosen und 13.720 Ausländer) nach Korsika eingewandert. D.h., es besteht die Gefahr, daß das korsische Volk in seiner Heimat in der Minderheit sein wird. So prognostiziert auch das „Hudson Institut“ in einer unter Verschluss gehaltenen Studie: „Das korsische Volk wird verschwinden wie die Buons und Adler der USA“ (Liberation, 21.6.79).

Ein weiterer Angeklagter legte das korsische Landwirtschaftsproblem dar. Heute teilen 161 Nicht-Korsen 34.600 Hektar des Wein- und Zitrusfruchtanbaus unter sich auf, während 6.000 korsische Bauern 29.000 Hektar zur landwirtschaftlichen Nutzung übrigbleiben. 90% der Einnahmen aus der Landwirtschaft entgehen den zahlreichen korsischen Kleinbauern. „Alles das schloß dieser Angeklagte „für vom französischen Kolonialismus gewollt, programmiert worden und aus diesem Grund kämpfen wir, um unser Land und unseren Reichtum wiederzubekommen“ (Liberation, 21.6.79).

Nicht der Hergang des Attentats auf den Fernsehsender wurde von einem weiteren Angeklagten dargestellt, vielmehr die Gründe, die dazu geführt haben. „Dieser Sender überträgt unseren ganzen Land die französische Kultur. D.h. alles, was unsere Identität zerstört. Kein Platz wird unserer Sprache und Kultur eingeräumt.“ Das korsische Volk will, daß Korsisch als obligatorische Sprache in den Schulen gesprochen wird, fordert eine eigene Universität. („Liberation“ 22.6.79).

Im Prozeßverlauf wurden noch eine Reihe anderer korsischer Probleme der Öffentlichkeit deutlich gemacht, u.a. der Wahlbetrug und die Herrschaft der Familienclans über das gesamte politische Leben.

Die Urteile

Am 11.7.79 wurden äußerst harte Urteile gegen die 21 FLNC-Angeklagten gefällt: Lorenzi, Roesch und Faldori wurden zu 13 Jahren Zuchthaus verurteilt. 8 Angeklagte erhielten Haftstrafen von 8 und 10 Jahren, die anderen Angeklagten 5 und 6 Jahre Haft. Drei Angeklagte wurden freigesprochen.

Gleich nach der Urteilsverkündung erhob sich das Publikum und stimmte zusammen mit den verurteilten Genossen und deren Rechtsanwälten das revolutionäre korsische Volks-

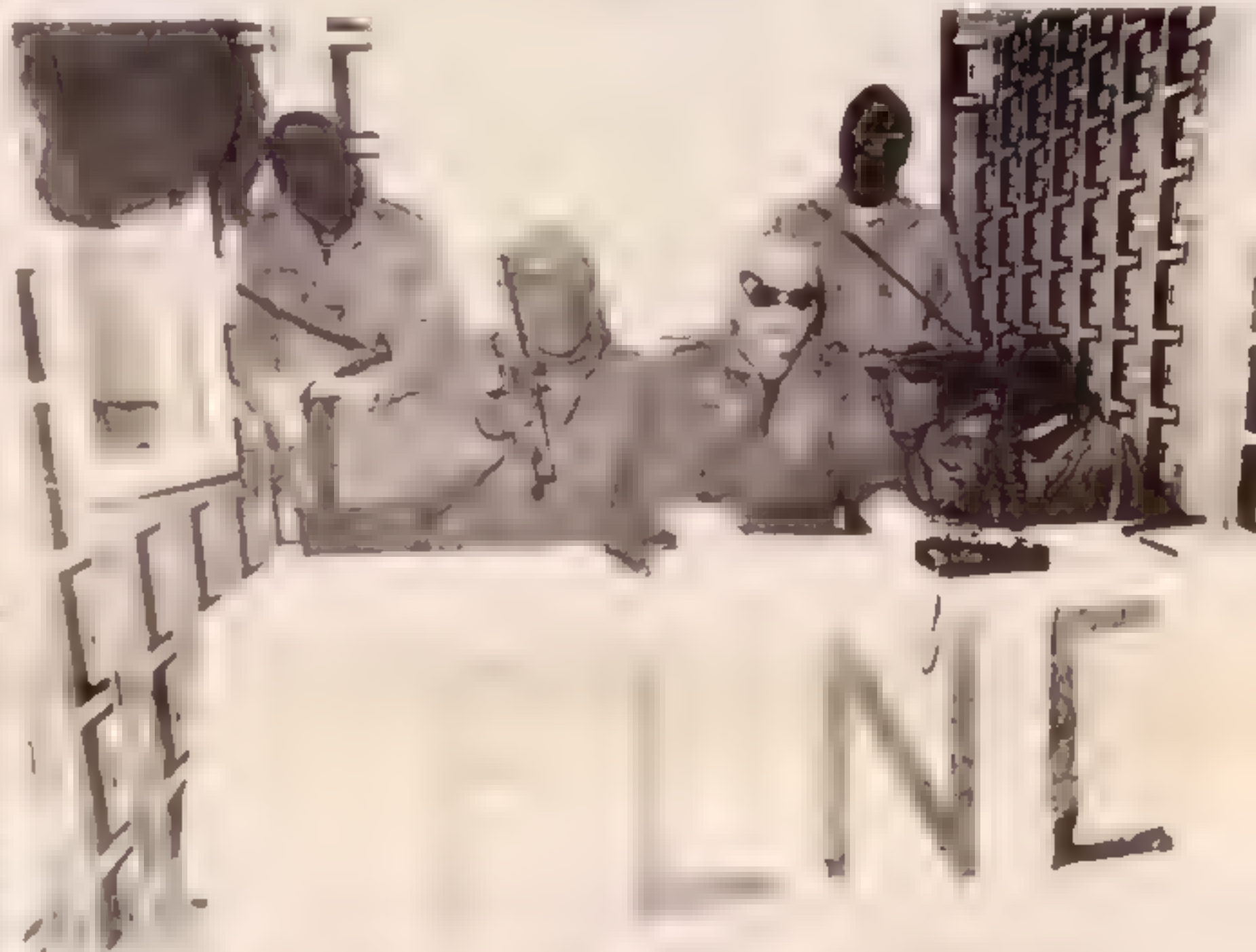
lied „Sunata in Cornu“ an. Danach skandierte das Publikum „Liberté, Fraternité“.

Solidarität mit den verurteilten FLNC-Genossen

Es gab in den verschiedenen Städten Korsikas Protestdemonstrationen mit der Forderung nach Freilassung der Angeklagten (u.a. am 13. Juni in Ajaccio, am 29.6. in Bastia und auch in Marseille). In Bastia hatten ab 14.00 Uhr 95% aller Geschäfte geschlossen und damit den Aufruf zu einer Aktion „Tote Stadt“ befolgt. Bei allen Demonstrationen auf Korsika kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit den CRS-Bullen, die Tränengas einsetzten und etliche Demonstrationen festnahmen. Das aus Freunden

und Angehörigen der Verurteilten zusammengesetzte Komitee „A Riscossa“ (Die Hilfe) erklärte nach der Urteilsverkündung: „Unsere Söhne, unsere Männer haben uns den Weg gezeigt, dem wir folgen müssen.“ (LM 13.7.79).

Nach Einschätzung der Verteidiger wird gerade aufgrund der Anstrengungen der korsischen Nationalisten, das korsische Problem zu erklären - in der Öffentlichkeit die harte Verurteilung auf Unverständnis stoßen. Die Mehrheit der Korsen - wenn sie auch nicht die von den Nationalisten angewendeten Methoden gutheißt - stimmt mit dem Ziel überein, die Identität Korsikas zu schützen und, solange es noch Zeit ist, das korsische Volk zu retten. (nach „Liberation“ vom 14.6.29.6.79).



Geheime Pressekonferenz von FLNC-Sprechern

Zum Inhalt der Unabhängigkeitsforderungen

„Wir sind nicht dazu da, dem korsischen Volk ein Entwicklungsmodell aufzuzwingen. Es muß selbst den Inhalt des freien Korsikas wählen. Wir können ihm nur ein gewisses Raster vorschlagen.“

Zu den Rechten Terrorbanden

„Die Männer, die bezahlt werden, um die Interessen Frankreichs auf Korsika zu verteidigen, sie werden von unserem Volk und von der Geschichte verurteilt werden.“

Zu den Aktionen in der französischen Hauptstadt

„Sie sind ein integraler Bestandteil unseres Kampfes und mit ihnen antworten wir nur auf die tatsächliche Ausrottung unseres Volkes.“

Zu den Prozessen in Paris

„Wir werden sie zu Prozessen gegen den französischen Staat machen, der die Liquidation unseres Volkes will. Sie sind ein wichtiges Moment des Kampfes.“

Zu den Perspektiven

„Wir wollen eine dynamische Gesellschaft, die sich in ständiger Evolution befindet...“

Zur Ideologie

„Wir sind linke Nationalisten, die jede Form der Ausbeutung zurückweisen, sei es die des Kolonialismus oder der Inselbewohner. Wir sind Internationalisten.“

Zum Verhältnis zu anderen europäischen Untergrundorganisationen

„Selbst wenn ihre Kämpfer aufrichtige Leute sind, denken wir, daß Organisationen wie die Roten Brigaden oder die GRAPO eine Selbstmordstrategie verfolgen, da sie nicht vom Volk unterstützt werden... Dagegen stehen wir in unserem Kampf dem der von der ETA oder der IRA geführt wird, näher.“

Zu den anderen politischen Kräften auf Korsika, der „PC“ und „PS“

(der kommunist. und sozialist. Partei) „Sie machen wichtige Versuche, um sich der korsischen Realität zu nähern und unser Volk zu verteidigen, den noch wissen sie immer noch nicht auf welche Seite sie sich schlagen sollen und bleiben oft genug mit den Clans liiert. Sie müssen wählen.“

Zu A. Griziani, der von der Polizei als Chef der FLNC angesehen wird

„Wir haben nichts Besonderes dazu zu sagen, wenn nicht das, daß es bei uns keinen Chef gibt. Es gibt nur korsische Militante, die für ihr Land kämpfen. Wenn man der Polizei glauben würde, wären viele unserer Chefs im Gefängnis und die FLNC säße hinter Gittern... die Wirklichkeit und die verschiedenen „blauen Nächte“ (Bombenanschläge) widerlegen diese Informationen.“

Frankreich-Kommission, 30.7.79

Großbritannien

Politik der Tory-Regierung:

Nach dem Geschmack des Großkapitals

Das was die neugewählte konservative Regierung gegenwärtig an kapitalistenfreundlichen Maßnahmen auf dem Sektor der staatlichen Finanz- und Wirtschaftspolitik beschließt und durchzusetzen beginnt, ist das radikalste, was sich die britischen Werktätigen in den letzten Jahren gefallen lassen mußten. Als Folgen dieser Politik wird bereits offiziell mit einer Steigerung der Arbeitslosen auf zwei Millionen (d.h. über 8%) gerechnet und mit einer Inflation von über 18%!

Verantwortlich zeichnet für diese Politik vor allem „Sir“ Keith Joseph. Rechtsaußen im Thatcher-Kabinett, berühmt-berüchtigt durch seine Äußerungen, sozial niedrige Frauen solle man(n) zwangssterilisieren, da sie nur minderwertige und soziale Kinder großziehen würden, die der Gesellschaft und Kultur schaden würden. ... Joseph kündigte im Zusammenhang zu den unten beschriebenen Maßnahmen an, er werde „das Klima in dem das freie Unternehmertum arbeiten müsse, radikal ändern“. Die bisherige Labour-Regierung habe „den privaten Sektor entmündigt und das Ziel der neuen Regierung ist es, die Bedingung zu schaffen, in dem dieser wieder belebt werden kann“ („Guardian“ („G“), 20.7.79).

Der erste Erfolg dieser „Wiederbelebungsversuche“ hat sich bereits eingestellt. Der Kurs des britischen Pfundes stieg vom Tag des Wahlsieges der Tories an und hat jetzt den Höchststand von 2,32 Dollar erreicht, das entspricht einer Aufwertung von 13%.

Neben der Wirtschaftspolitik zeichnet sich auch auf dem Gebiet Atomprogramm, Rassenpolitik und Arbeitsgesetzgebung ein scharfer Kurs gegen die Interessen der britischen Werktätigen ab.

Die Maßnahmen im Einzelnen:

- Die staatlichen Ausgaben im sozialen Sektor sollen drastisch um 400 Mio. Pfund - reduziert werden. Es wurden Streichungen im Bereich der kommunalen Dienste und des Schulwesens angekündigt, außerdem eine Erhöhung der Preise für Schulmahlzeiten und der Mieten der staatlichen Mietshäuser („G“, 23.7.79).

- Einstellungstop im Öffentlichen Dienst

- Die „regional development aid“ (Programm zur Förderung wirtschaftlich schwacher Gebiete) wird für die nächsten drei Jahre um mehr als ein Drittel (213 Mio. Pfund) gekürzt. Es wurde dabei einfach der Status von Gebieten als förderungsbedürftig aufgehoben. In erster Linie von Schottland, Wales, Yorkshire und Nordwest. Diese Förderung durch Staatsmittel, kam vor allem der ortsansässigen Klein- und Mittelindustrie zu gute und trug zumindest geringfügig zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation bei. Die Kürzung ist eine Maßnahme, die ausschließlich im Interesse des Großkapitals liegt nicht konkurrenzfähigen Betrieben wird die staatliche Unterstützung entzogen um Gelder zur Verfügung stellen zu können für Projekte wie z.B. den Ausbau des Atomprogramms (s.u.).

Es werden Schätzungen veröffentlicht, die von einer Gefährdung von rund 100.000 Arbeitsplätzen in den betroffenen Gebieten ausgehen („G“, 18.7.79). Der Protest gegen diese Maßnahmen geht in Schottland bis rein in die konservative Partei.

Von ähnlichen Überlegungen geht Joseph bei seinem Programm für die staatlichen Betriebe aus. Abstoßung von nichtkonkurrenzfähigen und verfallenen Betrieben, Zwang zu brutalen Entlassungen, Rationalisierung

gen und Konzentration, Reprivatisierung der profitablen Sektoren.

- Schuttbau. Auch hier werden die Steuerbefreiungen stark reduziert. Im kaufmännischen Bereich sollen von 32.000 Angestellten 12.000 entlassen werden! Und das, obwohl bereits 7.000 in der letzten Zeit entlassen bzw. versetzt worden sind! Die Betriebe Vespene, Yarrow und Vickers sollen reprivatisiert werden.

- Luftfahrt: Bei der „British Airways“ (BA) soll nach Josephs Vorstellungen der profitable Bereich des Flugzeugbaus privatisiert werden, bis zu 49% der Kapitalanteile sollen zum Verkauf angeboten werden. Die BA erbrachte 1978 nach Steuerabzug 29 Mio. Pfund Profit und „die City“ hat bereits begierig darauf, sich bei BA einzukaufen („G“, 23.7.79). Dies macht auch sehr deutlich, daß es keine Demagogie ist, wenn Joseph seine Pläne offiziell damit begründet, daß den 57.000 Beschäftigten die Möglichkeit gegeben werden soll, Anteile „ihres Betriebes“ zu kaufen („FR“, 31.7.79).

Mit zu Josephs Programm gehört der Angriff auf die „Arbeiterkooperativen“. Diese sind in den letzten Jahren in verschiedenen Branchen daraus entstanden, daß die Arbeiter sich die Schließung ihres Werks nicht gefallen ließen und die Produktion in eigener Regie weiterführten. Unter der Labour-Regierung erhielten sie dafür staatliche Unterstützung, hüteten aber ihr letztes Geld dazu, kauften den Betrieb dem Kapitalisten ab und schafften z.T. mehr als in einem „normalen“ kapitalistischen Betrieb.

Eins der bekanntesten Beispiele hierfür ist „Meriden Motorcycle Coop“. Als das Werk 1975 vom Eigentümer geschlossen wurde, bildeten sich Arbeiter-Kooperativen, die mit 4,2 Mio. Pfund staatlicher Unterstützung den Betrieb übernahmen. Alle

Eigentümer geschlossen wurde, bildete sich eine Arbeiter-Kooperative, die mit 4,2 Mio. Pfund staatlicher Unterstützung den Betrieb übernahmen. Alle

bekamen den gleichen Lohn, vom wachsenden Angestellten bis zur Hofkellnerin. Allerdings hatte das leitende Arbeiterkomitee nicht die Kompetenz erhalten, die produzierten Motorträder zu vertreiben. Der Verkauf klappte nicht und der Westminster-Konzern übernahm den Vertrieb zu für die Coop ungünstigen Bedingungen. Tatsache ist, daß die Coop weiter mit 1,25 Mio. Pfund beim britischen Staat in der Kreide steht. Und Joseph hat angekündigt, daß auf der Rückzahlung dieser Schulden bestanden wird. Dies könnte die „Totenglocke“ für die Meriden Coop sein, so der „Guardian“ am 18.7.79.

Joseph hat ebenfalls angekündigt, das „National Enterprise Board“ (NEB), die Verwaltungsbehörde der verstaatlichten Industrien, in seinen Kompetenzen zu beschneiden. Von den 55 Betrieben, die das NEB verwaltet, sollen etwa 30 in nächster Zukunft zumindest zum Teil privatisiert werden. Zur weiteren Aufgabe des NEB zählte Joseph es, „Bankier zu sein für das private Unternehmertum auf dem Gebiet der modernen Technologie“, z.B. der Entwicklung der Mikroprozessortechnologie. Das NEB soll dem Unternehmertum hier schlicht finanzielle Risiken abnehmen.

Ausbau des Atomprogramms

Die britische Regierung gab bekannt, daß in der nächsten Zeit an 15 Stellen Probebohrungen durchgeführt werden, um den geeignetsten Platz für die Errichtung einer Atomkraftdeponie herauszufinden. Baubeginn soll 1990 sein.

Innenbehörde pfeift Kommission für Rassengleichheit zurück

Die unter Labour gebildete Kommission für Rassengleichheit veröffentlichte ihren Jahresbericht, in dem sie darstellt, daß von 43 Anzeigen wegen Aufhetzung zu Rassenhass nur zwei zu Verfahren geführt haben. Eines dieser Verfahren sei durch das Verbot auf eine unbegründete lange Zeit verschoben worden. Anlässlich der Aufdeckung der rassistischen und unmenschlichen „Jugfrauentests“ durch die Einwanderungsbehörden (wir berichteten im AK darüber) hatte sich die Kommission entschieden, eine formelle Untersuchung einzuleiten, wenn die Regierung nicht ihrerseits dies tut. Nun erklärt die Behörde für Inneres aber, die Kommission habe hierzu überhaupt kein Recht, dies ginge über die Kompetenzen der Kommission hinaus.

Schon im Juni letzten Jahres hatten die Beamten mit ihrer Demonstration der 70.000 in Den Haag zu verweisen, daß auch ihre Staatsloyalität Grenzen hat. Dem folgten zahlreiche Protestaktionen u.a. von Arbeitslosen, des Krankenhauspersonals und der Studenten.

Die Ankündigung des „Juli-Pakets“ (mit den obigen Maßnahmen) durch die Regierung war der unmittelbare Anlaß für Aktionen im ganzen Land und Massendemonstrationen in Utrecht und Amsterdam.

Am 19. Juni demonstrierten annähernd 50.000 Menschen in Utrecht auf einer von der FNV (Zusammenschluß der sozialdemokratischen und der katholischen Gewerkschaft) organisierten Demonstration gegen die „Spar“-Pläne der Regierung. Wim Kok, Vorsitzender der FNV, erteilte starken Protest, als er bekanntgab, daß sich die Gewerkschaften einer parlamentarischen Entscheidung für die einschneidenden Sparpläne beugen würden. Parallel zu dieser Demonstration wurden im ganzen Land Protestaktionen durchgeführt. In Amsterdam wurde der öffentliche Verkehr durch kurze Aktionen erheblich behindert; der Metroverkehr lag vom Vormittag bis zum Abend ganz still. Rund 15.000 Menschen in 90 Betrieben der Fleisch- und Ernährungsindustrie, 10.000 Mann vom Bau und noch einmal sowie in ausgewählten Industriebetrieben führten Besetzungen, Arbeitsunterbrechungen und Kantinkundaktionen durch.

Zum Trotz der Tones bringen Gruppen und linke Organisationen aber weiterhin ihre Forderung zu Gehör.

Kein Abtreibungsverbot in England und auch nicht anderswo!

Großbritannien-Kommission

Niederlande

Massenprotest gegen Sparpläne

Der westdeutschen Presse - einschließlich in „ausländischen“ - war es wieder mal höchstens eine Notiz wert. Vielfältige Aktionen, Streiks und Massendemonstrationen in den Niederlanden gegen die einschneidenden „Spar“-Pläne der konservativen sozial-liberalen Regierung.

Empfindliche Kürzungen im Sozialbereich, der Unterstützungszahlungen, im Krankenhäusern und Kindergärten, im Bildungsbereich, zusätzliche Belastungen über die Krankenversicherung hinaus für Arztbesuche, Medikamente und Krankenhausaufenthalt. Abschaffung oder starke Reduzierung der „Freikommission“, der halbjährlichen Lohnhöhungen als Anpassung

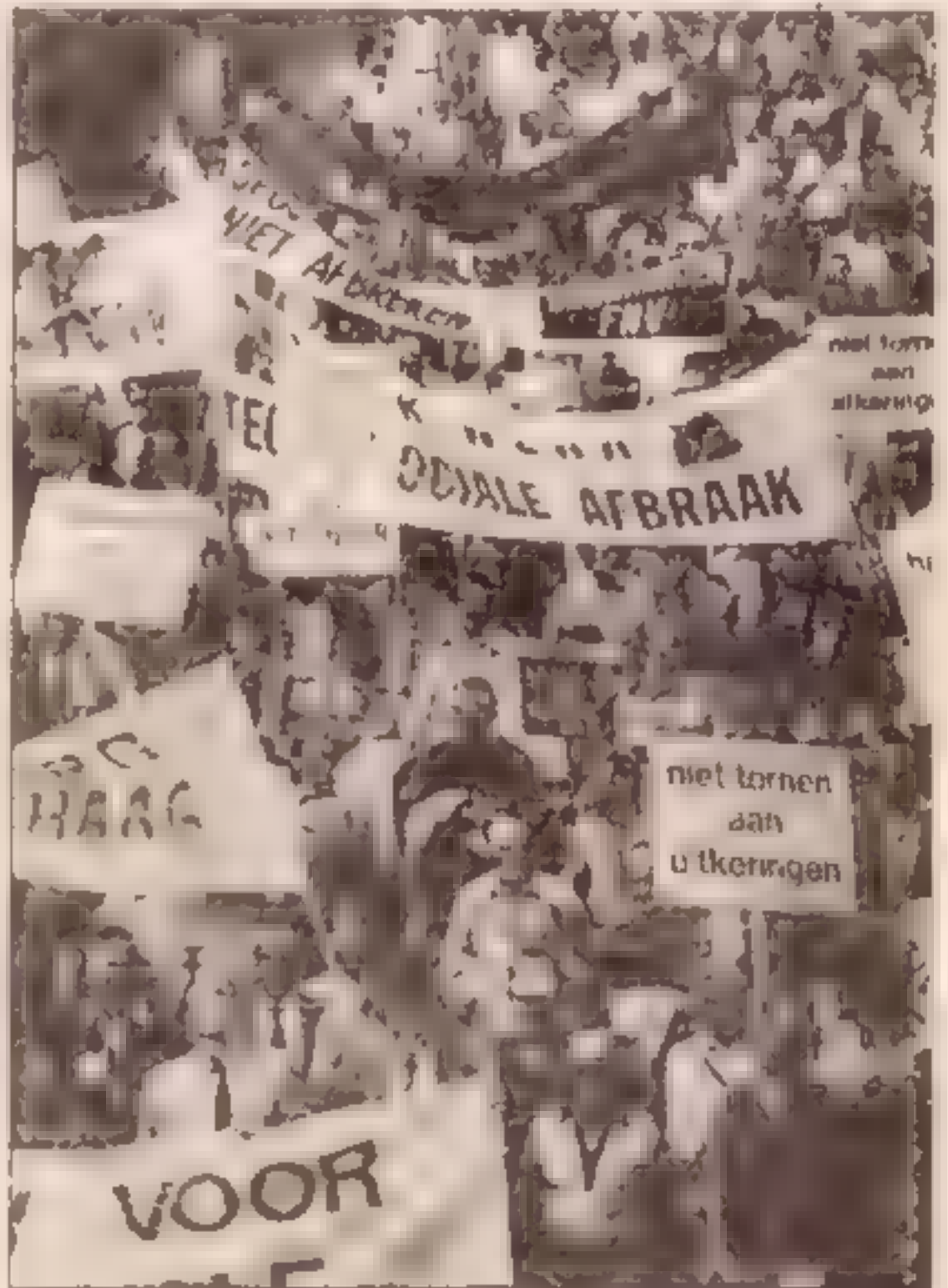
industrie, 10.000 Mann vom Bau und noch einmal sowie in ausgewählten Industriebetrieben führten Besetzungen, Arbeitsunterbrechungen und Kantinkundaktionen durch.

- Zahlreiche Basen im Westen des Landes waren stillgelegt. Rund 100 Mitglieder einer Beamten-gewerkschaft besetzten das Kultusministerium.

- Bauarbeiter besetzten in Amsterdam eine Brücke, um Flugblätter zu verteilen.

- Mütter in Den Haag besetzten mehrere Schulen.

Wenige Tage später, in der Nacht vom 22. auf den 23. Juni starteten 15.000 vor allem Jugendliche in einem



50.000 in Utrecht: Die „Spar“-Pläne müssen weichen!

Amsterdam Park eine „Nacht gegen Van Agt“ (den Ministerpräsidenten).

Für den nächsten Tag, den 23.6., waren Sternmärsche und eine Kundgebung des „Nationalen Komitees gegen Bestek '81“ (das „Spar“-programm) angekündigt. Von vielen Plätzen Amsterdam - die Frauen marschierten vom Frederiksplein aus - strömten dann schließlich 45.000 Menschen zu einer Kundgebung ins Zentrum.

So machtvoll die Proteste dieser Woche auch waren, die Perspektiven sind nicht so vielversprechend: Nach der Demonstration der 70.000 Beamten in Den Haag im letzten Juni war erst mal Sommer und Ferien, und es passierte nicht mehr so viel, in genau der gleichen Situation hat der FNV die Demonstration in Utrecht und die Protestaktionen im ganzen Land organisiert. Auch jetzt ist wieder erst mal Sommer und Ferien...

Das Nationale Komitee gegen Bestek '81, stark von der sozialistischen KP beeinflusst, orientiert, zumindest was seine Führung und seine Sprecher angeht, ebenso wie FNV-Führer Wim Kok auf die parlamentarischen Bahnen. Den Vorwurf gegen das Komitee, nicht über Alternativen zu verfügen, weist der Vorsitzende Janneke Smits zurück. Schließlich wurde von ihnen im September ein „Soziales Forum“ veranstaltet und dort würden sie schon die besseren (Spar?)Pläne vortragen. (de Volkskrant, 20. und 25.6.79).

Parallel zu dieser Demonstration wurden im ganzen Land Protestaktionen durchgeführt.

In Amsterdam wurde der öffentliche Verkehr durch kurze Aktionen erheblich behindert; der Metroverkehr lag vom Vormittag bis zum Abend ganz still.

Rund 15.000 Menschen in 90 Betrieben der Fleisch- und Ernährungs-

Amsterdam Park eine „Nacht gegen Van Agt“ (den Ministerpräsidenten).

Für den nächsten Tag, den 23.6., waren Sternmärsche und eine Kundgebung des „Nationalen Komitees gegen Bestek '81“ (das „Spar“-programm) angekündigt. Von vielen Plätzen Amsterdam - die Frauen marschierten vom Frederiksplein aus - strömten dann schließlich 45.000 Menschen zu einer Kundgebung ins Zentrum.

So machtvoll die Proteste dieser Woche auch waren, die Perspektiven sind nicht so vielversprechend: Nach der Demonstration der 70.000 Beamten in Den Haag im letzten Juni war erst mal Sommer und Ferien, und es passierte nicht mehr so viel, in genau der gleichen Situation hat der FNV die Demonstration in Utrecht und die Protestaktionen im ganzen Land organisiert. Auch jetzt ist wieder erst mal Sommer und Ferien...

Das Nationale Komitee gegen Bestek '81, stark von der sozialistischen KP beeinflusst, orientiert, zumindest was seine Führung und seine Sprecher angeht, ebenso wie FNV-Führer Wim Kok auf die parlamentarischen Bahnen. Den Vorwurf gegen das Komitee, nicht über Alternativen zu verfügen, weist der Vorsitzende Janneke Smits zurück. Schließlich wurde von ihnen im September ein „Soziales Forum“ veranstaltet und dort würden sie schon die besseren (Spar?)Pläne vortragen. (de Volkskrant, 20. und 25.6.79).

Parallel zu dieser Demonstration wurden im ganzen Land Protestaktionen durchgeführt.

In Amsterdam wurde der öffentliche Verkehr durch kurze Aktionen erheblich behindert; der Metroverkehr lag vom Vormittag bis zum Abend ganz still.

Rund 15.000 Menschen in 90 Betrieben der Fleisch- und Ernährungs-

Niederlande-Kommission

Verschärftes Abtreibungsgesetz

Am 13. Juli fand im britischen Unterhaus die zweite Lesung für eine Verschärfung des englischen Abtreibungsgesetzes statt. Eingebbracht wurde dieser Angriff auf die Rechte der Frauen von John Corne, Mitglied der Tory-Fraktion. Die Gesetzesvorlage sieht vor, daß Abtreibungen statt wie bisher bis zur 28. Woche zukünftig nur noch bis zur 20. Woche durchgeführt werden dürfen, es sei denn, daß das Leben der Mutter gefährdet ist oder Mißbildungen beim Kind zu erwarten sind.

Außerdem sollen Ärzte sowie medizinisches Personal in den Krankenhäusern Abtreibungen verweigern dürfen, einer der beiden autorisierten Ärzte soll mindestens fünf Jahre praktizieren, Beratungstätigkeit und Kliniken müssen sich einer besonderen Prüfung unterziehen („Socialist Worker“, 7. Juli 1979).

Dies ist nicht der erste Angriff auf das englische Abtreibungsgesetz, wel-

ches zwar auf den ersten Blick liberaler als in der BRD erscheinen kann, das ansonsten aber auch von Region zu Region unterschiedlich gehandhabt wird. Auch in England gibt es nach der Einführung des Abtreibungsgesetzes 1967 eine restriktive Krankenhauspraxis, nicht jede Frau bekommt ihre Abtreibung umsonst auf Kosten des National Health Service, des staatlichen Gesundheitswesens. Für viele gilt nach wie vor erst Geld macht's möglich. Denn wenn Frau sich an die British Pregnancy Advisory Service (Schwangerschaftsberatungsstellen) wendet und von denen in eine Klinik vermittelt wird, kostet es ca. 300 DM!

Schon 1977 versuchte der Labour-abgeordnete William Henryon das Abtreibungsgesetz zu ändern. Damit hatte er allerdings keinen Erfolg, denn nicht zuletzt der Protest von tausenden von Frauen brachte da-

mals dieses Gesetz zu Fall. Auch da-mals ging es übrigens schon um die Herabsetzung der Frist von 28 auf 20 Wochen.

Der neuere Gesetzesentwurf wird denn auch besser vorbereitet. So ist in der englischen Presse davon zu lesen, daß gerade jetzt ein nach 26 Wochen abgegebener Fötus noch 36 Stunden lebt! hat daß Sex im Alter von unter 16 Jahren bei Mädchen zu Gebärmutterkrebs führt usw. usf. Unterstützt werden diese Schmei-erestones von Demonstrationen der Anti-Abortion-Groups (Abtreibungs-gegner, von den Kirchen unterstützt).

Zum Trotz der Tones bringen Gruppen und linke Organisationen aber weiterhin ihre Forderung zu Gehör.

Kein Abtreibungsverbot in England und auch nicht anderswo!

Großbritannien-Kommission

asien

Nach der Genfer Konferenz:

Die Hetze und Provokationen gegen Vietnam gehen weiter

Am 20./21. Juli fand in Genf eine internationale Konferenz über das Problem der Vietnam-Flüchtlinge statt. Begleitet von einem Trommelfeuer antivietsamescher Hetze in den Massenmedien der kapitalistischen Länder — insbesondere auch der BRD — sollte Vietnam hier als Angeklagter sitzen.

Vietnam hatte an der Konferenz nur unter der Bedingung teilgenommen, daß die politischen Auseinandersetzungen um die Frage, wer an dem Elend der Flüchtlinge Schuld sei, aus der Diskussion herausgehalten würde und Thema nur die humanitäre Hilfe sein sollte. Daß Vietnam bereit ist, Schritte in dieser Richtung zu unternehmen, machte der Leiter der vietnamesischen Delegation, Phan Hien, deutlich. In einem Sieben-Punkte-Vorschlag der Regierung der SRV heißt es:

„[1] Genehmigte Ausreisen solcher Leute, die Vietnam verlassen und sich im Ausland niederlassen wollen. Familienzusammenführung und andere humanitäre Fälle — werden so schnell wie möglich und im größtmöglichen Ausmaß durchgeführt. Die Anzahl der Ausreise genehmigt wird, hängt sowohl von dem Umfang der Ausreisegesuche in Vietnam als auch von der Möglichkeit der Aufnahmeländer, Einreisewisa zu erteilen, ab.

[2] Die Auswahl solcher Leute, die unter diesem Programm eine Genehmigung erhalten, ins Ausland zu gehen, wird, wenn möglich, auf der Grundlage von Listen getroffen, die von der vietnamesischen Regierung und Listen, die von den Aufnahmeländern vorbereitet werden. Jene Personen, deren Namen auf beiden Listen erscheinen, qualifizieren sich für die Ausreise. Was jene Personen betrifft, die nur auf einer Liste erscheinen, werden ihre Fälle Gegenstand von Diskussionen zwischen der UNHCR“ (LN-Hochkommission für Flüchtlinge — Ann. AK) und der vietnamesischen Regierung oder den Regierungen der Aufnahmeländer sein, je nachdem.

[3] Das UNHCR wird alle Anstrengungen unternehmen, unter den möglichen Aufnahmeländern Unterstützung für dieses Programm zu gewinnen. Für dieses Programm zu gewinnlichen Aufnahmeländern Unterstützung für dieses Programm zu gewinnen.

[4] Die vietnamesische Regierung und das UNHCR werden jeweils Personal benennen, das bei der Durchführung dieses Programms eng zusammenarbeiten wird.

[5] Dieses Personal ist ermächtigt, in Hanoi und Ho-Chi-Minh-Stadt zu operieren und, wenn nötig, an andere Orte zu gehen, um Ausreiseverfahren zu unterstützen.

[6] Ausreiseverfahren werden in regelmäßigen Abständen durch geeignete Transportmittel durchgeführt.

[7] Die vietnamesische Regierung wird, gemäß entsprechender vietnamesischer Gesetze, das UNHCR und die Aufnahmeländer mit allen Möglichkeiten versorgen, dieses Programm durchzuführen“ (Vietnamesische Nachrichtenagentur „VNA“, 21.7.79).

Diese Vorschläge bedeuten im Grunde, daß Vietnam eine legale Ausreise unterstützt und niemand gezwungen ist, auf zerbrechlichen Booten auf dem Meer herumzuirren. Allerdings hatte die vietnamesische Seite einen ähnlichen Vorschlag schon vor Monaten unterbreitet, ohne daß die nach humanitärer Hilfe rufenden Länder diesen aufgegriffen hätten. Auch die Berichterstattung über die Genfer Konferenz zeigt wieder einmal, daß es den Imperialisten darum ja auch gar nicht geht. Während über die vietnamesischen Vorschläge kaum konkret berichtet wurde, kotzten sich die Kommentatoren von „FR“ bis „FAZ“ darüber aus, daß Vietnam „das Kunststück fertiggebracht“ habe, „den Platz auf der Anklagebank nicht nur zu räumen, sondern sich auch noch kühn auf das Siegerpodest zu schwingen“ („FR“, 23.7.79).

Zynisch meint ein Kommentator der „Süddeutschen Zeitung“: „Das schlechte Gewissen, am Elend Indo-

chinas mitschuldig zu sein, mag Franzosen und Amerikaner zu einer nachgiebigeren Haltung bewogen haben, die zugunsten der notwendigen humanitären Hilfe auf politischen Druck verzichtet“ (24.7.79).

In keiner westdeutschen bürgerlichen Zeitung fanden sich etwa konkret die Vorschläge der SRV im Wortlaut. Stattdessen wurde immer wieder der US-Vertreter Mondale zitiert, der — gerade vier Jahre nach Ende des barbarischen Aggressionskriegs seiner Regierung gegen Vietnam! — sich zum Gralshüter der Menschenrechte aufschwang und forderte: „Die Vertreibung von Vietnamesen muß sofort beendet werden. Die Freiheit auszuweichen ist ein fundamentales Menschenrecht, doch keiner Nation bleibt der Unterschied zwischen freier Ausreise und erzwungener Vertreibung verborgen“ („SZ“, 23.7.79).

Wie ernst es gerade der US-Regierung damit ist, den Flüchtlingsstrom zu stoppen, zeigt der Einsatz der amerikanischen 7. Flotte im Südchinesischen Meer nach der Konferenz, was zu scharfen Protesten der vietnamesischen Regierung, aber auch aus Malaysia führte, dessen Innenminister dazu sehr treffend bemerkte: „So kurz nach dem Ende der Genfer Konferenz werde die Entsendung von Schiffen von Ausreisewilligen geradezu als Einladung zur Flucht angesehen“ („FAZ“, 30.7.79).

Abgesehen davon, stellt es auch eine direkte militärische Bedrohung Vietnams dar, wenn amerikanische und auch italienische Kriegsschiffe vor seiner Küste kreuzen.

Daß es sich hier nicht um eine „humanitäre“ Mission handelt, wird auch deutlich, daß „mit dem Hinweis, daß die Marine nicht über Informationen bekannt gebe“ von einem Militärsprecher die Antwort darauf verweigert wurde, wieviele VN-Kriegsschiffe insgesamt eingesetzt seien“ („SZ“, 26.7.79).

„In Zusammenarbeit mit der einwirkenden lautstarken Propaganda über Schiffe verstärken die Henker des Imperialismus und die internationale Reaktion ihre Aktivitäten. Sie stoßen die Vietnamesen an, ihr Land in der Hoffnung illegal zu verlassen, daß sie vor der Küste aufgefischt werden. Dies ist eine Form psychologischer Kriegsführung, die sie einst anwendeten, um eine Million Nordvietnamesen dazu zu bringen, 1954 in den Süden zu gehen, unter dem hysterischen Etikett, daß Gott nach Süden gegangen sei“ (Radio Hanoi, 25.7.79).

Für die imperialistischen Provokationen in Südostasien legt sich auch die eurorevisionistische KP Italiens ins Zeug, da es sich bei dem Einsatz italienischer Kriegsschiffe „um eine normale Operation des Friedens und der Humanität“ handele (nach „Le Monde“, 28.7.79).

Auch in der BRD: Die Hetze nimmt zu

„Vietnamesen schlachteten 85 Flüchtlinge ab“ — so beginnt die „Bild“-Zeitung ihre „Berichterstattung“ nach der Konferenz. Auch wenn dies nur extremster Ausdruck der gegenwärtigen Marschrichtung ist, so ist doch auch in den „seriösen“ Medien und in den Veröffentlichungen der bürgerlichen Parteien deutlich zu bemerken, daß jetzt in der Hetze gegen Vietnam noch ein Zahn zugelegt werden soll. Lang und breit wird berichtet, welche westdeutschen Städte weitere Flüchtlinge aufnehmen wollen. Die CDU „fordert die Bundesregierung auf, sich für eine offizielle Verurteilung Vietnams durch die UNO einzusetzen“ („S“, 25.7.).

Entwicklungshilfemaister Oftergeld reiste zu einem mehrtägigen Aufenthalt nach Thailand, wo er den dort regierenden Faschisten, die seit Monaten Kriegsvorbereitungen gegen Indochina betreiben, eine Ausweisung

der westdeutschen Hilfe zusagte. Gleichzeitig versicherte er, daß die BRD in die Propagandakampagne gegen Vietnam voll einsteigen werde. „Die Möglichkeit Bonns, unmittelbaren Druck auf Vietnam auszuüben, seien zwar gering, aber was wir tun können, sollten wir tun“ („FR“, 10.7.).

Daß sich auch ehemalige Vietnamkriegsgegner zu nützlichen Instrumenten für diese Kampagnen machen lassen, haben wir schon am Beispiel von Joan Baez gezeigt. Jetzt hat auch der Westberliner Theologe Helmut Gollwitzer die Gelegenheit erhalten, sich im Fernsehen („Report“) entsprechend zu äußern. So forderte er die Bundesregierung auf, Druck auf Vietnam auszuüben. Sie solle „die für Vietnam bereitgestellten Entwicklungsgelder so lange stoppen, als Hanoi seine ‚skandalöse Politik‘ fortsetze“ („FAZ“, 25.7.). Dieser gute Rat erbringt sich natürlich, weil bisher noch keine Mark dieser „bereitgestellten Gelder“ überhaupt nach Vietnam geflossen ist!

Denn auch die damalige Zusage war mit handfesten politischen Auflagen verbunden gewesen. So erklärte das Auswärtige Amt, „die 1973 versprochenen 89 Millionen Mark Kapitalhilfe für Nord- und Südvietnam“ (wahrlich keine Riesensumme!), „seien nach der Wiedervereinigung 1974 nicht gezahlt worden, weil sich Hanoi wegen der Berlin-Klausel geweigert habe, das Abkommen zu unterschreiben“ („FR“, 19.7.79).

Daß die „KPD“, die mit einem Korrespondenten in Genf vertreten war, sich in den Chor der antivietsamen Hetze anschließen wollte, war klar. Die Ausreise der BRD-Vertreter in die Konferenz wurde demnach auch als „Kritik“ der CDU/Vorsitzenden gegen die BRD auf ihrer Seite“ (FAZ, 19.7.79). „Wie tief man politisch hin gesunken ist. So wird beifällig der Beitrag des BRD-Staatssekretärs“ (Wollert) „Das deutsche Volk weiß aus eigener leidvoller Erfahrung was Freiheit und Vertreibung bedeuten. Es beobachtet heute mit tiefer Sorge



und Anteilnahme die menschliche Tragödie, die sich vor unseren Augen in Südostasien abspielt.“ Die einzige Kritik daran war: „Aber nach diesem Präliminum folgte nichts Nennenswerter“ („Rote Fahne“, 26.7.79)!

Es gibt auch andere Stimmen

kurz vor der Genfer Konferenz gab die „Gesellschaft für die Freundschaft zwischen den Völkern in der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Vietnam“ eine Pressemitteilung auf, die im Grunde folgende Punkte enthielt: „So werden Flüchtlinge gemacht“ vorgelegt wurde, in der unter anderem daran erinnert wird, „daß bereits während des Vietnamkriegs Millionen von Sudvietnamesen heimlich geworden seien, weil die Regierung in Saigon ganze Provinzen entvölkert habe, um den Guerillakrieg des Vietnam die Deckung in der Zivilbevölkerung zu nehmen“ („FR“, 19.7.79). Außerdem wird auf die Ursachen des gegenwärtigen Flüchtlingsstroms eingegangen, wie Schließung der Schwarzmärkte Anfang 1978, zurückgebliebene CIA-Agenten und chinesische Propaganda. Während man von einer westdeutsch vietnamesischen Freund-

schaftsgesellschaft sicher Unterstützung der vietnamesischen Position erwarten kann, versetzt es die Schreiberlinge der bürgerlichen Presse immer wieder in Wut, wenn jemand, den man nicht so einfach als „Kommunisten“ abstempeln kann, sich gegen ihre konzentrierte Kampagne wendet. Ein positives Beispiel und damit auch viel Mut zeigt die Essener Theologieprofessorin Uta Ranko-Heinemann. Scharfe Kritik übte sie an den Äußerungen Gollwitzers, die Hilfe für Vietnam einzustellen. „Wenn durch unsere Hilfe der Lebensstandard in Vietnam verbessert wird, wird der Flüchtlingsstrom gestoppt. Wenn man aber verkündet, wer in Vietnam lebt, bekommt von uns nichts zu essen, wer flüchtet, dem helfen wir, kann man sich austreten, daß man das Flüchtlingsproblem vergrößert und anhebt“ („FR“, 27.7.79).

Ähnliche Kritik kam schon auf der letzten Konferenz vom Präsidenten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, der „erklärte, gerade die Ursprungsländer der Flüchtlinge brauchen rasch weitere ‚massive Hilfe‘“ („FR“, 23.7.).

Asien/Australien-Kommision

Sihanouk fordert bewaffnete Intervention in Kampuchea

Sicherlich nicht zufällig zur gleichen Zeit als in Genf die Konferenz über die Flüchtlinge aus Vietnam zu Ende gegangen ist, wartet das Ex-Staatsoberhaupt Kampuchas, Prinz Norodom Sihanouk, mit einem neuen Plan zur Rettung „seines Landes“ auf.

Anscheinend neutral zwischen den Überbleibseln des Pol-Pot-Regimes und der seit Januar dieses Jahres das Land kontrollierenden Regierung der Befreiungsfront FUNKSN möchte der Prinz wieder einmal eine entscheidende Rolle in Kampuchea spielen. Da ihm das aufgrund der aktuellen politischen Lage im Lande so nicht möglich ist, hat er die USA und die westlichen Länder aufgefordert, „von der UNO und der nächsten Konferenz der Blockfreien“ (die im September in Havanna stattfinden) „die Aufstellung internationaler bewaffneter Kontingente zu fordern, um den Frieden und das Volk der Ähmer in Kambodscha zu retten“ („Le Monde“, 27.7.79).

Außerdem hat er sich — selbstlos wie er ist — bereit erklärt, an die Spitze einer Exilregierung der Khmer-Flüchtlinge zu treten. Merkwürdig ist es schon: „Während der Periode von etwas mehr als drei Jahren, die jetzt hinter uns liegen, als die ganze Nation ins Unglück gestürzt war, hat nicht einmal eine dieser jüngst wiederbelebten politischen Leichen ihre Stimme erhoben, um das kampscheanische Volk zu verteidigen. Aber sowie das kampscheanische Volk sein Land vom völkermordenden Pol-Pot-Regime befreit hatte, kommen sie mit verschiedenen Forderungen hervor“ (Kampscheanische Nachrichtenagentur „SPK“, 10.7.). Scheinheilig wird von den Kommentatoren der bürgerlichen

Presse immer wieder behauptet, durch seine Vorstöße stünde Sihanouk auch im Widerspruch zur chinesischen Führung. Doch das ist nicht richtig. Auch die chinesische Führung weiß, daß sie mit einer bedingungslosen Unterstützung des Pol-Pot-Regimes international und auch in Kampuchea keinen Blumentopf gewinnen kann. Sie hat sich deshalb auch in der Vergangenheit schon von der Innenpolitik des Regimes distanziert, aber in der Praxis sein (bisheriges) Überleben garantiert.

Mit seiner Forderung nach einer bewaffneten Intervention in Kampuchea und dem Ausschuß aus der UNO hat Sihanouk jetzt offen gezeigt, daß es ihm nicht um die Neutralität des Landes, sondern um die Unterstützung der thailändischen Interventionspläne geht, hinter denen letztlich Endes die US-Imperialisten stehen.

So haben gerade in jüngster Zeit wieder thailändische Flugzeuge und Hubschrauber mehrfach den Luftraum Kampuchas verletzt, wobei sie bis zu 10 km tief in kampscheanisches Territorium eindringen und dort sogar landeten („SPK“, 20.7.79).

Mehr oder weniger direkte Unterstützung für seine Pläne bekommt Sihanouk von Jugoslawien und der koreanischen Demokratischen Volksrepublik (KDVR).

Seine Interventionsvorschläge hat Sihanouk aus Pjöngjang, Hauptstadt der KDVR, an das US-Magazin „Newsweek“ und die französische Nachrichtenagentur „AFP“ telegraphiert. Der koreanische Parteivorsitzende Kim Il Sung hat Sihanouk in einem persönlichen Brief mitgeteilt, er

„glaube fest, daß Ihre patriotischen Aktivitäten für Heimat und Volk ausgezeichnete Früchte tragen werden“ (koreanische Nachrichtenagentur „KCNA“, 22.7.).

Die jugoslawischen Revisionisten haben „angeregt, daß Kanibodscha auf der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der blockfreien Länder Anfang September in Havanna durch seinen 1970 entmachteten Staatschef Prinz Sihanouk vertreten wird“ („FAZ“, 30.7.79).

Inzwischen haben auch die US-Imperialisten dankbar Sihanouks Initiative aufgegriffen und die „Einberufung einer internationalen Kambodscha-Konferenz“ verlangt („SZ“, 31.7.79).

Das Pol-Pot-Regime unter Anklage

In Kampuchea hat die Regierung beschlossen, die Verbrechen des Pol Pot Regimes von einem Völkermord-Tribunal untersuchen und verurteilen zu lassen. Zu diesem Tribunal sollen auch ausländische Journalisten zugelassen werden. Gerade vor kurzem waren in Kampuchea vier Massengräber — „jedes 80 Meter lang und acht Meter breit — mit Opfern der gestürzten Pol-Pot-Regimes“ entdeckt worden. Alleine in einer Gemeinde waren „mehr als 26.000 Menschen abgeschlachtet worden“ („SZ“, 19.7.79).

Eine genaue Untersuchung und Verurteilung der Verbrechen des Pol-Pot-Regimes ist daher nur zu begrüßen!

Asien/Australien-Kommision



lateinamerika

Für ein antiimperialistisches Nicaragua!

Die Macht der neuen Regierung in Nicaragua hat sich sowohl militärisch als auch politisch konsolidiert, momentan ist weder mit größeren militärischen Auseinandersetzungen, noch mit einem Auseinanderbrechen der Antisomoza-Allianz zu rechnen. Daß dies nicht so bleiben wird, daß die USA nicht so ohne weiteres ein antiimperialistisches Nicaragua akzeptieren werden, liegt auf der Hand. Die Möglichkeiten und Schwierigkeiten einer eigenständigen nicaraguanischen Politik sollen im Folgenden untersucht werden.

Noch vor zwei Jahren hätte kaum jemand einen so schnellen militärischen Sieg gegen den Imperialismus in Lateinamerika, nur wenige Kilometer von den USA entfernt, für möglich gehalten. Die nicaraguanischen Genossen haben der Welt abermals gezeigt, daß es möglich ist, eine Diktatur durch die Mobilisierung des Volkes im Bürgerkrieg zu stürzen. Nachdem Somoza das Land verlassen hatte, wurde Urcuyo als Übergangspräsident von den Somozisten benannt. Aber statt wie mit der FSLN ausgehandelt, gleich wieder zurückzutreten, versuchte Urcuyo auf eigene Faust — in völliger Verkennung des Kräfteverhältnisses — weiter Krieg gegen die FSLN zu führen.

Die FSLN zwang den demoralisierten Truppen Somozas daraufhin eine bedingungslose Kapitulation auf („NZZ“, 27.7.79).

Ursprünglich war lediglich ein Waffenstillstand vereinbart, der

am 10. Juli in das neue Nicaragua eintrat. Die FSLN hat sich aber noch das Entscheidende, liegt also eindeutig in den Händen der FSLN.

Hieran kann auch der neue Verteidigungsminister Bernardino Lora nichts ändern: der zukünftige einseitige Oberst der Nationalgarde gewissermaßen seine Position als Offizier nicht so, sondern daß alle militärischen Entscheidungen direkt von der Nationalen Führung der Frente Sandinista getroffen werden, er selbst ist in der Öffentlichkeit nicht mehr aufgetaucht („Taz“, 1.8.79). So nahm er z.B. auch nicht an einer Pressekonferenz teil, in der es ausdrücklich um das neue nicaraguanische Heer gehen sollte.

An der Spitze des Heeres soll weiterhin das Militärkommando stehen, das aus Humberto Ortega, Luis Carrion und Tomas Borge — alles Führer der Sandinisten — besteht. Dem Militärkommando unmittelbar unterstellt ist der Generalstab, der von einigen Guerillakommandanten gebildet wird. Humberto Ortega legte besonderen Wert auf die Feststellung, daß es zwar kein großes, aber ein gut ausgebildetes und ausgezeichnet bewaffnetes Heer sein wird. Es solle keine abenteuerlichen Aktionen außerhalb der Grenzen Nicaraguas durchführen, sondern dessen Grenzen schützen, Tomas Borge, Gründungsmitglied, Vertreter des linken Flügels in der FSLN und Innenminister hat die militärischen Schlüsselpositionen inne. Auf die Frage nach der Größe des zukünftigen Heeres antwortete er: „Nicaragua hat zweieinhalb Millionen Einwohner und fast eine Million erwachsene, die bereit sind, die nicaraguanische Revolution mit der Waffe zu verteidigen.“ („Taz“, 31.7.79).

Eine schlagkräftige Volksarmee wird Nicaragua auch brauchen. Rund 1500 Nationalgardisten rotten sich in El Salvador, rund 7000 in Honduras zusammen. Sie sind bestens bewaffnet und stehen unter Leitung des Sohnes von Somoza, Anastasio, der die Macht für seinen Clan zurückerobern will.

Wie ein gelungener Scherz hört es sich an, wenn Tomas Borge (in den USA als „Castro“ verschrien) ausgerechnet die USA auffordert, Waffen an Nicaragua zu liefern, verbunden mit dem Hinweis, daß Nicaragua ein modernes und schlagkräftiges Heer aufbauen wolle. Lehnen die USA allerdings, wie wohl zu erwarten, ab, so hat die Regierung die Hände frei, sich eben von anderen Staaten (sprich Kuba) Waffen liefern zu lassen.



Die FSLN hat sich aber noch das Entscheidende, liegt also eindeutig in den Händen der FSLN. Hieran kann auch der neue Verteidigungsminister Bernardino Lora nichts ändern: der zukünftige einseitige Oberst der Nationalgarde gewissermaßen seine Position als Offizier nicht so, sondern daß alle militärischen Entscheidungen direkt von der Nationalen Führung der Frente Sandinista getroffen werden, er selbst ist in der Öffentlichkeit nicht mehr aufgetaucht („Taz“, 1.8.79). So nahm er z.B. auch nicht an einer Pressekonferenz teil, in der es ausdrücklich um das neue nicaraguanische Heer gehen sollte.

An der Spitze des Heeres soll weiterhin das Militärkommando stehen, das aus Humberto Ortega, Luis Carrion und Tomas Borge — alles Führer der Sandinisten — besteht. Dem Militärkommando unmittelbar unterstellt ist der Generalstab, der von einigen Guerillakommandanten gebildet wird. Humberto Ortega legte besonderen Wert auf die Feststellung, daß es zwar kein großes, aber ein gut ausgebildetes und ausgezeichnet bewaffnetes Heer sein wird. Es solle keine abenteuerlichen Aktionen außerhalb der Grenzen Nicaraguas durchführen, sondern dessen Grenzen schützen, Tomas Borge, Gründungsmitglied, Vertreter des linken Flügels in der FSLN und Innenminister hat die militärischen Schlüsselpositionen inne. Auf die Frage nach der Größe des zukünftigen Heeres antwortete er: „Nicaragua hat zweieinhalb Millionen Einwohner und fast eine Million erwachsene, die bereit sind, die nicaraguanische Revolution mit der Waffe zu verteidigen.“ („Taz“, 31.7.79).

Eine schlagkräftige Volksarmee wird Nicaragua auch brauchen. Rund 1500 Nationalgardisten rotten sich in El Salvador, rund 7000 in Honduras zusammen. Sie sind bestens bewaffnet und stehen unter Leitung des Sohnes von Somoza, Anastasio, der die Macht für seinen Clan zurückerobern will.

Wie ein gelungener Scherz hört es sich an, wenn Tomas Borge (in den USA als „Castro“ verschrien) ausgerechnet die USA auffordert, Waffen an Nicaragua zu liefern, verbunden mit dem Hinweis, daß Nicaragua ein modernes und schlagkräftiges Heer aufbauen wolle. Lehnen die USA allerdings, wie wohl zu erwarten, ab, so hat die Regierung die Hände frei, sich eben von anderen Staaten (sprich Kuba) Waffen liefern zu lassen.

Wie ein gelungener Scherz hört es sich an, wenn Tomas Borge (in den USA als „Castro“ verschrien) ausgerechnet die USA auffordert, Waffen an Nicaragua zu liefern, verbunden mit dem Hinweis, daß Nicaragua ein modernes und schlagkräftiges Heer aufbauen wolle. Lehnen die USA allerdings, wie wohl zu erwarten, ab, so hat die Regierung die Hände frei, sich eben von anderen Staaten (sprich Kuba) Waffen liefern zu lassen.

Die FSLN hat sich aber noch das Entscheidende, liegt also eindeutig in den Händen der FSLN. Hieran kann auch der neue Verteidigungsminister Bernardino Lora nichts ändern: der zukünftige einseitige Oberst der Nationalgarde gewissermaßen seine Position als Offizier nicht so, sondern daß alle militärischen Entscheidungen direkt von der Nationalen Führung der Frente Sandinista getroffen werden, er selbst ist in der Öffentlichkeit nicht mehr aufgetaucht („Taz“, 1.8.79). So nahm er z.B. auch nicht an einer Pressekonferenz teil, in der es ausdrücklich um das neue nicaraguanische Heer gehen sollte.

An der Spitze des Heeres soll weiterhin das Militärkommando stehen, das aus Humberto Ortega, Luis Carrion und Tomas Borge — alles Führer der Sandinisten — besteht. Dem Militärkommando unmittelbar unterstellt ist der Generalstab, der von einigen Guerillakommandanten gebildet wird. Humberto Ortega legte besonderen Wert auf die Feststellung, daß es zwar kein großes, aber ein gut ausgebildetes und ausgezeichnet bewaffnetes Heer sein wird. Es solle keine abenteuerlichen Aktionen außerhalb der Grenzen Nicaraguas durchführen, sondern dessen Grenzen schützen, Tomas Borge, Gründungsmitglied, Vertreter des linken Flügels in der FSLN und Innenminister hat die militärischen Schlüsselpositionen inne. Auf die Frage nach der Größe des zukünftigen Heeres antwortete er: „Nicaragua hat zweieinhalb Millionen Einwohner und fast eine Million erwachsene, die bereit sind, die nicaraguanische Revolution mit der Waffe zu verteidigen.“ („Taz“, 31.7.79).

Eine schlagkräftige Volksarmee wird Nicaragua auch brauchen. Rund 1500 Nationalgardisten rotten sich in El Salvador, rund 7000 in Honduras zusammen. Sie sind bestens bewaffnet und stehen unter Leitung des Sohnes von Somoza, Anastasio, der die Macht für seinen Clan zurückerobern will.

Wie ein gelungener Scherz hört es sich an, wenn Tomas Borge (in den USA als „Castro“ verschrien) ausgerechnet die USA auffordert, Waffen an Nicaragua zu liefern, verbunden mit dem Hinweis, daß Nicaragua ein modernes und schlagkräftiges Heer aufbauen wolle. Lehnen die USA allerdings, wie wohl zu erwarten, ab, so hat die Regierung die Hände frei, sich eben von anderen Staaten (sprich Kuba) Waffen liefern zu lassen.

Wie ein gelungener Scherz hört es sich an, wenn Tomas Borge (in den USA als „Castro“ verschrien) ausgerechnet die USA auffordert, Waffen an Nicaragua zu liefern, verbunden mit dem Hinweis, daß Nicaragua ein modernes und schlagkräftiges Heer aufbauen wolle. Lehnen die USA allerdings, wie wohl zu erwarten, ab, so hat die Regierung die Hände frei, sich eben von anderen Staaten (sprich Kuba) Waffen liefern zu lassen.

Wie ein gelungener Scherz hört es sich an, wenn Tomas Borge (in den USA als „Castro“ verschrien) ausgerechnet die USA auffordert, Waffen an Nicaragua zu liefern, verbunden mit dem Hinweis, daß Nicaragua ein modernes und schlagkräftiges Heer aufbauen wolle. Lehnen die USA allerdings, wie wohl zu erwarten, ab, so hat die Regierung die Hände frei, sich eben von anderen Staaten (sprich Kuba) Waffen liefern zu lassen.

Die FSLN hat sich aber noch das Entscheidende, liegt also eindeutig in den Händen der FSLN. Hieran kann auch der neue Verteidigungsminister Bernardino Lora nichts ändern: der zukünftige einseitige Oberst der Nationalgarde gewissermaßen seine Position als Offizier nicht so, sondern daß alle militärischen Entscheidungen direkt von der Nationalen Führung der Frente Sandinista getroffen werden, er selbst ist in der Öffentlichkeit nicht mehr aufgetaucht („Taz“, 1.8.79). So nahm er z.B. auch nicht an einer Pressekonferenz teil, in der es ausdrücklich um das neue nicaraguanische Heer gehen sollte.

An der Spitze des Heeres soll weiterhin das Militärkommando stehen, das aus Humberto Ortega, Luis Carrion und Tomas Borge — alles Führer der Sandinisten — besteht. Dem Militärkommando unmittelbar unterstellt ist der Generalstab, der von einigen Guerillakommandanten gebildet wird. Humberto Ortega legte besonderen Wert auf die Feststellung, daß es zwar kein großes, aber ein gut ausgebildetes und ausgezeichnet bewaffnetes Heer sein wird. Es solle keine abenteuerlichen Aktionen außerhalb der Grenzen Nicaraguas durchführen, sondern dessen Grenzen schützen, Tomas Borge, Gründungsmitglied, Vertreter des linken Flügels in der FSLN und Innenminister hat die militärischen Schlüsselpositionen inne. Auf die Frage nach der Größe des zukünftigen Heeres antwortete er: „Nicaragua hat zweieinhalb Millionen Einwohner und fast eine Million erwachsene, die bereit sind, die nicaraguanische Revolution mit der Waffe zu verteidigen.“ („Taz“, 31.7.79).

Eine schlagkräftige Volksarmee wird Nicaragua auch brauchen. Rund 1500 Nationalgardisten rotten sich in El Salvador, rund 7000 in Honduras zusammen. Sie sind bestens bewaffnet und stehen unter Leitung des Sohnes von Somoza, Anastasio, der die Macht für seinen Clan zurückerobern will.

Wie ein gelungener Scherz hört es sich an, wenn Tomas Borge (in den USA als „Castro“ verschrien) ausgerechnet die USA auffordert, Waffen an Nicaragua zu liefern, verbunden mit dem Hinweis, daß Nicaragua ein modernes und schlagkräftiges Heer aufbauen wolle. Lehnen die USA allerdings, wie wohl zu erwarten, ab, so hat die Regierung die Hände frei, sich eben von anderen Staaten (sprich Kuba) Waffen liefern zu lassen.

Eine schlagkräftige Volksarmee wird Nicaragua auch brauchen. Rund 1500 Nationalgardisten rotten sich in El Salvador, rund 7000 in Honduras zusammen. Sie sind bestens bewaffnet und stehen unter Leitung des Sohnes von Somoza, Anastasio, der die Macht für seinen Clan zurückerobern will.

Wie ein gelungener Scherz hört es sich an, wenn Tomas Borge (in den USA als „Castro“ verschrien) ausgerechnet die USA auffordert, Waffen an Nicaragua zu liefern, verbunden mit dem Hinweis, daß Nicaragua ein modernes und schlagkräftiges Heer aufbauen wolle. Lehnen die USA allerdings, wie wohl zu erwarten, ab, so hat die Regierung die Hände frei, sich eben von anderen Staaten (sprich Kuba) Waffen liefern zu lassen.

Wie ein gelungener Scherz hört es sich an, wenn Tomas Borge (in den USA als „Castro“ verschrien) ausgerechnet die USA auffordert, Waffen an Nicaragua zu liefern, verbunden mit dem Hinweis, daß Nicaragua ein modernes und schlagkräftiges Heer aufbauen wolle. Lehnen die USA allerdings, wie wohl zu erwarten, ab, so hat die Regierung die Hände frei, sich eben von anderen Staaten (sprich Kuba) Waffen liefern zu lassen.

Kurzmeldungen

Auslieferung Somozas gefordert

Beim Generalstaatsanwalt der USA hat die Regierung in Managua die Auslieferung Somozas und mehrerer Familienangehöriger beantragt. Diese Forderung ist von daher interessant, weil es zwischen den USA und Nicaragua ein Auslieferungsabkommen gibt, an dem Somoza selbst mitgewirkt hat. Auslieferungsgründe wären hiernach z.B. Raub, Unterschlagung, Betrug, Mord usw. Alles Deutliche, die von Somoza begangen wurden. Junta-Mitglied Ramirez teilte mit, daß die neue Regierung Nicaraguas Somoza „viele Fragen zu stellen“ hätte, da der Diktator „und seine Freunde“ bei ihrem Fortgang Gelder aus der Staatskasse mitgenommen haben („SZ“, 25.7.79). Die USA versprochen, die Angelegenheiten zu überprüfen. Unter der Hand wurde aber bekannt, daß die USA Somoza zugesagt haben, ihn nicht auszuliefern.

Jubel in Panama

130 panamaische Freiwillige, die auf Seiten der sandinistischen Befreiungsfront im nicaraguanischen Bürgerkrieg gekämpft haben, sind auf dem Luftwege heimgekehrt und wurden auf dem Flughafen begeistert von der Bevölkerung empfangen („SZ“, 30.7.79). Der Organisator der internationalen Brigade, Hugo Spadafora, teilte mit, 20 seiner insgesamt 300 Landsleute, die in Nicaragua kämpften, seien gefallen. Spadafora war vorher Gesundheitsminister von Panama gewesen und hatte seinen Posten aufgegeben, um am nicaraguanischen Befreiungskampf teilzunehmen („FR“, 31.7.79).

USA verhindern Waffenlieferung an FSLN

Nach Angaben der amerikanischen Zollfahndung ist der Generalkonsul der dominikanischen Republik wegen versuchten Waffenschmuggels zugunsten der FSLN verhaftet worden. Die Transaktion, die verhindert worden sei, habe die Lieferung von 1000

Schusswaffen umfaßt. Ein 100-Mann-Team der Zollfahndung sei in der Nacht zum 28. Juli in die Republik eingeschwenkt. Die Lieferung von 1000 Schusswaffen umfaßt. Ein 100-Mann-Team der Zollfahndung sei in der Nacht zum 28. Juli in die Republik eingeschwenkt.

Zeitung geschlossen

Der Innenminister Tomas Borge hat die Zeitung „El Pueblo“ (Das Volk) verboten. Die Zeitung existierte schon einige Monate und hatte sich kritisch an der neuen Regierung und zu rechter Politik der FSLN. Ein Sprecher der Zeitung erklärte dazu: „Nicaragua braucht eine Neutralität und solange die anhält, ist es notwendig, die Kräfte zu vereinen und nicht zu spalten.“

Wahrscheinlich handelt es sich bei „Pueblo“ um eine Zeitung der Vaterländer, Marke China. Daniel Ortega wies darauf hin, daß El Pueblo legal erscheinen könnte (sogar mit Angabe des Herausgebers), als andere wegen des Schreibens von Parolen erschossen wurden. Die Herkunft der finanziellen Mittel bliebe im Dunkeln („Taz“, 30.7.79).

Nationalgardisten verüben weiterhin Mordaktionen

Innenminister Borge hat am Mittwoch ein Flüchtlingslager am Flughafen von Managua zum Gefangenenlager erklärt. In dem Lager hatten rund 2000 Menschen, darunter auch zahlreiche Nationalgardisten Zuflucht gesucht. In der Nähe des Lagers wurden zahlreiche verstümmelte Leichen sandinistischer Kämpfer gefunden, die von im Lager anwesenden Nationalgardisten umgebracht wurden. Die Leichen sollen verhört und bei dringendem Tatverdacht vor Gericht gestellt werden, ihr Leben werde allerdings respektiert werden, gleich welcher Verbrechen sie sich schuldig gemacht haben („NZZ“, 27.7.79).

Anhänger von Somoza wollten Angaben des neuen Innenministers zufolge das „Marsfeld“ an der Infanterieschule von Managua überfallen. Das Komplott konnte jedoch vereitelt werden („SZ“, 28./29.7.79).

Bereiten Somoza-Soldner Invasion vor?

Nach einem Bericht der „Neuen“ vom 3. August bereiten über 6.000 nach Honduras geflüchtete Nationalgardisten eine militärische Invasion in das befreite Nicaragua vor. Die „Neuen“ schreibt, daß dies „mit offensichtlicher Billigung“ der Militärregierung von Honduras geschehe. Kommandiert werde diese weißgardistische Exil-Armee des geflüchteten Somozas von dem Oberst Harry Pinola.

Wie schnell sich die Lage in Nicaragua „normalisiert“ und welchen politischen Preis die Revolution wird zahlen müssen, hängt nicht zuletzt von der internationalen Solidarität mit Nicaragua ab.

Kubaner raus aus Nicaragua!

So wird es wohl demnächst in den einschlägigen Blättern („Rote Fahne“, „KVZ“) zu lesen sein. Denn schon hat Kuba ein Kontingent (!) von 60 Personen nach Nicaragua geschickt, darunter 40 Ärzte. Höchste Zeit also, sich gegen diesen Einfall Kubas nach Nicaragua eng

mit allen antihegemonistischen Kräften zusammenzuschließen. Denkbare Geschichten für die nächste Zeit

Die Sowjetunion habe die gesamte Baumwollernt Nicaraguas 100 % unter dem Weltmarktpreis aufgekauft

2 000 Fallschirmjäger aus der DDR kontrollierten Managua
- Kubanische Soldaten bereiten von Nicaragua aus einen Überfall auf die USA vor
Deng Hsiao-ping fordert eine Besetzung Nicaraguas, des „Kubas von Mittelamerika“

Bewaffnete Propaganda-Aktionen des chilenischen Widerstands

MIR Genossen aus Frankfurt schicken uns eine Übersetzung aus der Nr. 149 (Mai 79) des REBELDE zu, in der eine Reihe von bewaffneten Propaganda-Aktionen des chilenischen Widerstands aufgeführt sind. Der REBELDE ist die Zeitung des MIR die nun bald seit sechs Jahren kontinuierlich in der Illegalität erstellt und verbreitet wird.

Am Morgen des 23. April um 9 Uhr starb der Hauptmann Luis Caraveo bei dem Versuch, eine vom Widerstand gelegte Bombe zu entschärfen, die sich vor dem Gebäude der DINA (Straße Santa María Ecke Lopez) befand. Er war für unzählige Folterungen verantwortlich und war der Leiter der Sprengstoffabteilung.

Der übige Staatskontrollleur der Universität von Chile, Julio Salas Romo, verantwortlich für zahlreiche Rausschüsse und ausführende Hand des Terrorregimes in der Uni, erhielt einen Warnruf, daß wieder gegen die Repression des Gorillaterrors gekämpft wird. Am 25. April explodierte in seinem Haus eine Bombe.

Der Widerstand taucht im Zentrum von Santiago mit Bomben geringer Sprengkraft auf, die die „Experten“ auf Trab halten, durch verschiedene Platzierung der Bomben in einem Müllimer in der Einkaufs-

straße Phillips und anderen in der Ahumada

Eine operative Einheit des MIR besetzt das Sendegeäude der Station „Radio Minería“ mit dem Ziel einen Aufruf zum Kampf bezüglich des 1. Mai und eine Darstellung des sich entwickelnden Kampfes und der Einheit durchzugeben. Die Aktion war erfolgreich, obwohl man aus technischen Gründen nicht die Aktion wie vorgesehen durchföhren konnte.

Auch in der Provinz nimmt die bewaffnete Propaganda Ausmaße an. In Anco (an der Grenze zu Peru) explodierten 8 Bomben, eine davon in dem Gebäude der Zeitung „Estrella de Anco“.

Die Studenten solidarisierten sich mit den Verhafteten vom 1. Mai. Ihr Kampf wird mit dem Rausch schuß vieler beantwortet. Der Widerstand greift mit Aktionen ein, gegen den Dekan der humanistischen Fakultät, Ciudad Vasquez 115. Mai, den stellvertretenden Direktor der kathol. Universität, Jaime de Valle, und gegen Hernan Gracia Vidal, stellvertretender Direktor der Universität von Chile.

Die Arbeiter von Lan (Fluggesellschaft) sind von Entlassungen aus „Restrukturierungsgründen“ bedroht. Mit einer im Lastwagen versteckten Bombe wird eine kämpferi-

sche Aktion gegen den Präsidenten der Lan, Benis Lustig, durchgeführt.

In den westlichen Stadtteilen von Santiago, in einer der Vorbereitungs-kundgebungen zum 1. Mai, verteilt eine Einheit des MIR den „REBELDE“ unter den zahlreich Anwesenden, abgesichert von bewaffneter Unterstützung.

Im Sitz der Zentrale der „Nationalen Jugend“, nur eine Ecke vor dem Regierungsgebäude Diego Portales, explodiert am 14. Mai eine Bombe des Widerstands (Anm. zum 2. Mai).

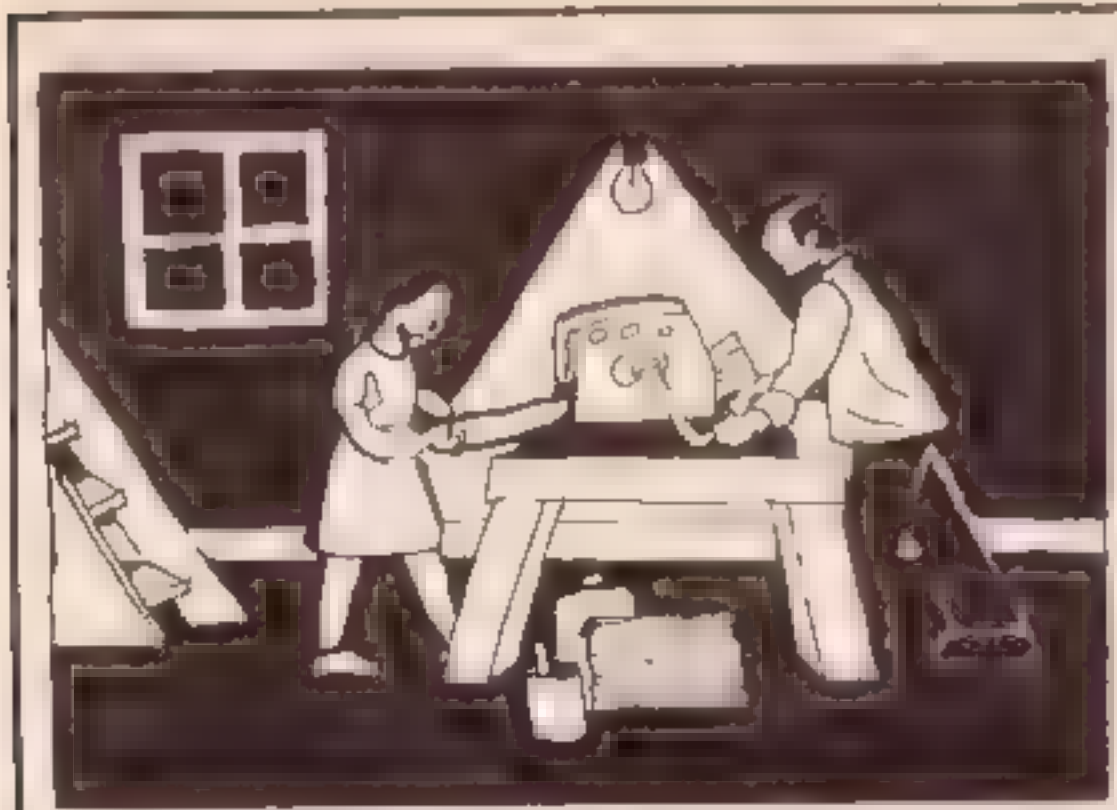
In einem Weinlokal der Gesellschaft für Papier und Kartons explodiert in der Phase eines sich eskalierenden Konflikts zwischen Arbeitern und Bossen, eine Bombe des Gewerkschaftswiderstands zur Unterstützung des Kampfes der Papierarbeiter.

In Iruazaval zerstörte eine Bombe die Fenster und Vorderfront der „Banco Sudamericano“ die in der Hand bekannter Ausbeuter ist.

Im Bereich des Hauptbahnhofs zerstörte eine Bombe des Widerstands die Schalterhalle der „Bank von Chile“. Die Bank gehört einer Monopolgruppe der „Piratas“.

In Iruazaval zerstört ebenfalls eine Bombe des Widerstands die Front der „Kredit- und Anlagenbank“.

Aufruf zur Unterstützung der illegalen Presse in Chile



**DIE UNTERGRUNDARBEIT
BRAUCHT
EURE UNTERSTÜTZUNG!**

Der chilenischen Presse sind unter der Junta Hände und Füße gebunden. Nach dem Putsch 1973 sind hunderte von Journalisten verhaftet oder ausgewiesen worden. Eine große Anzahl von Zeitungen und Zeitschriften sind verboten. Was übrig geblieben ist, steht unter scharfer Zensur. Das Ziel dieser Vorgehensweise ist offenbar die tatsächlichen Verhältnisse in Chile müssen vertuscht werden, ebenso wie der Widerstand und seine Aktionen, der Widerstand sollte mundtot gemacht werden.

Aber bereits seit 1973 gibt es verschiedene Organe der Untergrundpresse. Eines davon ist „EL REBELDE“. Der Rebelde konnte vor dem Putsch öffentlich erscheinen und war Sprachrohr für die Armen in Chile und für die revolutionäre Opposition. Er verteidigte beispielsweise die Rechte der Arbeiter in den Kohlengruben und war Bestandteil der Kämpfe der Bauern in Cautin.

Gleichzeitig legte er die Machenschaften und Intrigen der ausländi-

schen Unternehmen offen. Er war die einzige Zeitung, die Berichte über die Vorbereitungen der Rechten veröffentlichte, die demokratisch gewählte Regierung Allende zu stürzen.

In der Folgezeit setzte der Rebelde seine Aktivitäten in der Illegalität fort. Mit einfachen Mitteln schafften es die Widerstandskämpfer die Zeitung regelmäßig herauszubringen. Es gelang die Zeitung im ganzen Land zu verbreiten.

Im Rebelde werden die Arbeiter, Bauern, Studenten und Angehörige aufgefordert, die Widerstandskomitees zu gründen, es wird über die illegalen Streiks der Arbeiter und weitere Protestaktionen berichtet, es werden Namen und Schicksale von Personen veröffentlicht, die von den Sicherheitsorganen gefaßt wurden. Die Zeitung organisiert Spendenaktionen, um den Widerstand materiell zu unterstützen u. a. m.

Nach einem Schlag der Sicherheitskräfte mußte der Rebelde

im Oktober des letzten Jahres seine ausgedehnte Arbeit stark einschränken. Augusto Carmona, der wichtige Aufgaben bei der Herausgabe wahrnahm, wurde ermordet. Große Mengen an Ausrüstung und Material wurden beschlagnahmt. Die Auflage mußte deshalb reduziert werden und auch die Verbreitung wurde problematischer. Große Teile des Landes konnten nicht mehr mit Informationen versorgt werden. Eine unterstützende Lösung war vom Ausland aus zehntausende von Kopien des Rebelde nach Chile zu schicken. Dies mit großem Erfolg. Es ist aber absolut wichtig, daß die illegale Presse im Lande wieder ausgebaut wird.

Die ständig zunehmenden Streiks, Hungerstreiks und Protestkundgebungen in Chile bekräftigen den Dank der Verbreitung von tausenden von Flugblättern konnten und können diese Aktionen gut organisiert werden. Die Bevölkerung war immer breit darüber informiert, warum es bei den Aktionen ging und wie man sie vorbereiten und organisieren kann, ob Druck auf die Junta hinsichtlich der Aufklärung von Verschwundenenschicksalen ausgeübt wird, zur Wiedererlangung von Grundrechten oder zur Bekämpfung von Hunger und Arbeitslosigkeit.

Obwohl die offizielle Presse die Aktionen totschweigt, hat es sich gezeigt, daß es möglich ist, die Bevölkerung auch mit einfachen Mitteln zu informieren.

Um den Rebelde in der Fortsetzung und Ausweitung seiner Aufgaben zu unterstützen, ist es wichtig überall in der Welt Geld zu sammeln um so die illegale Presse in Chile zu stärken. Das Geld soll gezielt für die fotografischen und drucktechnischen Ausrüstungen gesammelt werden. Da durch kann ein wichtiger Beitrag für die Unterstützung des Widerstands geleistet werden.

UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE ILLEGALE PRESSE DES UNTERGRUNDWIDERSTANDES ALS UNTERSTÜTZUNG DES VOLKS WIDERSTANDES

Postcheckkonto: Frankfurt/M. 25 792 603, S. Lasser
Hödelheimer Str. 13, 6000 Frankfurt/Main 90
Kontaktadresse: H. Jank, Postfach 550326, 6000 Frankfurt/M. 55



afrika

Meldungen Südliches Afrika

Namibie: Ausdehnung des Befreiungskrieges

Die namibische Befreiungsbewegung hat beschlossen, „den Befreiungskrieg auf vorwiegend von Weißen bewohnte Gebiete Namibias auszuweiten“, nachdem RSA-Rassisten international überwachte Wahlen unter Betäubung der SWAPO torpediert haben. Wie die SWAPO in einem der in Dar Es Salaam tagenden 33 Konferenz des Befreiungsausschusses der OAU vorgelegten Communiqué mitteilt, will sie mit dieser Maßnahme die „weißen kolonialistischen Landherren daran erinnern, daß für die Unterdrückung des repressiven Regimes in Südafrika Konfort und Sicherheit nicht länger bestehen“ („NZZ“, 30.6.).

Zimbabwe: Massenflucht nach Mosambik

Massenflucht nach Mosambik

Seit den April-Scheinvahlen in Zimbabwe (Rhodesien) sind insgesamt ca. 30.000 Schwarze aus Zimbabwe nach Mosambik geflohen und halten sich dort in Flüchtlingslagern auf. Insgesamt hat sich die Zahl der zimbabweischen Flüchtlinge in Mosambik auf 150.000 erhöht. Eine berechnende Bilanz nicht nur des Smith-Regimes, sondern auch des in sich so „freien Wahlen“ zum Premier avancierten Bischofs Muzorewa.

RSA: CDU-MdB in Südafrika

Der Westberliner CDU-Bundestagsabgeordnete Wohlrabe wurde in Pretoria vom Chef des südafrikanischen Rassistenregimes, Botha, zu einer wie es in der Mitteilung der CDU/CSU-Fraktion heißt – „längeren politischen Aussprache empfangen“. Nach seinen Gesprächen in der RSA wird Wohlrabe in Namibia mit dem Beauftragten des südafrikanischen Okkupationsregimes, Repräsentanten der sogenannten Turnhallen-Allianz und Vertretern der „dortigen Presse“ zusammentreffen.

Südafrika bekommt Öl aus Großbritannien

Die britische Regierung hat der Erdölgesellschaft „BP“ gestattet, die RSA indirekt mit Erdöl zu beliefern. Gemäß dem Regierungsbescheid darf die BP in der Nordsee gefördertes Öl an die EG und die Mitgliedsländer der internationalen Energieagentur liefern und im Austausch hierfür Rohöl aus Drittländern erhalten. Dieses Öl kann die BP anschließend an Südafrika weiterverkaufen – mit der Auflage, es nicht an Rhodesien zu liefern („TAZ“, 2.7.).

RSA: Eschel Rhodie verhaftet

Der frühere südafrikanische Informationsminister Eschel Rhodie wurde am 19.7. von französischen Polizisten verhaftet. Die RSA-Behörden werfen ihm Unterschlagung von 72 Millionen Dollar aus der südafrikanischen

Dollar aus der südafrikanischen Staatskasse vor und versuchen, „mit allen Mitteln“ eine Auslieferung Rhodies durchzusetzen („HTZ“, 23.7.). Tatsächlich handelt es sich bei den 72 Mio. Dollar um den Beistand der RSA-Regierung, den Rhodie in seiner Funktion als Informationsminister überwiegend erfolgreich dazu verwendet hat, Presseorgane, Parteien und Gewerkschaften des „freien Westens“ zu pro-rassistischer Propaganda zu bewegen. Rhodie, der sich angesichts des sosehrigen Skandals rechtzeitig in die Flucht schlichtete, schützte Leben und Freiheit bisher mit der Drohung weiterer Veröffentlichung „intimster Kenntnisse“ in Bezug auf den Bestechungs-skandal (zu seinen bisherigen Äußerungen s. AK 151).

Die RSA will sich jetzt anscheinend endgültig diesem potentiellen Störenfriedes entledigen, und hat dabei an den französischen Behörden augenscheinlich willige Partner gefunden (sicherlich hat das gute Gründe!).

Wir hoffen nur, daß Rhodie seine Ankündigung wahr macht, im Falle der Verhaftung seiner Person weitere Skandale aufzudecken.



Licht und Schatten in Monrovia

Die Meinungsverschiedenheiten und Widersprüche unter den 49 Mitgliedsstaaten der OAU sind auf ihrer 16. Gipfelkonferenz in der liberianischen Hauptstadt Monrovia deutlich zutage getreten. Diese Widersprüche zeigten sich in den harten Auseinandersetzungen auf der Tagung und führten zu sehr unterschiedlichen Entschlüssen.

Westafrika: Erfreulich ist der Beschluß zur Westafrikafrage. Zwar konnte die Forderung nach sofortigem Abzug der marokkanischen und mauritanischen Besatzungstruppen nicht durchgesetzt werden, aber beschlossen wurde, daß unter internationaler Überwachung die Sahara über die Zukunft der ehemaligen spanischen Kolonie entscheiden soll. Diese Entscheidung, die mit nur einer Stimme mehr als der Zweidrittelmehrheit zustande kam, führte zum Abzug der marokkanischen Delegation aus der Konferenz. Marokko hat inzwischen angekündigt,

daß es seine OAU-Mitgliedschaft überprüfen werde – ein Austritt dieses reaktionären Königreiches wäre aber kein Schaden für die OAU.

Zimbabwe: Mit großer Mehrheit verurteilte die OAU „die heimtückische sogenannte interne Verfassung und die daraus hervorgehende Lösung in Zimbabwe“. Jeder Versuch, die rassistische Minderheitsregierung anzuerkennen, werde als feindlicher Akt gegenüber Afrika gewertet. Alle Staaten wurden aufgefordert, daß illegale Regime in Salisbury nicht anzuerkennen und alle Sanktionen aufrechtzuerhalten. Die Gipfelkonferenz verurteilte „konzertierte diplomatische Manöver insbesondere von Seiten Großbritanniens, den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe für volle und echte Unabhängigkeit zu ersticken“ sowie die Vorbereitungen der USA und Großbritanniens, die Regierung in Salisbury anzuerkennen. Auch wenn in

einer Situation, in der es der Imperialismus bisher noch nicht für ratsam hielt, das Muzorewa-Regime schon formal anzuerkennen, so die Vertreter der reaktionären afrikanischen Staaten nicht allzuviel kostet eine Anerkennung abzulehnen, so erstaunt doch der scharfe Ton des Beschlusses. Außerdem muß er vor dem Hintergrund gesehen werden, daß der bisherige OAU-Präsident Numein eine „Allparteienkonferenz“ gefordert hatte, worauf selbst vom Führer des ZAPU-Flügels der Patriotischen Front, Nkomo, ablehnend eingegangen wurde und daß der zairische Ministerpräsident Lokongo mit dem Antrag auf Nichtbeachtung einen fortwährenden Beschluß zu verhindern versucht hatte.

Naher Osten: Durchsetzen konnten sich die Reaktionen in der Nahostfrage. Nachdem der ursprüngliche Resolutionsentwurf separate „Friedensverhandlungen“ zwischen Ägypten

und Israel noch ausdrücklich verurteilte, ist in der schließlich verabschiedeten Fassung trotz der Proteste während der Rede Sadats keinerlei Kritik am „Friedensabkommen“ mehr enthalten.

Uganda: Kein Beschluß wurde über das Thema Uganda herbeigeführt. Nachdem zunächst der sudanesisch- und ugandianische Staatschef Numein und Obasanjo die tansanische Hilfe beim Sturz Amins stark angegriffen hatten, warf unter starkem Beifall der neue ugandische Präsident Binaisa der OAU vor, tatenlos zuzusehen zu haben, wie Amin eine halbe Million Menschen umgebracht habe. Ich bitte Sie, Exzellenzen, sich nicht hinter der Formel von der Nichteinnischung zu verstecken, wenn es um eklatante Verletzungen der Menschenrechte geht. Wir müssen auch den Mut haben, Menschenrechtsverletzungen im Zentralafrikanischen Kaiserreich und in Äquatorial-Guinea anzuprangern. Andernfalls wird die

Geschichte Sie richten, wenn Sie keinen Finger rühren.“

Die Namen der Staaten, denen die OAU noch die Unterstützung versagt hat, sind aufgelistet. Als Bestreben des neuen OAU-Präsidenten Tolbert (Liberia) nachträglich aus dem Protokoll gestrichen.

BRD-Imperialismus verurteilt

Zum Abschluß der Tagung verurteilten die Staatschefs alle die Länder, die in Verletzung der einschlägigen UNO- und OAU-

Die OAU verurteilt die nukleare und andere Beziehungen mit dem Regime in Südafrika und Rhodesien haben, insbesondere Großbritannien, die USA, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Japan, Belgien, Italien und einige lateinamerikanische Länder.

Afrika Kommission

„Der neue Mensch ist ein Prozeß“

Für die bürgerlichen Medien hierzulande ist die Entwicklung der VR Mosambik nach der Unabhängigkeit weitgehend tabu gewesen.

Wenn über die Situation im Land berichtet wurde, so mit dem ausschließlichen Ziel, die Fortschrittliche Aufbauarbeit und die Demokratisierung der mosambikanischen Gesellschaft zu diffamieren. In guter Erinnerung sind noch die reißerisch aufgemachten Meldungen über angebliche „stalinistische Säuberungen“, wahllos verurteilte Todeurteile und ähnlichem Quatsch, die leider auch von der Alternativpresse („TAZ“, „Neue“) in der Regel unkomentiert abgedruckt wurden. Verschwiegen wurde hier wie üblich der politische Hintergrund für das verurteilte Vorgehen der FRELIMO, nämlich eine bedrohliche Zunahme von Sabotageakten und Überfällen durch diverse Söldnergruppen, die aktiv an der politischen Destabilisierung Mosambiks arbeiten.

Die VR Mosambik gehört zu den wenigen Staaten des afrikanischen Kontinents, die sich programmatisch und auch in der politischen Praxis zum Marxismus-Leninismus bekennen und den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft anstreben. Mosambik ist auch logistischer Stützpunkt für die Kämpfer der ZANU. Mosambik hat auch sehr deutlich das Engagement der tansanischen Truppen in Uganda begrüßt und gilt innerhalb des Frontistenbündnis als wesentlicher Fürsprecher und Unterstützer der afrikanischen Befreiungsbewegungen.

Auch wir haben der innenpolitischen Entwicklung dieses Landes in unserer Berichterstattung bisher wenig Beachtung geschenkt. Angesichts des Versuchs der FRELIMO, neben der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der wirtschaftlichen Weiterentwicklung Mosambiks ein besonderes Schwerkraft auf die Veränderung des Bewußtseins der Menschen zu legen, um so der Gefahr einer revisionistischen Entwicklung entgegenzuwirken, haben wir uns entschlossen, in einer lockeren Artikelreihe einen detaillierten Einblick in die Situation der VR Mosambik zu geben.

Den Anfang bilden Auszüge aus einer Rede von Sergio Vieira, Mitglied des ZK der FRELIMO, die er auf einer Konferenz des Ministeriums für Erziehung und Kultur hielt (Aus: „Informationsdienst Südliches Afrika“, Juli 1979).

Gegen das kolonialisierte Bewußtsein

Uns allen ist bekannt, daß hier in Mosambik relativ gute Mathematikbücher fürs zweite, dritte und vierte Schuljahr gab. Es gab möglicherweise ein paar tausend Prioritäten, bevor wir ein Mathematikbuch herausgeben haben. Aber warum diese Unverständlichkeit bei der Produktion eines Mathematikbuches, wenn doch die Mathematik ein so neutrales Thema ist? Wir hätten vielleicht zuerst die Auswahl schöner Literatur ändern sollen, das wäre leichter zu verstehen gewesen. In dem Mathema-



tikbuch hätten wir vielleicht die Illustrationen ändern, statt von Büren von Cashew-Nüssen reden sollen. Dann hätten wir ein Mathematikbuch gehabt. ... Allerdings ist das eine leichte Lösung des Problems. Das Mathematikbuch war nicht so neutral gewesen. Es hätte aber mit einer ganz Denkweise korrespondieren müssen, die wir ablehnen, es hätte mit einer bestimmten Klassenperspektive korrespondieren müssen, die nicht nur auf der Vorstellung beruht, ein schwarzes Kind statt ein weißes oder Büren statt Cashew-Nüsse zu zeichnen.

Weder Herr noch Knecht

Die Schaffung des neuen Menschen ist nicht hauptsächlich subjektiv, sondern die Veränderung in den objektiven Bedingungen. Wenn es andersherum wäre, würden wir in Idealismus verfallen. Wir müssen die ökonomische und gesellschaftliche Basis ändern, wir müssen die Infrastruktur unserer Gesellschaft ändern um den „Neuen Menschen“ zu schaffen.

Der „Neue Mensch“ ist kein Heiliger. Der Mensch ist Produkt einer konkreten Gesellschaft, er ist das objektive Resultat einer Gesellschaft, obwohl er an ihrer Veränderung beteiligt ist. In der Perspektive, wie wir den „Neuen Menschen“ definiert haben, konnte er nicht in der bürgerlichen oder feudalen Gesellschaft entstehen. Wir haben die ökonomische Grundlage für das Fortbestehen des „feudalen“ und „bourgeois“ Menschen ausgeschaltet (...).

Es gab neue Werte und neue Kriterien für Werte. Was für Werte sind geschaffen worden? (...) Es kamen Leute zur FRELIMO, und es gibt hier welche unter Euch, die es bezeugen können, die ihren Diener mitbrachten. Sie waren zusammen mit

ihrer Frau, ihren Kindern ... und ihrem Diener davongelaufen. Es war notwendig, das Herr-Knecht-Verhältnis abzuschaffen und eine neue Art von Beziehung zwischen den Menschen herzustellen (...). Teilweise ist das auch geschehen, indem auf der Machamba beide Seite an Seite arbeiteten, wobei der eine aufhörte Herr zu sein und der andere nicht mehr Diener war. Es arbeitete Seite an Seite mit seinem Diener und war nicht erniedrigt, weil auch der Diener durch die Arbeit nicht erniedrigt wurde. Es geht nicht darum, Menschen zu erniedrigen, sondern sie dazu zu bringen, kollektive Arbeit zu verrichten. (...) Es war notwendig, die Vorstellung einzuführen, daß Arbeit eine Tugend sei.

Initiative

Es ist sehr schwierig, die Bereitschaft zur Initiative in eine Gesellschaft einzubringen, weil gerade die Initiative in der feudalen Gesellschaft unterdrückt wird. Ihre rigide Struktur verbietet jegliche Initiative. Sie ist deshalb verboten, weil Initiative und Neuerungen in feudalen Gesellschaften als Angriff auf das Erbe der Vorfahren verstanden werden. (...) Wir lebten hauptsächlich in ehemals vom Feudalismus dominierten Zonen und das bedeutete die Einführung der Bereitschaft zur Initiative als Wert. Gestern habe ich in „Tempo“ von dem letzten rhodesischen Angriff auf Chimoio gelesen. Der Bericht besagt u.a., daß die betroffene Bevölkerung zusätzliche Schutzdunker gegraben hat, als sie die Bomben fallen sah. Initiative und Kreativität sind bestimmt durch Notwendigkeit. Fortschritt ist das Resultat bestimmter Bedürfnisse. (...) Initiative und Kreativität sind entstanden, weil der historische Augenblick sie erforderlich

machte. Wären sie nicht entstanden, so wären wir gestorben (...).

Erziehung gegen Obskurantismus

(...) Ein wichtiger Aspekt, der sich in unserem Land entwickelt, wenn auch vielleicht nicht mit dem notwendigen Nachdruck, ist die Kritik an Obskurantismus und Idealismus, die religiösen Auffassungen bloßstellt (...). Wir würden sagen, daß die Fehler, die wir in der Vergangenheit begangen und die zu machen wir immer noch in Gefahr sind, weshalb wir aufmerksam sein müssen, darin bestanden, zu denken, wir könnten den neuen Menschen zuwege bringen und die neue Mentalität schaffen, indem wir eine Reihe von Slogans wiederholten, durch Konditionierung durch eine Reihe von Slogans. Dies ist idealistisch und ultra-link. Es geht nicht um die Form. Wenn (...) z.B. ein dreijähriges Kind laut ruft: „Lang lebe der Marxismus-Leninismus!“, so erzeugt dies keine neue Mentalität in ihm. Ein dreijähriges Kind wird eine neue Mentalität erwerben, wenn es in seinem Kindergarten andere Kinder nicht schlägt und wenn es versteht, mit anderen Kindern zu spielen, ohne zu sagen: „Das ist mein Ball.“ Auf diese Weise lernt das Kind die neue Mentalität. Denn wenn das Kind sagt: „Lang lebe der Marxismus-Leninismus!“, sagt es das in derselben Weise wie: „Heil Maria, voll der Gnaden.“ Das Kind sagt etwas, was es nicht versteht. Es lernt eine Gewohnheit. Und was, die wir erwachsen sind, wenn wir uns an die Zeit erinnern, wo wir verpflichtet waren zu sagen: „Heil Maria, voll der Gnaden.“, so werden wir ärgerlich und entwickeln Widerstand. Und dieses Kind kann dieselbe Reaktion morgen zeigen (...).

Hand und Kopf

Der neue Mensch kennt keinen Widerspruch zwischen geistiger und körperlicher Arbeit. Er hat diesen Widerspruch überwunden und sie zu ergänzenden Bestandteilen seiner Arbeit gemacht (...). Der Körper nimmt teil an der schöpferischen Arbeit und der Verstand leistet und lebt vermittelt der schöpferischen Tätigkeit. Aber für jemanden, der begeistert ist von der Produktion, ist es nötig, daß diese Produktion etwas produziert. Wir hatten da mal ein Problem. Einen Soldaten und einem Studenten, die einen Versaß gegen die Disziplin begangen hatten, wurde eine Hacke gegeben und aufgetragen, ein Loch zu graben. Sie gruben das Loch und am nächsten Tag hieß man sie, es wieder zu füllen. Dann sollten sie wieder ein Loch graben. Dann mußten sie dieses auch wieder auffüllen. Ich erinnere mich, daß der Präsident mit uns wegen dieser Sache eine Versammlung veranstaltete. Er sagte: „Das ist verbrecherisch! Was ihr da macht, ist verbrecherisch! Ihr verwandelt den schöpferischen Akt der Arbeit in etwas sinnloses. Ihr schafft Widerwillen, ihr schafft Haß auf Arbeit.“ Arbeit schafft und befreit den Menschen. (...) Arbeit kann niemals Spiel sein! Arbeit muß ein konkretes Ziel haben und gesellschaftlichen Nutzen bringen (...).

Wenn ich in einer „machamba“ arbeiten gehe, die Mais produziert und der Mais verschwindet, werde ich nächstes Jahr nicht mehr zu dieser machamba gehen. Sie können alle möglichen Appelle für freiwillige Arbeit kolossal, aber ich werde sagen: „Nein! Was habt ihr mit der Produktion gemacht? Was war der Nutzen unserer Anstrengung, unseres Schweißes?“

Arbeit ist dazu bestimmt, unser Leben besser zu machen. (...) Und sei es auch nur dadurch, daß wir durch das Geld für unsere Produkte ein besseres Schulleben haben. So werde ich den Wert der Arbeit im Wert des Essens schmecken.

Der neue Mensch muß erst geschaffen werden

(...) Der neue Mensch ist ein Prozeß. Wenn wir vom neuen Menschen sprechen, so sprechen wir von kommunistischen Menschen, von dem Menschen, der in der kommunistischen Gesellschaft auftauchen wird. Es ist ein Mensch, der frei ist von der Konditionierung, der wir unterworfen sind. Frei von materiellen Wünschen. Wir befinden uns immer noch in der Vorgeschichte der Menschen, wie Marx sagt.

(...) Wir haben nicht die Erfahrung, um zu wissen, wie dieser Mensch sein wird. Wir wissen nicht, was er sein wird. Wir kennen die Richtlinien, die uns führen werden. Aber genauso wie wir uns nicht vorstellen können, was Unabhängigkeit ist vor der Unabhängigkeit, genauso wissen wir nicht, wie eine Banane oder ein Apfel schmeckt, bevor wir in ihn beißen und ebenso können wir nicht sagen, was der neue Mensch ist.

Nachrichten aus Schule und Hochschule

Studenten wählen links Reaktionäre ohne Chance

Die diessemestralen Ergebnisse der Studentenparlamentwahlen (in der Regel wird einmal im Jahr gewählt, also entweder im Sommer- oder im Wintersemester) haben im wesentlichen keine Verschiebung der Kräfteverhältnisse gebracht. Weder im Verhältnis zwischen dem fortschrittlichen Lager, von den reformistischen Jusos bis hin zur radikalen Linken, und den Reaktionären, noch innerhalb des fortschrittlichen Lagers selbst (siehe hierzu die Ergebnisse in AK 158 und in dieser Ausgabe).

Nach wie vor verweigert die Linke zwischen zwei Drittel und drei Viertel der Stimmen auf sich, während der RCDS ca. 20 % gewinnt (an großen Unis noch weit darunter). Dazwischen liegen Gruppierungen auf stammem SPD-Kurs (mit antikomunistischer Abgrenzung nach links) mit ca. 10 %.

Kürzlich veröffentlichte auch das Bundesbildungsministerium eine Auswertung der SP-Wahlen der vergangenen Semester. Danach „konnten nach einem vorübergehenden Rückgang im Studienjahr 1977/78 vor allem die den im Bundestag vertretenen Parteien nahestehenden politischen Studentenverbände ihre Anteile deutlich steigern.“ (F.R., 177)

Einmal mehr wird damit versucht zu suggerieren, innerhalb der Studentenschaft bahne sich eine „Tendenzwende“ an. Die Rechnung dieser Experten ist dabei ganz einfach. Danach verfügen die Jusos und der RCDS über zusammen 40 % der Sitze in den SPs, womit sie zusammen zu den bestimmenden Kräften innerhalb der Studentenschaft hochstilisiert werden. Es wird dabei jedoch unterschlagen, daß es an keiner Hochschule ein Bündnis zwischen Jusos und dem RCDS gibt und die Jusos dies auch für die Zukunft kategorisch ablehnen. Tatsache ist auch, daß der Stimmenanteil für die Jusos erheblich fallen würde, wenn sie gegenüber dem RCDS bündnisbereit

wären. Richtig an der Analyse ist, daß die Jusos seit '77 Stimmengewinne zu verzeichnen haben. Dies ist im wesentlichen auf Kosten des SHB (ehemaliger Studentenverband der DKP) und des MSB, die zusammen ca. 10 % verloren. Trotzdem stellen MSB und SHB zusammen noch immer etwa 25 % der studentischen Parlamentarier.

Die Basisgruppen haben teilweise durch ihre eigene Spontaneität Verluste einstecken müssen. Im Gefolge des Aufschwungs der Studentenbewegung 76/77 errangen sie teilweise überraschende Wahlerfolge. An einer Reihe von Hochschulen traten sie in diesem Semester nicht mehr an, so z.B. in Bremen und Marburg, was dem inneren Zerfall dieser Gruppen geschuldet ist. Fast vollständig vom Boden verschwunden sind die „spontaneistischen“ Gruppierungen wie der Göttinger „Ungemächte Frühling“. Mit dem Abheben der Studentenbewegung kam auch ihr Ende. Einen besonderen Erfolg konnte jedoch die Basisgruppenbewegung an allen Westfälischen Hochschulen erreichen, wo sie jeweils die stärkste Fraktion stellt und zwischen 30 und 65 % der Stimmen auf sich vereint.

Die Gruppierungen mit revolutionärem Anspruch spielen nur noch eine sehr geringe Rolle. Der einst in dieser Hinsicht führende KSW hat seinen Einfluß jetzt vollständig verloren, auch in seinen Hochburgen in Baden-Württemberg. Der KSV (Studentenverband der „KPD“) spielt nur noch in der Basisgruppenliste in Westfalen (an der FU) eine gewisse Rolle. Mit der beschleunigten Auflösung des KSV wird dieser Prozeß sich noch fortsetzen. Die mit dem KB sympathisierenden Studenten haben eine Reihe von Positionen wieder verloren, was im wesentlichen auf einen Rückzug aus der Hochschulpolitik zurückzuführen ist. In beiden

„Hochburgen“, in Göttingen und Hamburg, konnten dagegen die früheren Ergebnisse gehalten oder sogar leicht verbessert werden.

Eine besondere Situation ergibt sich in Baden-Württemberg und Bayern, wo die verfasste Studentenschaft (und damit auch die Studentenparlamente) gesetzlich abgeschafft wurden. Der Linken stellt sich dort die Aufgabe, einerseits die Staatsorgane (Sprecherhöfe) effektiv zu nutzen, andererseits eigene, unabhängige Vertretungsorgane aufzubauen. Um auf diesem Weg Erfolge zu organisieren ist eine grundsätzliche Verständigung innerhalb des linken Lagers notwendig. Die größten Wahlerfolge hatten in beiden Fällen jeweils die Listen, die ein breites Spektrum der sozialistischen Kräfte abdeckten. In der Regel bildeten die Basisgruppen hierbei den Kern, da diese am ehesten bereit sind, Wahlbündnisse einzugehen. Niederlagen erlitt hier vor allem der MSB, der trotz dieser Situation auf einer scharfen Abgrenzung von den Basisgruppen bestand.

Gegenwärtig und die Angriffe auf die verfasste Studentenschaft und ebenso auf die ASien zurückgegangen. Das Experiment Baden-Württemberg hat gezeigt, daß die Studentenschaft sich unabhängige Vertretungsorgane nicht nehmen läßt. Gegenwärtig zeigen sich in Westfalen, wo die verfasste Studentenschaft nach 10 Jahren wieder eingeführt wurde, Öffensichtlich versucht die Bourgeoisie mit ihren Partnern gegenwärtig ihren politisch-ideologischen Einfluß innerhalb der Studentenschaft auf „friedlichen“ Wegen zu sichern. Bisher jedoch mit wenig Erfolg. Vielleicht wird auch in Westfalen schon bald zeigen, daß die Studentenschaft so unversichert ist, mit dem gereichten kleinen Finger gleich die ganze Hand zu nehmen.

SSB Hamburg

SP-Wahlen 79

Über die schon im AK 158 veröffentlichten Ergebnisse bei den Studentenparlamentwahlen hinaus, erreichten uns folgende Meldungen:

Marburg: Bei einer Wahlbeteiligung von 37,6 % (gegenüber 57,7 % im Jahre 1978) verteilten sich die Stimmen wie folgt (in Klammern die Ergebnisse von 1978):

Links	Stimmen	Prozent	Sitze
Jusos	1062 (1380)	23,3 (18)	10 (8)
MSB	1072 (1070)	22,6 (13,9)	9 (8)
SHB	719 (823)	15,9 (8,1)	8 (3)
RCDS	568 (1281)	21,4 (16,4)	9 (7)
ADU/SLH	874 (724)	14,9 (9,4)	6 (4)
KSW	85 (113)	1,8 (0,1)	0 (0)

Es kandidierte diesmal nicht die „Linke Liste“ (Basisgruppen), die 1978 867 Stimmen erreichte, die „Lockere Liste“ (eine mehr aus „Witz“ kandidierende Gruppe) mit 294 Stimmen und die Zyniker von der Marxistischen Gruppe mit immerhin 1019 Stimmen. Die Wähler dieser Gruppierungen sind offensichtlich nicht zur Wahl gegangen, denn immerhin beteiligten sich fast 3 000 Studenten weniger an der Wahl als 1978.

Westberlin: Über 50 % der Studenten beteiligten sich an der Fachhochschule für Wirtschaft (FHW) an den Wahlen. Von den 30 Sitzen entfielen je 14 auf die Basisgruppenlisten (Internationale Liste und Delegiertenratsinitiative) und die „Gewerkschaftlich orientierten“ Gruppen (Jusos und ADS (SEW)). Die restlichen zwei Sitze erhielt der LHV. Besonders bemerkenswert ist der Erfolg der Internationalen Liste, die acht Sitze errang. Die IL ist ein Bündnis zwischen ausländischen (die FHW hat einen hohen Ausländeranteil) und einigen deutschen Studenten. Der LHV hat erkennen lassen, daß er eher bereit wäre, mit den Basisgruppenlisten einen ASiA zu bilden.

München: Bei den Gremienwahlen an der Universität München (mit ca. 40 000 Studenten) die größte Hochschule der BRD) gab es auf studentischer Seite die folgenden Ergebnisse: Eine Liste von Basisgruppen und Fachschaftsvertretern erreichte 38 Sitze, eine Liste, die wesentlich vom MSB beeinflusst wurde, 26 Sitze, der LHV 1 Sitz, der RCDS (CDU-Studentenorganisation) 33 Sitze, der SLH (rechtssozialdemokratisch), geht gegen die Jusos mit dem RCDS zusammen) 2 Sitze und eine konservative Medizinergruppe 3 Sitze. Die Wahlbeteiligung lag bei 25 %. Damit wird es mit Sicherheit einen linken Sprecherat geben.

In Bayern ist die verfasste Studentenschaft gesetzlich abgeschafft worden. Das heißt, es gibt gesetzlich kein unabhängiges Studentenparlament mehr und auch keinen ASiA. Der Sprecherat der Studentenschaft setzt sich zusammen aus Vertretern der Studenten in den Hochschulgremien. Diesem Sprecherat wird von der Landesregierung jegliche politische Vertretung untersagt. Neben diesem Sprecherat gibt es noch einen „illegalen“ ASiA, der von Teilen der Studentenschaft entgegen der gesetzlichen Regelung als politisches Vertretungsorgan aufgebaut wird.

Tübingen: An den Wahlen zum Großen Senat (universitäres Selbstverwaltungsorgan, in dem alle Teile der Uni vertreten sind) beteiligten sich 20 % der Studenten. 51,45 % entschieden sich für eine Liste der Fachschaftsliste (Bereichsvertretungsorgane), einem Bündnis, das verschiedene linke Strömungen vereint, vor allem die Basisgruppen. Sie erreichte damit 4 Sitze. 22 % erreichte eine rechtssozialdemokratische Gruppierung, 16,4 % der RCDS (der damit gut 4 % verlor), und 10 % der Stimmen gewann der MSB.

In Baden-Württemberg ist ebenfalls die verfasste Studentenschaft

liquidiert worden. Das linke Bündnis, das sich auch zu dieser Wahl stellte, bemüht sich, über den Aufbau von unabhängigen Vertretungsorganen an den einzelnen Fachbereichen auch wieder einen unabhängigen ASiA für die gesamte Hochschule aufzubauen. An der Uni Tübingen studieren ca. 18 000 Studenten.

Baden-Württemberg: Sehr unterschiedliche Ergebnisse gab es bei den offiziellen studentischen Wahlen. Nach der gesetzlichen Zerschlagung der verfassten Studentenschaft (die noch unter dem Todesrichter Filbinger durchgeführt wurde) dürfen auch die Studenten offiziell nur noch an den Wahlen zu den allgemeinen Selbstverwaltungsorganen der Hochschulen teilnehmen. Eigene studentische Vertretungsorgane sind verboten. An vielen Hochschulen beteiligt sich die Linke an diesen Wahlen nicht teilweise wird zum Boykott aufgerufen. Dementsprechend sind die Beteiligungen: An der Pädagogischen Hochschule (PH) Ludwigsburg 3,1 % an den Fachhochschulen (FHS) Stuttgart 6 %, in Reutlingen 7 %, in Esslingen 2,8 % usw. Höhere Wahlbeteiligungen gab es nur dort, wo sich die Linke an diesen Wahlen beteiligte. Dann gab es in der Regel auch linke Mehrheiten.

Zur Zeit sieht es so aus, daß sich an fast allen größeren Hochschulen insbesondere den Universitäten die Linke an diesen Wahlen beteiligt um diese gesetzlichen Vertretungsorgane nicht den Reaktionären zu überlassen, die sie auch bei geringer Wahlbeteiligung besetzen würden. An den kleineren Hochschulen (Fachhochschulen) ist es jedoch in einer Reihe von Fällen gelungen, die alten Vertretungsorgane aufrecht zu erhalten und einen fast vollständigen Boykott der Staatsorgane zu erreichen.

SSB/Studenten

„Zwangsexmatrikulation hat sich nicht bewährt“

Wie schon in AK 158 berichtet, sind gegenwärtig Bestrebungen im Gange, die Zwangsexmatrikulation bei Überschreiten der Regelstudienzeit (zu gut deutsch: Der Hinauswurf aus der Hochschule bei Überschreiten einer Studienzeit von 3 bis 4 Jahren) aus dem Hochschulrahmengesetz und den Landeshochschulgesetzen zu streichen.

Die Initiative geht von den Ländern Hamburg und Bremen aus. Sie wollen im Bunderrat eine dementsprechende Gesetzesinitiative einbringen. Unterstützung haben sie dabei schon im Vorhinein vom CDU-regierten Land Schleswig-Holstein erhalten. Jetzt zog auch der Ministerpräsident von Baden-Württemberg Späth, nach dem das Hochschulrecht so gelassen werden soll, „daß die Regelung der Sanktionen bei Überschreitung der Regelstudienzeiten den einzelnen Hochschulen überlassen wird.“ („Badische Zeitung“, 18.7.)

Baden-Württemberg ist das einzige Land, in dem bisher in größerem Stil versucht wurde, die Zwangsexmatrikulation anzuwenden. Im vergangenen Sommersemester erhielten 3000 Studenten eine ultimative Aufforderung, die Prüfung abzulegen. Dies konnte durch massive Proteste verhindert werden. Jetzt erklärte Späth, daß sich die Zwangsexmatrikulation „nicht bewährt habe.“ (ebda.)

Gegenüber der Öffentlichkeit hatten die Bundesregierung und die Landesregierungen die Zwangsexmatrikulation damit begründet, daß Platz für

neue Studenten geschaffen werden müsse. Dieses Argument war zu keinem Zeitpunkt stichhaltig, da alle westdeutschen Hochschulen heute soweit überbelegt sind, daß selbst die Zwangsexmatrikulation nur ein Tropfen auf einen heißen Stein wäre. Schon heute stehen ca. 600 000 Studienplätze über 900 000 Studenten gegenüber.

Der eigentliche Grund für das Fehlen dieser administrativen Maßnahme dürfte denn wohl auch sein, daß sie innerhalb der Studentenschaft für erhebliche Unruhe gesorgt hat. Insbesondere deshalb, weil unter den gegenwärtigen Bedingungen der totalen Überbelegung der Universitäten ein zeitlich eingegrenztes Studium kaum möglich ist.

So ist denn die plötzliche Einigkeit zwischen SPD und CDU in dieser Frage kaum weiter verwunderlich. Unterschiede bestehen noch darin, ob die Zwangsexmatrikulation ganz fallengelassen werden soll (wie in Hamburg und Bremen geplant) oder ob sie in die Verantwortung der einzelnen Hochschulen gelegt werden soll (Späth). Bei der bekannten Kompromissbereitschaft der SPD im Bundestag wird wohl mit letzterem gerechnet werden müssen. Keinerlei Abschnitte sollen jedoch an der Regelstudienzeit gemacht werden, obwohl auch dies von allen Seiten der Hochschulen gefordert wird.

SSB/Hamburg

Reaktionärer Elternverein will Volksabstimmung über die Förderstufe

Der Hessische Elternverein will über eine Volksabstimmung das Gesetz über die Einführung der Förderstufe zu Fall bringen. Die Förderstufe entspricht der Orientierungsstufe in anderen Bundesländern, ist also die Zusammenfassung aller Schüler der 5 und 6 Klassen in einer Schulart. Erst nach der 6. Klasse werden die Schüler auf die einzelnen Schularten aufgeteilt. Der Elternverein sieht hierin die Vorwegnahme der Gesamtschule als Regelschule und setzt sich für eine strikte Beibehaltung des dreigliedrigen Schulsystems ein.

Der Elternverein wurde 1972 als Antwort auf den Umbruch in der Bildungspolitik gegründet, hat nach eigenen Angaben 8000 Mitglieder und ist in der Praxis ein reiner CDU-Verband. Seine bisherigen Aktivitäten bestanden vor allem darin, gegen die Einführung der Gesamtschule zu agitieren, gegen die Einführung fortgeschrittlicher Unterrichtsbücher anzugehen, sich für die Berufsverbote einzusetzen. Und er hat in diesem Kampf schon einige Erfolge zu verzeichnen. Die SPD hat die Gesamtschule als Regelschule schon längst fallen gelassen, der engagierteste Vertreter in dieser Richtung, der ehemalige Kultusminister Friedeburg mußte gehen, die Rahmenrichtlinien für den Unterricht (die vor allem eine stärkere Beachtung der Gesellschaftslehre, der Soziallehre und der Arbeitswelt beinhalteten) wurden von der SPD

„korrigiert“. Die Förderstufe ist sozusagen das letzte Überbleibsel der Reformversprechen für eine „humane Schule“ und soll jetzt von der Reaktion zum entscheidenden Kampf gegen jegliche fortschrittliche Veränderung des Schulwesens genutzt werden.

Nach Artikel 124 der Hessischen Verfassung würde ein Volksentscheid in mehreren Stufen laufen:

1. Um einen Volksentscheid zu initiieren, müssen dem Landeswahlleiter 120 000 Stimmen (drei Prozent der Wahlberechtigten) vorgelegt werden.
2. Daraufhin muß der Landeswahlleiter in ganz Hessen Listen auslegen lassen, in die sich 800 000 Bürger (20 % der Wahlberechtigten) eintragen müssen. Sie stimmen für einen Volksentscheid.
3. Die Landesregierung ist dann verpflichtet, den von der Initiativgruppe vorgelegten Gesetzesentwurf im Parlament zur Abstimmung zu bringen. Lehnt das Parlament den Entwurf ab, kommt es zum Volksentscheid.
4. Erst dann wären alle Wahlberechtigten aufgefordert, mit Ja oder Nein über den vorgelegten Gesetzesentwurf abzustimmen. Die Mehrheit der abgegebenen Stimmen entscheidet.

Dieses Verfahren würde sich über einen Zeitraum von neun Monaten erstrecken.

Der Elternverein rechnet sich für

Fortsetzung auf Seite 43



Schuld und Sühne

Die von Kl. prophezeite „schädliche Polarisierung“, zu der unsere beiden Leserbriefe im KB führen würden, ist inzwischen eingetreten. Es ist unbestreitbar, daß folgende Formulierungen in unseren Leserbriefen dazu beigetragen haben:

1. „Das Ansinnen, in einer kommunistischen Zeitung diese Fragen breit diskutieren zu wollen, ist ein Ausdruck dieser ganz und gar utopischen und objektiv auf die Zerstörung der Organisation abzielenden Ansprüche“ (Leserbrief von Kl., AK 156).

Mit den „utopischen Ansprüchen“ ist die vorher beschriebene Forderung gemeint, der KB solle „gefälligst die Voraussetzungen für das Lösen von Beziehungsproblemen ... schaffen.“ Trotzdem mußte sich aus dem Gesamtzusammenhang des Leserbriefes die Schlußfolgerung aufdrängen, daß wir die Diskussion um die sich aus unserer politischen Arbeit ergebenden scheinbar individuellen, in Wirklichkeit aber die gesamte Organisation bzw. Teile von ihr (Frauen, Leitungsgremien etc.) betreffenden „privaten“ Probleme und Konflikte aus dem AK heraushalten wollen. Die in den meisten Leserbriefen daraus abgeleitete, weitere Schlußfolgerung, wir würden generell einer rigiden Unterdrückung dieser Diskussionen auf allen Ebenen der Organisation das Wort reden, also in der Konsequenz den Marsch zurück zu einer verkümmerten Sekte, die über kurz oder lang große Teile ihrer Mitglieder kaputt macht, propagieren, ist zwar nicht zwingend, aber aus der mangelnden Präzisierung unserer Vorstellungen verständlich.

Der Streit kann und sollte unserer Meinung nach nicht darum geführt werden, ob, sondern wie und wo die Diskussion über Konkurrenzverhältnisse und Konkurrenzverhalten, Benachteiligung von Frauen im KB etc. geführt wird.

Wir erinnern daran, daß unseres Wissens zum ersten Mal Kai Ehlers mit seiner persönlichen Erklärung zu einem Prozeß, den er in Bochum durchziehen mußte (vgl. AK 125), das Tabu „persönliche Probleme“ in die Organisationsöffentlichkeit zu tragen, durchbrochen hat. Kai hatte kritisiert, daß er in Bochum auf eine ziemlich „Kaltstrichzuzigkeit“ und auf mangelnde Bereitschaft der Genossinnen, ihn in „seinem“ Prozeß zu unterstützen, gestoßen war. Was die sich an die persönliche Erklärung anschließende Debatte im AK der heute geführten Diskussion „persönlicher Probleme“ voraus hatte, und im wesentlichen folgende Punkte:

a) Die Verhaltensweisen der Genossinnen (Abgebrühtheit, Gleichgültigkeit, mangelnde Solidarität) wurden auf konkret entwickelte gesellschaftliche Ursachen zurückgeführt (Mechanismus politischer Prozesse, die schlechende Gewöhnung an die repressiven Verhältnisse, die „halt persönliche Opfer kosten“). b) Es wurde nicht bei der bloßen Beschreibung „privater“ Verhaltensweisen und deren politischen Auswirkungen stehengeblieben, sondern der Versuch unternommen, den „Klassenfeind in uns selbst“ aufzuspüren. Es wurde aufgezeigt, wie die Politik der Bourgeoisie unsere eigenen Reihen ideologisch zersetzt und eben typisch bürgerliche Verhaltensweisen hervorbringt.



Redaktionelle Anmerkung zur Auseinandersetzung um die Göttinger Artikel

In der letzten Ausgabe des AK (S. 43) ist zur Fortführung der Auseinandersetzung um die Göttinger Artikel ein Vorspann erschienen, in dem die Entscheidung mitgeteilt wurde, die Veröffentlichung eines zweiten (gemeinsamen) Artikels der Göttinger Genossen Kl. und Ha., in dem sie auf die Leserbriefe in AK 157 antworten, auf diese Ausgabe zu verschieben, um „den Göttinger Genossinnen und der AG Frauen Gelegenheit zu einer parallelen Stellungnahme“ zu geben. Dieser Vorspann ist mit „AG Frauen und AK-Redaktion“ unterzeichnet worden. Mehrere Genossinnen (etwa ein Drittel der AK-Redaktion) legen in diesem Fall Wert auf die Feststellung, daß sie mit der Entscheidung zur Verschiebung des Artikels und mit dem Vorspann nicht einverstanden sind. AK-Redaktion

c) Diese politische Herangehensweise an „private“ Probleme und Schwierigkeiten ist die Voraussetzung dafür, daß die Auseinandersetzung darüber nicht in ein die Organisation lähmendes, emotional hochgeputschtes Gemetzel jeder gegen jeden ausartet. Beim Schweineschlachten nicht den Hauptfeind vergessen!

2. „So lehrhaft die Debatte über diese Fragen (SM-Debatte) geführt wird, geht doch von ihr ein penetranter Leichengeruch aus“ (Leserbrief von Kl., AK 156). Die Formulierung „penetranter Leichengeruch“ ist geschmacklos, sie diffamiert diejenigen, die sich an der Debatte beteiligt haben. Sie wird von uns zurückgenommen.

schuldig. In der Tat: man kann jeden einzelnen Leserbrief durchgehen — es wird nicht ein einziges Zitat aus unseren Beiträgen als Beleg für die schweren Anschuldigungen angeführt. Ein Beispiel: Kl. schreibt „Die ‚Beziehungsdiskussionen‘ sollen also (?) schuld sein an der Entpolitisierung“ (AK 157, S. 52). Wieso eigentlich „also“? Aus welchen Prämissen zieht Kl. diese Schlußfolgerung? Doch wohl nicht aus folgendem Satz: „Dabei unterliegt es einer Gesetzmäßigkeit, daß die Einlösung dieser, oft utopischen, Erwartungen (das Lösen privater Schwierigkeiten mit und durch den KB) in Zeiten der politischen Stagnation und des allgemeinen Rückgangs



Der Hintergrund speziell auch dieser Passage des Leserbriefes von Kl. ist die Diskussion auf einer AK-Schulung in Göttingen. Die Debatte um den ersten Punkt der Tagesordnung Bi Kongreß in Braunschweig und Göttingen-Demonstration in Hannover lief peinlich-schleppend, die Genossinnen waren unvorbereitet, desinteressiert. Das Diskussionsbild änderte sich schlagartig beim zweiten Punkt (SM-Debatte im AK). Die meisten Genossen wurden wach, man fand war ausgezeichnet präpariert und interessiert.

Wer ist „schuld“?

Der zentrale Vorwurf, der uns in sämtlichen Leserbriefen gemacht wird, lautet: Wir würden den Frauen „die Schuld“ für die Krise in die Schuhe schieben, wir hätten in den Frauen „einen neuen Sündenbock für die Krisensituation“ gefunden, die Frauen seien nach unserer Meinung „verantwortlich für das Andauern der Krise“ usw. usw. Und nachdem man/frau derart grobschlächtige „Analysen“ in unseren Leserbriefen aufgespielt hat, kann ungeniert gegen die intellektuell verbrämten Mäcker, gegen die Chauvis, Frauenfeinde, gegen die Ratten, die aus ihren Löchern kommen, vom Leder gezogen werden. Pardon, von der letzten Formulierung hat Frau sich ja distanziert, nachdem sie sie zuvor demonstrativ zu Papier gebracht hat.

Wir wollen die „Frauenpolitik liquidieren“, heißt es allenthalben und der Vorwurf, unser Aufspüren von Schuldigen für die Krise sei „unmaterialistisch“ nimmt sich noch vergleichsweise harmlos aus. Dabei ist, nebenbei bemerkt, besonders auffällig, daß die Kritiker(innen) die von uns kritisierten Tendenzen des Leserbriefes „Die Scham ist vorbei“ bzw. das von uns kritisierte Verständnis der Parole „macht das Private öffentlich“ mit der Frauenpolitik gleichsetzen, um diesen Vorwurf gegen uns erbärten zu können.

Die engagierte Kritik hat nur einen Haken: Sie bleibt j e d e m Beweis für den uns unterstellten Idealismus

revolutionärer Politik einen dermaßen großen Stellenwert einräumt, daß die obengenannten „drängenden Fragen“ nicht mehr vor dem Hintergrund der kapitalistischen Klassenwirklichkeit der BRD diskutiert werden, sondern, ihres politisch-gesellschaftlichen Gehalts beraubt, als sofort lösbare private Probleme (...) erscheinen“ (Leserbrief von Ha., AK 157).

Wir haben gerade die These aufgestellt, daß die politische Krise der Linken die Verlagerung von Interessen und Ansprüchen auf persönliche, „private“ Bereiche naturwüchsig („gesetzmäßig“) hervorreibt. H. hat mit der historischen Parallele 1903/ Rußland darauf hingewiesen, daß gerade die revolutionäre Intelligenz nach einem Scheitern (oder angesichts der scheinbaren Unmöglichkeit) der kollektiven Befreiung sich zügig der Illusion einer individuellen Emanzipation hingibt. Kl. hat versucht, den objektiven Prozeß nachzuziehen, an dessen Ende die Vorstellung steht, „daß in den Beziehungen, den hier vorhandenen Ab-

hängigkeitsverhältnissen die Ursachen für ‚persönliche Krise‘ und für die politische Stagnation des KB liegen“ (Leserbrief von Kl., AK 156). Und wie schließlich diese durch die politische Krise (also im wesentlichen durch objektive Faktoren) entstandene Sichtweise Forderungen hervorbringt, die nicht mehr auf eine kollektive, d.h. revolutionäre Befreiung der unterdrückten Klassen, sondern auf eine „individuelle“ Emanzipation von KB-Genoss(inen) abzielen.

Aha, sagen unsere Kritiker(innen), ihr seht die Ursache der Krise in den Beziehungsdiskussionen, personifiziert in den Frauen, den „neuen Sündenböcken“. Wenn wir schreiben, objektive Verhältnisse produzieren bei uns (bei den Linken) spezifische (von uns konkret an verschiedenen Beispielen kritisierte) Herangehensweisen an „private Probleme“, modifizieren Ansprüche und Erwartungen, verla-

gern Interessen und Bedürfnisse, halten uns unsere Kritiker kackfisch entgegen, wir erheben den „Subjektivismus zur politischen Kritik“ (Leserbrief von Bj., Cl., Ma., AK 157). Diese Kritik macht uns — wir geben es zu — einigmaßen hilflos. Die „Krise“ der Linken (genauer die verschiedenen objektiven Faktoren der Krise) ist also die Ursache; die „private“ Krise des Individuums ist die Folge. Die „Krise“ der Linken ist vornehmlich die Konsequenz aus Debatten auf „private Probleme“, die Herangehensweise an solche Probleme, die Krisenliteratur, die mangelnde Bereitschaft, sich mit den strategischen Fragen des Klassenkampfes zu beschäftigen etc. sind Wirkungen — oder Erscheinungsformen der Krise.

A propos Krisenliteratur: Es ist schon erstaunlich, wenn in einer Stellungnahme die von Ha. angesprochene Literatur lediglich als Belegstelle vieler Genossinnen dargestellt wird, vergleichbar mit Western oder Krimis. Wir sind ziemlich gespannt zumindest

auf die Reaktion der Verfasser der Buchrezension von „Die Scham ist vorbei“ in AK 157, von deren Verfasser wir glauben, daß sie das von ihnen besprochene Buch als alles andere als eine vernünftige Belegstelle betrachten haben.

Selbstverständlich stehen sich Ursache und Wirkung nicht als starr entgegengesetzte Pole gegenüber. Die im wesentlichen subjektivistische Handhabung der Forderung „macht das Private öffentlich“ (eine Auswirkung der Krise) wirkt natürlich auf die Krise, auf die Entpolitisierung im KB, zurück.

In diesem Zusammenhang hat Kl. gegen den Leserbrief der Bochumer Genossin polemisiert. Wir halten daran fest, daß es unbedingt notwendig ist, den unserer Meinung nach gefährlichen Tendenzen solcher Leserbriefe entgegenzutreten, also eine Auseinandersetzung um falsche Vorstellungen und Herangehensweisen konkret dort aufzunehmen, wo sie im AK sichtbar werden. He, aus Hamburg möchten wir in diesem Zusammenhang beruhigen: Nichts liegt uns ferner, als den lächerlichen Versuch zu wagen, in die Fußstapfen Alexanders des Großen zu treten und den Gordischen Knoten, sprich: die Krise mit einem Schlag gegen die Frauen zu lösen. Einen solchen Geniestreich überlassen wir gerne der „Wenn-Man-So-Will-Fraktion“, die ja mit der Liquidierung des LG der Krise den Garaus machen will. Wenn allerdings in jedem Ansatz, ideologische Fehlströmungen zu bekämpfen, mißbraucht ein solches eiliger „Streich“ gewürt wird, bleibt die Krise wohl „ein so kompliziertes, verstricktes Ding“, wie sie nun einmal ist.

Wir sind in den Leserbriefen im AK 157 mit zum Teil freundlichen, größtenteils wohl aber unfreundlichen Fäkalien belegt worden. Man/frau, das für originell oder weniger originell halten. Wir möchten trotzdem auf folgende Tatsache verweisen: Siegfried Knittel, mit dem wir verglichen werden, hat eine Frau in den Armen gehalten, hat eine Frau in den Unterleib getreten und dies als „emanzipatorische“ Tat im „Pflasterstrand“ gefeiert. Die Mentalität, die in diesem Vergleich zum Ausdruck kommt, macht uns etwas Angst. Wir haben die Briefe „aus dem Volk“ noch nicht vergessen, die damals den Göttinger Buback-Angeklagten geschickt wurden, nachdem sie in den bürgerlichen Medien als „Terroristen“ aufgeführt worden waren. Es schreckt uns auch die „schwierigen“ Pervertierungen des AK-Kartakurs, der die Frauenfrage als wehrloses Mädchen darstellt, das die Torturen von zwei Ärzten zu erdulden hat. Der Vergleich einer politischen Auseinandersetzung mit präpubertären Doktorspielen ist ja auch urkomisch. Wir sind keineswegs der Meinung, daß dieser tiefgeschwarze Humor die Privatangelegenheit des Zeichners ist. Schon gar nicht, wenn er von den Lesern einer kommunistischen Zeitung Beifall erheischen will.

Ha, Kl./Göttingen

Keiner hat uns richtig lieb!

Es war alles nur ein Mißverständnis. Ein paar hysterische Weiber haben rot gesehen. „Schuld und Sühne“ nennen Kl. und Ha. ihren zweiten Artikel. Von Sühne ist freilich keine Spur. Wozu auch, da beide doch ihre Schuld bestreiten und die Polemik gegen ihre übergeschnappten Kritikerinnen richten? Kl. und Ha. „bereuen nichts“. Nur einen geschmacklosen Ausdruck („Leichengeruch“) ziehen sie aus dem Verkehr. Der Rest sind Mißverständnisse und Unterstellungen der hysterischen Weiber, unter die sich auch ein paar männliche Genossen verirrt hatten. Mißverständnisse haben auch wir u.a. folgende Passagen aus den Artikeln von Ha. und Kl. im AK 156:

+ Die „Entpolitisierung in unseren Reihen“ werde „mit dem Schlachtruf ‚Macht das Private öffentlich!‘ vorangetrieben“ (Kl.).
+ „Die Krise des KB ist nicht nur aus der nationalen und internationalen Entwicklung zu erklären, die Krise des KB ist auch eine Folge überhöhter Erwartungen an die Rolle einer kommunistischen Organisation bei der persönlichen Emanzipation und der Lösung ‚privater Probleme‘“ (Ha.).
+ Es handele sich dabei um „utopische Erwartungen“ (Ha. und Kl.), die „objektiv auf die Zerstörung der Organisation abzielen“ (Kl.).
+ Im AK würden sich die Leserbriefe „h ä u f e n, welche die ... Reduzierung der Politik aufs Private auf die Spitze treiben“ (Ha.).

Kl. und Ha. nehmen davon nichts zurück (ebenso wenig wie speziell die arroganten Auslassungen von Kl. über

eine Artikelschreiberin aus Bochum oder den Begriff „idiotisch“ für den Erfahrungsbericht einer lesbischen Genossin). Trotzdem behaupten sie, man könne in ihren Artikeln „nicht ein einziges Zitat als Beleg“ für die im AK 157 geführte Kritik finden. Das ist wahrhaftig sehr stark und eröffnet ganz neue Möglichkeiten der Auseinandersetzung.

Kl. und Ha. haben im übrigen ihre Thesen in AK 156, die wir alle so grausam mißverstanden oder verfälscht haben, vorzugsweise durch unbewiesene Behauptungen belegt — Die Behauptung, wir Frauen würden die Ursachen für unsere politischen Schwierigkeiten „verzwweifeln“ in Beziehungsproblemen suchen und vom KB verlangen, er solle „gefälligst die Voraussetzungen für das Lösen der Beziehungsprobleme schaffen“, taucht bei Kl. und Ha. im AK 156 insgesamt sechs Mal auf. Die Wiederholung soll wahrscheinlich den Mangel an sachlichen Beweisen für diese These wettmachen. Natürlich wollen wir Beziehungsprobleme, die im KB auftreten, auch im KB lösen — wo denn sonst? Das sind allerdings keine „utopischen Ansprüche“ an den KB. Bisher war es eher so, daß persönliche Ansprüche zugunsten der übergeordneten politischen Interessen häufig zurückgestellt wurden. Daran gemessen ist die These von Ha. (die Krise sei „auch eine Folge überhöhter Erwartungen an den KB“) ziemlich makaber. Was hält er denn eigentlich für „überhöht“? Seine Ausführungen über die „neue Sensibilität in der

Frauenfrage“, die angeblich zu einem drastischen Rückgang der offenen Diskriminierung von Frauen im KB geführt habe, läßt einiges vermuten. Nur wäre es doch gut gewesen, wenn Ha. und Kl. an irgendeiner Stelle klar gesagt hätten, wo konkret ihrer Ansicht nach „überhöhte Erwartungen“ gestellt worden sind. Etwa von der Bochumer Genossin — das ist tatsächlich der einzige Artikel, auf den sich Kl. und Ha. in AK 156 konkret beziehen —, die den offenbar total „überspannten“ Wunsch hat, mit der von ihr als Problem empfundenen Konkurrenz unter Frauen (im KB) fertig zu werden?

— Ha. behauptete im AK 156, es würden sich im AK die Leserbriefe „h ä u f e n, ... welche die ... Reduzierung der Politik aufs Private auf die Spitze treiben“. Da wäre es doch interessant, was Ha. unter einer Häufung versteht und welche Leserbriefe (Artikel) er konkret meint. Stattdessen hat er auf das primitivste Vorurteil all derjenigen spekuliert, denen reichlich unkonkret „das Brülltreten persönlicher Probleme“ im AK zu viel erscheint. Ha. und Kl. haben insgesamt drei Artikel genannt („Zu viert um Bett“, „Psychische Gewalt gegen Frauen“ und „Die Scham ist vorbei“), von denen man die ersten beiden allenfalls als „privat“ ansehen kann, sicher aber nicht den dritten, wo die Genossin die Situation in einer Ortsgruppe des KB beschreibt. Wer das als „Reduzierung der Politik aufs

Fortsetzung auf Seite 45

Fortsetzung von Seite 44

Private" mißverstehen, muß wohl einen ziemlich beengten Politik-Begriff haben. Was soll eine Polemik gegen eine angebliche „Häufung“ von „Reduzierung der Politik aufs Private“, wenn das nicht konkret an bestimmten Artikeln und bestimmten Aussagen, Herangehensweisen usw. festgemacht wird? Heraus kommt nichts weiter als eine pauschale Diffamierung von „persönlichen“, d.h. genauer meist innerorganisatorischen (seit wann ist das denn unpolitisch?) Fragestellungen im AK.

Da Ha. und Kl. nicht an den verdammten Texten entlang argumentieren, ist ihnen auch der Beifall derjenigen sicher, die z.B. „Die Scham ist vorbei“ (d.h. den Artikel der Bochumer Genossin) überhaupt nicht gelesen haben, aber sich instinktiv sicher sind, daß an den „Warnungen vor der offenen Flanke zum Feminismus“ etc. pp. „etwas dran sein“ müsse.

Des Wo, des Wie und des Männchen mit den Puschen

„Der Streit kann und sollte unserer Meinung nach nicht darum geführt werden, ob, sondern wie und wo die Diskussion über Konkurrenzverhalten, Benachteiligung von Frauen im KB etc. geführt wird“, schreiben Kl. und Ha. jetzt. Das Wo scheint wohl klar: Jedenfalls nicht im AK, der für die „richtige“ Politik vorbehalten bleiben muß (vgl. dazu auch Kl. in AK 156). „Das Ansinnen, in einer kommunistischen Zeitung diese Fragen breit diskutieren zu wollen“, sei Ausdruck von utopischen und zerstörerischen Ansprüchen. Man/frau kann das ja auch ganz gut unter 4 Augen besprechen, im Ernstfall auch mal in der Zelle, oder wenn's ganz heiß läuft, vielleicht sogar mal in einem richtigen internen Rundbrief. Aber, so viel ist sicher, nicht im AK! Die Leser des AK interessieren sich nämlich nicht für solche Probleme! (siehe Ha. in AK 156) — wahrscheinlich haben sie solche Probleme selbst nicht?!

Neben dem passenden „Wo“ hat frau aber vor allem auch das korrekte Wie zu beachten. Denn wie wollen ja kein „die Organisation lahmlegendes, emotional hochgeputztes Gemezettel jeder gegen jeden“ (Ha. und Kl.). Leider mangelt es auch in diesem Punkt wieder an Deutlichkeit — Kl. und Ha. vermeiden jede Berührung mit konkreten Aussagen konkreter Artikel. Was gemeint ist, wird trotzdem an der Polemik von Kl. gegen den Artikel der Bochumer Genossin („Die Scham ist vorbei“) deutlich: Die Bullen würden sich bei der Lektüre des Artikels „die Hände reiben“, er spricht von „gegenwärtigem Zerfleischen“ im KB; er behauptet, die Verfasserin würde ihre „Wut gegen ihre Gleichgeschlechtlichen, statt gegen ihre Unterdrücker kehren“; er stellt schließlich die Verfasserin auf eine Stufe mit einem AKW-Gegner, der den Appellen der Bourgeoisie zu Sparsamkeit, Bescheidenheit etc. folgt, statt gegen das Atomprogramm zu kämpfen. — Zusätzlich geben Kl. und Ha. in ihrem neuen Artikel ein paar methodische Hinweise zur Frage des WIE: Frau darf nicht bei „der bloßen Beschreibung ‚privater‘ Verhaltensweisen und deren politischen Auswirkungen stehenbleiben“, sondern muß „die Verhaltensweisen der Genossinnen... auf konkret entwickelte gesellschaftliche Ursachen zurückführen“. Außerdem soll frau „den Klassenfeind in uns selbst aufspüren“, d.h. wohl: in sich selbst, nicht etwa in den sie unterdrückenden Genossen (vgl. Ausführungen von Kl. u.o.).

Zu dieser Gebrauchsanweisung zur Behandlung von KB-internen Frauenunterdrückung ist zu sagen:

1. Wenn sich die Bourgeoisie „die Hände reibt“, dann nicht über die Beschreibung von Zuständen im KB (sie ist durchaus in der Lage, auch ohne solche Artikel die Situation ungefähr einzuschätzen), sondern gerade über die Zustände selbst. Kl. und Ha. unterliegen anscheinend dem Trugschluß, daß diese Zustände halb so schlimm sind, solange sie nicht im AK öffentlich dargestellt und diskutierbar gemacht werden. Genau das Gegenteil ist aber richtig!!!

2. Die Forderung von Ha. und Kl., alle Verhaltensweisen im KB auf „gesellschaftliche Ursachen“ zurückzuführen, kann im Ergebnis nur dazu führen, daß mechanisch unter jede Beschreibung von Verhaltensweisen noch ein politischer Stempel druntergeklatscht wird. Die gesellschaftlichen Ursachen für die unterschiedlichen konkreten Verhaltensweisen sind nämlich stets dieselben, uns allen durchaus bekannten, im AK alle 14 Tage ausführlich nachzulesenden. Die Forderung von Kl. und Ha. ist also bestenfalls lächerlich. Eher läuft sie aber wohl darauf hinaus, die konkrete Verantwortlichkeit für bestimmte Ver-

haltensweisen von den einzelnen Genoss(inn)en abzuladen auf die allgemeinen „gesellschaftlichen Verhältnisse“. Damit verschwindet auch die Perspektive für das Ändern solcher Verhaltensweisen in eine unbestimmte Ferne.

3. Speziell Kl. macht eine schematische Trennung zwischen dem „Unterdrücker“ (= Kapitalist), gegen den frau gefälligst ihre Wut wenden möge und „ihresgleichen“ (= männliche Genossen), mit denen frau sich doch nicht „selbst zerfleischen“ dürfe. Da hat dem Kl. doch das Männchen mit den Puschen auf der Schreibmaschine gehockt und fröhlich gegrinst. Es ist die alte, eigentlich längst schon vom KBW zu Tode gerittene Marotte von den HAUPT- und den Nebenwiderständen, von den Widersprüchen im Volke, vom Verschwinden der Konkurrenz in Frauenunterdrückung hinter dem allgemeinen Unterdrücker (= Kapitalist, Staat usw.). Jede Frau wird bestätigen können, daß sich an ihrer Unterdrückung durch Männer (Kollegen, Genossen u.a.m.) nicht ändert, wenn sie im Sinne von Kl. ihre Wut gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse allgemein oder die Deutsche Bank wendet, statt gegen ihre ganz konkreten Unterdrücker in jedem einzelnen Fall. Die Unterscheidung von Haupt- und Nebenwiderständen ist durchaus richtig — solange sie nicht dazu führt, die Nebenwiderstände bis zur Unkenntlichkeit „unterzuordnen“ oder unverbindlich auf den Hauptwiderstand („Bourgeoisie-Proletariat“) zurückzuführen. Das Interessante an den Nebenwiderständen ist gerade, daß sie im Einzelfall durchaus vor dem Hauptwiderstand lösbar sein können.

Konkret: Wir sind durchaus nicht ohnmächtig den gesellschaftlichen Verhältnissen bzw. deren Auswirkungen im KB ausgeliefert, sondern können Verhaltensweisen ändern, ohne erst die Änderung der allgemeinen Verhältnisse abwarten zu müssen. Das setzt allerdings Diskussion und Streit, notfalls auch mal Wut gegen „ihresgleichen“ voraus.

Ein heiterer Einfall von Ha. am Rande ist sein Hinweis auf „feministische Tendenzen“ (AK 156) im KB. Solche Tendenzen gibt es zwar erklärtermaßen, aber keineswegs in dem Zusammenhang, in dem Ha. und Kl. sie rücken wollen, d.h. den von ihnen angegriffenen Artikeln. Mit diesem konstruierten Zusammenhang bringen Ha. und Kl. recht elegant die „persönlichen“ Artikel unter einen Begriff, von dem man(n) ja im KB weiß, was er davon zu halten hat. Wieviele feministische oder „tendenziell“ feministische Artikel sind denn bisher im AK erschienen? 30, 20, 10, 2 oder einer oder gar keiner? (Bei mehreren richtigen Einordnungen entscheidet das Los.)

Nicht nur, daß Kl. und Ha. in ihrem zweiten Leserbrief vollkommen unkonkret argumentieren, besser gesagt also gar nicht mehr argumentieren, so wird gerade an diesem Leserbrief auch ihr kleinbürgerliches Herangehen deutlich:

Es ist nicht so, daß sie z.B. zu ihren in AK 156 dargelegten Positionen weiterhin offen stehen, auch ihren in AK 156 dargelegten Positionen weiterhin offen stehen, auch darum kämpfen und sozusagen heldenhaft ihren Weg weitergehen; es ist auch nicht so, daß sie unsere Kritik einsehen, Selbstkritik leisten oder zu geben, sich geirrt zu haben. Nein, sie winden sich in ihrer „Argumentation“ zwischen allen Stühlen hindurch, sagen nichts Halbes und nichts Ganzes.

Und darüber hinaus sind Ha. und Kl. sooooo empfindlich: haben wir euch wirklich so viel Angst gemacht, indem wir Euch mit Siegfried Knittel verglichen haben?

Aber wie wunderbarlich Ihr auf der anderen Seite auch wieder seid: zwei Zeilen weiter, nachdem Ihr Eurer „Angst“ ordentlich Ausdruck gegeben habt, pöbelt Ihr gleich wieder in den schärfsten Tönen von den „unter-schwelligsten Perversionen des AK-Karikaturisten“ und seines „präpubertären Doktorspielchens“. Wie wenig Ihr uns Frauen doch zutraut! Der Karikaturist ist eine Frau!

AG Frauen/KB Hamburg

Frauen in Urlaub

Die im letzten AK angekündigte Stellungnahme der Göttinger KB-Frauen zum neuen Artikel von Ha. und Kl. muß verschoben werden, da die Genossin derzeit prozentuell im Urlaub sind. Wir hoffen, daß sie sich danach gut erholen zu Wort melden.

AG Frauen, Hamburg

„Sei stolz auf das, was Du bist!“

Ich will versuchen, einige meiner persönlichen Erfahrungen und Konsequenzen aus meinem Leben als Behinderte darzustellen. Denn ich glaube, daß meine eigene Situation kein privates Problem, sondern typisch für viele Behinderte ist.

Bereits als Kind suchte und fand ich als „Ersatz“ für meine körperliche Behinderung ein Feld, auf dem ich mich profilieren konnte: die Schule. Denn nun konnte ich sagen: „Ich bin zwar kein guter Torwart, dafür aber der Beste in Mathe.“ Die Anerkennung, die mir sonst durch Mitschüler oder Verwandte versagt geblieben wäre, erreichte ich durch glänzende Zeugnisse. Dadurch stand ich unter dauerndem Leistungsdruck, weil ich mir nicht wie andere Schüler den „Mut zur Lücke“ leisten, die Gefahr eines abträglichen Nichtwissens eingehen konnte. Schon früh wurde mir also eingepreßt, meinen Körper als negativ zu empfinden, daß Aufnahme in die Umwelt nur über (schulische, d.h. geistige) Leistung zu erreichen ist. Damit wurde gleichzeitig ein Grundstein dafür gelegt, mich von geistig Behinderten, später von Behinderten generell, abzugrenzen; sie standen im Wege für mich als derjenige, der bewies, daß der Behinderte bei genügendem eigenen Einsatz eben doch mithalten könne. Ich hatte gelernt, auf andere herabzuschauen, ein Ventil gefunden für meine Wut, wenn ich selbst ungerecht behandelt wurde.

Ich spürte die Unzufriedenheit, nur aufgrund von Dingen anerkannt zu werden, die mit meiner menschlichen Seite nichts zu tun hatten. Immer drängender wurde das Problem, außerhalb der Schule Kontakte zu knüpfen, ohne den Rückhalt des bekannten „Kügens“ Kopfes.

Als Spastiker füllte ich durch relativ unkontrollierte Bewegungen und schwer verständliche, gewohnheitsbedingte Sprache auf, fast also schon eine gewisse Schwierigkeit, überhaupt Kontakt durch Worte, Gestik, Schulterklopfen, Streicheln aufzunehmen. Auch beginnt für mich vor mir unbekannten Frauen und Männern immer ein persönlicher Kampf, mich so zu geben, wie ich bin, nicht ruhig und zurückgezogen hinter einem breiten Rücken möglichst „normal“ erscheinen zu wollen. Die Angst, als Behinderte erkannt und abgetan zu werden, rührt von der Vorstellung des „Idealmannes“ auch in meinem Kopf: kräftige Sportlerfigur, redigierender, erfolgreich in Geschäft und Liebe. Mir ist klar, daß nur wenige dieses Ideal erreichen, aber unsere Gesellschaft lebt von dem Streben nach diesen Idealen, von der Konkurrenz ihrer Mitglieder — und ich versuchte (bisher) mitzukonkurrieren.

Ich spüre oft den Zwang, die mir gegenüber aufkommende Verlegenheit und Unsicherheit durch Erklärungen und betont freundliches Verhalten aufzulösen. Schon besteht die Gefahr, mit der eigenen festen Meinung zurückzuhalten, auf keinem klaren Standpunkt zu verharren: der Weg zum verwalteten „Musterkrüppel“ ohne eigene Stimme ist bereits eingeschlagen. Die Ursache für dieses Verhalten steckt in meinen Hintergedanken: „Siehst Du, alles nicht so schlimm und nett bin ich oben drin.“ Fragen und Zweifel, die an einen Nichtbehinderten nie so herangezogen werden („Wie kommt denn das?“ „Schaffst du das denn auch?“ „Wo bist du denn zur Schule gegangen?“), stelle ich mir selbst und beantworte sie im Voraus. Die Einstellung voller Vorurteile gegenüber Behinderten habe auch ich im Kopf, ich versuche sie nur durch beschriebenes Verhalten zu umgehen anstatt sie als unsinnig abzulegen, mich für selbstverständlich zu halten.

Das allzeit nette Auftreten beinhaltet auch, daß es mir schwerfällt, auf noch so bekackte Fragen, auf mitteilungsloses Gerede mit einem „Lach mich doch in Ruhe!“ zu antworten. Einerseits halte ich es für richtig, keinen Menschen mit meinem sozialen Verhalten vor den Kopf zu stoßen. Andererseits will ich nicht als wandelndes Auskunftsbüro in Sachen Behinderung herumlaufen. Es fällt jedoch schwer etwa zu sagen: „Frag mal wieder, vielleicht habe ich dann Lust zu erzählen.“ Die Angst, sich zu isolieren, steckt in mir. Zwar ist das Leben der großen Bevölkerungsmehrheit in der BRD durch abgekapseltes Nebeneinander gekennzeichnet, aber

die Möglichkeiten, dem zu entkommen, sind für den Behinderten schon aus bspw. architektonischen, verkehrstechnischen Gegebenheiten bedeutend begrenzt. Daher läuft der Kampf um die Gunst von (fast) jedem Nichtbehinderten unbewußt (?) immer und überall.

Meist gelingt es mir schnell, nicht als „der Behinderte“, sondern als Udo dazustehen. Ein zweifelhafter Erfolg, wenn sich in meiner Gegenwart amüsiert ausgemalt wird, wie ein Mensch mit einer Hasenscharte zu küssen sei, wie Leute mit „Alter Spasti“ oder „Blinder Typ!“ beschimpft werden. Welch eine Überwindung für mich, zu protestieren, mit der Rolle des Akzeptierten und Nichtbehinderten in die der Veralteten, Beschimpften zu schlüpfen. Einer Rolle, der ich gerade entronnen war. Die letzte Konsequenz, sich von allem, was mit Behinderung in Zusammenhang steht, zurückzuziehen, habe ich gezogen, jedoch mittlerweile als falsch erkannt. Denn den Teil von mir, der die Behinderung ausdrückt, kann ich nicht ständig verdrängen, mich als „gesund“ bezeichnen, weil dies eine ständige untergründige Unzufriedenheit produziert.

Erst wenn frau/man sich an meine Sprache, meine Bewegungen gewöhnt hat, kann ich an eine tiefere Beziehung denken. Dabei schießt es mir durch den Kopf: „Will die/der mit dir, dem Krüppel, eigentlich überhaupt was zu tun haben?“ Das bedeutet, ich betrachte mich noch selbst als minderwertig und unvollkommen. Neben dem „genormten Mann“ stellen sich auch die geforderten ästhetischen Gesichtspunkte (z.B. sauberes, geräuschloses Essen und Trinken, möglichst „normale“ Körperhaltung) als das für mich anzustrebende Ideal dar. Der gefährliche, weil aus physischen Gründen unmögliche Wunsch, sich anpassen zu wollen, ist groß. Dieses Unvermögen erzeugt wiederum eine Unzufriedenheit, über deren Ursache ich mir selten klar werde.

Nach dem ersten sexuellen Erlebnis mit einer Freundin folgte der (wie bei jedem Mann?) kaputte Gedanke: „Du hast es geschafft!“ Hinterhältig gegenüber der Frau, die mir in diesem Augenblick zur Selbstbestätigung diente. Doch wichtig für mich speziell als Behinderte war das damit verbundene Siegesgefühl, ein einheitliches Urteil durchbrochen zu haben: der Behinderte hat keine Sexualität. Was also völlig natürlich ist, betrachte ich stolz als etwas Besonderes, nur weil meine Umwelt bestimmte Dinge als unumstößlich, bindend festgelegt hat.

Viele Frauen bringen mir viel Vertrauen und Offenheit entgegen. Eine Freundin sagte dazu: „Bei dir brauche ich nicht immer Angst zu haben, gleich auf den Rücken geworfen zu werden.“ Steckt hinter dieser Antwort der unterbewußte Gedanke, daß Behinderte ja eh keine Sexualität besitzen, also von diesem Mann auch nichts zu befürchten ist? Und ist Sexualität denn auf das reine Bumsen beschränkt (auch wenn viele Frauen diese meine Erfahrung machen)? Zwar gibt unsere Erziehung mit ihren verkappten Moralvorstellungen und ständig unterdrückter, versteckter Sexualität dies als anzustrebendes Ziel an, doch Sexualität ist viel mehr. Gerade für Behinderte, die bestimmte „Regeln“ des Sexuallebens nicht erfüllen können, ist es notwendig, zu erkennen, daß Sexualität vielfältige Formen besitzt, daß Zärtlichkeiten austauschen nur von den individuellen Bedürfnissen und Fähigkeiten der Einzelnen abhängen.

Gegen die Behinderung

Wer ist eigentlich behindert, was heißt eigentlich gesund? Früher wurden den chinesischen Frauen als Kind die Füße eingebunden, kleine Füße galten als schön. Heute wurde der Brauch abgeschafft, ältere Frauen mit solchen Füßen gelten als verkrüppelt. Deutlich wird hier, daß Behinderung von den jeweiligen gesellschaftlichen Vorstellungen abhängig ist. Ein Merkmal wird erst dann zur Behinderung, wenn es begutachtet und an den gestellten Normen gemessen wird. Der Mensch wird erst durch diese Reaktionen auf seine Eigenschaft zum Behinderten.

Und: Ein Querschnittgelähmter kann medizinisch gesünder als sein Gesprächspartner sein, der ihn als „krank“ bezeichnet. Gesundheit ist

immer nur der Zustand, wie er in der Gesellschaft als solcher anerkannt, als Norm festgesetzt wird. Diese Normen richten sich in der kapitalistischen Gesellschaft nach dem Grad der Erwerbsfähigkeit. Der Mensch wird nur an der ihn verbleibenden Produktivkraft gemessen, in prozentualen Abstufungen (z.B. auf Schwerbehindertenausweisen) eingeteilt. Das Leistungsprinzip gliedert in ständiger Konkurrenz Menschen aus, die in diesem Wettbewerb nicht mithalten können. Behinderte werden gemacht. Ich halte daraus folgend die Forderung „Behinderte zu integrieren“ für falsch, weil sie nicht durchführbar ist. Denn die Voraussetzung des „Behinderten“ Arbeitskraft wertbar, profitabel zu machen, ist aus körperlichen Gründen meist unmöglich. Und wer gliedert aus, nur um dann wieder einzugliedern? Wer Integration für machbar hält, behauptet, das Konkurrenz- und Ausgliederungssystem umgehen zu können.

... müssen wir uns wehren

Der Einzelne hat nicht die Macht, einfach durch seinen Entschluß Zurücksetzung und Unterdrückung abzuschaffen, auch nicht für sich. Um dies zu erreichen, müssen wir uns erstmal als Behinderte zusammensetzen, unsere Situation aufarbeiten und durchschauen. Unumgänglich finde ich es, dies in reinen Behindertengruppen, ähnlich den Frauengruppen, zu beginnen. Denn das Bestreben, sich den Nichtbehinderten anzubiedern, ist nach meiner Beobachtung (mich eingeschlossen!) so groß, daß kein ehrliches und offenes Gespräch zustandekommt, wenn ein Nichtbehinderter zugegen ist. Außerdem kann ein Nichtbehinderter noch so aufgeschlossen sein, an gewissen Punkten kann er nur noch den passiven Zuhörer spielen. Wie soll er auch etwas verstehen können, wozu ihm konkrete Erfahrungen fehlen? Wozu soll er denn da sitzen? Der Nichtbehinderte fördert nur die Konkurrenz, wer wohl der „tolle“, „dynamische“ Behinderte sei.

Ich will endlich auch mit Behinderten Freundschaften schließen, will die Konkurrenz, das Herablicken auf Andere ablegen. Erlebnisse von anderen Behinderten möchte ich hören und diskutieren, den Mut zum freien Sprechen über die Behinderung finden. Wir sollten darüber reden, worüber wir reden wollen, uns eine eigene Meinung bilden und vertreten. Nur so kann ich als Behinderter zur eigenen Identität finden und sagen: „Sei stolz auf das, was Du bist!“ u.

Nochmals zur „Männergruppe“

Der Genosse, der im AK 157 für die Bildung einer „Männergruppe“ geworben hat, wird gebeten, sich über die Verlagsadresse noch einmal zu melden. Wir haben leider seine Adresse verschlampt und können jetzt nicht die schon eingegangenen Zuschriften weiterleiten. Also, bitte melden!

AK-Redaktion

Wenn einer eine Reise macht

Zum Beispiel in die USA, und er unterhält sich mit den dortigen Linken über Europa und die BRD, dann kann er erstaunliche Erfahrungen machen. Ein Mitglied der Grünen Liste Hessen schreibt an die Daheimgebliebenen:

„Insgesamt gesehen ist das Wissen, was sich außerhalb der USA tut, jedoch nicht so gut. Was hier in Alternativzeitungen über Europa bzw. die BRD berichtet wird (über alle Bereiche), stammt zum größten Teil vom KB, oder aus dem „Arbeiterkampf“ wird zitiert. Ja, der KB! Es gibt hier so einen ähnlichen Verein, die Zeitung von denen heißt Workers World, ich find's ja gut, wenn der KB sich nicht, aber grundsätzlich meine ich, daß ein regelmäßiger Informationsaustausch oder Info-dienst gemacht werden sollte...“

KULTUR

Rock für die DKP ... und die Bewegung ist passé!

Wenn alles gut geht, dann wird es auf dem nächsten Parteitag der DKP eine ganz tolle Kiste für die jungen Genossen und Mitkämpfer geben, eine heiße „Rock gegen Rechts“-Einlage, die im Kongreßzentrum einer westdeutschen Großstadt alles, was unter 30 ist, von den bequemen Polstern hochreißen wird, derweil Genosse Mies mit den beanzugten Schenkeln im Takt mitschlägt, bevor auch er sich beim Schlußapplaus lächelnd von seinem Sitz in der ersten Reihe erheben wird. Ein flatter junger Mann vom Jugendmagazin „elan“ wird auf die Bühne eilen, um den erschöpften, aber glücklich wirkenden Musikern einen Strauß roter Nelken zu überreichen und ihnen im Namen des Parteipräsidiums zu gratulieren, in das er selbst noch am Vortag einstimmig aufgenommen worden ist. Die Musiker werden um eine Zugabe nicht herumkommen, die Begeisterung der Delegierten wird grenzenlos sein, und die „UZ“ wird am folgenden Tag ein Gruppenfoto der Band mit dem berühmten Genossen Kosmonauten aus der DDR ganz groß herausbringen. „Elan“ wird die Band interviewen: „Wie findet ihr Euren Auftritt? — Toll! — Und das Publikum? — Ganz toll! — Was macht ihr als nächstes? — Wir nehmen gerade unsere neueste Platte auf, dann geht's auf Tournee...“ Keiner wird dann noch im Ernst daran zweifeln können, daß der „richtige Rock gegen Rechts“ von „elan“ kommt; Maoisten, Trotzkisten und Antikommunisten werden in ihre Schranken gewiesen sein.

Tatsächlich ist die SDAJ mit Elan bei der Sache, um diesen Jahresplan zu erfüllen und überzufüllen. Im Aufwind des Frankfurter Festivals vom 16./17.6. werden überall im Land Konzerte unter dem Markenzeichen

„Rock gegen Rechts“ angesetzt. Die DKP-eigene Presse hat ihre Geschichtsschreibung insofern korrigiert, als inzwischen das Stattfinden von „Rock gegen Rechts“ in Frankfurt zugegeben wird bei gleichzeitigem Verschweigen der wenig ruhmreichen Boykott-Politik des eigenen Vereils (siehe „UZ“ vom 6.7.). Ohne mit zurückliegenden Feinlichkeiten kostbare Zeit zu vergeuden, hat sich „elan“ dankenswerterweise (und ungefragt) bereit erklärt, „die Bewegung zu unterstützen“ und als Kontaktadresse für „Rock gegen Rechts“ zu fungieren. Eine Unterschriftensam-



lung unter einem ebenso unproblematischen wie inhaltsleeren Text wurde durchgeführt, und eine Reihe von Musikern hat auch unterschrieben, vielleicht, weil es gerade keine andere Unterschriftensammlung gab. In Göttingen und Bückeburg (anlässlich des Prozesses gegen die „Hansa“-Bande) wurden gemeinsam mit den Jusos „erfolgreiche Veranstaltungen“ mit 300 bzw. 500 Jugendlichen durchgeführt („UZ“ vom 13.7. und 20.7.), bei denen örtliche Rockgruppen auftraten. Weitere Konzerte sollen im September in Hannover und Bremen folgen. Für Oktober kündigte „elan“

gar ein „Rock gegen Strauß“ in München an — eine Idee, die zwar den Frankfurter Veranstaltern geklaut wurde und in dieser kurzen Vorbereitungszeit auch höchstens zu einem „Rockchen“ führen kann — aber was macht's! Hastig wird eine Parallel-„Bewegung“ zusammengezimmert, und wenn deren Strukturen erst einmal stehen, ist die Spaltung perfekt. Wie aus anderen Bewegungen be-

kannt. Daß es bei RGR Marke DKP um etwas prinzipiell anderes geht als das, was in Frankfurt praktiziert wurde, zeigt sich konkret in solchen Städten, wo DKP/SDAJ jetzt Initiativen für örtliche Konzerte ergreifen, andererseits aber schon Bündnisse existieren, die sich zur Unterstützung der Frankfurter Aktion gebildet hatten.

So wollen in Hannover Gruppen, die zu den Frankfurter Unterstützern gehörten, vom 1.10. bis 6.10. eine Antifa-Woche mit abschließendem RGR-Konzert durchführen. Zu ihrer Überraschung erfuhren sie von einer parallelen Initiative des „Salvador Allende Clubs“ (SAC), der bereits am 22.9. ein gleichnamiges Konzert veranstalten will. Keineswegs handelt es sich dabei platt um eine Parteiveranstaltung der DKP bzw. SDAJ. Denn der SAC ist „unabhängig“ (ungefähr so, wie auch die DKP von der SED „unabhängig“ ist) und hat zur Mitwirkung Jugendverbände und Schülervertretungen angeschrieben. Zufälligerweise sind bloß diejenigen, die sich in Frankfurt beteiligt hatten, bei der Einladung vergessen worden, und inzwischen ist die Veranstaltung natürlich schon fest geplant, so daß eine Einigung aller antifaschistischen Gruppierungen auf die gemeinsame Durchführung einer Veranstaltung nicht mehr infrage kommt. So werden für ein Bündnis sorgsam die

jenigen ausgewählt, die dem politischen Kleingeist der DKP genehm sind, und alle anderen vor vollendete Tatsachen gestellt. In einem Rundschreiben bringt es der SAC sogar fertig, sich in der Pose des Märtyrers zu präsentieren: Für sie habe doch stets „die Sache im Vordergrund“ gestanden, und jetzt kämen da „einige politische Gruppierungen“ daher, die RGR mit „Verbandsegoismus und Hick-Hack“ kaputt machen wollten. Schluchz, sagte das Krokodil und kauete weiter — oder was?

Ähnlich sieht es in Bremen aus. Dort hat die SDAJ eine — natürlich unabhängige — „Bremer Initiative Rock gegen Rechts“ ins Leben gerufen, die am 29./30.9. RGR gegen einen NPD-Parteitag durchführen will. Die Initiative besteht zwar nur aus acht Leuten, möchte sich aber partout nicht vergrößern, da es „effektiver“ sei, mit wenigen Leuten zu arbeiten. Andererseits will sie aber auch weitere Personen und Gruppen zur Unterstützung angeschrieben haben. Diese geheimnisvollen Widersprüche werden sich sicher bald auflösen, wenn erst einmal die eine oder andere Gruppe dazugewonnen ist, und das Programm „schon steht“, was dann wiederum eine Mitwirkung weiterer Gruppen (z.B. des KB) ausschließt.

Immerhin bemerkenswert ist es, daß sich in Hamburg die „Progressive Agentur mehrerer Medien“ (PAMM) — nach eigener Darstellung „bekanntlich nicht weltanschaulich oder politisch gebunden“ (siehe oben) — mit einem Angebot zur „Zusammenarbeit“ an die Initiative „Rock gegen Rechts“ e.V. gewandt hat. Die PAMM schreibt, sie unterscheide sich von der RGR-Initiative darin, daß sie „ein möglichst breites Bündnis“ anstrebe. „Die Aktivitäten der Initiative

Rock gegen Rechts e.V. in Hamburg hingegen sind gegen eine möglichst breite Bewegung gegen Rechts gerichtet“. Angesichts der Tatsache, daß der RGR-e.V. immerhin maßgeblich zum Gelingen des Frankfurter Konzerts beigetragen hat, fallen einem dazu höchstens noch die Witze vom Elefanten und der Maus ein. PAMM stellt dem RGR-e.V. drei Bedingungen für eine Zusammenarbeit:

1. Der e.V. solle auf „Verbotsdrohungen“ verzichten. Diese etwas dramatische Formulierung bezieht sich darauf, daß der e.V. anfangs tatsächlich mit dem Gedanken gespielt hat, den Namen und das Emblem „Rock gegen Rechts“ rechtlich schützen zu lassen, d.h. der SDAJ gerichtlich zu untersagen, Konzerte unter diesem Titel zu veranstalten. Diese Vorstellung ist zweifellos zu kritisieren, und inzwischen gibt es auch einen klaren Beschluß der Initiative, nicht den juristischen Weg einzuschlagen. Dennoch hat sich der e.V. dadurch mehr Schaden zugefügt als ihm lieb sein kann. Eine andere Sache ist es, wenn sich nun ausgerechnet DKP-orientierte Kräfte als Hüter des fair play aufzuspielen, sind sie es doch gerade, die solche und ähnliche Methoden in der demokratischen Bewegung eingeführt haben.

2. Gemeinnamigkeit. RGR-Aktivitäten dürfen nicht an die BUNTE LISTE „gebunden“ sein. Was damit gemeint sein soll, ist logisch leider nicht erschließbar. Sollen die Bunten künftig nicht mehr als Unterstützer von Rock gegen Rechts auftreten dürfen? Man ist aufs Spekulieren angewiesen, woran sich die DKP beim bisherigen Auftreten der Bunten Liste in dieser Bewegung stoßen könnte (und das kann sehr viel sein...). Fest steht je-

Fortsetzung auf Seite 47

Offener Brief an „elan“

Liebe Leute,

mit Erstaunen haben wir Euren beiden Rundschreiben zur Kenntnis genommen. Die Formulierung des Textes erweckt den Anschein, daß die Aktion „Rock gegen Rechts“ allein durch die Zeitschrift „elan“ organisiert wird. Damit vereinnahmt ihr „Rock gegen Rechts“ parteipolitisch. In Frankfurt wurde die „Rock gegen Rechts“-Veranstaltung von einem breiten Aktionsbündnis getragen. Unter der Vielzahl der Unterzeichner befinden sich z.B. ...

(die folgende Aufzählung ersparen wir uns aus Platzgründen - Anm. AK)... Tatsache ist ebenso, daß in diesem Aktionsbündnis weder „elan“ noch die DKP vertreten waren.

Wir stellen fest, daß es zwei Formen von „Rock gegen Rechts“ gibt: einmal diejenige, wo „Rock gegen Rechts“ parteipolitisch instrumentalisiert wird und zum anderen die, die sich - ausgehend von der englischen Initiative „Rock against Racism“ - überparteilich initiiert von Musikern, in einer Gemeinsamkeit aller antifaschistischen Organisationen ausdrückt.

Wir sehen uns daher gezwungen, alle Musiker aufzufordern, zwischen diesen beiden Formen zu unterscheiden und zu bedenken, daß „Rock gegen Rechts“ als Unterstützung des antifaschistischen Kampfes nur dann erfolgreich sein kann, wenn diese Aktion von parteipolitischen Interessen losgelöst ist.

In Euren Rundschreiben vom 12.7.1979 kündigt ihr „Rock gegen Strauß“ in München an. Daß „elan“ diese Initiative ergreift, kritisieren wir nicht, aber der Zeitpunkt Oktober unterstreicht unsere Bedenken, daß es Euch nicht um ein Bündnis aller Antifaschisten geht, welches sich unserer Meinung nach, entsprechend dem Frankfurter Bündnis, auf die neue und alte Linke, Spontis, Freaks, Christen, Jusos, Grüne, Schwulen- und Lesbengruppen, Jugendgruppen, Lehrlinge und Gewerkschafter erstrecken sollte. Über die Sommerpause ist dieses breite Bündnis nicht machbar. Somit scheint es, daß es Euch lediglich um eine DKP-bezogene Veranstaltung geht. Daß ihr dieses Vorhaben anscheinend auf dem Rücken der Musiker durchführen wollt, ist mehr als ärgerlich!

Wir erwarten von jedem, der eine solche Initiative in Sachen „Rock gegen Rechts“ ergreift, daß er Möglichkeiten schafft, daß alle Antifaschisten - Musiker oder nicht - sich an der Organisation und Durchführung beteiligen können.

„Rock gegen Rechts“ ist keine DKP-Vorfeldorganisation oder Organisation einer anderen politischen Partei und Gruppe!

Aktionsbündnis „Rock gegen Rechts“
gez. Claus
Mitglied der Gruppe Octopus
Aktionsbündnis „Rock gegen Rechts“

Kleine Rockstraße 42
6000 Frankfurt am Main
24. Juli 1979

Nachrichten von der RGR-Front

Udo Lindenberg bleibt am Ball. An „Rock gegen Rechts“ will er auch in Zukunft „unbedingt“ teilnehmen, heißt es in einem „pardon“-Interview (Ausgabe vom August 79). Als nächstes müsse man an die alternative Wahlbeteiligung ran (hat er mit der „Panik-Partei“ ja schon immer vertreten). „Ich bin ziemlich optimistisch, daß da bis zur nächsten Bundestagswahl (!) was auf den Beinen steht“. Udo meint, der Rock der 70er sei „schlapp, reich und fett geworden und hat mit Aufruhr eigentlich nichts mehr gemeinsam“. Vielleicht bringe aber die Strauß-Kandidatur neue power, „daß die Leute dann wieder sagen: Das machen wir nicht mehr mit, jetzt wehren wir uns, jetzt haben wir auf den Putz“. Udos Tip: „Ich halte es für Unsinn, daß alle linken Gruppen immer noch an der Klage-mauer stehen, anstatt endlich in einem großen Bündnis gemeinsam Power zu entwickeln. „Rock-gegen-Rechts“ war ein Zeichen dafür“.

Genäßlich breitet die Zeitschrift „sounds“ (August 79) die Differenzen, die derzeit in der RGR-Szene diskutiert werden (siehe auch AK 158), vor ihren Lesern aus, um schließlich (verheißungsvoll?) zu fragen: „Ist die Chance von RGR, zumindest in Hamburg, bereits veran? Was „sounds“ neu entdeckt hat, ist, daß hinter jeder Position ein „Zentralkomitee“ steckt. Ein bißchen wenig für eine Musikzeitung mit progressivem Anspruch.

RGR ist nun auch ins Feuilleton der „FR“ (1.8.) vorgedrungen. Nach einer im wesentlichen richtigen Darstellung der Schwierigkeiten, die durch die Spaltungspolitik von DKP/SDAJ entstanden sind, folgt ein Gespräch mit Alexis Korner, der auf dem RGR-Konzert von „elan“ im November 78 aufgetreten war.

Das wird die DKP kaum davon abhalten, ihn wie bisher in den eigenen Blättern penetrant als Kronzeugen für die Richtigkeit der eigenen Politik zu präsentieren.

Alexis meint, aus den RGR-Streitigkeiten solle man sich am besten raushalten. Das wird die DKP kaum davon abhalten, ihn wie bisher in den eigenen Blättern penetrant als Kronzeugen für die Richtigkeit der eigenen Politik zu präsentieren. Zu RGR in Frankfurt, wo er auch eingeladen war, meint er, es sei unklar gewesen, „was man mit den Kohlen tun würde“. Natürlich war er darüber ebenso wie die anderen Musiker informiert worden. Leider war (und ist) die Frage in Frankfurt nicht: Wo hin mit den Kohlen? — sondern: Wo her kriegen wir die Kohlen. Das Defizit des Aktionsbündnisses beläuft sich immer noch auf rund 26 000 DM. Hier nochmal die Kontonr. für höchstwillkommene Spenden:

Jens Matthae, Stichwort „RGR“, Postfach, Frankfurt 3134 23-600.

Recht lebhaft wird in der Leserbriefspalte der „Neuen“ über die Politik der DKP zum 16./17.6. diskutiert,

die sich ansonsten maßgeblich auf das Umfeld der DKP bezieht. Teilweise äußern sich auch direkt Mitglieder der DKP oder zumindest Stammler von „UZ“, „tat“ usw. mit scharfen Kritiken.

„Ich bin richtig sauer“, schrieb eine Leserin an die „Neue“ über die Berichterstattung der „tat“; andere sprachen von „Nachrichtenunterdrückung“. In der Ausg. vom 7.7. wurde von Austritten aus der DKP berichtet. „Rock gegen Rechts“ ist ein Lehrstück in Sachen Bündnispolitik der DKP. Aus purer Machtbesessenheit wird diese Bewegung gespalten“. Oder in der „Neuen“ vom 12.7.: „Ich meine, die DKP kann momentan froh sein, wenn überhaupt mal ein Bündnis zustande kommt, das breiter gefächert ist als DKP-SDAJ-MSB-DFU-YVN! [Ich weiß, wovon ich spreche, denn als DKP-Mitglied kenne ich die isolierte Situation, in der wir uns derzeit befinden, recht genau]“.

Schwerer Rückschlag für die „Polit-rock-Position“ der Gruppen „Oktober“ und „Druckknöpfe“ (siehe AK 157)! Der Rock ist doch revolutionär, auch ohne politische (deutsche) Texte! Dies wußten schon die alten griechischen Philosophen: „Denn eine neue Art von Musik einzuführen, muß man sich hüten, weil es das Ganze gefährden heißt; denn nirgends wird an den Weisen der Musik gerüttelt, ohne daß die wichtigsten Gesetze des Staates mit erschüttert würden“ (Plato: Der Staat; zitiert nach „FAZ“, 26.7.79).

Harrisburg war nur der Anfang

Dieses Buch ist jetzt zu haben!
150 Seiten
DM 12,50

Was ist dran an der Energiekrise?

Am 1.4. besuchte US-Präsident Carter den Kontrollraum des Katastrophensystems und verkündete danach, daß die Technik alles im Griff hätte.

- Doch nicht länger als 10 Minuten durfte sich der Präsident im Kontrollraum aufhalten, und
- 2 Tage vorher hätte er diesen Raum nur mit Atemgerät betreten dürfen.
- Im Reaktor befand sich zum Zeitpunkt seines Besuchs ein interner Protokoll der US-Atombehörde zufolge ein entzündliches, ja eventuell sogar explosives Gemisch. Eine brennende Zigarette hätte den Reaktor auseinandergerissen.

Diese FAKTEN, eine ANALYSE DES UNFALLS und UNTERSUCHUNGEN über die ENERGIEPOLITIK nach Harrisburg und vieles andere mehr findet man in diesem Buch.
Das Buch enthält viele DOKUMENTE und ist reich BEBILDET!

Bestellungen gegen Vorkasse bei Verlag J. Reents, Adresse s. unten.

Wie knapp ist Öl wirklich?

Das „Ende der Ölzeit“ wird angesagt. Die Menschheit muß sich um „die letzten Tonnen und Fässer“ des schwarzen Goldes streiten, statt energiegelassen Wohlstand droht Verknappung und Verteuerung allerorten. Die Regierung hat ihr Kostüm des Wunderlampen-Aladins mit dem des Dämon-Männchens vertauscht, der sich und die anderen nicht mehr mit einer Öllampe, sondern mit einer schlichten Kerze an den stillen Ort der Zukunft hinleuchtet. In der Massenpresse hat eine neue Art von Redakteuren die Feder in die Hand gedrückt bekommen: Jehovas Energie-Geusen. Ihre Endzeitberechnung lautet auf 30 Jahre.

Wirklich eine neue Art?
Die magische Zahl „30 Jahre“ für die Reichweite der Ölreserven ist so alt wie die Ölförderung selbst. „Seit Beginn der Ölzeit“, schrieb der SPIEGEL im Eröffnungsaufsatz seiner Öl-Serie Mitte Juni (Nr. 25/79), „reichen die bestätigten, also die mit den zeitgemäßen Mitteln der Technik und unter den Kriterien der Wirtschaftlichkeit zugänglichen Ölfelder für immer wieder dreißig Jahre bei konstantem Verbrauch.“ Sieht man genauer hin, etwa auf ein Schaubild der gewiß nicht auf panikmachende Massenwirkung, sondern auf Unternehmerrisikopraxis angelegte „Wirtschaftswoche“ vom 7.4.1977, so waren die Ölreserven oftmals sogar schon „knapper“ als dreißig Jahre. 1900 wurde die Reichweite der vorhandenen Ölreserven auf 34 Jahre geschätzt.

1910 auf 24 Jahre,
1920 auf 19 Jahre,
1930 auf 17 Jahre,
1940 auf 19 Jahre,
1950 auf 20 Jahre,
1960 auf 38 Jahre,
1970 auf 36 Jahre und
1975 auf 33 Jahre.

Die Menschheit hat also das Ende der Ölzeit mindestens schon ein Dutzend Mal erlebt, ohne daß sie es bemerkt hat.

Tatsächlich klappt ein tiefer Graben zwischen den pressenweitesten Kassandraufen über die Ölverknappung und dem, was zumindest aktuell an Ölreserven in die BRD sprudelt. Klaus Marquardt, ARAL-Chef und Vorsitzender des westdeutschen Mineralölwirtschaftsverbandes, gab selbst zu, daß seit langem nicht mehr so viel Öl in die BRD geflossen ist wie in den ersten sechs Monaten dieses Jahres (lt. SPIEGEL v. 9.7.79). In den Zahlen einer von der „Süddeutschen Zeitung“ veröffentlichten Statistik liest sich das so:

47,3 Mio. t Rohöl importierte die BRD im ersten Halbjahr 1978, 56,3 Mio. t aber im ersten Halbjahr 1979 – eine Einfuhrsteigerung um 20% also. Daß die lange Zeit in der Gellinger Bucht vor sich hindumpelnden Tankerriesen inzwischen ihre Anker gelichtet haben und wieder auf große Ölfahrt gehen, für die „Frankfurter Rundschau“ etwas „auf den ersten Blick absurd“, spricht auch nicht gerade für versiegende Ölquellen. Wer aber tatsächlich die Ölfahrt für die Öffentlichkeit ein wenig zuschraubt, um dem Gerede von der Verknappung Fakten beizufügen, ist insbesondere in den USA deutlich geworden: trotz steigenden Rohölnachschubs haben die US-Raffinerien ihren Ausstoß an Benzin und Heizöl in der ersten Juni-Hälfte von 87% auf 84,5% der maximalen Kapazität zurückgenommen.

Aktuell ein Ende der Ölzeit an die Wand zu malen, ist demnach offensichtlich absurd; aber wie sehen die längerfristigen Prognosen aus?

In den vergangenen 120 Jahren, seit der Entdeckung und Förderung des schwarzen Goldes, wurden 55 Mrd. t Öl aus dem Boden gepumpt. Die bestätigten, d.h. entdeckten und zum Teil erschlossenen Reserven werden von der ESSO AG gegenwärtig mit 88,9 Mrd. t angegeben.

Natürlich reichen diese aufgrund des in den letzten Jahren und Jahrzehnten immens in die Höhe geschallten Energieverbrauchs keine weiteren 120 Jahre. Aber schon vor über zwei Jahren stellte die „Wirtschaftswoche“ sachlich fest, es sei „nicht zu befürchten, daß die Ölquellen um das Jahr 2.000 verziehen.“ Denn bei 90 Mrd. t handelt es sich nur um bestätigte Reserven, die bereits durch Bohrungen geortet sind und zum heutigen Preis zu 90% gefördert werden können. Das sind aber nur 10 bis 30% des Öls, das tatsächlich vorhanden ist.

Den aktuellen Förderquotienten der bereits bestätigten Ölreserven gab der SPIEGEL sogar noch weit niedriger an als die „Wirtschaftswoche“. Gegenwärtig werden demnach im Schnitt nur 30% des in der ölführenden Schicht vorhandenen Erdöls gewonnen. Aber:

„Jeder Preisanstieg erhöht die Quote der förderbaren Öls, da er den Einsatz bereits erprobter, aber bislang

noch zu teuer Techniken rentabel macht und zum Aussteuern neuer Förder-Tricks reizt. So nahmen die ausbeutbaren Ölreserven nach dem Ölpreis-Schub von 1973/74 um 6 Mrd. Tonnen zu, ohne daß auch nur ein einziges neues Ölfeld gefunden werden mußte.“

Indes stoßen die Ölgesellschaften auch immer wieder auf neue, bislang nicht gekannte Ölfelder. Die gigantischen mexikanischen Ölfelder von Chiapas-Tabasco, Chicotepec und im Golf von Campeche, die während und nach der Ölkrise 1973/74 aufgespürt wurden, sind ein jüngstes Beispiel dafür. Schlagartig haben sich damit die nachgewiesenen Öl- und Gasreserven in einem Land, in dem seit 70 Jahren rumgebohrt wird, von 6,3 Mrd. Barrel Ende 1975 auf 40,2 Mrd. Barrel Ende 1978 erweitert (1 Barrel = 158,9 Liter) – eine Steigerung um mehr als das Sechsfache. Und das sind wohlgerne nur die mittlere nachgewiesenen Reserven, die vermuteten liegen noch um etliches höher. Allein für das Chicotepec-Feld werden 100 Mrd. Barrel angenommen, die in den offiziellen Reserve-Zahlen noch gar nicht enthalten sind. Die potentiellen Reserven in Mexiko insgesamt werden z.Zt. auf 200 Mrd. Barrel geschätzt, eine imposante Größenordnung, wenn man die Reserven von 245 Mrd. Barrel (22,6 Mrd. t) im ölführenden Land Saudi-Arabien als Vergleich hinzuzieht. Erst 10-15% des 2,5 Mio. qkm großen mexikanischen Sediment-Beckens, in dem nach Ansicht der Geologen Ölfunde möglich sind, wurden bislang nämlich von der Pemex, dem staatlichen Ölkonzern in Mexiko, untersucht. Die riesigen Neufunde in Mexiko veranlaßten das US-Wissenschaftsblatt „Science“ seinerzeit jedenfalls zu dem nüchternen Kommentar, daß die „konventionelle Weisheit über die Welt-Ölvorräte umstoszen und das geologische Kräfteverhältnis auf dem Energie-Sektor spürbar ändern könnten“. Die „konventionelle Weisheit“, so muß man wohl übersetzen, ist das, was sich auf der Ebene der Massenpresse als Panikmache um die Ölknappheit darstellt.

Interessant, in welchem Zusammenhang mit den Preissteigerungen die förderbaren Ölreserven in den Angaben von Experten steilen, ist eine Untersuchung von Pierre Desprairies, Chef des französischen Erdöl-Instituts. Er befragte 29 staatliche Organisationen, Ölgesellschaften und Wissenschaftler, wieviel Öl sie bei einem Preis von 20 Dollar pro Barrel für wirtschaftlich förderbar halten (nach den letzten OPEC-Beschlüssen vom 1. Juli dieses Jahres liegt der Barrel-Preis zwischen 18 und 23,50 Dollar). Das Ergebnis dieser Umfrage im Mittelwert: 260 Mrd. Tonnen, also rund das Dreifache dessen, was aktuell als bestätigte Reserven veröffentlicht ist (88,9 Mrd. t). Die vermuteten 40 Mrd. t Ölreserven in der Tiefsee, deren Produktionskosten den 20-Dollar-Barrel-Preis um etliches übersteigen, sind darin z.B. noch gar nicht enthalten.

Obwohl die Anlage auf 129.000 Barrel ausgelegt ist. Bis 1985 jedoch soll die tägliche Ausbeute aus den kanadischen Teersandfeldern durch Syn-crude und Al sands auf 970.000 Barrel gesteigert werden, was einer Jahresförderung von 48,5 Mrd. t (1/10 der saudi-arabischen Jahresförderung) entspricht. Mit welchen Perspektiven und zu wessen Nutznießung hier operiert wird, war einer Reportage in der „Zeit“ vom 13.7.79 zu entnehmen:

„Legt man wie kürzlich ein Vertreter der Royal Bank of Canada tat, einen von der Opec hochgetriebenen Preis von 60 Dollar pro Barrel in Rotterdam um das Jahr 1995 zugrunde, dann lassen sich wahrscheinlich auch die wahnsinnigsten Teersandvorhaben finanzieren... Kanadische Prognosen gehen bis 1985 von einem im Durchschnitt um jährlich 6% steigenden Opec-Preis aus. Das würde einen Barrel-Preis von 27 Dollar im Jahre 1985 bedeuten. Danach, so die kanadische Annahme, würde der Weltpreis – entsprechend der wachsenden Verknappung – um jährlich 8-9% klettern. Auf der Grundlage derartiger Rechnungen sind Albertas Teersandvorkommen selbst bei so aufwendigen Verfahren wie der Trennung von Sand und Öl unter der Erdoberfläche wirtschaftlich interessant. Bei den Vorkommen, die auch für den größten Bagger unerreichbar sind, soll Wasserdampf unter Hochdruck in Tiefen von rund 700 m gepumpt werden, um die Teersande an Ort und Stelle zu verflüssigen. Dies ist ein Spiel mit so hohen Einsätzen, daß nur die internationalen Giganten des Ölgeschäfts mithalten können. An der Syn-crude z.B. sind denn auch die Exxon-Tochter Imperial Oil sowie die Gulf Oil und Canada-Clair-Services zusammen mehrheitlich beteiligt. Die Anteile der kanadischen Bundesregierung (15%) sowie der Provinzregierungen von Alberta und Ontario (10 und 5%) nehmen sich daneben täglich aus. Die Liste der Al sands-Teilhaber liest sich ähnlich illustriert: Shell Canada Resources Ltd. vorweg, mit weiteren Shell-Töchtern in dichtem Gefolge, sodann wiederum Gulf, Amoco Canada, Chevron Standard. Einheimische kanadische Interessen... spielen in diesem Konsortium allenfalls die zweite Geige.“

Das Fazit: Verknappung, das macht gerade die „Ölkrise“ bei Ausleuchtung ihres Hintergrundes deutlich, ist in der kapitalistischen Welt in erster Linie eine Kosten-, oder besser: Profitfrage. Unter dem Schlagwort „Ende der Ölzeit“ ver-geln die wirtschaftlich mächtigsten Konzerne zu neuen Goldgruben, treiben die Preise hoch, um die Erschließung und Ausbeutung neuer, und bellebe nicht so knapper Ölfelder noch profitabler zu machen, rüsten im ständigen Konkurrenzkampf um eine noch unangefochtenere Spitzen-, oder gar Monopolstellung um eine Verteilung noch brachliegender Energie-Rohstoffe. Und dazu gehören neben dem Öl schließlich weitere: z.B.



Nicht enthalten in diesen Schätzungen sind aber vor allem auch die 410 - 540 Mrd. t Reserven in Ölschiefer (wovon die BP 6% für wirtschaftlich förderbar hält) und die 410 - 680 Mrd. t in Teersanden und Schweröl (deren wirtschaftlicher Nutzungsgrad nach BP-Angaben bei vorerst 10% liegt). Die Produktionskosten pro Barrel betragen dabei laut einer Statistik des World Energy Prospects der Shell-AG für Ölschiefer-Abbau 15 - 35 Dollar und für Ölsande 15 - 25 Dollar. Bei den mittlerweile erreichten Rohölpreisen hat die Ölgewinnung aus Schiefer und Teersand also längst begonnen, profitabel zu werden.

Am Athabasca-River in der kanadischen Provinz Alberta ist solche Produktion denn auch seit September 1978 (zu einer Zeit, als der Preis für ein Barrel Öl noch 12,70 Dollar betrug) aufgenommen worden. Die Teersande in diesem Gebiet werden auf ein Ölvolumen von 600 Mrd. Barrel geschätzt, laut einer regierungsamtlichen Mitteilung der Provinz Alberta das „doppelte der bekannten zugänglichen Reserven des ganzen Mittleren Ostens“. Dabei beläuft sich die Tagesproduktion der dort tätigen Syn-crude-Gesellschaft z. Zt. erst auf 50.000 Barrel,

das Erdgas, das prinzipiell überall dort aufzufinden ist, wo auch Erdöl angebohrt wird, und dessen bereits bekannte Vorräte bei weiter steigendem Verbrauch mindestens noch 70 Jahre reichen. Die Öl-Multis sind in das Gasgeschäft längst eingestiegen. Und z.B. Kohle: noch 1969 besaß der mächtigste Ölkonzern, die Exxon, noch keine einzige Tonne Kohle. 1975 produzierte sie aber bereits 3 Mio. t, und 1985 sollen es laut „Spiegel“ 25/79 rund 40 Mio. t sein, halb so viel wie die gesamte westdeutsche Kohleproduktion. Auf 10 Billionen Tonnen wird der Weltvorrat an Kohle geschätzt, wovon ca. 2 Billionen Tonnen als abbaubar gelten. „Selbst diese 2 Billionen“, so der „Spiegel“ in seiner genannten Ausgabe, „würden reichen, den gegenwärtigen Weltkohleverbrauch tausend Jahre lang fortzusetzen. Würden überdies sämtliche fossilen Brennstoffe – also Öl und Gas – durch Kohle ersetzt, ließe sich die Menschheit für 200 Jahre mit Energie versorgen.“ Ungeachtet dieser Tatsachen ist für Kohle auch schon mal die Endzeit verkündet worden. Das Hochtreiben der Rohölpreise verweist hier wie beim Öl selbst das Verknappungs-Märchen in das Reich bewußter Zweckpropaganda.

Spendenaufwurf

Wenn das mit der Verkaufs- und Aufbaumwicklung des ARBEITERKAMPF so weiter (bzw. zurück) geht, dann ist das weitere Erscheinen dieser Zeitung nicht mehr zu gewährleisten.

Da wir sehr hohe monatliche Fixkosten für eine Zeitung wie die A.K. haben (Raumkosten, Maschinen, Redaktions- und Technikpersonal, „erwirtschaften“ wir gegenwärtig mit jeder neuen Ausgabe ein dickes Minus (von DM 10.000). Was der Verkauf nicht bringt, muß aus den Mitgliedsbeiträgen (vorwiegend über Hamburger Organisation) aufgeschossen werden.

Auf diese Weise und wie mittlerweile ziemlich klar, haben wir mehr Rücklagen für politische Kampagnen, dringend notwendige Reparaturen und unumgängliche Finanzhilfen im Bereich der Technik. Wir möchten daher an alle Mitglieder der A.K. einen Spendenaufruf ausstellen.

SPENDET, WAS DAS ZEUG HALT! GROSSE UND AUCH VIELE KLEINE SUMMEN!

Einzahlungen auf das Konto:
Dresdner Bank Hamburg BLZ 200 800 00
Kto. Nr. 451 83 78. Stichwort „AK-Spende“
des Reents Verlags
2 Hamburg 50, Lerchenstr. 75
Postcheckkonto Hamburg BLZ 200 100 00
Kto. Nr. 240595-203 Stichwort „AK-Spende“

Abs.

(bitte in Blockschrift ausfüllen)

Ich/wir wollen den Arbeiterkampf im Abonnement beziehen.

Der Bezugspreis soll

halbjährlich – DM 27,50 ☐
jährlich – DM 55,- ☐

abgebucht werden (bitte Rückseite beachten).

wird überwiesen auf das Konto J. Reents, Postcheckkonto Hamburg BLZ 20010020 Kto. Nr. 2405 95-203

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar.

Ort, Datum Unterschrift

AK Abo Karte

J. Reents Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50

auszeichnen und in einen Umschlag stecken!